

# Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 263, 21.10.85

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM C 21734 E

Förderpreis  
DM 5,-

## Auf dem Pflaster fließt das Blut



Frankfurt, den 28. September 1985, 20.54 Uhr. Ein Mann liegt auf der Straße, überfahren von einem Wasserwerfer. Es ist der 36-jährige Günter Sare, Arbeiter und Vorstandsmitglied im ältesten Frankfurter Jugendzentrum, dem JUZ Bockenheim. Über seinem Körper schlagen Polizisten auf einen zu Hilfe

eilenden Jugendlichen ein. Günter Sare hatte gegen eine Veranstaltung der NPD demonstriert. Die Verantwortlichen erklären sich für unschuldig. Wer anderer Meinung war, bekam in Frankfurt und anderswo eine konkrete Ahnung, was Polizeistaat bedeutet (siehe Seite 3f).

Kommentar

## MORD IN PRETORIA

Am Freitag wurde Benjamin Moloise im Zentralgefängnis von Pretoria gehängt — vom südafrikanischen Staat ermordet. Neben ihm wurde ein weiterer Mann, dessen Namen wir schon nicht mehr erfahren, umgebracht. Das einzige, was wir wissen, ist: Moloise war ANC-Mitglied und ist nach einer bewaffneten Aktion gegen die Apartheid-Herrscher verhaftet worden.

Alles weitere weiß niemand, außer der Polizei von Pretoria. Moloise und der uns namentlich unbekannte Mann gehen ein in die große Zahl der Toten, die der Kampf der Unterdrückten in Südafrika seit Verhängung des Ausnahmezustandes gekostet hat. Die Zahl ist schon längst größer als Tausend. Achtjährige, Greise, Mütter, Väter, jung verheiratete. Sie wurden erschossen und erschlagen um der Aufrechterhaltung des Regimes in Südafrika willen, an dem so viele auch in der BRD teilhaben. Das hindert sie nicht, sich nun künstlich über die faschistischen Buren aufzuregen, die ihnen ihr Geld hüten. Aber es ist seit Jahren bekannt, daß in Südafrika die Todesstrafe vollstreckt wird, daß in Polizeihaft gefoltert wird, daß dort Menschen totgeschlagen werden oder aus dem siebten Stock des Gebäudes der Sicherheitspolizei in Johannesburg geworfen werden. Sie können nicht beides haben, auf Jahre 25 Millionen Menschen bis aufs Blut ausbeuten und quälen, und gleichzeitig Ruhe und Ordnung. Der Mord an Moloise und dem unbekannten Mann in Pretoria ist schrecklicher Alltag für die Unterdrückten in Südafrika. Auch das geht verloren über dem pharisäischen Geschrei westlicher Politiker. Es sind wohlkultierte Worte und Statements, die mit

Begriffen wie „Bestürzung“, „Abscheu und Verachtung“ garniert sind. Mit Solidarität gegenüber den Unterdrückten in Südafrika hat dies nichts zu tun, dagegen sehr viel mit der Angst um „ihre“ Südafrika: Gold, Aktien, Fabriken.

Am Freitagnachmittag (18.10.) sind in einem der bestbewachten Gefängnisse Santiagos sechs politische Gefangene erschossen worden, 26 wurden teilweise schwer verletzt. Darüberhinaus sollen auch zwei Wärter tot sein. Die Nachrichten, die bisher zu erhalten waren, sind widersprüchlich; nachdem die Junta eine offizielle Erklärung gegeben hat, ist nichts Neues zu erfahren. Es scheint, als sei quasi eine Nachrichtenperre verhängt worden. Nach der offiziellen Verlautbarung, von der es verschiedene Versionen gibt, soll es im ehemaligen Zuchthaus von Santiago zu einem mehrstündigen Schußwechsel zwischen Sicherheitskräften und politischen Gefangenen gekommen sein, als diese versucht haben sollen, bewaffnet und mit einer Wache als Geisel zu fliehen. Zu den Toten gehört u.a. Victor Zuniga, der im September letzten Jahres von einem Militärgericht zum Tode verurteilt wurde. Schwer verletzt sein soll Jorge Palma Donoso, verletzt ist auch Hugo Marchant, für die beide von der Militärjustiz die Todesstrafe gefordert wird. Weitere Namen sind bisher nicht bekannt. Unabhängig davon, ob die Gefangenen tatsächlich versucht haben, aus dem Ge-

## Hessen »rot-grün« Koalition um jeden Preis!

Drei lang zwei breit lassen sich der Frankfurter „Pflasterstrand“ und seine Geschwister in der „Ist“ über Politik und Moral aus. Grund: Der Tod von Günter Sare paßt ihnen nicht ins Real-Konzept. Nichts kommt ungelegener, als dieser staatliche „Ausrutscher“ just in dem Moment, als die

„Architektur einer neuen Politik“ in Hessen kurz vor ihrem Abbröckeln noch schnell unter das „rot-grüne“ Koalitionsdach geschoben werden sollte. Doch der Zeitplan ließ nicht mehr als zweieinhalb Wochen Schamfrist zu.

Fortsetzung Seite 14

## »Auf der Flucht erschossen ...« 6 Tote im Gefängnis von Santiago de Chile

flüchtigen zu fliehen, haben die sogenannten Sicherheitskräfte mindestens die Gelegenheit sofort wahrgenommen, einige der als „terroristische Kriminelle“ inhaftierten politischen Gefangenen umzubringen. Es spricht aber auch einiges dafür — und die Familienangehörigen gehen in ihrer Erklärung davon aus —, daß es sich um kaltblütig inszenierten Mord handelt. So sind einige der jüngst verhafteten Gewerkschaftsführer (unter ihnen M. Bustos und R. Seguel) evakuiert worden, nach nicht sicher bestätigten Angaben vor Beginn des Schußwechsels. Es ist auf bestürzende Art auffallend, daß unter den Toten und Schwerverletzten drei der Genossen sind, für die die Todesstrafe gefordert oder ausgesprochen worden war. Bisher hätte die Junta die Todesurteile nicht vollstrecken lassen. Mit dazu beigetragen hat wohl die Empörung über die Ermordung dreier Kommunisten im März dieses Jahres (s. Artikel in diesem AK), die als Ausdruck einer auch in bürgerlichen Kreisen zunehmenden Ablehnung gegenüber bestimmten „Auswüchsen“ der Repression zu sehen ist.

Es ist auch denkbar, daß es sich um

eine Aktion eines Geheimdienstes handelt. Die rechten Kreise sind an einer möglichen „Aufweckung“ und „Liberalisierung“ der Juntopolitik nicht interessiert, wie sie sie durch die „nationale Übereinkunft“, falls diese zustande käme, befürchten. Gleichzeitig hat die Untersuchung der März-Morde und das Bekanntwerden der Methoden und Figuren des „schmutzigen Krieges“ eine Eigendynamik gewonnen, die zu einer Zuspitzung der innenpolitischen Situation geführt hat. Just zu diesem Zeitpunkt ist ein direkt nach den Morden im März als Militärrat nach Südafrika entsandter ehemaliger Luftwaffengeneral zurückberufen und verhaftet worden. Er soll nun als Beschuldigter in einem Verfahren wegen der Ermordung mehrerer Kommunisten durch Geheimdienste 1976 aus-

Das Gefängnis ist zur Zeit abgeriegelt; weder Verwandte noch Anwälte können zu den verletzten Gefangenen. Es bleibt nur zu hoffen, daß es keine weiteren Toten unter denen gibt, die als politische Gefangene und militante Linke am wenigsten geschützt sind.

1. Lateinamerika-Kommission

## Aus dem Inhalt

### SPD-Renovierung

Die SPD setzt auf Sieg im Wahljahr 1987. Ein Überblick auf Programm- und Erneuerungsdiskussion auf Seite 15

Flankierende Maßnahmen auf dem Weg zur Mehrheit ist Peter Glotz' Bemühen um eine Reintegration der Linken und intellektueller Schichten. Eine kritische Erörterung seines „Manifest für eine europäische Linke“ auf Seite 16

Von Bülow's Vorschläge für eine alternative Militärmaschinerie und den Aufbau eines Milizsystems sind in der Friedensbewegung wie bei den Grünen auf viel Zustimmung gestoßen. Wie sieht ein Milizsystem tatsächlich aus? Was würde das für die BRD bedeuten? Sind von Bülow's Vorschläge geeignet, die von der SPD vergeblich gewünschte „nicht-angriffsfähige“ Wehrmacht zu schaffen? Seite 18

### Verteidigungsauftrag

1945 war die Hitler-Wehrmacht zur Kapitulation gezwungen. Drei Jahre später begannen ehemalige Nazi-Generäle im Auftrag Adenauers mit der Planung für die Wiederaufrüstung. Ein Bericht über die Anfänge der Bundeswehr und die Entwicklung ihres „Verteidigungsauftrages“ auf Seite 32

### SS-Nachfolger HIAG

Die 1950 gegründete SS-Nachfolgeorganisation HIAG ist untrennbar verknüpft mit dem Werden und Sein dieses Staates. Der Weg der SS von der Parteipolizei Hitlers zum Partner einer „freiheitlichen Demokratie“ auf Seite 30

### Chile

Pinochet sei nicht mehr lange zu halten — diese Auffassung besteht bei Feind und Freund. Die bürgerliche Opposition bemüht sich vernehmlich, „Bürgerkrieg und Chaos“ zu vermeiden. Die Linke und große Teile der Bevölkerung hingegen kämpfen für den Sturz der Diktatur und eine radikal-demokratische Lösung. Seite 25

### BRD — Südafrika

CSU gegen Regierung. Regierung gegen SPD und SPD gegen Regierung — es ging hoch her beim Streit um die Südafrika-Politik der BRD. Die Polemiken waren nach wenigen Tagen verklungen. Die Kontinuität (bundes)deutscher Investitions- und Profitierens in Südafrika bleibt ungebrochen. Seite 23

### Chemische Produktion und Arbeitsmedizin

Nur bei einem Bruchteil der fünf Millionen synthetischer Stoffe sind ihre Auswirkungen auf menschliche Gesundheit und Umwelt untersucht. Chemieindustrielle wie die herrschende Arbeitsmedizin stellen sich gegenüber den Gefahren dieser Produktion blind und taub. Wir dokumentieren ein Referat vom „Dioxin-kongress“ auf Seite 37



# Vom Feuerwehrschauch zur Hochdruckkanone Deutsche Wertarbeit weltweit Spitze

Da wackelte die Heide: 16 Wasserwerfer rumpelten im Herbst 1984 über das Übungsgelände der 32. Panzergrenadierbrigade bei Bremen. Die Mannschaften hatten sich zum 3. Norddeutschen Wasserwerfervergleichskampf versammelt. Auf dem Programm standen fuhrtechnische Geschicklichkeitsprüfungen und Einsatzsimulationen, u. a. „Stalom mit Treffen von Figuren; pro gekippte Stalomatung und nicht getroffene Figur = Strafpunkt“ und „Tonne mit Strohl über eine Ziellinie treiben“ (1).

Die ausgefeilte Wasserwerfertechnik stellt die Polizei auch im Einsatz unter Beweis: Seit der Brokdorf-Demonstration im Februar 1981 legen die Hochdruckkanonen der Bauereien „WaWe 6000“ und „WaWe 9000“ Menschenansammlungen von der Straße. Die Fahrgestelle produziert Mercedes-Benz, die Aufbauten stammen von dem Karlsruher Feuerwehr-Ausrüstungsbetrieb Metz (2).

Feuerwehrschräume als Wasserwerfer waren bereits bei der Premiere moderner Polizeimethoden im Spiel: Am 1. März 1927 rückten Polizei und Feuerwehr erstmalig mit Tränengas und Schläuchen gegen Streikposten in der nordamerikanischen Textilregion Passaic vor. Doch trotz des obendrein belächelten Frontes wichen die Streikenden nicht. Bereits am nächsten Morgen hatte die von Willi Münzenberg in's Leben gerufene Internationale Arbeiterhilfe für Schutzkleidung und ärztliche Hilfe gesorgt. Nach sechsmonatiger Dauer endete der Ausstand erfolgreich (3).

Spätere Modelle zeigten ebenfalls wenig abschreckende Wirkung: Noch gern erinnern sich Rock-Veteranen an die „Duschen“ nach Bill-Haley-Konzerten Mitte der fünfziger Jahre in mehreren westdeutschen Städten. Auch die ersten Studentenbewegungen ließ sich durch Wasserwerfer wenig beeindrucken.

Den letzten Anlaß für eine technische Fortentwicklung gaben Anti-Brokdorf-Demonstrationen im Herbst 1976: Ohne Wasser, manövriertfähig und umringt von einer tausendköpfigen Menge blieb ein „WaWe 4000“ im Graben stecken; nur ein Kampfgas-einsatz von Hubschraubern bewahrte die Blechklappe vor ernster Beschädigung (5).

Fünf Jahre später stand das neuentwickelte Spitzenmodell „WaWe 9“ einsatzbereit. Das allradgetriebene Ungeheuer — Anschaffungspreis: eine dreiviertel Million — erzielt mit einem Zehn-Zylinder-Dieselmotor und 320

Fünf Jahre später stand das neuentwickelte Spitzenmodell „WaWe 9“ einsatzbereit. Das allradgetriebene Ungeheuer — Anschaffungspreis: eine dreiviertel Million — erzielt mit einem Zehn-Zylinder-Dieselmotor und 320 Pferdestärken eine Fahrgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometern; die von einem zweiten Motor getriebenen Wasserpumpen können mit einer maximalen Druckleistung von 16 bar 2200 Liter Wasser pro Minute bis zu 65 Meter weit schießen. Zwei hydraulisch gesteuerte Wasserkanonen auf dem Fahrgestell sind räumlich einzuweichen, die toten Winkel am Bug und Heck werden durch je ein zusätzliches Rohr in Kniehöhe abgedeckt. Den 9000 Litern Tankinhalt des „WaWe 9“ (Gesamtgewicht: 26 Tonnen) können CN oder CS beigemischt und als gezielter Stoß oder Regen (Polizeijargon: „Mit Geschmäck“) unter's Demonstrantenvolk gebracht werden (4). Selbst Experten der mit Unterdrückungstechnologie überaus vertrauten nordrheinischen Polizei mußten vor zwei Jahren bei einer Vorführung im hessischen Eschwege einräumen, daß die deutsche Entwicklung weltweit keinen Vergleich zu scheuen braucht (15).

Im Arsenal der polizeilichen Distanzwaffen rangieren Hochdruck-Wasserwerfer unterhalb von abschließbaren Gasbehältern (max. Weite: 120 Meter) (6) und sollen — so jedenfalls die offiziellen Einsatzbeschreibungen der Polizei — „Störer jenseits der Steinwurfgrenze“ halten, ohne daß Schußwaffen eingesetzt werden müssen. Tatsächlich dienen „WaWe 9“ und der lediglich um 3000 Liter leichtere „WaWe 6“ dazu, Einzelpersonen gezielt umzuwerfen und Menschenansammlungen abzuräumen. Insbesondere Sitzblockaden lassen sich reinheitswillig vom Pflaster wirbeln, was gegenüber einem herkömmlichen Schlagstockeinsatz zwei Vorteile hat: Niedrigknüppelte Demonstranten behindern das rasche Vorrücken der Einsatzkräfte, während ein „WaWe“ für freie Straßen sorgt; zudem klingt der Begriff

„Wasserwerfer“ weit weniger aggressiv als „Schlagstock“ — ein psychologischer Aspekt, der vor der Öffentlichkeit die knochenbrecherische Wirkung der Wasserkanonen leicht verdeckt.

Bereits 5 bar Wasserdruck reichen aus, auf kurze Entfernung „einem Demonstranten den Helm vom Kopf zu reißen“ (7) und noch in 35 Meter Entfernung Protestierer naß zu machen (8) — die äußerste Reichweite des alten „WaWe 4“. Strömungsmechaniker der Universität Hannover errechneten, daß die maximale Druckstärke von 16 bar „aus drei Metern Entfernung eine Kraft von 25 kg auf eine Fläche von 10 Quadratzentimeter“ erzielt — vergleichbar einer Geschosswaffe mit Breitflächenwirkung (9).

Zahlreiche Verletzungen mußten infolgedessen seit den Gorbekener Ereignissen vom Oktober 1982 ärztlich behandelt werden. Dort war erstmals aus fünf bis zehn Metern Entfernung voll auf Blockadegruppen gehalten worden. Unter den schweren medizinischen Folgen waren:

- Rippenbrüche mit Beteiligung von Herz und Lungen
- Augenverletzungen mit teilweisem Verlust der Sehkraft
- Blutergüsse am ganzen Körper
- Nierenprellungen
- Gehirnerschütterungen.

Schon „ausgedehnte Blutergüsse“, attestierte ein behandelnder Arzt, könnten durchaus „zu Embolien und Thrombosen“ führen und bedeuten damit „Lebensgefahr“. Und der an der Startbahn West häufig tätige Rettungsmediziner Gerhard Schneider wundert sich, daß „nicht längst durch die Wucht der Wasserstrahlen Menschen zu Tode gekommen sind“ (10).

Auch die Polizei ist sich der Wirkung von Wasserwerfern voll bewußt: „Auf kurze Distanz gefährlich“, spekuliert ein Polizeimagazin bereits für Indienststellung der Ungetüme an und stellte die einsatztaktische Anforderung, der Strahl müsse „gegebenfalls schmerzhaft sein, umwerfen oder verletzen können“. „Eine kalte Dusche reicht nicht“, brachte es der ehemalige Chef der Hamburger Wasserwerferzüge auf den Punkt (11).

Doch die Hochdruckkanonen werden in den zuständigen Polizeigesetzen nicht als „Waffen“ geführt, sondern als „Hilfsmittel der körperlichen Gewalt“ (12). „Hier ist das Gesetz längst von der technischen Entwicklung überholt“, urteilt der Bremer Rechtsanwalt Bernhard Docke, der einige Demonstrantenverletzte vertritt (13).

Die praktischen Regelungen für den Einsatz blieben ebenfalls hinter der Zeit zurück: Seit 1975 schreibt die Polizeidienstvorschrift für Wasserwerfer-einsätze lediglich vage vor, die „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ zu wahren. Keine Erwähnung finden die seit-

dem neu entwickelten Modelle, und eine Regelung, auf welche Entfernung die Kanonen mit welchem Druck gefahren werden dürfen, ist ebenfalls nicht enthalten. Die Hamburger Bereitschaftspolizei hat deshalb dienstinternen Vorschriften erlassen, nach denen ein Einsatz unterhalb 10 Meter generell nur in Notwehrsituationen zulässig ist, und bis 20 Meter Entfernung nicht direkt in's Gesicht gespritzt werden darf (14).

Eine Kontrolle ist ohnedies nicht möglich: Die jeweils gewählte Druckstärke wird angeblich nicht aufgezeichnet. Nachträglich läßt sich deshalb nicht mehr feststellen, mit welcher Wucht Günter Sare vor drei Wochen in Frankfurt zu Boden geschleudert wurde, ehe er unter die Räder geriet.

Eines jedoch läßt sich mit Sicherheit behaupten: Die von Fachzeitschriften hochgelobte „bedienungsfreundliche Gestaltung der Arbeitsplätze“ (2) mit ihren großflächigen Frontscheiben aus Acrylglas läßt es absolut unglaublich erscheinen, daß der Kommandant niemanden auf der Kreuzung gesehen haben will. Die PDV 122 schreibt ihm die Aufgabe vor, die „Wasserwirkung zu beobachten“; außerdem sind Wasserstrahl und Scheinwerfer parallel geschaltet, so daß Günter Sare, wie auf den veröffentlichten Fotos zu erkennen ist, nicht übersehen werden konnte.

Redaktion Straßenmedizin  
Mittteilungsblatt der Sanitätsgruppen  
Hamburg, den 17. Oktober 1985

Kontakt über:  
Straßenmedizin, c/o BJU — Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe  
Weidenstieg 17, 2 Hamburg 20

- Quellen:  
1) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
2) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
3) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
4) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
5) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
6) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
7) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
8) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
9) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
10) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
11) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
12) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
13) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
14) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187  
15) „Der Spiegel“, 1984, Nr. 42, S. 187

## Offensive? Neue Bewegung?

Der Tod von Günter Sare löst eine Welle des Protestes aus. Es gibt kaum eine mittelgroße Stadt in der BRD, in der sich spontaner Zorn und Trauer in den Tagen danach nicht unmittelbar entladen.

Die Politiker des Landes und die veröffentlichte Meinung sahen wieder einmal die öffentliche Sicherheit durch die Gewalt von der Straße in Gefahr. Schon wenige Tage nach dem Tod Günter Sares konnte „Die Welt“ eine ganz offensichtliche von der Polizei gelieferte „Dokumentation der Gewalt“ veröffentlichen. Darin werden ca. 50 Städte aufgezählt, die bis zum 2.10. von nächtlichem „Glasbruch“, Brandanschlägen und „Spontandemonstrationen“, in deren Verlauf weitere Scheiben von Banken, Kaufhäusern uvm. zu Bruch gingen, heimge sucht worden seien. Von 726 vorübergehend festgenommenen ist die Rede. Sie wurden bei Einkesselungs- und Präventivmaßnahmen der Polizei gleich dazendweise, z.T. als ganze Demonstrationen festgesetzt. 60 Menschen wurden verhaftet. Die Versicherungsschäden betragen angeblich Millionen.

Eine Woche später ließ Bundes-Innenminister Zimmermann verbreiten, „dass der Tod von Günter Sare sei die „linksextreme Szene schlagartig aktiviert“ worden. In über 90 Städten habe es Ausschreitungen gegeben. Über Schäden im Zusammenhang mit Spontan-Demonstrationen und Kundgebungen hinaus seien seither Tag für Tag auch Anschläge, zumeist gekoppelt mit Brandsätzen, auf Polizeistationen, Banken, und Kaufhäuser durchgeführt worden.

Auf Seiten der Linken gibt es bisher keine annähernd vollständige und ins Detail gehende eigene Übersicht über das Ausmaß und die Art der Proteste, sowie deren Opfer an Verletzten und Verhafteten. Dies wird nachzuliefern sein. Einige Charakteristika aber, über die nachzudenken lohnt, lassen sich bereits beim jetzigen Informationsstand festhalten:

Erstens: die entsetzlichen Ausschreitungen, die den Bürger beim Lesen der Boulevardpresse erschauern lassen: Wenn in Frankfurt beispielsweise 350qm Glas zu Bruch gingen, so entspricht das grob geschätzt weniger als 1% der Fassade der Deutschen Bank-Zentrale (es gibt darüber hinaus an die hundert Filialen dieses Unternehmens allein in Frankfurt, es gibt dort ferner rund 150 weitere Bankhäuser mit ihren jeweiligen Filialen). Die angegebenen Schadenssummen, deren Überprüfung unsere Möglichkeiten überschreitet, dürften in den Chefetagen der Versicherungskonzerne als ökonomischer Faktor nicht einmal mit der Lupe wahrgenommen werden.

Zweitens: In der Regel äußerte sich der Protest zunächst in spontanen Aktionen, bei denen die Effektivität Faktor nicht einmal mit der Lupe wahrgenommen werden.

Zweitens: In der Regel äußerte sich der Protest zunächst in spontanen Aktionen, bei denen die Effektivität von den Beteiligten offenbar mehr als „Klirrfaktor“, weniger dagegen an der Vermittlung politischer Inhalte an die Bevölkerung gemessen wurde. Die Parolen dazu lauteten: Rache für Günter Sare! Wir lassen uns nicht klein kri-

gen. Feuer und Flamme für diesen Staat usw. Es soll hier nichts gegen die Berechtigung spontaner Äußerungen des Zorns und selbst nichts gegen die aus hilfloser Wut gegen die Verlogenheit und den repressiven Charakter dieses Systems resultierende ziellose Randal gesagt sein. Aber es gilt zu sehen, daß selbst Kundgebungen und Protestdemonstrationen zuweilen spontan und mit geringem Mobilisierungsaufbau, d.h. auch geringer Außenwirkung gegenüber der Bevölkerung zustande kommen. Sicher nicht allein, aber auch deswegen liegen die Durchschnittszahlen der Demos und Kundgebungen außerhalb Frankfurt etwa bei nur ca. 100. Faktisch demonstrierte die Linke unter sich ihre eigene Betroffenheit. Aktionen mit längerem Mobilisierungsaufbau gab es anstattweise in Westberlin. Ausschließlich in Hamburg gelang eine längerfristige Mobilisierung für eine zentrale Demonstration am 3.10. Mit ca. 5.000 Menschen stellt diese Demonstration eine Ausnahme unter den bisherigen Protestaktionen nach den Frankfurter Ereignissen dar.

Drittens: Auffallend ist die ganz ungewöhnliche Bereitschaft der DKP und ihres gesamten Spektrums, vor allen anderen der VVN/BdA, zur weitgehend bedingungslosen Kooperation mit der radikalen Linken bis hin zu den „schwarzen Blöcken“. Wo immer Aktionsbündnisse zustandekamen, war das DKP-Spektrum mit von der Partie. Die „UZ“ verzichtete so gut wie ganz auf ihre bisher bei solchen Gelegenheiten übliche penetrante Warnung vor „Provokateuren“. Sie beschuldigte stattdessen die Polizei eindeutig, Schuld am Tod Günter Sares zu sein und ihrerseits die Unruhen provoziert zu haben. Statt der von ihr aus der Vergangenheit bekannten Spaltungslinie — noch saltsam in Erinnerung z.B. aus dem Anti-Strauß-Wahlkampf — propagierte sie „jetzt den antifaschistischen Widerstand zu verbreiten“. Für die staatstragende Presse war dies Anlaß genug zu verbreiten, der Befehl zur Beseitigung des Terrors sei direkt von Gorbatschow und Honecker erteilt worden.

Viertens: Die parlamentarische, linkssozialdemokratische und liberale sog. demokratische Öffentlichkeit wurde unter den Protestlern so gut wie nicht gesichtet. Zwar rangen sich die GRÜNEN Hessens ein paar verbalradikale Proteste ab. Für das Eingehen einer Koalition mit den für solche Polizeieinsätze Verantwortlichen ließen sie sich jedoch mal eben gerade eine mude GRÜNEN Hessens ein paar verbalradikale Proteste ab. Für das Eingehen einer Koalition mit den für solche Polizeieinsätze Verantwortlichen ließen sie sich jedoch mal eben gerade eine mude

Fortsatzung auf Seite 7



### Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag:  
Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4,  
Postfach 7685, 2000 Hamburg 20;  
Telefon: 040/43 53 20, 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 31,- (ab Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abrol, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 250 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint viertwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.  
Auflage dieser Ausgabe: 4.500  
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abonnenten, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Abonnenten mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



# Auf dem Pflaster fließt das Blut

Drei Wochen nach der Frankfurter Katastrophe: Wie erwartet, hat sich die öffentliche Erregung gelegt. Wie erwartet, sind die militanten Aktionen abgeebbt. Wie erwartet, ist in der Polizei schließlich gelungen, die Straßen vom sogenannten randalierenden Mob zu säubern. Mit Fleiß und Erfindungsreichtum und die Medien bei der Sache, das Geschehen zu verarbeiten, und die Politiker haben sich eine feste und telegene Meinung gebildet: Was wir schon immer für richtig hielten, hat sich auch dieses Mal bewährt. Der Alldruck der Lüge hat die aufgewühlte Szenerie befriedet. Ruhe, Ordnung

und Sicherheit herrschen wieder in den Städten. Es bleibt das direkte, greifbare Erleben von Geschichte in einer Krisensituation, und das heißt in diesem Land: Das direkte, greifbare Erleben von Gewalt, Niedertracht, Entmenslichung. Es bleibt das Verstummen angesichts des Todes — Schweigen angesichts unabsehbare Fragen, aber auch Schweigen angesichts der anderen Fragen, von denen man spürt, daß sie, obwohl man vor einfachen Antworten zurückschreckt, gräßlich einfach zu beantworten sind. Eben eine Mischung aus Gefühl und Verstand, die ganz folgerichtig harte

Gegenstände in glitzernde Glasfasern treibt, obwohl alle wissen, daß auch das Bersten der Scheiben keine Besserung verheißt. Es bleibt die Aufgabe eines mühseligen, komplizierten, angewunden und daher riskanten Denkprozesses, den vielleicht nur Wenige auf sich nehmen werden: Über die neue Qualität, daß die Polizei erstmals zum Schutz einer faschistischen Veranstaltung über Leichen gegangen ist. Es bleibt der Verlust eines Menschenlebens, das unersetzlich ist, und die bittere Erkenntnis, daß man dieses Menschenleben erst jetzt wahrnimmt, wo Günter Sare tot ist.

Beginnen wir mit dem Geschehen. Ein wehrloser Mensch wird von einem riesigen Wasserwerfer, einem Produkt sog. moderner Hochleistungstechnik, welches die Anforderungen polizeilicher Einsätze „optimal“ erfüllen soll, totgefahren. Augenzeugen berichten: Es gab in jener Situation, an dem betreffenden Ort und zu der betreffenden Zeit, erstens keinen Anlaß für ein polizeiliches Eingreifen. Eine kleine Gruppe von Demonstranten war dort von einem Wasserwerfer alten Typs vertrieben worden; Günter Sare stand allein im Strahl dieses Wasserwerfers und versuchte, in eine Seitenstraße zu entkommen. Er war also zweitens auf der Flucht — so wie Benno Ohnesorg in den Rücken geschossen wurde, und wie Klaus Jürgen Rattay von einem angreifenden Polizeitrupp vor einen Bus gehetzt wurde, und wie Olaf Ritzmann vor den Schlagstöcken auf die S-Bahn-Gleise sprang.

## Flucht und Jagd

Drittens war die Szene mindestens durch die Suchscheinwerfer dieses Wasserwerfers hell erleuchtet. Ein zweiter Wasserwerfer, der todbringende vom neuesten Typ, kam hinzu, richtete seine Kanonenbohrer auf den Fluchtenden, setzte sie in Betrieb, traf ihn und folgte ihm in die Seitenstraße hinein. Daraus ergibt sich viertens, daß die Besatzung dieses Wasserwerfers Günter Sare gesehen hat. Günter taumelt im Hochdruck-Strahl, versucht sich zu fangen, wird von dem Fahrzeug erfasst und überrollt. Bremspuren wurden nicht festgestellt.

Solches nennt man ... einen Unfall. Es ist nicht erlaubt, in diesem Geschehen eine Absicht — z.B., was nicht selten von Polizisten zu hören ist, „Euch kriegen wir noch“ und „Dem zeigen wir's mal“ — oder eine heimtückische Methode — z.B., was nicht selten vorkommt, die gezielte Jagd mit Wasserwerfern auf einzelne Personen — oder von Polizisten zu hören ist, „Euch kriegen wir noch“ und „Dem zeigen wir's mal“ — oder eine heimtückische Methode — z.B., was nicht selten vorkommt, die gezielte Jagd mit Wasserwerfern auf einzelne Personen — oder auch niedrige Beweggründe zu sehen — wie sie z.B. durch die totale Verhetzung von Polizisten gegenüber Demonstranten entstehen können, was übrigens auch nicht gerade selten ist.

Wer aber von Mord spricht, erhebt, auch wenn dies mehr politisch als juristisch gemeint ist, einen „ungeheuerlichen Vorwurf“, begeht „Vorverurteilungen“, muß sich eine „Richterrolle“ an oder versucht, sich für politische Zwecke „Martyrer“ zu schaffen, was auf „Leichenfresserei“ hinausläuft. Da die Wucht dieser Argumente offenbar nicht für ausreichend gehalten wird, erstattet die Gewerkschaft der Polizei auch gleich Anzeige gegen alle, die diese Anklage aussprechen. Merke: Wer die Polizei von Schuld freispricht, muß sich keineswegs ein vornehmliches Urteil an. Der bleibt fair und demokratisch.

Fair, objektiv, neutral und demokratisch präsentierte die Frankfurter Staatsanwaltschaft 14 Stunden nach dem Tod Sares eine erste Hypothese. Die Obduktion habe neben den tödlichen Verletzungen am Brustkorb eine Kopfverletzung ergeben, die nicht durch die Gewaltwirkung des Wasserwerfers erklärt werden könne. Möglicherweise sei ein Steinwurf die Ursache — man habe auch einen Stein in der Blutlache gefunden.

Von den Sanitätern, die dem Sterbenden sofort zur Hilfe eilten, hat niemand diesen Stein bemerkt. Auf den zahlreichen Fotos, die diese Situation dokumentieren, ist ebenfalls kein Stein nachzuweisen. Nach den Augenzeugenberichten auf Demonstrantenseite hat sich in den Sekunden des Geschehens überhaupt niemand in Wurfnähe zu Günter Sare befunden. Schließlich hat der Kommandant des todbringenden Wasserwerfers zwar bisher kaum

etwas ausgesagt, jedoch soviel, daß er (in/auf der Straße, in die er hineinfahren ließ, überhaupt niemanden gesehen haben will — also Günter Sare nicht (was eine Schutzbehauptung ist), aber auch niemanden anders, der als Steinwerfer infrage käme. Und noch etwas: Der Staatsanwalt, der die nächtliche Spurensicherung vor Ort leitete, war abgebrüht genug, aber auch dumm genug, die Hypothese vom Steinwurf schon dort ausführlich zu erörtern — lange bevor die Obduktion vorgenommen war. Er tat dies laut genug, daß es von Herumstehenden mit angehört werden konnte. Um die Steinwurf-Version ist es mittlerweile arg still geworden, sie läßt sich offensichtlich nicht aufrechterhalten.

Aber man hat es versucht, und das ist bezeichnend. Halten wir erstens fest: Pünktlich mit den offiziellen Ermittlungen begannen die Vertuschungen. Hier ist eine Gleichzeitigkeit zu registrieren, die man geradezu als Koinzidenz bezeichnen kann. Zweitens: Wer eine Hypothese konstruiert, die Schuld und Verantwortung an Unbekannt, tendenziell sogar an die Demonstranten selbst, also an die Opfer delegiert, der trifft keine Vorverurteilungen, der begeht keine Ungerechtigkeiten, der lügt nicht einmal, sondern der verrät eine berechnete Auffassung im Rahmen der Meinungsfreiheit. Hier handelt sich lediglich um einen Irrtum von der Sorte, die die bürgerliche Öffentlichkeit ihrer Staatsanwaltschaft und ihrem Landeskriminalamt gern vergibt. Solche Irrtümer sind historisch gesehen Gewohnheitsrecht, und es ist zu fragen, warum eigentlich noch nie jemand auf die Idee gekommen ist, daraus ein echtes Gesetz zu machen, beispielsweise daß die fDGO die freie Wahl der Wahrheit durch die zuständigen (!) Instanzen voraussetzt.

Klüger verhielt sich das Staatsorgan „Bild“. Darin wurde am 30.9. in relativ sachlichem Tonfall verbreitet, Günter Sare sei auf der Flucht vor einem Wasserwerfer vor einen zweiten

Klüger verhielt sich das Staatsorgan „Bild“. Darin wurde am 30.9. in relativ sachlichem Tonfall verbreitet, Günter Sare sei auf der Flucht vor einem Wasserwerfer vor einen zweiten gelaufen, der hinter dem ersten vorbeigefahren sei. Diese Version legt nahe, daß einerseits Sare die Gefahr nicht erkennen konnte, andererseits die Besatzung des todbringenden Fahrzeugs ihn nicht oder zu spät gesehen hat. Das entspricht der plausiblen und auch unter Linken verbreiteten Vorstellung, daß im Grunde jeder Wasserwerfer-Einsatz in einem unübersichtlichen Demonstrationsgeschehen lebensgefährlich ist. Demgemäß bleibt es mehr oder weniger dem Zufall überlassen, ob und was dabei passiert. Allgemein ist das sicher richtig — doch die Wahrheit ist konkreter.

Zwei Tage später wurde ein Foto veröffentlicht, welches Günter Sare in den Strahlen von zwei Wasserwerfern zeigt. Im Vordergrund ist eindeutig das Fahrzeug zu erkennen, welches ihn Sekunden später überfahren hat. Günter ist allein, er versucht zu fliehen, und die Situation auf der Straßenecke ist völlig überichtlich wie auch hell erleuchtet. Damit sind die übereinstimmenden Zeugenaussagen der Demonstranten bestätigt. So spielt sich kein Unfall ab. So sieht vielmehr eine Situation aus, in der ein panzerähnliches Fahrzeug eine gezielte Menschenjagd veranstaltet. Das Kräfteverhältnis lautet in diesem Fall: fünf Bullen, 26 Tonnen, 320 PS, 9000 Liter Wasser und zwei Rohre mit 15 Atü, den zweiten Wasserwerfer nicht mitgerechnet, gegen einen Menschen. Dies wird durch den Begriff Staatsterrorismus vielleicht am treffendsten beschrieben.

Das Foto sehe „schlimm“ aus, räumte der hessische Innenminister Winterstein (SPD) ein. Allerdings handele es sich nur um eine „Momentaufnahme“, die noch nicht erkläre, was sich vorher und hinterher abgespielt hat. Es blieb dem „Spiegel“ (14.10.)

überlassen, den vorläufig letzten Versuch einer Manipulation zu präsentieren. Gestützt auf die Aussage eines einzelnen Fotografen, die zudem nur höchst selektiv wiedergegeben ist, resümiert das Magazin: „Eine Art Spiel“. Dem „Spiegel“ kam es dabei weniger auf die Darstellung nachprüfbarer Fakten, sondern vor allem auf subjektive Eindrücke und Interpretationen an (siehe das durchaus davon verschiedene Gespräch desselben Fotografen mit der „FR“, 15.10.).

## Selber schuld ...

Günter Sare habe dem (ersten) Wasserwerfer mutwillig getrotzt, als ob er den Helden spielen wollte. „Daß Konfrontationen zwischen Polizisten und Demonstranten mitunter fast spielerische Züge annehmen, so als spielten welche Haschen, ist gar nicht so selten. Für den übermütigen Tanz auf der Kreuzung gibt es womöglich aber noch eine andere Erklärung: Die gerichtsmedizinische Untersuchung von Sares Blut ergab einen Alkoholgehalt von 1,49 Promille.“ Es bleibt jedem unbenommen, auch als Nachrichten-Magazin von der dichterischen Freiheit Gebrauch zu machen und sich Vorstellungen über die letzten Sekunden eines getöteten Menschen zu machen. Man sollte bloß so ehrlich sein, zuzugeben, daß solche Projektionen nichts über das objektive Geschehen, einiges jedoch über den „Dichter“ sagen. Man sollte ferner ehrlich eingestehen, daß nach den geltenden Maßstäben auch ein wesentlich höherer Drogenkonsum nicht als Beeinträchtigung angesehen wird, solche Artikel in solchen Publikationen zu schreiben.

Und wenn es wahr wäre, was der „Spiegel“ in die Situation hineindichtet: Änderte das auch nur das Geringste am Sachverhalt? Könnte das die Vorwürfe gegen die Polizei abschwächen? Offensichtlich nicht. Und doch kann das liberale Vorzeige-Blatt der BRD nicht darauf verzichten, dem Opfer ein deutlich vernehmbares „selber schuld!“ hinterherzurufen — eine nur noch als sadistisch zu begreifende, wenn auch keineswegs neue Reaktion. Diesen spezifischen Sadismus scheinen einige Leute jedoch dringend für eine bessere Nachtruhe zu brauchen.

Doch der „Spiegel“ betet in diesem Fall tatsächlich nur das Zentralorgan nach, d.h. er konkretisiert das, was die „FAZ“ sofort (Ausg. v. 30.9.) als Urteil für das Gesamtgeschehen parat hatte: „Der Tod des Demonstranten ist das Ergebnis eines absichtsvollen Spiels (sic!) mit der provozierten Staatsgewalt.“ Daraus schimmert die Realität immerhin recht deutlich hervor. Die Polizei hat sich demnach „proviziert“ gefühlt und entsprechend aufgeführt, wofür die „FAZ“ Verständnis äußert. Dies bedeutet das Eingeständnis eines besonders harten und aggressiven Einsatzes, den die „FAZ“ keineswegs aus der Situation heraus zu erklären versucht, etwa daß sich beide Seiten gegenseitig hochschaukelten hätten o.ä. Nein, es wird ausdrücklich eine politische Ursache angegeben und damit kommen wir zur Sache: „Diese Ereignisse von Frankfurt ... haben ihre Ursache in dem als Antifaschismus getarnten Willen von Staatsgegnern, die Polizei als Organ des Staates in die Nähe der alten und neuen Nazis zu rücken.“

Woll man deutschen Polizisten vorwerfen, Faschisten zu schützen, eben deshalb sind deutsche Polizisten, wenn sie Faschisten schützen, so empört, daß sie sich dazu „provizieren“ lassen, einen Antifaschisten umzubringen. Die Polizei ist so beschaffen, daß sie sich, wenn man sie mit Nazis ver-



Nach Abschluß einer genehmigten Gegenkundgebung versuchen Demonstranten, den Eingang zum Versammlungslokal der NPD zu blockieren.



Ein Foto, das einen Ausschnitt dieser Szene so zeigt, daß nur der am Boden liegende Helm zu sehen ist, erschien am 30.9. in der „Bild“. So halten die Auseinandersetzungen begonnen. Militante Demonstranten warfen Steine, Molotowcocktails gegen die Polizisten. Sie haben den Beamten die Helme vom Kopf gerissen, auf die Straße geworfen. Tatsächlich hatten diese die Helme noch gar nicht aufgesetzt, mehr als Gerangel war zu diesem Zeitpunkt nicht.



Sekunden davor...



Sekunden danach...

Foto: H. Priebe

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

gleich, prompt wie Nazi verhält — offenbar ein glänzendes Beispiel einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Den Widerspruch kann man einatmen als typisch stehen lassen; jedenfalls folgt daraus, daß die Polizei ihrem Ruf gerecht wird. Zweitens versucht die „FAZ“, eine wenig auch selbst anmutende Begründung für das empirisch nachweisbare Phänomen zu liefern, daß beim „Schutz“ von Nazi-Veranstaltungen häufig oder sogar regelmäßig besondere polizeiliche Härte angesagt ist.

Dies wirft die Frage nach den Einsatzbefehlen und der Planung der Polizei an diesem Abend auf. Ist am 28.9., wenige Minuten vor 21 Uhr, die Besetzung eines Wasserwerfers, geleitet von einem als Draufgängertyp bekannten Choleriker namens Reicher, ausgerollt? Gewiß — aber die Frage lautet, wie es dazu kommen konnte. In den heutzutage Dienstvorschriften über den Einsatz von Wasserwerfern heißt es, daß diese nur in Begleitung eines Trupps von Zügen von Polizisten vorrücken dürfen; lediglich in Notituationen dürfe diese Regel gebrochen werden. D.h. daß ein Wasserwerfer, wenigstens auf dem Papier, normalerweise hinter einer oder mehreren Reihen Uniformierter herfährt. Das war auf der nach Auswertung des Fahrtenprotokolls insgesamt 115 Meter langen Todesfahrt von WaWe IV-1 nicht der Fall, von Anfang an nicht. Die Wasserwerfer-Besatzung bekam also einen Einsatzbefehl wie in einer „Notituation“, obwohl keine Notituation vorlag (dies wird ja nicht einmal von der Polizei selbst behauptet).

Zwei Erklärungen sind möglich. Zum einen ist es eine früher häufig geübte Praxis gewesen, zum Zweck der Aufheizung angebliche Notfälle zu melden, die sich später als glatte Lüge herausstellten. Da war über Polizeifunk schon mal zu hören gewesen, gerade sei ein Kollege mit einer Eisenstange niedergemacht oder gar totgeschlagen worden. Zum anderen liegt die Vermutung nahe, daß Einsatzleiter Rehmann gehalten war, an diesem Abend die Dienatvorschriften „größtenteils“ auszuliegen.

Tatsächlich wurde gegen 19.45 Uhr, als vor dem NPD-Versammlungsort Scharnhorst zwischen Antifaschisten und der Polizei ausbrach, ein Funkbericht aus dem Frankfurter Polizeipräsidium abgehört. Wortlaut: „Diesmal nicht wie bei der Südafrika-Demo!“ Bei dieser Demonstration, fünf Wochen zuvor, hatte die Polizei relativ zurückhaltend agiert; die Scheiben einiger Banken waren zu Bruch gegangen, woraufhin die Frankfurter Reaktion in ein lautes Wutgeheul ausbrach. Schuld sei das Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. „Tut mir leid, das ist das Schicksal der Demokratie“, wurde geäußert. Schuld sei das Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Ordnungsmacht am Durchgreifen hindere, „Liberalität“ und „Laxheit“ seien nicht mehr zu ertragen usw. usw.

Es existierte also eine ausdrückliche Anweisung der Frankfurter Polizeiführung (Gemmer, Vogel), hart vorzugehen, und das heißt: Hemmschwellen, sofern vorhanden, werden gesenkt. Diese Anweisung wiederum deckte sich

in mehrfacher Hinsicht mit der politischen Landschaft. Hier ging es nicht um polizeiliche Techniken, hier ging es um Polizei-Politik.

Erstens ist der permanente Lärm aus den Reihen der CDU/CSU für eine Verschärfung des Demonstrationsrechts Anlaß für geistesverwandte Polizeistrategen. Öl ins Feuer zu gießen und dann vollendete Fakten zu schaffen. Zweitens ist man im Frankfurter Präsidium seit geraumer Zeit entschlossen, den „Startbahn-Chaos“, also einem anhaltenden sozialen Widerstand mit beträchtlichem politischen Erfahrungsschatz, den Garau zu bereiten. Drittens sind die „Sicherheits“-Politiker seit diesem Sommer dabei, eine neue Phase der „Terrorismusbekämpfung“ einzuleiten, und so unglaublich es für manchen heutigen Ökopop-Aktivistin klingt: Noch vor zehn Jahren wußte die Linke nur zu gut, daß jede solche Antiterrorismus-Kampagne sich auf der Straße ausgetragen wird, wenn gleich dies keineswegs das Terrain der RAF ist.

## Heiden am Bildschirm

Zwei Tage bevor der Wasserpanzer zu seiner finalen Aktion startete, flimmerte eine maßlose Hetz-Sendung jenes Gerhard Löwenthal über das ZDF, der nicht nur als Sprachrohr rechtsradikaler Geheimdienstkreise fungiert, sondern sich auch keine Mühe gibt, dies etwa journalistisch zu verbrämen. In dieser Sendung nutzte der ehemalige Hamburger Verfassungsschutz-Chef Horchem das Schlußwort einer Gesprächsrunde sogenannter Experten zu einem einseitigen und unaufrichtigen Aufruf: Terroristen nicht zu töten. Wohlgerichtet, da war nicht von Notwehrsituationen die Rede. Es hieß nicht: Wenn die Terroristen unbeteiligte Geiseln bedrohen, dann ... Es ging auch nicht um eine Einführung der Todesstrafe. Es war ein nackter, nicht weiter relativierter Aufruf zum Mord. Dieser Aufruf kam kühl und überlegt — Horchem hatte als „Fachberater“ Herrn Löwenthal bei der Vorbereitung und Produktion der Sendung zur Seite gestanden. Gesprächsteilnehmer Boeden, Leiter der Terrorismus-Abteilung des BKA, widersprach nicht. Und der GSG-9-Führer, Wegener, „Heid von Mogadishu“, pflichtete bei: Konzessionen dürften nicht gemacht werden.

Horchem selbst hatte vor diesem gespenstischen Sendeschluß (nachfolgend wie üblich die Nationalhymne) ausdrücklich die sog. Sympathisantenzone auf Korn genommen. Diese bestünde aus einem klar überschaubaren und vom sonstigen Protestpotential isolierten Kreis von bis zu 2.000 Personen. Bei einer so hohen Zahl kann sich jede(r) ungefähr ein Bild machen, wer alles gemeint sein könnte. Personen. Bei einer so hohen Zahl kann sich jede(r) ungefähr ein Bild machen, wer alles gemeint sein könnte — jedenfalls weit mehr als diejenigen, die sich selbst so verstehen. Von diesen Sympathisanten werde die RAF auch noch „negativ beeinflusst“, nämlich daß sie „keine Geiseln mehr“ nehmen (sondern gleich schlüsseln) solle. Dieser Vorwurf — Bruder Goebbels winkt aus der Hölle — wiegt offenkundig weit schwerer als alles, was eine Woche später landauf, landab über Chaos, Gewalttäter, Randalierer, Plünderer, Brandstifter etc. zu lesen war. Man muß sich gründlich vor Augen halten, welches infame Bild hier erzeugt wurde — ein Bild, das der Polizeiparlapparat oder jedenfalls beträchtliche Teile davon mühelos auf militante Demonstrantengruppen übertrug.

Die „FAZ“ besprach die hemmungslose Horrorschau wohlwollend. „Jetzt werden die Handschuhe ausgezogen“, nachzulesen in der Ausgabe vom 28.9. Die Prognose sollte sich schnell erfüllen. Am Abend war Günter Sare tot.

Wenn es richtig ist, daß „Bild“ politisch-publizistisch verantwortlich war für das Attentat auf Rudi Dutschke, dann trifft ZDF und FAZ eine Mitschuld an der tödlichen Frankfurter Demonstranten-Jagd. Freilich sind die Schreibtisch- und Mikrophon-Täter heute in der glücklichen Lage, sich mit demokratischem Protest nicht herumzuschlagen zu müssen. Für die einen ihrer Widersacher sind sie nicht besonders beachtenswert. Sie sind halt „System“ und das System reicht nun einmal vom BND bis zu den Grünen, von der FAZ bis zur taz. „Ein Schwein wie das andere Schwein.“

Für die anderen ihrer Widersacher gibt es diesen ursächlichen Zusammenhang nicht. Sie sind der Meinung, es hätte jeden treffen und bei zahllosen Demonstrationen ebenso passieren können: an der Startbahn, beim Häuserkampf, bei Anti-AKW-Demonstrationen. Man sei immer mit der gleichen Polizeimaschine konfrontiert und diese sei nun einmal mörderisch. Dies ist ebenso richtig wie unvollständig.

Als etwa der Startbahn-Konflikt im Oktober 1981 in die Phase seiner größ-



Foto: M. Fricke

ten Massenhaftigkeit eintrat, gab es ganz andere Auffassungen über den Charakter der Polizei. Es hieß damals, die Ordnungstruppen seien weitgehend zersetz; ständig wurden Meldungen über angebliche Befehlsverweigerung kolportiert. Noch heute klingen einem die Megaphon-Durchsagen im Ohr, wobei Polizisten hätten ihren Dienst quittiert, „jetzt sind es schon über hundert“, drei hätten geweint und einer nach seiner Mama gerufen ... Diese Gerüchte, die mindestens maßlos übertrieben waren, reflektierten lediglich ein bestimmtes, relativ zurückhaltendes Vorgehen der Polizei, das nicht einmal eine Woche anhält.

Wichtig ist, zu erkennen, daß diese Maschine unterschiedlich eingesetzt wird, daß die Art ihres Einsatzes vorab präzise festgelegt wird, und daß damit selbstverständlich auch politischer Einfluß genommen wird. Um ein (viel zu einfaches) Bild zu gebrauchen: Die Maschine hat zwölf Gänge, die auf Befehl eingelegt werden, und innerhalb dieser Gangarten besteht natürlich noch die Möglichkeit, zu beschleunigen oder abzubremesen. Von letzterer wird allerdings kaum Gebrauch gemacht. Man sollte sich auch vergegenwärtigen: Mehr als die „niedrigen Gänge“ haben wir noch gar nicht kennengelernt.

## Uhrwerk grün

### Uhrwerk grün

Diese Maschine funktioniert. Wie sie funktioniert, das konnte man in besonders zynischer Weise in der Stunde Null, als Günter Sare überrollt war, erleben. Von den ersten Sekunden danach existiert ein Foto, welches Polizisten zeigt, wie sie über dem Sterbenden einen zur Hilfe eilenden Jugendlichen wegprügeln. Dieses Bild kündigt an, was in den folgenden Stunden und Tagen in Frankfurt passieren sollte: Die gewaltsame Niederschlagung von Trauer und Protest auf eine Weise, daß man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte: Denen reicht es nicht, die müssen auf dem Toten noch herumtrampeln.

Denn was auch immer dann passierte, und egal, ob die gekende Verkehrs-, Kleidungs-, Eigentums- und Brand-schutzordnung dabei beachtet wurde oder nicht — es war Trauer und Protest und das unterscheidet die Menschen, die daran teilnahmen, in äußerst vorteilhafter Weise vom Rest dieser Gesellschaft. Auf diese winzige Minderheit wurde die Maschine losgelassen, angetrieben durch eine schäumende Presse und eine Politikerriege von Wallmann bis Kohl („Das sind Verbrecher“), die sich alle Mühe gab, die Kehrseite bürgerlicher Gemütslichkeit bekannt zu machen. Bei der Gruppe der uniformierten Täter war keine Schrecksekunde wahrzunehmen, kein stockender Atem, kein Sinken des erhobenen Schlagstocks, nicht einmal eine wenigstens formal höfliche Geste gegenüber der Familie des Toten. Die Frankfurter Polizeiführung erfinden den Satz, man sei „von dem tragischen Unglücksfall genauso betroffen“. Ob das „genauso“ nun der Dummheit oder Gedankenlosigkeit entspringt — es muß wie Hohn klingen.

Kommen wir abschließend zu demjenigen Bereich des politischen Hintergrunds, der nicht nur im Dunkeln liegt, der auch aus triftigen Gründen unheimlich ist, an den man sich folglich aus Angst vor schlimmen Entdeckungen nicht herantraut. Mit heftiger emotionaler Abwehr, teilweise sogar aggressiv reagiert ein beträchtlicher Teil

der Linken auf den, freilich durch die Realität vorgegebenen, Zusammenhang von Polizeiterror und NPD-Veranstaltung. Es sei doch irre, schrie etwa eine Frau auf einem teach-in in Frankfurt, zu glauben, der Tod des Demonstranten habe mit dem Anlaß — Protest gegen Faschisten — zu tun. Rein zufällig sei es an diesem Abend passiert; wer etwas anderes behauptete, sei völlig bescheuert. Rein zufällig, völlig bescheuert ... Rein zufällig? 70 Teilnehmer bei der NPD, diese lächerlichen 70 Leuten, heißt es immer wieder, das könne doch kein wirklicher Anlaß gewesen sein.

Etwas distinguierter, aber auch härter formuliert es der Frankfurter „Pflasterstrand“: Dies habe auch kein wirklicher Anlaß zum Demonstrieren sein können. „Der Totschlag an der Frankfurter Allee kommt aus ‚heilerem Himmel‘ — anläßlich einer Gegenkundgebung zu einer ins proletarische Götterviertel abgedrängten NPD-Parieveranstaltung, von der niemand etwas wußte oder wissen wollte. Außer jenen Parteide monstranten und Autonomen, die an einem solchen Ereignis noch und immer wieder ihre politische Identität erproben ... Da war kein sozialer Konflikt oder politischer Kampf — wie etwa um die Startbahn West — zum Ausdruck seiner Ernsthaftigkeit gekommen, nein, die Organisation der staatlichen Zwangsmittel plus Polizeistatistik bewies ihre banale Fähigkeit zu töten.“ (PS, Nr. 220)

## Verdrängungen

Nein, da war gar nichts. Nichts, nichts, nichts! Da war kein Blutbad in diesem Jahr. Keine Verneigung vor SS-Gräbern. Keine Aufforderung, daß wir zur Vergangenheit unserer geliebten Nation wieder stehen sollen. Keine aufgestaute, aber in Meinungsumfragen sichtbare Volkswut, daß man es endlich satt habe, immer wieder an Auschwitz erinnert zu werden. Da war keine Stimmung gegen Antifaschismus, diese schlimmste aller Miesmachereien gegen Deutschland.

Und sollte es das alles doch hier und da gegeben haben — dann jedenfalls nicht bei der Polizei. Bei der Polizei gibt es kein faschistoides Untermenschenbild von Staatsfeinden. Bei der Polizei gibt es keine Ausländerfeindlichkeit. Bei der Polizei gibt es keine Ordnungsvorstellungen, die von denen der NPD nicht mehr zu unterscheiden sind. Bei der Polizei gibt es keine NPD-Wähler und keine NPD-Anhänger. Sogar gibt es in Frankreich, in den USA natürlich, in der Schweiz, Italien, Japan, auch Österreich. Aber nicht in der Bundesrepublik. Oh nein!!! (Wie stünden wir denn da, wenn das rauskäme ...)

Wenn aber die Maschine Polizei am 28.9.85 auf eine harte Gangart eingestellt worden ist, wenn der Befehl, kompromisslos durchzugreifen, gegeben worden ist, wenn es also eine Planung gegeben hat, die notwendigerweise die Wahrscheinlichkeit von schweren Verletzungen und sogar Toden erhöht, dann haben die beteiligten Politiker und Polizeiführer in dem Bewußtsein gehandelt, daß dies zum Schutz von Faschisten geschehen sollte. Sie haben ihr Gewaltmonopol auffahren lassen und tödlichen Gebrauch davon gemacht, obwohl oder gerade weil oder auch unabhängig davon, daß es der NPD zugute kam. Darauf muß eine Antwort gefunden werden. Es kann keinen Versuch einer konkreten Analyse geben, wenn diese Frage ausgeklammert wird.

Politische Kämpfe und Identitäten kann man sehr unterschiedlich bewerten. Wir möchten nicht versäumen, dem „Pflasterstrand“ auch hierin zu widersprechen: Kleine antifaschistische Aktionen können ernsthafter, für manche Beteiligte sogar beträchtlich ernsthafter sein als große Naturschutz-Demos.

Auf dem schon erwähnten teach-in, welches durch Eierwürfe auf ehrwürdige Studentenpapiere, Schlägereien zwischen schwarzen und GRÜNEN Blöcken und andere Belanglosigkeiten einen kurzfristigen Nachrichtenwert errang, hielt eine Frau aus dem früheren Frankfurter Frauen-ASIA einen von allen Selbstdarstellern geflüstert überhört Beitrag, in welchem sie versuchte, Erinnerungen an ein Gespräch mit Günter Sare wiederzugeben. Dieser habe die NPD nur für die sichtbare Spitze eines Eisbergs gehalten. Sehr viel relevanter und sehr viel gefährlicher sei der weniger sichtbare Teil des Rechtsradikalismus, den Günter im Staatsapparat und in der CDU/CSU angedeutet. Insgesamt werde der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik seit Jahren unterschätzt. Da kann es einem kalt den Rücken herunterlaufen.

de., Frankfurt



Günter Sare



Foto: K. Malsow



Frankfurt in den Tagen nach dem Tod Günter Sars. Die folgenden Augenzeugen-Berichte wurden auf einem Tisch in der Universtät ausgestellt. Sie sollten Verbreitung finden, weil es dringend geboten ist, Gegenöffentlichkeit gegen die Verhöhnung in den bürgerlichen Medien zu schaffen. Beobachtungen und Aussagen werden von der Bunte Hilfe, c/o Club Voltaire, kleine Hochstraße 8, 60008 Frankfurt/Main, Telefon 069-38 39 48 gesammelt. Die Bunte Hilfe bittet um Spenden unter dem Kennwort „Günter Sars“ auf das Konto Barbara Krebs, Konto Nr. 545 85 34, Commerzbank AG Frankfurt, B.I.Z. 200 00, oder Barbara Krebs, Postcheckkonto Frankfurt/Main Nr. 149 73-603.

Auf der linken Straßenseite standen Polizeiautos, Polizisten sowie ein Wasserwerfer. Die Straße war ziemlich belebt und auch ziemlich erleuchtet. Wir gingen auf der rechten Straßenseite. Auf einmal bewegten sich einige Polizisten auf uns zu, fingen auch ab zu rennen, worauf acht Leute von uns versuchten, wegzulaufen. Wir versuchten, normal und ruhig weiterzugehen, als wir auch schon von hinten gepackt und auf die andere Straßenseite gebracht wurden, wobei mir der Hals so zugeprügelt wurde, daß ich kaum noch Luft bekam. Wir wurden ziemlich unsanft gegen ein Polizeifahrzeug (Bus) gedrückt, das genau vor dem Wasserwerfer stand. Wir mußten die Arme hochnehmen und wurden abgetastet. ... Ein Polizist schlug einen Festgenommenen so heftig mit dem Kopf gegen die hintere Scheibe des Busses, daß diese mit einem lauten Knall völlig zerbrach. Daraufhin konnten wir uns umdrehen. Bei diesem Vorfall ließ mich der Polizist, der mich festhielt, los. Er wirkte sichtlich geschockt und wandte seine Aufmerksamkeit völlig von mir ab. Der Festgenommene war benommen und verlangte einen Arzt. Die Polizisten reagierten mit folgenden Sprüchen auf den Vorfall: „Also, einfach die Scheibe kaputtschlagen — was soll das denn!“, „Was — erst die Scheibe zerbrechen und dann noch einen Arzt wollen — wo gibt es denn sowas!“, „Ich frage den Festgenommenen, ob er verletzt ist, worauf er keine Antwort geben konnte.“

In der Zwischenzeit wurden fünf weitere Festgenommene gebracht. Einer davon wirkte so, wie wenn er Schmerzen hatte und berichtete von Schlägen in die Nieren. Wir mußten uns in den Bus mit der kaputten Scheibe setzen und wurden dann zum Polizeipräsidium gebracht. Im Aufzug des Polizeipräsidiums, mit dem wir hochfuhren, redeten die Polizisten über den Vorfall, wobei einer sagte, es wäre ein Rettungswagen angefordert worden. Das stellte sich aber hinterher als falsch heraus.

#### 30.9.1985 ca. 21.30 Uhr, Hauptwache

Ich stand mit zwei anderen Menschen an einer Straßenecke und unterhielt mich mit ihnen. Als eine Gruppe älterer Polizisten an uns vorbeiging, spuckte ein Mann auf die Straße. Sofort schlug ihm ein bäriger Polizist die Faust ins Gesicht. Wir wollten seinen Namen wissen oder den des Einsatzleiters. Kurz darauf packte ein korpulenter blonder Polizist den geschlagenen Mann an beiden Oberarmen und rampte ihn das Knie zwischen die Beine. Der Zugführer kam dann dazu und gab dem Mann seine Karte. Als eine Gruppe älterer Polizisten an uns vorbeiging, spuckte ein Mann auf die Straße. Sofort schlug ihm ein bäriger Polizist die Faust ins Gesicht. Wir wollten seinen Namen wissen oder den des Einsatzleiters. Kurz darauf packte ein korpulenter blonder Polizist den geschlagenen Mann an beiden Oberarmen und rampte ihn das Knie zwischen die Beine. Der Zugführer kam dann dazu und gab dem Mann seine Karte, ohne sich jedoch die beiden von uns beschuldigten Polizisten anzusehen.

Einige Männer — wie sich herausstellte, Zivilisten — schlugen mit Holzknüppeln auf die am Boden Liegenden ein. Die am Boden krümmten sich zusammen und leisteten keinen Widerstand. Ich sah, wie ein oder zwei Zivilisten mit Füßen auf die am Boden Liegenden eintraten. Ein Zivilist stellte seinen Fuß in den Nacken eines am Boden liegenden Mannes und schlug weiter auf ihn ein. Die beiden am Boden lagen mit dem Gesicht auf der Erde. Einige Demonstranten wollten nach effizienten Schrecksekunden zu Hilfe eilen. Allerdings bildete eine Schar von etwa 15 Zivilisten mit Knüppeln in den Händen einen Ring, so daß es unmöglich war, Hilfe zu leisten. Der Ring wurde vergrößert, löste sich dann auf, und die Gruppe Zivilisten zog sich in Richtung Neue Kräme zurück, verfolgt von einem Grüppchen Demonstranten. Etwas später kamen einige Demonstranten wieder zurück und führten einen jungen Mann in ihrer Mitte, der aus der Nase blutete.

#### 30.9.1985 ca. 22 Uhr, Hauptwache/Neue Kräme

Die Zivilisten zogen sich langsam zurück in die Neue Kräme. Ein Teil der Leute ging ihnen nach, und sie riefen Proteste hinter ihnen her. Die Zivilisten bogen in die Holzgraben ein. Eine Flasche flog hinterher und zerplatzte auf der Straße. Sie drehten sich um und schlugen blitzartig auf die Leute ein. Eine Person lag ziemlich verletzt am Boden (Gesicht). Am Eingang vom „Bürger-King“ kalte in diesem Moment ein Zivilist mit gezogener Pistole und zielte auf die Leute. Mittlerweile beständig Angestellte des Lokals den Vorfall.

## DIE POLIZEISTADT

### Zeugen berichten über die Frankfurter Ereignisse



Foto: Klaus Malorny

#### 1.10.1985 gegen 21 Uhr, Hauptbahnhof

Am 1.10.1985 bin ich nach Frankfurt gefahren. Als ich gegen 21 Uhr den Bahnhof in Frankfurt verlassen wollte, wurde ich von einem Polizeihund gebissen. Ich habe Strafantrag gegen Unbekannt beim 4. Polizeirevier in Frankfurt gestellt. Anschließend wurde ich von der Feuerwehr ins Krankenhaus gefahren, zusammen mit einer anderen Person (im folgenden B genannt). Erst wurde B (Kopfverletzung) auf einer Bahre in den OP gefahren. Dann kamen Streifenpolizisten (keine Bereitschaftspolizei) und verbotenen, daß ich Kontakt zu B aufnehme. Sie drückten mich weg und fragten: „Was haben Sie überhaupt am Bahnhof gemacht?“ Ich zeigte meine Fahrkarte. Zu meiner Verletzung sagte er: „Das war kein Hund.“ Aber der Arzt bestätigte die Verletzung als Hundebiß. Die Polizisten verhielten sich hochmütig. Am Bahnhof behinderten sie einen Arzt, für B einen Krankenwagen zu holen, obwohl der Arzt seinen Ausweis zeigte.

#### 1.10.1985 21.45 Uhr, Hauptbahnhof, Taxi

Ich wollte den Bahnhofsvorplatz von der Düsseldorfstraße kommend überqueren. Hier standen in mehreren Reihen Bahnpolizisten mit Hunden, ohne Hunde und Bereitschaftspolizisten. Dazwischen befanden sich keine Demonstranten.

#### 1.10.1985 21.45 Uhr, Hauptbahnhof, Taxi

Ich wollte den Bahnhofsvorplatz von der Düsseldorfstraße kommend überqueren. Hier standen in mehreren Reihen Bahnpolizisten mit Hunden, ohne Hunde und Bereitschaftspolizisten. Dazwischen befanden sich keine Demonstranten, nur Pressefotografen liefen dazwischen herum. Plötzlich ertönte vom Taxiand Geschrei. Ich lief hin und sah, daß ein großer, kräftiger Mann auf dem Boden lag. Eine andere Person (kein Polizist) versuchte, ihn festzuhalten und zu beruhigen. Die beiden waren eingekreiselt von Bahnpolizisten, von denen einzelne mehrmals auf die verletzte Person zusprangen, sie traten oder mit dem Knüppel auf den Kopf schlugen. Obwohl offensichtlich war, daß der inzwischen blutüberströmte Mann nicht mehr bei Sinnen war, erhielt er, wenn er sich aufbäumte, neue Schläge auf den Kopf. Es sah aus, als wollten sie ihn umbringen.

„Wir wußten, daß die Demonstranten in der Mainzer Landstraße eingekesselt waren. Somit konnten wir weder zurück noch vorwärts, überall waren Bullen. Vereinzelt und in Gruppen standen wir Demonstranten am Hauptbahnhof-Nord. Plötzlich kam aus der Ottostraße ein Aufgebot von etwa 20 bis 30 Bullen, die Schlagstöcke schon in Schlagposition auf die Demonstranten gerichtet. Wir (ca. 10 Demonstranten) blieben zunächst stehen. In eiligem Schritt liefen sie auf uns zu. Nach der Biegung sind sie dann losgerannt und ließen auf unserer Höhe einen schrecklichen, frohlockenden Kriegsschrei (hoi-hoi-hoi) los und fingen an, die Demonstranten vor uns zusammenzuknüppeln.“

Jeder Bulle hatte sich einen Demonstranten vorgenommen. Gezinkt wurde auf Köpfe und Nacken geprügelt. Eine von uns war etwas abseits von uns. Sie wurde von einem Bullen angegriffen. Sie stand hilflos da, ihren Kopf schützend sackte sie durch die Schläge in die Knie. Ein Bulle holte aus und schlug ihr gezielt auf den Nacken. Bei einem anderen Demonstranten verlief es genauso.

(Am Hauptbahnhof) Als ich mich umdrehte, sah ich etwa 200 Meter hinter mir einige Leute rennen, die von der Polizei verfolgt wurden. Deshalb ging ich etwas schneller zum Ausgang, der jedoch verschlossen war. Plötzlich rann mir Polizisten mit gezogenem Schlagstock entgegen. Da bin ich stehen geblieben, erhielt Schläge ins Gesicht und auf den Kopf und stürzte über ein Geländer, das den Bürgersteig von der Fahrbahn trennte. Auf der Fahrbahn liegend, wurde ich im Brustbereich getreten und noch einige Male geschlagen. Als ich nun getreten und geschlagen worden bin, weiß ich nicht genau, was dann geschah.

Um 21.45 Uhr wurde vor dem Hauptbahnhof von einem Bahnbulle eine Personnenkontrolle durchgeführt. Ein rotblonder Mann wurde aufgefordert, sich durchsuchen zu lassen, was er anstandslos über sich ergehen ließ. Er reichte dem Beamten mit dem drei Streifen seine Jeansjacke. Daraufhin wurde er geschlagen, er schlug wohl wie im Reflex (er zitterte) zurück. Ich fotografierte mit zwei anderen Fotografen diese Szene. Daraufhin und wegen der anwesenden Menschen, die schrien, rückten etliche Bahnschläger auf uns zu und prügelten. Von der Seite bekamen sie Schützenhilfe von „normalen“ Uniformierten, von der Bahnhofshalle kamen andere Sheriffs und Zivils und jagten uns.

Obwohl ich mich zu schützte, wurde ich dennoch wie im Reflex (er zitterte) zurück. Ich fotografierte mit zwei anderen Fotografen diese Szene. Daraufhin und wegen der anwesenden Menschen, die schrien, rückten etliche Bahnschläger auf uns zu und prügelten. Von der Seite bekamen sie Schützenhilfe von „normalen“ Uniformierten, von der Bahnhofshalle kamen andere Sheriffs und Zivils und jagten uns.

Eine Polizeieinheit verfolgte Leute an der Nordseite des Bahnhofes und verprügelte dabei einige Menschen schwer. Ich befand mich auf der Düsseldorfstraße und hörte sofort los. Kurz vor Erreichen des Ortes des Geschehens wurde ich unsanft angehalten, man wollte mich daran hindern, Hilfe zu leisten. Erst nach einigem Hin und Her und meiner Legitimierung durch meinen Ausweis wurde ich vorgelassen. Es lagen drei Menschen auf dem Boden. Ich versorgte sofort den ersten, einen Mann, der eine große Beule am Hinterkopf aufwies, kurzzeitig bewusstlos war und über sehr starke Schmerzen ins Kopf klagte. Der Mann war kaltschweißig. Dünner, fadenförmiger Puls. Ich forderte sofort mehrere Krankenwagen zu bestellen. Erstmal keine Reaktion, bis dann einer sich doch bequembte. Nach der Erstversorgung des Mannes mit Infusion und Schocklage wandte ich mich den anderen Verletzten zu. Eine Frau mit Schlag auf den Hinterkopf, (d.h. Schlag von hinten), eine Frau mit Nasenbeinbruch und Verdacht auf Bruch des Augenbogens, ein Mann mit Hundebißverletzung an der linken Hand. Material zur Versorgung war in keinem Zeitpunkt ausreichend vorhanden. Die Erste-Hilfe-Station des Bahnhofes, die hätte helfen können, war nicht alarmiert (wie ich später feststellte). Die Polizisten stellten mir keine Infusionslösungen zur Verfügung, obwohl sich ihr Krankenwagen in der Nähe des Knüppelcorps befand und schnell hätte alarmiert werden können.

Weiter vorne versorgte ich noch einen Mann mit Hundebißverletzungen. Immer wieder versuchte sowohl die Bahnpolizei als auch die normale Polizei, mich an Hilfeleistung zu hindern, teils, indem sie mich abdrängte, teils, daß sie sich mir in den Weg stellte. Auf dem Vorplatz versorgte ich mindestens sechs Verletzte mit Schädelver-

letzungen (vorwiegend) und Hundebißverletzungen.

Ich versorgte mehrere Fotografen und andere. An der Ecke zum Kaisersack wurde der Schlagstockeinsatz immer massiver. Dort erwachte es dann eine junge Frau von hinten. Während ich versuchte, ihr zu helfen, drängte die Polizei nach, ohne Rücksicht darauf, daß dort ein Mensch am Boden lag. Ich fühlte ein paar Mal den Schlagstock im Kreuz, und anderen, die am Helfen waren, erging es ähnlich. Wir konnten gerade noch einen Platz von 1,5 m für sie beanspruchen, um die nötige Hilfe zu geben. Die Frau, die ich dort versorgte, hatte eine Gehirnerschütterung und einen Bruch der rechten Mittelhand. Ich fuhr mit ihr dann in die Uni.

Plötzlich kamen ca. 30 Polizisten im Laufschrift um die Ecke (aus der Ottostraße) hinter den Leuten her. Sie lachten und johlten und riefen: „Auf geht's!“ Wild um sich prügelnd rann ich in Richtung Hauptbahnhof; dabei prügelten sie auch auf am Boden liegende Menschen ein. Alles, was dort war und sich bewegte, war Angriffspunkt der Bullen. Ungefähr fünf Leute waren recht schwer verletzt; sie lagen am Boden, krümmten sich vor Schmerzen. Einige waren leicht verletzt (Prellungen).

Es dauerte ziemlich lange, bis ein Polizist Krankenwagen anforderte; zum Glück war ein Helfer vom ASB zur Stelle, der sich um die Verletzten kümmerte. Die Polizei (etwa 50) sperrte die Poststraße ab; sie stellte einen VW-Bus quer über die Fahrbahn, so daß die Krankenwagen erst nicht zu den Verletzten durchkamen. Die Polizisten standen rum und lachten über die Verletzten. ... Nachdem die Krankenwagen endlich durchkamen und die Verletzten abtransportiert werden konnten, lösten sich die Polizeisperrten auf.

Nachsatz: Nur ein einziger Polizist versuchte, einem Leichtverletzten zu helfen. Am Dienstag, den 1.10.1985, ca. 19.45 Uhr, kam ich von meiner Arbeitsstelle mit dem Auto über die Bockenheimer Landstraße in Richtung Stadtmittel/Opernplatz. Am Opernplatz wollte ich rechts auf die Mainzer Landstraße abbiegen und geriet an der Ecke Mainzer Landstraße/Bockenheimer Landstraße in eine Demonstration. Ich hielt mit dem Auto so lange, bis ich eine Möglichkeit hatte, rechts an die Seite zu fahren und dort in einer Feuerwehreinfaht zu parken (ungefähr 30 m von der Ecke Bockenheimer Landstraße/Mainzer Landstraße entfernt.)

Der Demonstrationsszug war bereits vorbeigezogen, es folgten ihm Wasserwerfer, Polizeifahrzeuge und eine große Anzahl von Polizeibeamten mit Schlagstöcken, Schildern und Helmen. Ich hatte am Ende des Demonstrationsszuges an der Entfernung meinen Cousin entdeckt und rief aus dem Auto aus, winkte ihm und rief seinen Namen. In diesem Augenblick spürte ich einen Schlag in den Rücken. Ich drehte mich um und sah zwei Polizeibeamte, die sofort weiter auf mich einschlugen. Ich erhielt Schläge auf den Kopf, ins Gesicht, auf die Hüfte, in den Bauch, auf den Arm und in den Rücken. Meine Nase blutete stark und ich hatte große Angst. Ich lief dann in einen Hof und versteckte mich dort. Verfolgt wurde ich nicht. ...

wurde ich nicht. ...

Zu bemerken wäre noch, daß die Demonstrationen, die vom Opernplatz aus in die Richtung Goethestraße in Richtung Mainzer Landstraße, Richtung Platz der Republik gingen, sich völlig ruhig und diszipliniert verhielten und es keine Anhaltspunkte für Ausschreitungen oder Auseinandersetzungen mit der Polizei gab.

Ich befand mich auf dem Rückweg von einer Gaststätte. ... In diesem Moment sah ich eine Gruppe Fahrradfahrer, etwa dreißig Personen, vom Grünburgweg in die Eschersheimer Landstraße, Richtung Innenstadt, einbiegen. Alle hatten ihr Licht eingeschaltet, klingelten (wie dies auf den vergangenen Fahrraddemonstrationen üblich war) und fuhren verkehrsschriftlich ordnungsgemäß auf den rechten Fahrspuren der Eschersheimer Landstraße. Dies alles erweckte einen eher friedlichen Eindruck. Ich habe keinen einzigen Tatbestand feststellen können, der zu den nun folgenden Geschehnissen hätte Anlaß bieten können. Im krassen Gegensatz zu diesem friedlichen Bild stand das Verhalten aller Polizeifahrer und -kräfte, die diesen Zug „begleiteten“.

Dabei nahm vor allem ein Fahrzeug der Polizei (Einsatzwagen, PKW) offensichtlich Ziel auf die vordere Reihe der Fahrradfahrer. Dabei bedrängten sie vor allem zwei Radfahrer derart lebensgefährlich, daß für mich als Passant der Eindruck entstand, daß sie diese Radfahrer absichtlich überfahren wollten. In ihrer panischen Angst sprangen bzw. stürzten diese zwei Radler von ihren Rädern. Die Fahrräder kamen, eines auf der rechten Fahrspur, eines auf der Gegenspur zum Liegen. Das sie bedrohende Polizeifahrzeug hatte ganz dicht vor ihren Rädern scharf abgebremst — nun entsprangen diesem, ebenso wie aus dem folgenden Mannschaftsfahrzeug, mehrere (mindestens sechs) behelmte Beamte und liefen, ihre Schlagstöcke drohend über dem Kopf gehoben, hinter den vom Rad Gestürzten hinterher. ...

Dies alles beobachtete ich vom Bürgersteig Ecke Finkenlofweg/ Eschersheimer Landstraße aus. Der Verkehr auf den zwei Spuren stadtauswärts war mittlerweile durch das auf diese Fahrbahnen durch den Sturz gescheiterte Fahrrad zum Erliegen gekommen. Als ich das Fahrrad auf das Trottoir zu schieben versuchte, wurde ich umgehend von zwei einmündigen Sekundanten von zwei weiteren Polizisten (die sich angeschlossen hatten) angegriffen. Trotz meiner Beleuerungen, daß ich nicht überfahren werden wollte, wurden mir die Arme auf den Rücken gedreht. Unter sichtbarer und verbaler Androhung von Prügelein und wiederholtem Reiten an den Haaren schleppten die drei mich zum Mannschaftswagen. Dort sollte ich „mitgenommen“ werden. In der Zwischenzeit waren fast alle Teilnehmer des Fahrradkonvois — z.T. unter brutaler Androhung von Gewalt — festgenommen worden und in die Mannschaftswagen verfrachtet worden. Dies, obwohl keiner von ihnen meinen Beobachtungen zufolge etwas sich hätte zuschulden kommen lassen. ...

Daß ich nicht, wie die Teilnehmer der Fahrradfahrergruppe völlig unbescholten „abtransportiert“ worden bin, verdanke ich nur dem Zufall, daß ich an diesem Dienstag eine Hospitation bei der Frankfurter Presse begonnen habe und mich so als Mitarbeiter dieses Pressehauses ausgeben konnte.

Daß ich nicht, wie die Teilnehmer der Fahrradfahrergruppe völlig unbescholten „abtransportiert“ worden bin, verdanke ich nur dem Zufall, daß ich an diesem Dienstag eine Hospitation bei der Frankfurter Presse begonnen habe und mich so als Mitarbeiter dieses Pressehauses ausgeben konnte.

#### 1.10.1985 23.55 Uhr, Konstabler Wache

Am 1.10.1985 um 23.55 Uhr beobachteten wir an der Konstabler Wache eine Gruppe von ca. 30 Jugendlichen, die auf der Treppe saßen. Ohne ersichtlichen Grund (Provokation etc.) rann auf einmal etwa 20 Polizisten mit gezücktem Schlagstock unter Gejohle von der anderen Straßenseite der Konrad-Adenauer-Straße aus auf die Jugendlichen los, die versuchten zu fliehen. Etwas fünf Minuten später kamen die ersten Polizisten mit sechs Festgenommenen, die sich nicht wehrten, zurück. Einer der Festgenommenen blutete am Kopf. Wir können die Polizisten leider nicht wiedererkennen (Dienstnummer war nicht zu sehen), aber wir wollen auf keinen Fall, daß dieser Überfall so einfach übergesen wird.

#### 3.10.1985 ca. 16.30 Uhr, Hauptwache/Ecke Schillerstraße

Ich bekam Rückkontakt mit einem Bullen, der mit erhobenem Gummiknüppel hinter mir war. Das alles passierte im Laufes. Ich drehte mich um, um den Schlag nicht ins Gesicht zu bekommen. Dafür bekam ich ihn dann auf den Hinterkopf. Ich fiel hin und prallte nochmal auf derselben Stelle mit dem Kopf auf. Aufstehen konnte ich nicht mehr, weil mir schwindelig war. Ich bin zum Geschäftseingang von WMF gekrochen und da liegengeblieben. Es kamen gleich Leute, die mich untersucht haben. Sani vom ASB kamen erst 10 Minuten später, weil kein Wagen durchkam. Mindestens zwei Frauen wurden bei der Aktion auch verletzt. Bei der Hilfsaktion der Sani vom ASB hat ein Zivilbulle einem Sani Tränengas ins Gesicht gesprüht, das auch bei mir vorübergegangen ist. ...



# »Das Aufrechnen kaputter Scheiben ist pervers«

Interview mit Michael Wilk, Mitglied der BI gegen die Flughafenenerweiterung

**ARBEITERKAMPF:** Als Sami warst du einer der ersten, die bei Günter Sare gewesen sind. Von dir sind häufig Aussagen dazu zitiert worden, aber immer nur auszugewiesen: „Kannst du deswegen die Situation nochmal insgesamt, wie du sie erlebt hast, schildern?“

Michael Wilk: Wie viele andere Leute war ich auf der Kundgebung gegen die NPD. Die NPD wurde von der Polizei geschützt, wie es ihr verfassungsmäßiger Auftrag ist, hinter dem sie sich ja gerne versteckt. Dazu kann man nichts sagen, außer daß es in diesem Staat normal ist, die NPD wie jede andere nicht verbotene Organisation zu schützen ... Die Stimmung war zwar sehr unruhig, bewegte sich aber im Bereich des Üblichen. Es gab Rängeleien und vereinzelt flogen Gegenstände wie Farbbeutel und ähnliches, als die Polizei NPDler in den Saal hinein geleitete. Kurz vor 21 Uhr passierte es dann. Ich selber habe es nicht genau gesehen, ich habe nur gehört, wie Wasserwerfer losfuhren. Andere Zeugen bestätigen, daß zwei Wasserwerfer losfuhren, wovon der eine spritzte, wie Bilder und Augenzeugen belegen, spritzte der kleine Wasserwerfer auf Günter Sare. Dann fuhr der andere vor, der Günter überfuhr.

Die einzelnen Umstände müssen noch untersucht und geklärt werden. Wir fordern eine unabhängige, öffentliche Untersuchungskommission — also nicht diese Staatsgeschichte mit dem einzelnen Untersuchungsauftrag — mit totaler Einsicht in die Akten, vom pathologischen Befund bis zu jeder einzelnen Zeugnisaussage. Unserer Meinung nach gibt es da nichts zu verstecken.

Ich selber habe es quasi erst in dem Moment mitbekommen, wo es passiert ist. Ich habe einen dumpfen Aufschlag gehört. Ich drehte mich um, hörte meinen Namen rufen, weil einige Leute wissen, daß ich Mediziner bin, ich stand ca. 50 Meter weiter weg und bin hingelaufen. „Um den Schwerverletzten war schon ein loser Polizeikordon gebildet. Jemandem war bereits bei Günter.“ Ich habe zwei Anläufe gebraucht, um zu ihm durchzukommen. Beide Male zog mich nämlich die Polizei zurück, wobei ich einmal einen Schlagstock oder ein Schild, jedenfalls etwas Hartes, von der Seite in die Rippen bekam. Ich weiß nicht, von wem. Kann aber nur Polizei gewesen sein ... Bei Günter war schon ein Arzt anwesend, außerdem kam noch eine Sanitäterin aus den Startbahn-Initiativen dazu. Gemeinsam haben wir versucht, Günter zu helfen. Das war dadurch sehr erschwert, daß die Polizei auf die

Forderung nach Licht überhaupt nicht reagiert hat. Wir mußten den Schwerverletzten ca. 10 Meter weiter, in das Scheinwerferlicht eines parkenden PKWs, schleifen. Dort haben wir versucht, Erste Hilfe-Maßnahmen durchzuführen — nur mit Material, das nicht von der Polizei oder sonstwoher kam, sondern das die Sanitäterin dabei hatte. Während der ersten Zeit waren wir auch Beschimpfungen ausgesetzt, wie „Ihr wollt Arzt sein“ oder „Du Schwein willst Arzt sein“. Das fiel in irgendeiner Polizeireihe; wer es genau gesehen hat, weiß ich nicht. In dem Augenblick hat es uns auch wenig interessiert. Uns ging es um den Verletzten.

Uns war sofort klar, daß er schwer verletzt sein mußte. Blut quoll aus Mund, Nase und Ohren. Bei den ersten Wiederbelebungsversuchen, externe Herzmassage, habe ich sofort gemerkt, daß der Brustkorb zermatscht und die Rippen gebrochen waren. Wir haben trotzdem unser Möglichstes getan, bis schließlich zwei Krankentransportwagen eintrafen, die allerdings für so einen Fall nicht ausgerüstet sind. Wir mußten also nochmals warten, bis endlich der Notarztwagen eintraf, den wir sofort angefordert hatten. Das hat für unsere Begriffe ziemlich lange gedauert.

**Wie reagierte die Polizei, als ihr das verlangt habt?**

Die haben gar nicht viel gesagt. Wir wissen nicht, ob sie den Notarztwagen gleich gerufen haben oder nicht. Das wird alles zu klären sein, wenn die Funkprotokolle vorliegen. Die Wiederbelebungsversuche gingen im Notarztwagen weiter, aber erfolglos. Das ist kein Wunder bei der Schwere der Verletzungen, wie sich später herausstellte: zerdrückter Brustkorb wahrscheinlich durch Überfahren vom Zwillingsreifen des -zig Tonnen schweren Wasserwerfers und Schädelbasisbruch.

**Konnte man, wenigstens in den ersten Augenblicken, etwas wie Betroffenheit bei den herumstehenden Polizisten bemerken?**

Die Reaktionen in der unmittelbaren Situation wie auch in den Stunden und Tagen danach waren bei der Masse der Polizisten, soweit ich das feststellen konnte, relativ kalt, ja kaltschnäuzig bis hin zum typischen Verdrängungsphänomen, daß sogar darüber gelacht wurde. Bei der Demonstration, die noch am gleichen Abend in die Innenstadt ging, fielen Sprüche wie „Ihr seid die Nächsten“. Die Haltung der Poli-

zei ließ überhaupt nicht erkennen, daß sie irgendwie moralische oder emotionale Konsequenzen daraus gezogen hätte. Es war vielmehr ein eiskaltes Auftreten nach dem Motto: „Was geht uns das an? Es war eben Günters Risiko.“ Es gab aber auch Ausnahmen. Ein, zwei Polizisten haben bei unseren Bemühungen um Günter geholfen. Sie hielten die Infusion. Mittlerweile wissen wir auch, daß ein Polizist bei der Mahnwache für Günter Sare mitgemacht hat. Das sind aber einzelne Aus-

gang zu erschweren. Ich finde, es ist eine völlig normale Angelegenheit, daß man sich im Rahmen seiner sonstigen Tätigkeiten um derartige faschistoide Veranstaltungen kümmert, und daß man dagegen vorgeht. Ich betrachte jetzt aber nicht die NPD und die neofaschistischen Organisationen als das Hauptproblem, womit wir uns auseinandersetzen müssen. Es ist ein Teil der gesamten Problematik innerhalb der Verschärfungen dieses Systems. Man sollte aber gegen die einzelnen Ge-

glomerat, eine Mischung verschiedener Betroffener, Gruppen oder Einzelpersonen — haben uns direkt danach getroffen. Daraus hat sich eine Art Kreis entwickelt, der versucht hat, dem Protest einen gewissen Ausdruck zu verleihen. Ich kann nicht für alle sprechen. Wenn ich mich selber politisch klassifizieren soll, bin ich ein Libertärer, der seit Jahren versucht, über Bürgerinitiativen im Sinne einer Bewußtseinsveränderung zu arbeiten. Ich kann aber so etwas wie eine Tendenz wiedergeben. Anfangs konnte man in der Presse eine gewisse Bemühung um Ausgewogenheit feststellen, wenigstens bei einzelnen Reportern. Es wurde über Günters Tod berichtet, viele Informationen konnten in den Medien untergebracht werden. Je mehr das Ereignis zeitlich zurücklag, desto mehr gewann das Hervorheben von Krawallen an Gewicht. Das ist bei manchen Zeitungen wohl Methode. Bei denjenigen, die es nicht von selbst betreiben, wurde es wohl ganz stark von den politisch Verantwortlichen forciert und geht in Richtung einer Stimmungsmache. Das ist ganz klar und an sich nichts Neues. Das ist bei jedem Ereignis so gewesen, angefangen mit Brokdorf und den anderen Großdemonstrationen. Letztlich wird von den Medien versucht, die kaputte Scheibe gegen das eigentliche Anliegen zu gewichten. Hier, wo es einen Toten gibt, der von einem Wasserwerfer überrollt worden ist, ist es für mich pervers, es wieder mal so aufzurechnen. Verwunderlich ist es aber nicht, es ist Methode, es ist normal. Es soll dazu dienen, beim breiten Publikum, das diese Zeitungen liest, ein Nachdenken zu verhindern. Beziehungsweise: Es wird kaschiert. Das eigentliche Ereignis wird kaschiert und andere, unwesentliche Dinge werden in den Vordergrund gerückt.

In einem „stern“-Interview geben zwei — nach Darstellung der Interviewer — Hamburger Militante markige Sprüche von sich, sozusagen als Kronzeugen für Streetfighter-Mentalität. Da heißt es z.B., sie würden keinen Notwehrbegriff kennen, während es doch gerade umgekehrt ist: Die Polizei kennt tatsächlich keinen Notwehrbegriff. Der „stern“ will wohl nahelegen, daß solche Auffassungen repräsentativ für die Aktionen nach dem Tod von Günter Sare gewesen sind.

Ich habe das Interview nur schnell gelesen, kann also keine analytische Antwort geben. Ich kann nur sagen, der Protest hier vor Ort war sehr breit. Mit unterschiedlichsten Menschen. Auch Leute, die noch in der SPD oder in anderen Parteien und Organisationen sind, sowie die diversen Fraktionen der Woi geben. Ich kann nur sagen, der Protest hier vor Ort war sehr breit. Mit unterschiedlichsten Menschen. Auch Leute, die noch in der SPD oder in anderen Parteien und Organisationen sind, sowie die diversen Fraktionen der Grünen, wenn auch nur als Einzelpersonen, waren vertreten. Leute aus BI, Unorganisierte, Leute, die sich als Autonome bezeichnen, auch Libertäre unterschiedlichster Couleur. Demgemäß ist dieses „stern“-Interview ganz bestimmt nicht beispielhaft für die Bewegung, weil es die Bewegung anläßlich des Todes von Günter Sare gar nicht gibt. Die Bewegung ist spontan — aus der Betroffenheit verschiedener Leute entstanden. Es ist ja gottseidank noch so, daß ganz unterschiedliche Menschen vom Tod Günter Sares betroffen waren mit ganz unterschiedlichen Gewichtigungen, die einen mehr emotional, die anderen mehr politisch.

Zum Inhalt des Interviews: Es gibt verschiedenste Leute mit verschiedensten Ansichten. Allerdings muß ich sagen, daß mich persönlich eine gewisse Kaltschnäuzigkeit und Arroganz geirrt hat, wie dort über Menschenleben, auch wenn es um Menschenleben der Polizei und des Staatsapparates geht, gesprochen wird. Ich kann diesem in weiten Teilen unmenschlichen System nur etwas entgegensetzen, das auf humanen, menschlichen Ansichten basiert. Das mag moralisch klingen. Dazu stehe ich aber auch. Ich kann dieses System nicht mit der gleichen kalten Technik bekämpfen. Das kam mir in dem Interview so vor. Das ist nicht mein Stil und bestimmt auch nicht derjenige vieler anderer Leute.

Ich fand die Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen aber nicht gerade sensationell.

Ja, es hätten natürlich mehr sein können. Ich kann aber über die Art und Weise, wie Leute ihre Betroffenheit äußern, nicht urteilen. Ich denke, es gibt unterschiedliche Möglichkeiten.

Fortsetzung nächste Seite

## Der Bulle hat das Wort

„Wenn du so blöd guckst, hau ich dir'n paar in die Fresse.“

... im Aufzug auf dem Weg zur Haftzelle im Polizeipräsidium  
„Jetzt gehts zum Schafott.“

... auf dem Flur im Klappertfeld (UG):  
„Stehenbleiben, oder ich schließ!“

... vor der Auflösung des Hauptbahnhof-Kassels über Polizeiautsprecher:  
„Das nächste Mal kommt ihr ins Stadion!“

... über eine aus der Polizeiumzingelung flüchtende Person, der zwei Polizisten nachrannten (wahrscheinlich vom Einsatzleiter):  
„Hoffentlich hauen sie den ordentlich zusammen.“

... ein junger Mann, zusammengeschlagen, ruft einem Polizeibeamten zu:  
„Und da guckst du zu?“ Dieser antwortet grinsend: „Na sicher.“

... Polizeibeamte im Klappertfeld auf die Frage eines anderen Beamten, ob in die Frauenzelle mit Gas gesprüht worden sei:  
„In jede Zelle müßte man da reinhalten, bis alles ruhig ist.“ — Lachen —

... bei der Durchsuchung einer Jacke durch einen Polizeibeamten:  
„Wenn ich was finde, bringe ich dich um.“

... Zuruf bei der Entlassung aus dem Polizeipräsidium:  
„Den hätte man auch mit dem Wasserwerfer überfahren sollen!“

nahmen. Insgesamt hat die Polizei kaltschnäuzig reagiert, was leider viel über ihre psychische oder innere moralische Einstellung gegenüber solchen Ereignissen aussagt.

In den ersten Stellungnahmen der Polizei war von einem Stein die Rede, der in dem Blut auf der Straße gelegen hätte. Habt ihr das gesehen?

Derartiges haben wir nicht bemerkt. Natürlich achtet man auch nicht auf solche Dinge, wenn man einen Schwerverletzten versorgt. Von Leuten, die danach an der Unfallstelle waren, wurden

Derartiges haben wir nicht bemerkt. Natürlich achtet man auch nicht auf solche Dinge, wenn man einen Schwerverletzten versorgt. Von Leuten, die danach an der Unfallstelle waren, wurde erzählt, es läge ein — allerdings blutweißer — Kalksandstein in einer Blutlache, und es sei daher sehr unwahrscheinlich, daß er von Anfang an dort gelegen habe. Das alles muß noch genau untersucht werden.

Mit welchem Ziel sind ihr von der Bürgerinitiative gegen die Flughafenenerweiterung zum Protest gegen die NPD-Veranstaltung gekommen?

Die BI ist eine Initiative, die sich gegen den Ausbau dieses Molochs wendet, der unseren Befürchtungen nach noch weiter gehen wird. Im Lauf der Jahre ist die BI keine reine Ein-Punkt-Bewegung geblieben, ihr Anliegen ist schon breiter. Wir haben erkannt, daß Aktivitäten gegen Umweltzerstörungen nicht an der eigenen Haustür aufhören können, sondern daß antifaschistischer Widerstand oder die Aufrüstungsproblematik ein eigenes Gewicht haben und auch nicht von unseren Bemühungen gegen dieses Mammutprojekt zu trennen sind. Infolgedessen waren viele Leute als Einzelpersonen auf dieser Demonstration. Von den Organisatoren her war es das Ziel, ein Gegenbündnis gegen die NPD herzustellen. Die NPD-Veranstaltung fand im Galus statt, also in einem Stadtteil, wo sehr viele Ausländer leben. Die Forderungen der NPD in Bezug auf Ausländer sind bekannt. Es ist zum Schutz der Ausländer einfach nötig, die Leute, die solche ausländerfeindlichen Dinge verzapfen, zu isolieren.

Allerdings stellte ich zu meinem Bedauern fest, daß eine Menge Redner seitens des DGB nach ihren Reden nichts Eiligeres zu tun hatten, als die NPD NPD sein zu lassen und zu verschwinden. Viele Menschen, denen es um mehr ging, als Reden zu halten, blieben aber stehen, um den Eingang des Saals zu blockieren bzw. den Besuchern der NPD-Veranstaltung den Zu-

schichten etwas tun. Ich selber würde das nicht schwerpunktmäßig betreiben, aber ich bin — wie viele andere auch — bereit, so etwas zu unterstützen.

Ich nehme an, auch wenn es etwas blöde klingen mag, daß das Geschehen von diesem Samstag eben auch persönliche Spuren hinterlassen hat. Man reagiert ja nicht nur rational-politisch.

Natürlich macht es einen fertig. Es hätte mich auch total geschafft, wenn es kein Demonstrant gewesen wäre. Es macht dich auch fertig, wenn dir als

Natürlich macht es einen fertig. Es hätte mich auch total geschafft, wenn es kein Demonstrant gewesen wäre. Es macht dich auch fertig, wenn dir als medizinisch Helfendem jemand quasi unter den Fingern wegstirbt. Ich habe übrigens anfangs gedacht, die Polizei hätte einen Passanten überfahren. Günter sah nämlich nicht so aus, wie viele Demonstranten auszuweisen pflegen. Oder anders gesagt: Er entsprach nicht dem typischen Demonstrantenbild, das man mittlerweile schimmerweise auch selber schon hat. Egal also, wer da nun erwisch worden war — wir waren alle runter mit den Nerven. Ich halte es nicht für eine heuchlerische Betroffenheit. Jeder, der das mitbekommen hat, war schlichtweg schockiert — weil es eine Sache ist, die vielleicht schon tausend Mal hätte passieren können. Aber wenn es wirklich passiert, dann kann man nicht rational danebenstehen.

Praktisch in der gesamten Presse wurde von unpöthlicher Randalie, von vorgeschobener Trauer, Mob, der nur einen Anlaß für Putz sucht, usw. aufgeschrieben. Selbst der „Pflasterstrand“ spricht von unpöthlichen Kids, für die man linke Sozialarbeiter braucht.

Stichwort Krawalle: Was am Tag danach an Glasbruch in der Stadt passiert — ich will es weder verteidigen noch angreifen — erklärt sich schlichtweg aus der Wut der Leute. Auch ein Stück Hilflosigkeit ist dabei. Was sollen Leute tun, die mitbekommen, wie einer von ihnen im wahrsten Sinne des Wortes plattgewalzt wird, die keine Medien in der Hand haben, um auch nur die einfachsten Informationen in die Öffentlichkeit zu bringen, die als Einzelpersonen oder kleine Gruppen diesem wahnsinnigen Apparat gegenüberstehen? Gewiß — es gibt auch Leute, die meinen, ohne zerbrochene Scheiben kann man überhaupt keine Öffentlichkeit herstellen. Wir — damit meine ich nichts Festgefügt, keine starre Organisation, sondern ein sehr loser Kon-

tern aus den Startbahn-Initiativen dazu. Gemeinsam haben wir versucht, Günter zu helfen. Das war dadurch sehr erschwert, daß die Polizei auf die

wurde. Bei der Demonstration, die noch am gleichen Abend in die Innenstadt ging, fielen Sprüche wie „Ihr seid die Nächsten“. Die Haltung der Poli-

Foto: K. Makorny





Fortsetzung von vorheriger Seite

Entscheidend ist, daß sich möglichst viele Menschen dazu verhalten. Das muß nicht unbedingt im Rahmen einer Demonstration geschehen. Ich denke, es gibt eine ganze Menge Leute, die entsetzt sind und vielleicht auch Konsequenzen, welcher Art auch immer, ziehen, die aber dennoch nicht zu den Demos gegangen sind. Vielleicht haben sich auch viele durch das, was die Polizei einem bot, abschrecken lassen, durch die totale Polizeipräsenz in der Stadt und die Verhängung eines inoffiziellen Ausnahmezustandes. Das ist gut verständlich. Jede(r) hat Angst gehabt, auf diese Demos zu gehen. Man kann es eben nicht so leicht verdauen, daß kurz zuvor einer umgefahren wurde und dann die gleichen Wasserwerfer, die gleichen Polizeibeamten mit tatsächlich gnadenloser Härte gegen die Nachfolge-Demonstrationen vorgehen.

Nehmt du keine Verantwortung der Linken? Immerhin wird in manchen Kreisen Frankfurt als Hochburg der Linken stilisiert.

Das ist keine Erscheinung, die erst am Tode Günter Sares deutlich geworden wäre. Es ist ein allgemeiner Prozeß. Klar kann man sagen, daß man in einem solchen Fall, der auch tief in emotionale Bereiche geht, mehr hätte erwarten können. Aber weshalb sich allgemein zu wenig Leute engagieren — dazu müßte man ein gesondertes Interview machen.

Was hältst du überhaupt von der Frankfurter Linke?

Was für eine Frankfurter Linke? Interessant ist das Verhältnis zwischen denen, die sich Altspontis nennen, und denen, die die Proteste tragen. Auf einer Veranstaltung sind die Altspontis bei vielen gegen die Wand gelaufen, die sich darüber empörten, daß Leute, die in ihren Augen quasi schon zum Establishment gehören, sich zu Sprechern von Sachen machen, die sie einfach nicht verkörpern. Daß sie sich zu Betroffenen machen. Das wurde kritisiert, auch wenn es im allgemeinen Chaos nicht rüberkam. Es geht darum, daß Leute, die früher stark am außerparlamentarischen Widerstand teilnahmen, heute Funktionssträger des offiziellen Systems geworden sind. Jüngstes Beispiel Joschka Fischer, zuständig wohl für Umwelt und Energie. Von wegen parlamentarisches Bein der Bewegungen. Genau das wurde ihnen von denjenigen vorgehalten, die innerhalb dieser Gesellschaft wenig zu erwarten haben. Die neuen Parlamentarier tun sich recht schwer, mit diesem Protest umzugehen. Daraus erklärt sich auch die Empfehlung des „Pflasterstrand“ an die Grünen, Sozialarbeit innerhalb der außerparlamentarischen Bewegungen zu betreiben. Das ist ein Widerspruch, der sich m.M. noch verschärfen wird. Man kann feststellen, daß es mit dem parlamentarischen Bein des außerparlamentarischen Widerstands nicht weit her ist, sondern daß sich die Sache fast umdreht. Es hat fast zu einer Interessenspaltung innerhalb der Bürgerinitiativen und in weiten Kreisen geführt. Die Politik der SPD — teile und herrsche — ist relativ erfolgreich. Man assimiliere einen Teil, man integriere einen

Teil und man schwäche und breche den außerparlamentarischen Widerstand. Diese Rechnung scheint zumindest bei den bessischen Grünen sehr gut aufzugehen. Genau das ist die Kritik an den Altspontis.

Was würdest du selber von den Grünen erwarten?

Ich bin Anhänger der Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit. Ich bin der Meinung, daß Freiheit sehr viel mit Verwirklichung der eigenen Interessen zu tun hat, und daß diese Interessen nicht vorher durch einen Filter der De-

der Verantwortlichkeit dessen, was diese Macht verübt. Dazu gehört nicht nur die Finanzierung neuer Gefängnisse oder Wasserwerfer sondern in letzter Konsequenz auch das, was durch diese Wasserwerfer angerichtet wird. Die Unterstützung der Grünen für diesen Untersuchungsbeauftragten von Winterstein (heute Innenminister, Anm. AK) ist eigentlich eine Farce. Weder Winterstein noch die Grünen noch dieser Untersuchungsbeauftragte sind vom Exekutivapparat losgelöst. Es ist insgesamt ein Machtkomplex — entweder man partizipiert daran oder man versucht, diesen Machtkomplex zu beob-

Ich habe mich immer davor gehütet, Günter als jemanden, der quasi im Kampf gefallen wäre, darzustellen. Ich empfinde es einfach als unangebracht in diesem Zusammenhang. Denn Günter ist nicht für etwas gestorben, sondern er ist durch etwas gestorben, nämlich durch einen Wasserwerfer-Einsatz der Polizei. So schrecklich das auch ist, muß man feststellen, daß es auch an der Startbahn oder bei der Südafrika-Demonstration in Frankfurt hätte passieren können. Im Grunde genommen bei jeder Gelegenheit, wo sich Demonstranten oder Kritiker dieses Systems und Polizei gegenüberstehen. Das ist

gen sammeln. Es wird versucht werden, eine Dokumentation herzustellen und in Frankfurt soll eine Veranstaltung stattfinden.

Es gibt ja durchaus Kontroversen, wie es weitergehen soll. Die Darmstädter BI gegen die Flughafenerweiterung hat ein vierseitiges Flugblatt veröffentlicht, wo vor allem die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses gegen den Abbau der demokratischen Rechte, für Verteidigung der Versammlungsfreiheit usw. betont wird. Sie fordert auch eine Beauftragung der direkt Verantwortlichen, d.h. der Wasserwerfer-Mannschaft, und den Rücktritt von Winterstein.

Natürlich — was hier an sog. Grundrechten existiert, muß man weiterhin fordern, in Anspruch nehmen, und man darf auf keinen Fall Rückschritte akzeptieren. Das ist ja letztlich das, was der Staat aufgrund vorausgegangener Auseinandersetzungen einem zur Verfügung stellen muß. Und das kann immer nur wieder überprüft werden, indem man es auch in Anspruch nimmt. Insofern muß man sich gegen die Bestrebungen zum Abbau demokratischer Rechte wenden, ob es jetzt das Demorecht oder das Streikrecht betrifft. Man soll aber nicht dabei stehen bleiben, sonst wäre es m.M. eine vordergründige Auseinandersetzung.

Wie sieht es in diesem Zusammenhang mit Bündniserbschaft oder Bündnisabsichten aus? Ganz lapidar: Wer soll mit wem wofür kämpfen?

Es ist die Frage, inwiefern sich verschiedene Gruppen und Initiativen in der Lage sehen, sich anzunähern. Anlaßlich des Todes von Günter, unter dem ungeheuren Druck von außen, gab es auch einige positive Aspekte. Es gab eine Zusammenarbeit von verschiedensten Gruppen, die sich sonst kaum noch begegnet sind. Hier möchte ich übrigens betonen, daß es eine absolute Schweinerei ist, die BI gegen die Flughafenerweiterung, nach dem Motto „Startbahn-Chaoten“, als Hauptträger des Protestes zu bezeichnen. Sie war nur eine von vielen anderen Gruppen und Initiativen, die das, was sie im Zuge der Jahre an der Startbahn gelernt hat, zur Verfügung gestellt hat. Ich hoffe, daß diese Zusammenarbeit und vor allem die Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppen weitergeht.

Ich bin ein ganz starker Gegner von Abgrenzungen im Sinne einer nicht geführten Auseinandersetzung. Sektierertum ist auf Dauer tödlich. Was wir anhand der BI gelernt haben, ist, daß eine gesellschaftliche Veränderung, eine Kritik an diesem Staat, ein aktives Vorgehen zum Beispiel gegen den ökologischen Wahnsinn dann am wirksamsten sind, wenn auf allen Ebenen, so breit wie möglich, in allen sozialen Schichten Berührungspunkte gesucht werden. Das ist allerdings nicht mit der Aufgabe von Inhalten zu verwechseln. Ich bin für Auseinandersetzungen, Diskussionen, aber es geht nicht um Verbreiterung im Sinne populistischer Bündnispolitik. Das hat keinen Sinn. Man kann Handkäse nur flach schlagen. Der wird breiter, gewinnt aber nicht an Substanz.

(Die Fragen stellte E., KB/Gruppe Frankfurt)



legung laufen können. Wenn ich Interessen an jemanden delegiere, habe ich keine Kontrolle mehr darüber, was er mit meinem Anliegen anfängt. Oft werden diese Interessen zu Dingen verarbeitet, die letztlich gegen das ursprüngliche Anliegen der Betroffenen stehen. Das ist keine Politik, wie sie mir vorschwebt. Ich befürworte die Eigenorganisation, die Selbstverantwortung. Das ist auch das, was wir m.M. dem, was im Lande passiert, entgegenzusetzen müssen: selbstorganisiertes Handeln. Das heißt, daß wir den sich verschärfenden Bedingungen, ob im ökonomischen, politischen oder ökologischen Bereich, verstärkt selbstbestimmte Strukturen im Sinne von Arbeitslosen-Initis, Stadtteilzentren, oder auch der guten alten Bürgerinitiativen entgegenzusetzen müssen.

Trotzdem muß es doch konkrete Kritiken einerseits und konkrete Anforderungen andererseits an die Grünen geben. Zum Beispiel ihre Zustimmung zum Polizeihaushalt, mit dem wahrscheinlich auch drei neue Wasserwerfer finanziert worden sind — darauf gehen die guten alten Bürgerinitiativen entgegenzusetzen müssen.

Trotzdem muß es doch konkrete Kritiken einerseits und konkrete Anforderungen andererseits an die Grünen geben. Zum Beispiel ihre Zustimmung zum Polizeihaushalt, mit dem wahrscheinlich auch drei neue Wasserwerfer finanziert worden sind — darauf gehen die Koalitionspolitiker mit keiner Silbe ein. Genau das wird penetrant umschifft.

Das ist schon ein wichtiger Punkt, aber auch nur ein Teilaspekt. Wer an der Macht partizipiert, der steht auch in

achten, im Zweifelsfall auch zur Rechenschaft zu ziehen. Das fällt umso leichter, je weiter man von diesem Machtapparat entfernt ist. Und die Grünen sind darin sehr stark integriert. Ich als Einzelperson habe keine Forderung an die Grünen. Auch wenn die BI Forderungen stellt, wie z.B. Nachtflugverbot, richtet sie sich an den gesamten Apparat, nicht speziell an die eine oder andere Partei. Für sehr viele sind die Zeiten vorbei, wo in den Grünen unsere Vertreter in den Parlamenten gesehen wurden. Es gibt wohl noch eine ganze Menge Leute, die das hoffen und die sie wählen. Aber bei weiten Teilen der außerparlamentarischen Bewegungen sind die Illusionen hierzu stark zurückgegangen.

Auch SDAJ bzw. DKP wurden auf einzelnen Treffen stark kritisiert. Sie hätten versucht, das Geschehen parteipolitisch zu vereinnahmen. Vereinzelt wurde gesagt, man wolle mit denen überhaupt nichts mehr zu tun haben.

Ich war bei der Beerdigung und habe die Rede eines DKP'ers gehört (auf Wunsch der Mutter sprach neben einem Pfarrer, der mit Günter befreundet war, auch Emil Carlebach; Anm. AK). Ich empfand es als taktlos. Ich selber habe nie für jemanden gesprochen, sondern als jemand, der das Geschehen zwangsläufig miterlebt hat.

Ich war bei der Beerdigung und habe die Rede eines DKP'ers gehört (auf Wunsch der Mutter sprach neben einem Pfarrer, der mit Günter befreundet war, auch Emil Carlebach; Anm. AK). Ich empfand es als taktlos. Ich selber habe nie für jemanden gesprochen, sondern als jemand, der das Geschehen zwangsläufig miterlebt hat.

Strategie der Polizei: Die Polizei nimmt beim derzeitigen Stand der Dinge bei ihren Einsätzen anscheinend auch Tote in Kauf.

Was muß jetzt gemacht werden? Ermittlungsarbeit? Aktionen? Veranstaltungen?

Zunächst mal: Was an Arbeit, direkt nach dem Ereignis gelaufen ist, kann in dieser Intensität nicht weiter betrieben werden. Die Leute müssen zum sog. „normalen“ Alltagsleben zurück, zur Arbeit, Schule, Uni ... Was geleistet werden muß, ist der Versuch einer Analyse, die sich mit den Hintergründen dieses Ereignisses beschäftigt. Es soll also nicht vordergründig bei der Forderung nach einem Verbot der NPD stehen geblieben werden oder bei der Forderung nach einer vordergründigen Bestrafung der direkt Verantwortlichen. Die Strukturen selber, also die Strukturen von Polizeieinsätzen müssen näher untersucht werden. Das Ganze muß in der Öffentlichkeit so hinterfragt werden, daß über die prinzipielle Möglichkeit gesprochen wird, daß man

hen geblieben werden oder bei der Forderung nach einer vordergründigen Bestrafung der direkt Verantwortlichen. Die Strukturen selber, also die Strukturen von Polizeieinsätzen müssen näher untersucht werden. Das Ganze muß in der Öffentlichkeit so hinterfragt werden, daß über die prinzipielle Möglichkeit gesprochen wird, daß man

Fortsetzung von Seite 2

Im übrigen hielt sich die Bundestagsfraktion der Grünen vollständig bedeckt.

Die Jusos und andere linkssozialdemokratische Kräfte ließen sich ebenfalls nicht blicken: in Hamburg erklärten die Jusos a.a. in der Demonstration, sie hätten von den Verhandlungen nichts gewußt, obwohl die über eine Woche öffentlich gesteuert worden waren. In Kiel unterstützten sie der geplanten Demonstration öffentlich beabsichtigte Randalen, distanzieren sich und demobilisierten. Proteste einschlägiger sozialdemokratischer Organisationen wie „Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen“ u.a. — Pehlanzeige. Auch bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die bei früheren Gelegenheiten während ihre Stimme zu erheben pflegten, übten sich in Zurückhaltung.

Stattdessen echote auch aus dieser Ecke die neuaufgelegte Anti-Terrorismus-Hetze der Staatsschutzorgane. Charakteristisch dafür z.B. das — zu allem Überfluß noch unsäglich platte — Agitations-Schnell-Gedicht von Gerhard Zwerenz, in dem er die eigentliche Gefahr der NPD darin sieht, der RAF neue Kader zuzutreiben — das kommentarlos nachzudrucken sich die „faz“ nicht zu blöd war!

Charakteristisch dafür auch ein anononates eher gegen den Frankfurter Polizeieinsatz engagierter Bericht in

der „Zeit“ vom 18.10., in dem am Schluß die Frage steht: „Endstation RAF?“

Zwei Stimmen für viele: ein Gespenst geht wieder mal um, Distanzierung vom Terrorismus, als ob dieser den Toten zu verantworten hätte und nicht die repräsentative Politik dieses Staates gegenüber sozial und politisch unruhigen Minderheiten bei gleichzeitigem Polizeischutz für Nazis.

Zweifelloso hat es eine Welle von Randalen und Protesten gegeben, die sich von der relativen Ruhe der letzten zwei drei Jahre abhebt. Vielleicht ist sogar die radikale Linke bei diesen Protesten trotz aller Differenzen etwas zusammengedrückt. Von einer Offensive, selbst nur von einer Verbreiterung des antifaschistischen Widerstands wird man aber nicht ernsthaft reden können: Bisher jedenfalls haben die Proteste die aktuelle Isolations- und Kriminalisierungstaktik der Strategen der 'Inneren Sicherheit' trotz einzelner Erfolge wie z.B. bei der Hamburger Demonstration nicht wirksam durchbrechen können. Der linksradikale Protest steht in der Ecke der Gewalttäter und Terroristen. Wenn eine Offensive geboten ist, dann die politische Durchbrechung dieser Isolation. An diesem Maßstab müssen die Erfolge der Proteste gemessen werden.

F.





# 50.000 in München: Keine Ruhe für die WAA-Betreiber

Die Demonstration am 12.10.85 in München gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf kann als großer Erfolg der Anti-WAA-Bewegung gewertet werden. Über 50.000 — die bisher größte Mobilisierung gegen die bayerische WAA — waren gekommen, um entschlossen und selbstbewußt zu demonstrieren, daß eine WAA in Wackersdorf und anderswo nicht gebaut werden darf.

Zum ersten Mal war es hier gelungen, in einem breiten Bündnis wirklich alle Spektren der Anti-WAA-Bewegung zusammenzufassen. Angefangen von den BIs, über den Bund Naturschutz, BBU und SPD bis hin zu den Autonomen war alles dabei.

Damit wurde der DWK ein — zumindest kleiner — Strich durch die Rechnung gemacht: Hatte doch erst einen Tag vor der Demo die „Süddeutsche Zeitung“ unter der häßlichen Überschrift „Der Widerstand — schon abgebrannt?“ Mutmaßungen über das angebliche „Abflauen der Widerstandskraft“ angestellt. Der DWK-Pressesprecher Peter Schmidt: „Wenn es nicht viel mehr als 20.000 werden, dann ist es mit der Protestbewegung gegen die Kernenergie in der Bundesrepublik rasch vorbei.“ Da war wohl mehr der Wunsch der Vater des Gedankens.

Die Geschlossenheit der Demonstration drückte sich besonders bei den Vorfällen aus, die sich in einem der drei Züge (BIs aus der Oberrhein- und Autonome) abspielten. Von Anfang an unternahm die Polizei provokative Vorstöße, um schwarze Blocks zu isolieren oder einzelne Demonstranten herauszugreifen. Als die Polizei an einer Straßenkreuzung versuchte, den Zug durch einen Keil zu teilen, wurden Ketten gebildet und die Autonomen vor Zugriffen geschützt. So gelang es selbst den SEK-Leuten an keiner Stelle, einzelne herauszugreifen. Eine für Bayern wirklich außergewöhnliche Situation!

## Das Vorgehen der Polizei

Die Münchener Demo bot natürlich einen willkommenen Anlaß, die neue „Frankfurter Linie“ auch in Bayern schnellstens einzuführen. Bereits in ei-



nem Vorgespräch wurde die Demonstrationsleitung aufgefordert, sich von dem Autonomen Block abzuspalten, „räumlich zu distanzieren“, wie es die Polizei formuliert. Bei auch nur dem geringsten Zwischenfall werde man „deutlich Flagge zeigen“. Auch auf Flugblättern der Polizei, die zu Beginn der Demo massenhaft verteilt wurden, wurde eine Isolierung der Leute „mit den schwarzen Lederjacks“ verlangt. Als sicheres Erkennungszeichen von Autonomen wurde ein verummtes Auftreten angegeben.

Parallel zu diesen Gesprächen wurde aber bereits alles für eine harte Auseinandersetzung vorbereitet. So wurden am Tag vor der Demo Zellen im Frauenkloster Neudeck freigegeben. Für den Samstag wurden 10 Ermittlungsrichter eingeteilt, obwohl sonst in München wesentlich weniger gleichzeitig tätig sind.

## Provokationen von Anfang an

Schon Stunden vor Demo-Beginn provozierten Zivilbeamte, indem sie versuchten, einzelne Punkter einzuschüchtern oder sogar festzunehmen. Während der ganzen Demo wurden diese Sticheleien fortgesetzt, so z.B. das beliebte Spiel, Transparentstangen aus dem Zug zu reißen u.ä. Das gelang aber aufgrund der oben beschriebenen Geschlossenheit nicht. Um 12.45 Uhr wurde schließlich ein Punkter von 10 SEK-Beamten festgenommen. Die spätere Begründung: Er habe sich mit seiner Tasche konspirativ an einen Polizeiwagen gedrückt. Bis auf Kundgebung gelangten der Polizei keine weiteren Festnahmen mehr, obwohl die Scheiben von fünf Banken das Zeitliche segneten.

## Nach der Kundgebung

Nach den erfolglosen Versuchen während der Demo, den radikalen Teil der Demonstranten vom Rest zu isolieren und festzunehmen, konzentrierte sich die Polizeiführung mehr auf die Peripherie. Bereits während der Kundgebung begann die Polizei, im gesamten Münchener Stadtgebiet willkürliche Festnahmen durchzuführen. Die Kriterien: schwarze Kleidung, bunte Haare, Atom-Sticker und ein Alter von ca. 20 Jahren. Angeblich hatten irgendwelche Beamten Stunden später Steinwerfer wiedererkannt, zumindest aber wurde den Festgenommenen „Zugehörigkeit zum Schwarzen Block“ vorgeworfen — ein ganz neuer Straftatbestand! So kam es schon in der Zeit zwischen Kundgebung und Straßenfest zu 50-70 Festnahmen.

## Das Straßenfest in der Pariser Straße

## Das Straßenfest in der Pariser Straße

Hier sollte nun der Mißerfolg während der Demo wettgemacht werden. Sehr bald schon zeichnete sich ab, daß das angemeldete Straßenfest von der Polizei abgelehnt werden sollte. Ca. 3.000 Mann Polizei, SEK und BGS waren im Münchener Stadtteil Haidhausen zusammengezogen, es war nur noch eine Frage der Zeit und des Anlasses.

Der Wurf einer leeren Bierdose wurde zu letzterem gemacht. Viele deuteten inzwischen darauf hin, daß sie von einem Zivi geworfen wurde. Polizeipräsident Häring meinte später am Rande einer Pressekonferenz zu einem Journalisten, das Straßenfest sollte sowieso geräumt werden, nur sei der Flaschenwurf eigentlich zu früh gekommen. Der Einsatzleiter Dr. R. Koller (AK-Lesern übrigens bekannt wegen seines Artikels in der Europäischen Wehrkunde 1/84, in dem er die deutsche Atombewaffnung fordert, siehe AK 243) meinte nachträglich, zwar seien Provokationen von Seiten der Polizei durchaus üblich, aber „hier mußte die Polizei nicht provozieren, die Gegenseite war aktiv genug“.

Jedenfalls entwickelte sich das Straßenfest zu einer Knüttelorgie der Polizei. Die Fest-Straße wurde lückenlos eingekesselt und jeder festgenommen, der sich dort aufhielt. Es gab 10 schwerverletzte und 20 weitere verletzte Fest-Teilnehmer. Ärzte und Sanitäter wurden nicht zu den Verletzten gelassen. Minderjährige Festgenommene konnten ihre Eltern nicht verständigen — so eine 14jährige, die um 21 Uhr aus einer Kneipe im abgesperrten Teil festgenommen wurde, eigentlich um 21.30 zuhause sein sollte und erst um 3 Uhr ihre Mutter benachrichtigen konnte. Völlig Unbeteiligte wurden festgenommen, Verletzte erst nach langer Zeit versorgt. Auch wurde mindestens ein Zivi von seinen Kollegen zusammengeschlagen, bis er die Kennnummer rufen konnte.

Am Ende der Aktion waren weit über 200 Festnahmen am ganzen Tag zu zählen.

## Die Reaktionen

Noch in der Nacht bemühten sich der Münchener Ermittlungsausschuss und Rechtsanwältin der Presse zu vermitteln, was in Haidhausen wirklich ge-

schehen war. Zahlreiche Augenzeugenberichte belegen die brutale Polizeifunktion. Am darauffolgenden Montag bestimmten jedoch die üblichen Schlagzeilen die Presselandschaft: „Straßenfest wird zur Straßenschlacht“, „Schwere Krawalle“ usw. Von CSU-Seite wird mit häßlichem Unterton gegen die SPD gewütet, weil sie sich mit Chaoten eingelassen hat.

Und die SPD reagiert wie immer in solchen Fällen: Sie zieht den Schwarz ein. Besonders schockiert vom Pfeifkonzert gegen ihren Vorsitzenden reißen sich viele ihrer bayerischen Funktionäre in die Hetzkampagne ein und kündigen bereits offen die Spaltung des Bündnisses an: Zusammen mit dem Bund Naturschutz wolle man ein eigenes „Widerstandsbündnis“ aufbauen. „Ungeheuer, zu Radau und Gewalt neigende Randgruppen, denen es nicht um die Sache, sondern um Rabatz geht, müssen von diesem Pakt ausgeschlossen bleiben“, so der inzwischen wieder sehr vollmundige Hiersemann.

geht, müssen von diesem Pakt ausgeschlossen bleiben“, so der inzwischen wieder sehr vollmundige Hiersemann. Es bleibt abzuwarten, wie weit die SPD- und Bund Naturschutz-Basis dabei mitzieht. Wir können uns eigentlich nicht vorstellen, daß Hiersemann sein Vorgehen detailliert mit Willy Brandt durchgesprochen hat. Inzwischen regt sich auch schon bei Spitzen-SPDlern in Bayern leiser Verdacht, ob das nicht ein überreifer Schnellschuß war.

Das „bayerische Anti-Atom-Magazin“ RADIOAKTIV hat inzwischen ein Extra-Blatt in hoher Auflage herausgebracht, um eine gewisse Gegenöffentlichkeit zu schaffen und die Diskussionen, die jetzt im Widerstand zwangsläufig laufen werden, zu fördern. Der Münchener Ermittlungsausschuss plant die Herausgabe einer Broschüre. In einigen Städten sind Veranstaltungen und Demonstrationen gegen das Vorgehen der Polizei geplant. Diese Aktivitäten sind jetzt ungeheuer wichtig. Es wird sich erst in den nächsten Wochen und Monaten zeigen, ob München wirklich einen dauerhaften Fortschritt des WAA-Widerstand signalisiert.

## KB/Gruppe Nürnberg

## Nachtrag

Autonome, Grüne, der ASTA und verschiedene Gruppen hatten für den 19.10. zu einer Demonstration gegen die Massenverhaftungen im Stadtteil Haidhausen aufgerufen. Einen Tag vorher, am Freitag, kam um 18.30 Uhr das Demonstrationsverbot unter Hinweis auf sämtliche Aktivitäten seit dem Tod von Günter Sare. In der Verhandlung über eine sofortige einstweilige Verfügung machte der zuständige Richter den Vorschlag, die Demo dann zu erlauben, wenn alle kommunikativen und autonomen Gruppen davon ausgeschlossen würden! Es blieb beim Demo-Verbot. Die Veranstalter einigten sich darauf, die Demo abzusagen. Dennoch kamen über 200 Leute am Samstag, die nach kurzer Beratung mehrheitlich beschlossen, die Demo nicht durchzuführen. 60 Menschen, überwiegend Jugendliche, zogen dennoch zum Knaat nach Stadelheim, wo sie nach nur wenigen Minuten und einigen Sprechblättern alle festgenommen wurden.

## Die Kundgebung

Auch die Kundgebungsreden drückten eine Entschlossenheit und Selbstsicherheit aus, die sich deutlich von der ersten spontanen Großdemo in Wackersdorf vor rund 8 Monaten abhob. Durchweg alle Rednerinnen und Redner betonten — trotz ihrer sehr unterschiedlichen ideologischen Herkunft — zwei Punkte: Erstens den Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Nutzung der WAA-Technologie und zweitens die Rücksichtslosigkeit der Regierung bei der Durchsetzung ihrer Ziele. Gerade der letzte Punkt brachte die realen Erfahrungen der Region in den letzten Monaten zum Ausdruck.

Für den gesamten Trägerkreis sprach Hubert Weinzierl, CSU-Mitglied und 1. Vorsitzender des BUND.

„Wir fühlen uns bedroht von Atomstaat und Polizeigewalt, wir sorgen uns um die Demokratie und um unsere Freiheit, weil wir wissen, daß die bayerische Linie des Durchsetzens nicht gerade demokratiefreundlich ist! Und wir fürchten auch, daß die Schwandorfer Wiederaufbereitungsanlage der Plutoniumwirtschaft in die Hände arbeitet und den Frieden gefährdet. Und dies in einem Grenzgebiet, das mit Kriegsgüter und Militär vollgestopft ist! WAA-Plutonium, sagen sie volksverdummend, sei nicht waffenfähig, obwohl in den Vereinigten Staaten daraus schon vor zehn Jahren Atombomben hergestellt wurden! Das darf sich in Schwandorf nicht wiederholen, auch wenn ein paar Wahnsinnige schon mit dem Abwurf des Atomwaffenpaktvertrages liebäugeln ...“

Besonders ging er mit der bayerischen Führung der katholischen Kirche ins Gericht: „Im Sich gelassen fühlen wir uns vor allem von der katholischen Amtskirche, die gerade in der Oberrhein ihre gläubigen Christen allein läßt. Und anstatt Rat und Hoffnung zu geben, wo Unsicherheit und Zwietracht

durch die Familien geistern, entmündigt der Regensburger Atombischof seine besorgten Pfarrer und reiht sich selbstzufrieden in die Kumpel der Mächtigen ein — das Konkordat von Staat und Kirche funktioniert!“

Die zweite Rednerin, Erna Wellenhofer vom Vorstand der BI Schwandorf, betonte noch einmal besonders die Gefahren einer laufenden WAA und leitete daraus ab: „Deshalb leisten wir Widerstand, denn wir wissen, daß das Widerstandsrecht ein letztes Mittel gegen einen Staat ist, der bewußt und permanent gegen Recht und Gemeinwohl verstößt. (...) Wenn wir heute mit den Menschen unserer Heimat sprechen, so klingt ihre Betroffenheit durch, überschattet von der Angst um ihre Existenz, von permanenter Überwachung, vor Terror; vor allem aber ihre Ohnmacht gegenüber den Mächtigen, die da sind, Atomindustrie und Regierung, kurz Atomstaat, den wir alle bereits hautnah klar. (...) Mir kommt plötzlich klar zum Bewußtsein, welcher Übermacht wir gegenüberstehen: dem Bündnis von Atomindustrie und Staatsmacht, das aber nahezu unbegrenzte Geld- und Machtmittel verfügt, um dem alles beteiligt ist, was in der Industrie Rang und Namen hat: Siemens, AEG, RWE, VEBA, Mannesmann, Thyssen, Hoch-Tief, Bayer, Hoechst, Deutsche Bank, mit auffallend vielen Persönlichkeiten, die bereits im Dritten Reich führende Positionen eingenommen hatten.“

SPD-Landrat Schürer war wegen einer Krankheit verhindert und so las seine Frau eine Grußadresse vor, in der auch die Erfahrungen der letzten Zeit zum Ausdruck kamen: „Die Atom-Allianz, die CSU-Regierung und DWK, haben in den zurückliegenden Monaten in einer beispiellosen Hetz- und Verleumdungskampagne friedliche Bürger und die dem Allgemeinwohl verpflichteten Idealisten beschimpft, eingeschüchert, bedroht

und kriminalisiert, selbst vor Rufmord nicht zurückgeschreckt.“

Als Vertreterin der Bundes-Anti-AKW-Bewegung sprach Anita Aschenbrenner von der Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen. Viel Beifall erhielt sie unter anderem für ihre Kritik an der widersprüchlichen Politik der SPD: „Wenn die SPD den WAA-Widerstand auf die nächsten Bundestagswahlen orientieren will, um mit einer SPD-Mehrheit die WAA zu kippen, dann müssen wir auf die Zustimmung von SPD-regierten Bundesländern vor wenigen Monaten hinweisen, die es erst ermöglichte, daß die WAA-Lobby eine Investitionszulage in Höhe von 600 Millionen erhält. Im März dieses Jahres hat die bayerische SPD zwei zusätzlichen Polizeihundertschaften zugestimmt zum Einsatz gegen den WAA-Widerstand. Vor einer Woche wurde ein Antrag der Grünen im Bonner Parlament geschlossen von SPD/CSU und FDP abgelehnt — der Antrag lautete auf sofortige Beendigung von Forschung und Betrieb nuklearer Wiederaufbereitungsanlagen.“

Nach dieser Einstimmung trat „Die neue Kraft in Bayern“ (so der zentrale SPD-Slogan für ihren neuen Spitzenmann) ans Rednerpult. Karl-Heinz Hiersemann wurde diesem Anspruch aber nicht gerecht. Das Pfeifkonzert, das sich schon zu Beginn seiner Rede über dem Odeonsplatz erhob, die anfliegenden Bananenschalen, vor denen ihn nur ein weiß-blauer Regenschirm schützen konnte; das packte er überhaupt nicht. Dieser Mann, der sich stark genug fühlt, um gegen Strauß anzutreten, machte schon nach drei Minuten schlapp. Mit dem Spruch „Berufsdemonstranten und Chaoten“ verließ er schnaubend die Tribüne.

Weiter wurde von einer Frau (Autonome aus Frankfurt) eine Rede zum Tod von Günter Sare gehalten.



# Erfolgreiche DGB-Aktionswoche Und nun weiter wie gehabt?

600.000 Menschen haben sich nach Angaben des DGB zum Abschluß der Aktionswoche gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, für Mitbestimmung an den 17 Demonstrationen und Kundgebungen beteiligt. Die größten davon fanden in Stuttgart mit 150.000 und in Dortmund mit 100.000 Teilnehmern statt.

Als „Schlag ins Wasser“ bezeichnete CDU-Geißler den DGB-Versuch der Mobilisierung gegen die Regierungspolitik und setzte damit den Krieg der Worte aus den Tagen der Aktionswoche fort. Als „vollen Erfolg“ wertete zufrieden der DGB seine Mobilisierungsbemühungen und sieht damit das bestätigt, was er vor der Woche verkünden ließ, die Arbeitnehmer sind gegen die Regierungspolitik. Ein Erfolgskriterium war unabhängig von der zentralen Mobilisierung zum 19. Oktober bereits vorab verkündet worden: 5 Millionen verteilte Flugblätter, 1.000 Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen aller Art, die Broschüre „Solidarität ist unsere Stärke“ in einer Auflage von 400.000, zahllose Betriebsversammlungen zum Thema — all das habe der Aufklärung über Arbeitslosigkeit und Sozialabbau gedient.

Ein Erfolg war diese Aktionswoche für das angeschlagene Image des DGB allemal. Nicht nur, daß er Mobilisierungsfähigkeit bewies, auch die Wirkung auf die Bundesregierung war unverkennbar. In einer umfangreichen Dokumentation war das Bundesarbeitsministerium bemüht die Sozialabbauvorwürfe des DGB zu entkräften. Mit zwei Flugblattaktionen („Es geht aufwärts mit Wirtschaft und Arbeit“; „Soziale Sicherung gibt es nicht am Nulltarif“) versuchte die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Schützenhilfe zu leisten. In der Bundestagsdebatte am 16.10. war Kanzler Kohl sichtlich bemüht, harte Töne gegenüber dem DGB zu vermeiden und erneuerte sein Angebot für einen weiteren Dreiergipfel am Jahresende. Sicher, er warnte auch vor „einer Politik der verbrannten Erde“ (Interview in BILD, 3.10.). Regierungssprecher Ost befürchtete, daß der DGB „radikalen Kräften außerhalb des DGB eine Plattform für Kampfkampagnen gegen unsere staatliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ bieten könnte (FR, 12.10.). Andere CDUler sahen die „sozialistische Einheitsgewerkschaft“ heraufziehen. Springerpresse und die „FAZ“ wurden nicht müde, einen Nährboden für kommunistische Strategien, insbesondere für die DKP, zu beschwören, doch blieben diese Versuche eher unter dem hierzulande üblichen Maß an Hetze.



Scharfe Töne beim DGB

Ganz anders und ungewohnt nahmen sich dagegen Angriffe aus dem DGB gegen die Bundesregierung aus. Mal drohte Fehrenbach (DGB und CDU) angesichts gewerkschaftsfeindlicher Gesetze mit einem „Dauerkrieg zwischen Regierung und Gewerkschaften“, dann wieder warf der Gewerkschaftsvorsitzende Breit „ernstzunehmenden Gruppierungen im Regierungslager ... ein gefährliches Spiel mit dem Feuer“ vor. Sein Stellvertreter Muhr sah eine „Kriegserklärung der Regierung an die Gewerkschaften“ und drohte: „Wo Krieg ist, da wird auch zurückgeschossen“. Was Spiel mit dem Feuer vor. Sein Stellvertreter Muhr sah eine „Kriegserklärung der Regierung an die Gewerkschaften“ und drohte: „Wo Krieg ist, da wird auch zurückgeschossen“. Was wiederum CDU-Dregger zum Pazifisten werden ließ, seine Regierung wolle keinen Krieg mit dem DGB. Und Breit zu dem Appell veranlaßte: „Alle Beteiligten müssen sprachlich abrufen. Ich bitte dringend darum, mit dieser kriegerischen Sprache Schluß zu machen“ (Interview in BILD, 4.10.).

Doch all das ist nichts Neues und sollte nicht zu falschen Schlüssen veranlassen. Klappern gehört zum Geschäft, und dies um so mehr, als solcherart verbaler Kriegserklärungen eine Befriedungsphase rund um den „Sozialen Dialog“ am 3. September vorausging, die viele im DGB befürchteten, sie könne sich negativ auf die Mobilisierung zur Aktionswoche auswirken. Realistischerweise erklärte Bundeskanzler Kohl schon vorher, daß er nicht glaube, daß zwischen Regierung und Gewerkschaften „das Tisch Tuch zerschnitten ist. Wenn der Schlachtenlärm auf der Straße vorüber ist, werden die Gespräche weitergehen“ (BILD-Interview, 3.10.). Die reale Sorge der Bundesregierung ist nicht so sehr die Radikalisierung auf Schmäntchenlärm auf der Straße vorüber ist, werden die Gespräche weitergehen“ (BILD-Interview, 3.10.). Die reale Sorge der Bundesregierung ist nicht so sehr die Radikalisierung auf der Straße, dafür bot die Aktionswoche wenig Anhaltspunkte, sondern vielmehr der Verlust von Wahlerteilheiten. So hatte denn die Aktionswoche viel, viel mehr mit Vorwahlkampf zu tun, als mit ernsthafter außerparlamentarischer Mobilisierung zur Erzwungung einer anderen Politik, auch

wenn DGB-Führer unermüdlich ihre Formel, „Wir wollen keine andere Regierung, wir wollen eine andere Politik“ herunterleierten.

## Was kommt nach der Aktionswoche?

Der in der Aktionswoche häufig beschworene „Aufschrei gegen die Arbeitslosigkeit“ ist bei aller Mobilisierungsfähigkeit ausgeblieben. Disziplinierte Gewerkschaftsmitglieder, ebenso disziplinierte Aktionen voll und ganz im Rahmen der Legalität, biedere Gewerkschaftsführer mit ebenso biederen Reden, denen man bei allem Bemühen kaum ernsthaft abnehmen konnte, daß sie ihre kämpferischen Töne auch so meinten, wie sie klangen. In diesen Rahmen passen Gewerkschaftskongresse wie der der IG Bergbau Ende September, dessen bedrückende Geslossenheit jeden Veränderungsansatz erschlug oder wie der Kongreß der IG Bau Steine Erden kurz vor der Aktionswoche, auf dem sich der Kampf auf Vorschläge für eine neue Baukonjunktur reduzierte. So blieb die Radikalität, nach allem was bislang bekannt wurde, 500 Mitarbeitern von MBB in Varel (Ostfriesland) vorbehalten, die am 17.10. während der Arbeitszeit fünfzehn Minuten gegen die Regierungspolitik warnstreikten.

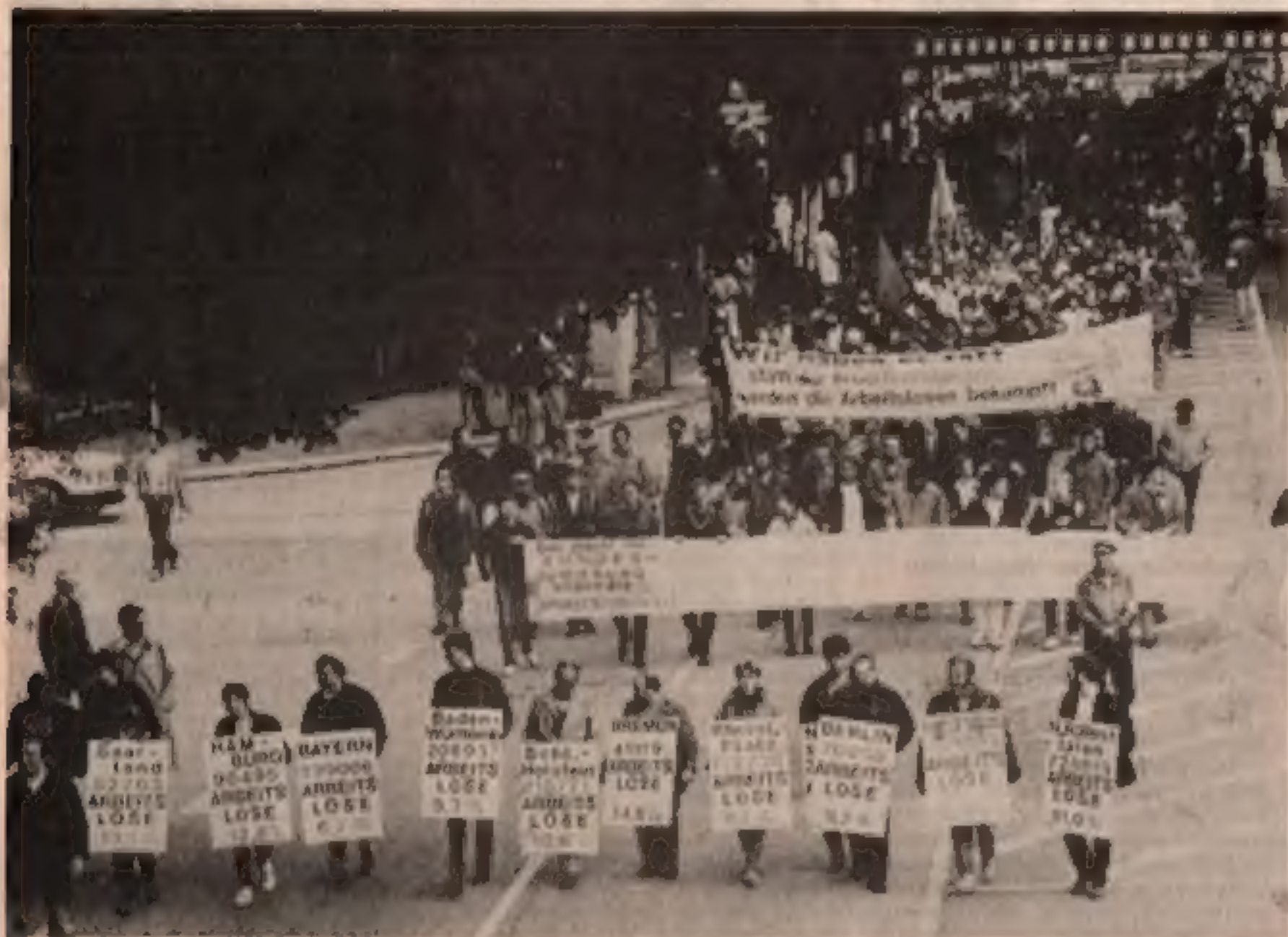
Wer glaubt, die Aktionswoche sei der Auftakt für weiterreichende Aktionen gewesen, muß diese Aspekte mit einbeziehen. Eher dürfte die Perspektive dort anzusiedeln sein, wo sie der IG Bau-Vorsitzende Konrad Carl sieht: „Wir können den Wählern vor Augen führen, daß eine Veränderung der Verhältnisse nur mit dem Stimmbettel möglich ist. Das kann zu ganz überraschenden Quittungen führen — wie in Nordrhein-Westfalen oder Hessen in diesem Jahr“ (Interview in der Hamburger Morgenpost, 5.10.). Die SPD hat ohne Zögern — ganz im Unterschied zur Kampagne um die 35-Stunden-Woche — Partei für den DGB und seine Aktionswoche ergriffen und will, nach einer Ankündigung von Glotz, zusätzlich eine Kampagne ihrer Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen nachschleichen.

Wie weit sie bislang zusätzliche Punkte bei den Wählern gutmachen konnte, läßt sich derzeit wohl kaum beurteilen. Auf jeden Fall läßt die mehr oder weniger offene parteipolitische Instrumentalisierung der DGB-Aktionen für die SPD erwarten, daß sie eine zusätzliche Belastung für das

bringen wird, was hierzulande unter dem Begriff „Einheitsgewerkschaft“ kursiert. Ob es eine Zuspitzung oder Entspannung im Verhältnis DGB/Bundesregierung gibt, wird sich voraussichtlich an der Auseinandersetzung um den § 116 Arbeitsförderungs-gesetz entscheiden. Die Stimmen aus dem CDU-Wirtschaftsrat, der FDP und der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die eine gesetzliche Novellierung des § 116 verlangen, nehmen an Gewicht zu. Gleichzeitig verschärft die Regierung über die CDU-Sozialausschüsse den Druck auf den DGB. Wie die CDU auch riefen führende Sozialausschüßler die CDU-orientierten Arbeitnehmer auf, sich nicht an der DGB-Aktionswoche zu beteiligen. Ernst Breits be-

Druck auf den DGB. Wie die CDU auch riefen führende Sozialausschüßler die CDU-orientierten Arbeitnehmer auf, sich nicht an der DGB-Aktionswoche zu beteiligen. Ernst Breits beschwörende Worte auf der Bundestagung der Sozialausschüsse, sie seien „eine verlässliche Stütze der Einheitsgewerkschaft“ (DGB-Nachrichtendienst, 4.10.), wurden nicht von allen geteilt. Innerhalb der Sozialausschüsse hat sich das Gewicht der rechten Gewerkschaften wie DAO, Beamtenschaft, Christlicher Gewerkschaftsbund und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung verstärkt. DGB-Mitglieder aus der CDU sind nicht mehr im Vorstand der Sozialausschüsse vertreten. Das prominente DGB-Vorstandsmitglied Fehrenbach ist unter seinen eigenen Kollegen in Ungnade gefallen. Seine CDU-Kollegin im Vorstand des Gewerkschaftsbundes — Irmgard Blättel, Blüms einstige Stellvertreterin — erreichte nur mit Mühe die notwendigen Stimmen als Beisitzerin in den Sozialausschüssen. Zwar haben sich die Christ-Gewerkschafter auf ihrer Tagung gegen eine gesetzliche Neufassung des § 116 ausgesprochen — sie könnten damit eine Gesetzesänderung blockieren. Doch ginge dies nur um den Preis von Zugeständnissen des DGB an die CDU-Regierung. Dieses könnte sich zum Beispiel auf die bisher verhalten geäußerte Ablehnung von DGB-Vertretern zu Kohls Angebot für erneute Dreiergespräche auswirken. Daher liegen erneute Gespräche ohne Ergebnisse im Hinblick auf Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Anti-Gewerkschaftsgesetze im Bereich des Möglichen.

Damit wäre der Stand nach der Aktionswoche ähnlich dem vorher. Die Arbeitslosen und die Noch-Beschäftigten können sich darauf einrichten, daß dieses Spielchen bis zur Bundestagswahl 1987 anhalten wird. Erst dann werden die Karten neu gemischt.





# Und das alles mit 60 Mark Startkapital

## Aufbau und Werden des Springer-Konzerns

Sie haben einen großen Mann und Freund begraben. „Er hat den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands wirkungsvoll unterstützt. Sein Tod ist für die deutsche Wirtschaft ein schwerer und schmerzlicher Verlust.“ (1) „Die deutsche Automobilindustrie dankt dem Verstorbenen für die Aufgeschlossenheit dem Automobil und seinen Problemen gegenüber.“ (3)

„Er hat für das ganze Deutschland, für die eine deutsche Nation gelebt und gearbeitet.“ (3)

„Die Vertriebenen verlieren in ihm einen großen Freund, der sie in schwierigen Zeiten in der Treue zur Heimat und zu Deutschland bestärkte und in seiner Presse ihrer Stimme Raum gab.“ (4)

„Mit Axel Springer verliert die Bundesrepublik nicht nur einen bedeutenden Verleger, sondern auch einen der Architekten der Zeitungszustadt Hamburg.“ (5)

„Mit dem Tode Axel Springers hat das westliche Bündnis einen seiner überzeugtesten Freunde verloren. Sein Mut und seine Unbeirrbarkeit trugen dazu bei, die Bundesrepublik Deutschland aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges auf den hervorragenden Platz zu führen, den sie heute in der westlichen Welt einnimmt.“ (6)

„Axel Springers Tod reißt eine Lücke, die durch nichts und durch niemanden aufzufüllen ist. Das Judentum und der Staat Israel haben seit 1945 keinen solchen Freund wie diesen Mann gehabt.“ (7)

„Berlin hat einen Freund verloren“ (8).

„Schleswig-Holstein hat einen Freund verloren“ (9).

Franz Josef Strauß hat „einen großen Freund verloren“ (10).

Einige besonders Verwegene Hinterbliebenen rühmen dem Toten sogar nach, er sei „sensibel und nachdenklich“ gewesen, und „stets maßvoll selbst maßlosen Angriffen gegenüber“ (11). „Die große humanistische Verlegerpersönlichkeit unseres Jahrhunderts“ soll er gewesen sein (12), und sogar ein „Kämpfer für die Freiheit“, der geprägt war von der „Liebe zu allen Unterdrückten und zu den unterworfenen Völkern, die um ihre Menschenrechte ringen.“ (13)

Selten wird so maßlos gelogen wie in Traueranzeigen und auf Beerdigungen. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß das besonders für die Verabschiedung eines Verlegers gilt, dessen Macht und Reichtum auf Lügen aufgebaut war und sich täglich neu aus Lügen speiste. Seinem Gesamtwerk hat Axel Springer in Gestalt der „Bild-Zeitung“ ein Denkmal von absoluter Eindeutigkeit gesetzt. Dort sind seine Liebe zur journalistischen Wahrhaftigkeit, sein Respekt für die Menschenwürde jedes Einzelnen, sein Mitleiden mit allen getretenen Minderheiten am faßbarsten.

### Ein paar gute Freunde

Axel Springer war Herr über zuletzt 11.000 Beschäftigte. Sein Konzern machte nahezu 2,5 Milliarden DM Jah-



Das Unheil nimmt seinen Lauf. Baubeginn für das Hamburger Springerhaus an der Kaiser-Wilhelm-Straße 17. Oktober 1950.

resumsatz, wies davon allerdings nur knapp 30 Millionen DM als Gewinn aus. Fast 500 Millionen DM investierte der Springer-Konzern allein in den letzten drei Jahren, vor allem in die neuen elektronischen Medien.

Das alles begann, wie zweifelsfrei feststeht, mit jenen 60 DM Startkapital, die Springer wie alle Bundesdeutschen nach der Währungsreform 1948 auf die Hand bekam. Springer selbst steuerte dazu diese Anekdote bei: Seit Ende 1947 hatte er vergeblich versucht, von den britischen Besatzungsbehörden die Lizenz für die Herausgabe einer Hamburger Tageszeitung zu bekommen. „Im Mai 1948 gaben die Engländer das Lizenzrecht an die deutschen Behörden ab. Kurz danach, zwei Tage nach der Währungsreform, sagte mir dann (der damalige SPD-Bürgermeister) Max Brauer: Axel, jetzt kannst du deine Zeitung machen. Wieviel Geld hast du eigentlich? Wie alle anderen hatte ich zunächst nur 60,- pro Arbeitnehmer. Brauer meinte: Für dich ist das genug!“ (13).

Brauer, damals schon über 60, duzte die anderen hatte ich zunächst nur 60,- pro Arbeitnehmer. Brauer meinte: Für dich ist das genug!“ (13).

Brauer, damals schon über 60, duzte den 25 Jahre jüngeren Springer, weil man sich noch aus der Zeit vor 1933 gut kannte: Brauer, 1924-33 Bürgermeister im preußischen Altona, war ein enger Freund von Springers Vater gewesen, der bis 1941 die „Altonaer Nachrichten“ herausgegeben hatte. Axel Springer war 1937 Stellvertreter der Chefredakteur des Blattes geworden. Da lebte Max Brauer, der 1933

emigriert war, allerdings schon in den USA.

Noch eine weitere Vorkriegsfreundschaft erwies sich für Axel Springer beim Aufbau seines Presse-Imperiums als förderlich: die zum ungefähr gleichaltrigen Erik Blumefeld. Sein und Erbe einer hausbackenen Kapitalistenfamilie. Blumefeld, der nach den NS-Gesetzen als „Halbjude“ galt, hatte 1939 bis 1941 noch Kriegsdienst in der Wehrmacht geleistet, war dann entlassen worden und mußte schließlich die Zeit von 1942 bis Kriegsende im KZ Buchenwald erleiden. Nach dem Krieg baute er den Familienbetrieb wieder auf, wurde von den britischen Besatzungsbehörden in Verwaltungspositionen eingesetzt und engagierte sich seit 1946 an führenden Stellen in der CDU. So u.a. als Bundestagsabgeordneter 1961-80 und als Hamburger Bürgermeister-Kandidat 1974 und 1977. Er vermittelte Springer schon sehr früh den direkten Draht zum Bundeskanzler Adenauer. Daraus entstand eine enge Verbindung für die gesamte Amtszeit Adenauers. Man weiß, daß der

den direkten Draht zum Bundeskanzler Adenauer. Daraus entstand eine enge Verbindung für die gesamte Amtszeit Adenauers. Man weiß, daß der Kanzler manchmal noch in allerletzter Minute die Chefredaktion der „Bild“ anrufen ließ, um noch eine Meldung einrücken zu lassen, an der er interessiert war. Springer fügte diesen bestehenden engen persönlichen Verbindungen zu den Spitzen der Hamburger CDU und SPD später noch solche zu anderen Parteien hinzu: Springers 1975 verstorbener langjähriger Mitarbeiter Alfred Frankensfeld war FDP-Bürgerschafts-abgeordneter 1953-70, 1961-66 Leiter der FDP-Fraktion und 1966-70 Vizepräsident der Bürgerschaft. Sein Chefjustiziar (Rechtsvertreter) Hermann F. Arning machte gleichfalls Parteikarriere in der FDP und verfügte über einen „direkten Draht“ zu Genscher. Peter Boenisch, den sich Springer 1959 an Land zog, brachte aus seiner Leitungstätigkeit bei der „Revue“ in München (1955-59) eine Freundschaftsbeziehung zu F.J. Strauß mit ins Haus Springer.

Der aufstrebende Axel Springer der späten 40er und der 50er Jahre war also im vollen Sinn des Wortes ein Mann über den Parteien.

### Die Anfänge des Imperiums

Als Springer und Brauer das zitierte kleine Gespräch führten, besaß Springer allerdings außer den 60 DM Bargeld schon die Programmzeitschrift „Hör Zu“, die er im Dezember 1946 mit einer Auflage von 250.000 gestartet hatte. Sein erstes Presseobjekt nach dem Krieg war aber nicht die „Hör Zu“, sondern die seit Frühjahr 1946 erscheinenden „Nordwestdeutschen Hefte“ (Auflage 100.000) gewesen. Dort wurden, was wenig Kosten verursachte und politisch sehr opportunistisch war, Rundfunktexte des von den briti-

schen Behörden kontrollierten und von deutschen Demokraten gestalteten NWDR nachgedruckt. Als Herausgeber der „Nordwestdeutschen Hefte“ fungierte neben Peter von Zahn der honorierte Linke und Antifaschist Axel Eggbrecht. Damit ist über die frühen Anfänge der kommenden ersten konservativen Pressezeitung „Bild“ ausgesagt.

Übrigens wurden die „Hefte“ schon im April 1948 eingestellt. Seiner „Hör Zu“ verordnete Springer von Anfang an ein weitgehend unpolitisches Konzept. Die Zeitschrift sollte dem Publikum „wohltun“ und es nicht mit Mahnungen an die NS-Vergangenheit, demokratischen Appellen oder Tagespolitik belästigen. Nicht wesentlich anders war das Konzept für das „Hamburger Abendblatt“ — jene Tageszeitung, für die Max Brauer im Mai 1948 grünes Licht signalisiert hatte und die im Oktober gleichen Jahres erstmals erschien. Springer hatte sich für dieses Produkt seines Hauses den Slogan „Seid nett zueinander!“ ausgedacht.

Während sich das „Abendblatt“ in

erschien. Springer hatte sich für dieses Produkt seines Hauses den Slogan „Seid nett zueinander!“ ausgedacht. Während sich das „Abendblatt“ in Form und Anspruch eng an eine bekannte Vorkriegszeitung, das „Hamburger Fremdenblatt“, anlehnte, wurde mit der im Juni 1952 gestarteten „Bild“ ein ganz neuer Typ von Zeitung vorgestellt: Ein Blatt für Analphabeten und solche, die es werden wollen. Der Name „Bild“ signalisierte das Programm: das moderne Massenpublikum sei mehr an visuellen Reizen als an intellektueller Information interessiert, am Betrachten mehr als am Le-

### Glückspliz

„Unter allen, denen von den Alliierten, vom Staat, von der Gesellschaft Vorteile zugeschanzt worden sind, steht er weit oben.“

Es begann mit den Engländern: Die Lizenz für zwei Publikationen bekam er alleine, die für die dritte zur Hälfte. Ich kenne keinen anderen Deutschen, dem zweieinhalb Lizenzen, jede einzelne identisch mit einer Geldgrube, zugeteilt wurde. (Ich beispielsweise, Nutznießer des gleichen Systems, hatte eine Drittel-Lizenz.)

Daß Springer ein besserer Geschäftsmann ist als alle anderen, zeigte sich schon zu Beginn. Aber war das ein Grund, ihm 1953 zu den zweieinhalb Lizenzen noch drei wohlfundierte Zeitungen („Welt“, „Welt am Sonntag“ und „Das Neue Blatt“) gegen ein Spitzgeld zu verscherbeln? Die Engländer und Adenauer mögen auch dafür ihre Gründe gehabt haben ...

Rudolf Augstein im „Spiegel“ 5/1970

sen. Wenn Springer später höhnte: „Ich war mir seit Kriegsende klar, daß der deutsche Leser eines auf keinen Fall will, nämlich nachdenken“, so ist daran lediglich zu korrigieren, daß ihm diese Erkenntnis zweifellos schon vor Kriegsende gekommen war. Sie entsprach ohnedies dem Geist, der bis zum 8. Mai 1945 in Deutschland geherrscht hatte, weit mehr als den demokratischen Idealen, die nach diesem Datum plötzlich das Bild bestimmten. Eine Zeitung wie die „Bild“ läßt sich nur mit absoluter Massenverachtung und einem bis an den Rand der Selbstzerstörung gehenden Zynismus produzieren. Wie das in der Praxis aussieht, hat Wallraff bestens beschrieben.

Die Startauflage der „Bild“ im Juni 1952 lag mit 250.000 unter der gleichzeitig verkauften Auflage des „Abendblatt“ (260.000). Das neue Blatt hatte ein halbes Jahr Durststrecke zu überwinden, bevor sich Anfang 1953 die Auflage mit monatlichen Hunderttausender-Sprüngen in Bewegung setzte. Im Juni 1953 war man bei 700.000 angekommen, Ende des Jahres bei 1,2 Millionen, 1955 bei 2 Millionen. 1962 kam man erstmals über 4 Millionen, überstand die laute aufgeschobene erste Preisanhebung von 10 auf 15 Pf. 1965 ohne Schaden, und schaffte 1964-66 an Spitzentagen mehrfach den Schritt über die 5-Millionen-Traumgrenze, wahrscheinlich als Folge der Anti-Springer-Kampagne (ab 1967) und der anfangs zügellosen Hetze der „Bild“ gegen die Regierung Brandt (ab 1969) sank die verkaufte Auflage bis 1972 auf einen Tiefpunkt von 3,4 Millionen ab. (Untersuchungen ergaben, daß unter den „Bild“-Lesern mehr SPD-Wähler als CDU-Wähler sind).

1978 jedoch war die verkaufte „Bild“-Auflage schon wieder bei 4,8 Millionen und zeichnete damit die beginnende geistig-politische Tendenzwende nach Rechts nach. Inzwischen hat sich die Auflage bei knapp über 5 Millionen eingependelt.

Es fehlte Springer Anfang der 50er Jahre immer noch eine dezidiert politische, ernstgenommene Tageszeitung für das Mittelschichten-Publikum. Diese Lücke sollte die „Welt“ füllen, die bis zum Erwerb durch den Springer-Konzern im September 1953 die Zeitung der britischen Besatzungsmacht gewesen war. Springer bekam den Zuschlag für die „Welt“ zu einem ungewöhnlich niedrigen Preis: 10 Millionen ein halbes Dutzend Mitbewerber unter bis heute nicht ausreichend geklärten Umständen. Es wird vermutet, daß dabei eine direkte Intervention Adenauers, der sehr an einer zuverlässigen regierungsnahen Tageszeitung interessiert war, eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Als Chefredakteur der „Welt“ setzte Springer seinen „Freund und Mentor“ (14) Hans Zehrer ein. Man hatte sich, auf Initiative Springers, schon 1943 oder 1944 kennengelernt. Zehrer war bis 1933 Herausgeber der Zeit-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite

27.8.76

### BILD-Kommentar

#### Die Früchte des Schmelgens

„Die wahre Diplomatie ist ein Mann, der zweimal nachdenkt, bevor er nichts sagt“ (Winston Churchill).

Hans-Dietrich Genscher, Chefdiplomat der Bundesrepublik, ist so einer. Lautlos, mit allen Raffinessen der Diplomatie vertraut. Dem libyschen Staatschef Ghaddafi gegen beharrliche Konturen acht Millionen Tennen mehr Öl aus dem Band zu kratzen — das ist schon eine Leistung (Seite 4).

Wie macht man das? Zäh und geduldig hat Genscher mit dem Terroristenfreund Ghaddafi über Jahre verhandelt, hat ihn kritisiert, vor den gefährlichen Terror „Freunden“ gewarnt. Aber er hat zusammen mit Frankreich dafür gesorgt, daß Ghaddafi nicht von den Staatsmännern der Welt geschnitten wurde. Ghaddafi sorgt nun mit dafür, daß wir nicht von den Diquellen abgeschnitten werden. So hat stille Diplomatie ihren Sinn.

20.3.78

### BILD-Kommentar

#### Was wiegt ein Eichensarg?

Ghaddafi, der libysche Gewohnheits, hat stumm ausgesprochen das Bild-funktionäre Laster und gleich sein weiteres Manöver dargestellt. Er sparte Laster und sehr moderne Menschen, um mit einem Schlag seine Gegner ausschalten zu können. Einmalig hochgezogene Ghaddafi den Mund.

Das ist Weltfremde an Menschenverachtung. EKO-Chal Monacher wird trotzdem zu dem mörderischen Ende seines Kampfes zu schweigen.

Ghaddafi Umhüllungen wegen oben schwarz als ein Eichensarg.



„machen Sie man ruhig so weiter, Herr Schmidt!“ — Begegnung auf dem Berliner Presseball 1977.



Fortsetzung von vorheriger Seite

schiff „Tat“ gewesen, die einen führenden Platz im sog. nationalrevolutionären Spektrum gehabt hatte. Teile dieser Strömung gingen dann in der NSDAP auf, während andere sich zu rückzogen. Das hatte auch Zehrer getan. Als die britischen Besatzungsbehörden Anfang 1946 den Start der „Welt“ vorbereiteten, war Zehrer als Chefredakteur vorgesehen, mußte aber (u. a. aufgrund von SPD-Einsparungen) diesen Posten noch vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe räumen. Bei Springer gab es solche Probleme nicht mehr. Erfassungsbereich blieb die „Welt“ sogar auf einem relativ liberal-konservativen Kurs, solange Zehrer die Redaktionsgeschäfte führte. Erst da nach wendete sich die „Welt“ (etwa ab Mitte der 60er Jahre) zu einem wild gewordenen Kampfbüro rechts von der offiziellen CDU, Auflegenmäßig und finanziell blieb die „Welt“ seither unter häufig wechselnden Chefredakteuren und manchen seltsamen Experimenten das gefragteste Sorgenkind des Springer-Konzerns, das jährlich Millionen an Zuschüssen verschlingt. Springer hat sich den Luxus, die mit Abstand schlechteste „große“ Tageszeitung des Kontinents zu besitzen, eintreten lassen.

Mit dem Aufkauf des traditionsreichen Ullstein-Verlags in Westberlin Ende der 50er Jahre rundete Springer sein Imperium vorerst ab. Dieser Handel brachte ihm neben dem Buchverlag die großen Berliner Tageszeitungen „B.Z.“ und „Berliner Morgenpost“. Springer war zu dieser Zeit besessen von der Vorstellung, die Heimholung der DDK ins Reich (bzw. Wiedervereinigung) stehe unmittelbar vor der Tür. Berlin sollte dann der Brückenkopf für eine gigantische Expansion der Springer-Presse auf den DDR-Markt werden. Im Mai 1959 wurde mit dem Bau des Springer-Hauses in Westberlin begonnen. Als es im Oktober 1966 unter reger Anteilnahme hoher und hochstie Springer-Sympathisanten aus Staat und Gesellschaft eingeweiht wurde,



Ein guter Freund bringt Blumen vorbei. Natürlich in blau-weiß. Sehr dekorativ!

de, war der Traum vom großdeutschen Presse-Imperium eigentlich schon ausgeräumt. Trotzdem ließ Springer noch im Jahre 1979 auf dem Grundstück seines Berliner Verlagshauses Wegweiser mit den Namen „ostdeutscher“ Städte und den Entfernungsangaben anbringen: 147 km nach Stern, 340 km nach Breslau, 470 km nach Danzig, 190 km nach Königsberg. Das alles im Namen und Auftrag eines Verlegers, der ständig behauptete, er habe aus der deutschen Geschichte gelernt.

#### Politische Ambitionen

Als entscheidender politischer Wendepunkt für Springer wird in den meisten Darstellungen seine Moskauer-Reise im Januar 1958 interpretiert. Springer sei, getrieben von naivem missionarischen Drang und von dem Wahn, Träger einer historischen Mission zu sein, zu Chruschtschow gefahren, um ihm die deutsche Wiedervereinigung abzuschnitzeln. In dieser Hoffnung fr-

stern und zudem nicht mit den erwarteten diplomatischen Ehren hofiert, sei Springer als entschlossener Antikommunist zurückgekommen. Im vertrauten Kreis horte man ihn damals schwadronieren: „Erst werden wir die Hadervereinigungen machen, dann werden wir nach Berlin ziehen und mit der ‚Welt‘ eine Zeitung machen, wie es sie in Deutschland noch nie gegeben hat. Und mit dieser Zeitung werden wir ein deutsches Volk machen, wie es das auch noch nicht gegeben hat.“ (15) Im November 1958 startete Springer die Aktion „Macht das Tor auf“. Damals war das (Brandenburger) Tor, die Grenze in Berlin, tatsächlich noch offen, geschlossen wurde es erst drei Jahre später.

Man kann spekulieren, ob es wirklich eine politische Wendung in Springers Leben gab, oder ob er nicht vielleicht einfach den Zeitpunkt für gekommen hielt, seine eigentlichen Vorstellungen und Ziele deutlicher hervorzuheben zu lassen: Tatsache ist jedenfalls, daß seit Ende der 50er Jahre eine heftige Politisierung der Springer-Presse im Sinne eines Rucks nach Rechts stattfand. 1967 formulierte Axel Springer die Generalziele seines Konzerns in vier Grundsätzen, auf die sämtliche Angestellte eingeschworen wurden. Sie lauten: 1. Das Eintreten für die „Medizinische Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit, nach Möglichkeit in einem vereinigten Europa.“ 2. Die Ausweitung zwischen Deutschen und Juden sowie die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes. 3. Die Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus. 4. Die Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft. Das meinte nach Lage der bundesdeutschen Dinge nichts anderes, als daß die Springer-Presse staatsbejahend und staatstragend sein sollte, zugleich aber auch staatsbestimmend. Springer sah sich selbst als Politiker und genoß sich die Devotheit, mit der ihm

Politiker aller etablierten Parteien zu begegnen pflegten. Gegen Springer könne man eben nicht regieren, lautete ein Spruch in der Hamburger SPD und genau dieser Eindruck war beachtlich. Mitunter waren es wirklich gewählte Nebensächlichkeiten, an denen Springer die Politiker nach einer Pfeife tanzen ließ. So ließ er einmal mit Hilfe einer großen „Bild“-Kampagne den Bundestag aus den Ferien holen, um über eine Erhöhung der Telefongebühren neu zu beraten. Die öffentliche Vorführung dieses flatternden, dienstbesessenen Hausens von Volkvertretern war ihm weit wichtiger als der konkrete Anlaß.

Hinter der Formel, gegen Springer sei nicht zu regieren, steckt wohl auch sehr viel Opportunismus und dumme Ausrede. Umgekehrt hat sich die Springer-Presse sichtlich schwer getan, wenn sie versuchte, gegen die Regierenden anzuschreiben und sich dem herrschenden Trend entgegenzustellen. Insbesondere das Ergebnis von Springers maßloser Hetzkampagne gegen die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition kann als totales Fiasko bezeichnet werden. Auch Springers gewagtes Engagement für die Bildung einer rechtsextremen „Vierten Partei“ brachte ihm kein Glück. Dieser Art von Presse scheint Übereinstimmung mit den herrschenden Verhältnissen besser zu bekommen als der Versuch, aus einer Oppositionsrolle gegen den Strom zu schwimmen.

Das gilt besonders für Springers Massenblatt, die „Bild“, mit ihrem partiell politisch heterogenen Publikum. Die oft aggressive, gewalttätige Polemik der „Bild“ setzt Übereinstimmung mit der Masse der Leser voraus. Der Leser muß spontan zustimmen können, ohne erst nachzudenken oder gar über ein kontroverses Argument zu stolpern. Die „Bild“ kann sich ohne Schaden

keine direkte Polemik gegen Figuren und Gruppen leisten, mit denen sich erhebliche Teile des Publikums identifizieren. Sie kann daher eine politische Trendwende aus eigener Kraft nicht herbeiführen, sondern kann lediglich vorhandene Trends verstärken. Dann und einwohrt die Gefahr, andererseits aber auch der Gefahr, dieser Art von Presse keine Chance zu geben. Die Springer-Presse hat sich in diesem Problem haben sich alle Anti-Springer-Kampagnen die Zähne letztlich doch wohl vergeblich ausgebissen.

#### Anmerkungen

- 1) Hans-Gert Hoff, Ehrenpräsident des Niedersächsischen Landtages.
- 2) Hans-Joachim Schönbauer, Ehrenpräsident des Verbands der Arbeiterkassen.
- 3) Alfred Drepper, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
- 4) Horst Kraus, Präsident des Bundes der Vertriebenen.
- 5) Klaus von Dohnanyi (SPD), Erster Bürgermeister in Hamburg.
- 6) George Bush, Vizepräsident der USA.
- 7) Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien.
- 8) Eberhard Diepgen (CDU), Regierender Bürgermeister in Westberlin.
- 9) Uwe Barschel, Ministerpräsident Schleswig-Holstein.
- 10) „Bild“ 28.8.85.
- 11) E. Diepgen.
- 12) Martinus Perschke, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft.
- 13) Wilfried Hertz-Eichenrode, Chefredakteur der „Welt“ (24.8.85).
- 14) Mentor sowie wie geistiger Lehrer, Leiter und Ratgeber Springer schrieb in seiner Tageszeitung „Zehrer“ (1965): „Er war mein Freund und Mentor. Ohne ihn wäre mein Leben anders verlaufen. Ohne ihn wäre mein Haus nicht das geworden, was es ist.“
- 15) Auf der Webhoch steht der Welt die Aktion 1957 Zit nach „Spiegel“ 1985 8.30.

Bild: G. 10.82

#### Der Wert der Familie

Es ist erschreckend, wie viele junge Menschen an Selbstmord denken. Der Bericht auf dieser Seite klagt auch viele Erwachsene an. In einer kleinen Familie kommen Selbstmordgedanken viel seltener auf, sagen die Wissenschaftler.

Die antikerfahrene Erziehung hatte das Ziel, die Familienbande zu stärken. Kinder sollten sich von den Eltern „emanzipieren“ und von schulischen Richtlinien befreit werden. Kinder zur Kritik fort um jeden Preis zu erziehen.

Die Konfliktgespräche zwischen Kindern sollten mit Über Jahrhunderte war die Familie der Hort der Geborgenheit. Das muß wieder so werden. E. v. L.



#### Axel Springer jr. schied aus dem Leben

Axel Springer jr. (33), der Sohn des Verlegers Axel Springer, ist in der Nacht zum 6. Januar freiwillig aus dem Leben geschieden. Springer jr. ist als 10-jähriger vor einem heftigen Infarkt aufgetreten. Infarktbrüche sind unter Depressionen.

Seine Jahre hatte sich Axel Springer jr. mit großem Erfolg als Fotograf unter dem Pseudonym Sven 2. einen Namen gemacht. Nach seinem Eintritt in das väterliche Haus übernahm er zunächst journalistische Tätigkeiten. Zur Zeit seines Todes war er einer der Chefredakteure der „Welt“ am Sonntag.

## «Im Zweifel immer für Israel»

Unter den vier „Richtlinien für die redaktionelle Arbeit“, die Axel Springer 1967 formulierte, steht als Punkt 2: „Die Ausweitung zwischen Deutschen und Juden sowie die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes.“ Im Juli 1966 war Springer das erste Mal nach Israel gereist, nachdem ihm sein Jugendfreund Erik Blumenfeld (2) dafür grünes Licht gegeben hatte: „Ich glaube, die Zeit ist reif.“ (3) Kurz vor war, gleichfalls mit Blumenfeld als Wegbereiter, diplomatische Beziehungen zwischen Israel und der BRD aufgenommen worden. Von nun an war Axel Springer ein regelmäßiger Gast in Israel und baute enge persönliche Beziehungen — man sprach beiderseits von Freundschaft — zu führenden Politikern des Landes auf. „Nachdem sich der Pulverdampf von den Schlachtfeldern verzogen hatte“ (4), leitete Springer 1967 und 1973 an der Front, „Unglücklicherweise kam ich als Reservat nicht in Frage“ (4), beklagte er sich später einmal, und das Licht er spöcklicherweise für witzig. Immerhin war es ihm gegönnt, im Juni 1967 zur Klagenmaus im fruchtbaren Oberramla zu pilgern und im Oktober 1973 über eine Pontonbrücke das Westufer des Suez-Kanals zu betreten.

Die Pressepolitik seines Hauses im Juni 1967 stellte Springer in einer Rede in Jerusalem 1969 mit einem klaren Ziel vor: „Ein Spießvogel hat damals gesagt: Während des Sechstage-Krieges hat Axel Springer in Deutschland sechs Tage lang israelische Zeitungen herausgebracht. Sein Instinkt für Verkaufsmöglichkeiten hat ihn allerdings daran gehindert, die

Zeitungen in hebräischer Sprache zu drucken.“ (5) Ob die israelische Presse damals tatsächlich genauso wie Springers Zeitungen in die Sprache der Wehrmacht Sondermeldungen versetzt, sei dahingestellt. „Bild“ damals: „Israelis sind nicht so halbes! Schon am Samstag“ (6). „Ägyptische Gegenangriffe blutig zurückgeschlagen“ (7). „Der militärische Sieg Israels darf nicht, wie schon einmal, durch falsche Kompromisse in eine halbe Niederlage verflacht werden.“ (8) „BIL-Leser danken Israel. Ihr habt auch für Europa gesorgt.“ (9) „Unsere wirkliche Wiedergutmachung“ habe „genau in dem Augenblick“ begonnen, wo Deutsche in Bayern, Düsseldorf und Berlin sagten: „Donnerweiter, diese Juden...“

Kein Zyniker hätte Springers Besitzer greifende Sympathie für Israel prägnant auf den Punkt bringen können als dieser authentische „Bild“-Kommentar vom 15. Juni 1967. Springer selbst rühmte später am israelischen Soldaten den „Geist der Todesverachtung, geworfen aus der Gewissheit eines jeden Israelis, daß es für ihn nur Halten oder Fallen geben konnte“ (9 b). Ein Geist, für den sich das deutsche Publikum schon immer erwärmen konnte.

Zunächst konnte noch der Zweifel los-trügerische) Eindruck entstehen, als verhalte sich das offizielle Israel gegenüber dem stürmischen Werber Springer eher reserviert und vielleicht sogar ein bißchen irritiert. Seit Anfang der 70er Jahre wurde Springer allerdings in Israel mit Ehrungen überhäuft wie in keinem anderen Land, die BRD selbst eingeschlossen. Er wurde Ehrenbürger

der religiösen Bar-Ilan-Universität (1974) und der Hebräischen Universität Jerusalem (1976), Ehrenmitglied des Weizmann-Instituts in Rehovot (schon 1969), wurde geehrt mit dem Titel „Bewahrter Jerusalem“ (1983), wurde Ehrenbürger der Stadt Jerusalem, bekam die neugestiftete Goldmedaille der Verleger Israels und die Goldmedaille des Bnai Brith (10) verliehen (beides 1985). Vermutlich gibt es keinen anderen Nicht-Juden, der in Israel im gleichen Ausmaß geehrt wurde.

Prominente israelische und jüdische Stimmen würdigten Springer nach seinem Tod als guten Freund. Ob man in ihm wirklich mehr gesehen hat als einen ebenso mächtigen wie zuverlässigen Propagandisten der Interessen und Wünsche Israels, läßt sich nicht beantworten, ohne ins Spekulieren zu verfallen. Daß Springers Konzern alte und neue Rechtsextremisten beherbergte (11), daß insbesondere in der „Bild“ faschistische Methoden zum Zuge kommen, daß Springers Liebe zum jüdischen Staat nicht zuletzt das Produkt einer tiefen deutsch-nationalen Verinnerlichung war, konnte eigentlich kaum jemandem verborgen bleiben.

#### Jerusalem und Berlin, zwei heilige Städte

Springer war gern in Israel. Nicht nur wegen des stets in der Luft hängenden herben Dufts von Pulverdampf, sondern auch wegen der Verkörperung sei-



Da freut er sich: Dr. h.c. Springer 27. Juni 1974 in Ramat Gan, Israel

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

ner eigenen Ideale, die es dort wahrzunehmen meinte oder vielleicht als Lesezeichen hineininterpretierte: „Ich finde, daß Israel im Verband aller westlichen Völker das fleißigste, das intelligenteste, das intensivste Volk ist. Auch wenn es etwas hoch klingt, wage ich es zu sagen. Es ist ein Land, in dem man zum Beispiel das Wort Vaterland noch anders Wirkungsdruck aussprechen darf! Hier darf man Mutter oder Vater sein, hier ist Pornographie immer noch Pornographie und keine Kunst. Diese Dinge nehmen mich sehr für Israel ein, und ich bin gern in diesem tüchtigen Land.“ (12)











Das neue „Wir-Gefühl“ bricht sich Bahn in der SPD. Dem Rauch nach dem Wahlerfolg im Saarland und in Nordrhein-Westfalen folgte ein vorübergehender Katzenjammer: Die Angst vor dem Erfolgsdruck bei der Bundestagswahl 1987 und die innerparteiliche Vorsicht gegenüber der Möglichkeit eines Wahlsieges. Doch die ist überwunden. Die SPD setzt auf Sieg 1987. Johannes Rau wird der Kanzlerkandidat werden, „indem wir Johannes Rau um die Kandidatur bitten, zeigen wir, daß wir 1987 auf Sieg setzen. Wenn ich noch einmal angetreten wäre, würde dies als ein Signal verstanden, wir wollen erst 1991 wieder an die Regierung kommen“. Kein Geringerer, als der Kanzlerkandidat 1983 und Fraktionsvorsitzende der Bundestagsopposition, Hans-Jochen Vogel, gab dieses Signal für die Öffentlichkeit (FR, 18.9.85).

Intern waren die Wahlen allerdings recht früh nach dem NRW-Wahlsieg im Mai auf die 87er Mehrheit gestellt worden. Willy Brandt hatte auf dem Bremer SPD-Parteitag am 22. Juni dieses Jahres davon gesprochen, daß die Partei den Wahlsieg „mit aller Kraft antreiben“ will und den Zeitplan der Programmrevision — der ursprünglich die Wiedergewinnung der Regierungsmehrheit 1991 einplante — korrigiert. Zwar soll die programmatische Erneuerung weiterhin mit der Verabschiedung des „neuen Godesberg“ 1988 abgeschlossen werden, doch soll die alsbald programmatisch erneuerte Sozialdemokratie bereits 1986 präsentiert werden. Da „1986 der Wahlkampf noch wichtiger ist, als die Programmdebatte“, soll jetzt bereits im Frühjahr 1986 ein erster Programmentwurf vorgelegt werden und im Herbst 1986 dem Parteitag „in einer Art Erster Lesung unterbreitet“ werden. Dadurch, so Brandt, soll „der politische Gegner keine Chance haben zu behaupten, wir verschwiegen unsere weiterreichenden Absichten“. Zugleich soll so erreicht werden, „daß die Impulse einer Programmdiskussion, die erst 1988 abgeschlossen werden soll, schon 1987 ihre Schubkraft entfalten“. Noch ein anderer macht ganz auf Sieg. Die SPD hat, „wenn überhaupt nur 87 die Chance, noch in diesem Jahrhundert die Regierungsmehrheit in Bonn zurückzugewinnen“. So schlecht wie jetzt wird die CDU nie wieder sein, so das SPD-Junge „Genie“ und Rüdiger Hombach. Für ihn ist das Brechen der CDU-Kompetenz auf dem Gebiet der Wirtschaftsa- und Arbeitsmarktpolitik die mehrheitenscheidende Frage. In den neunziger Jahren aber käme der Union die demographische Entwicklung zugute, die den Arbeitsmarkt auch ohne eigenes Zutun entspannen würde (Hombach in FR, 28.6.85).

### Das Ende der „Rot-Grün“-Option

Beflügelt wird die SPD zunehmend durch positive Umfrageergebnisse, die Rau als Kanzler (laut Allensbach im September 43 %) weit vor Kohl (32 %), die SPD (44 %) vor der

durch positive Umfrageergebnisse, die Rau als Kanzler (laut Allensbach im September 43 %) weit vor Kohl (32 %), die SPD (44 %) vor der CDU/CSU (43 %) sehen. Damit im Rücken wird der Kurs der Partei festgelegt: Priorität für 1987 hat das Ziel, Mehrheitspartei zu werden. So banal diese Absicht klingen mag, hat sie auch etwas mit der veränderten Parteistrategie und ihren Bündnisbemühungen zu tun. Noch im letzten Jahr schenkte die Festlegung auf „rot-grüne“ Bündnisse zu überwiegen, Hessen sollte Modell hierfür werden. Allerdings war dies noch von anderen Überlegungen bestimmt: Niemand in der SPD sah die Rückgewinnung einer Mehrheitsposition als realistisch an, so daß der Machterhalt in den Ländern Priorität hatte. Dies ging aber weder mit einer „Großen Koalition“, noch mit einem Koalitionspartner FDP, da beides ein Sprengsatz für die christlich-liberale Koalition im Bund geworden wäre. Blieben also nur die Grünen. Erst die Wahlerfolge ohne die Grünen im Saarland und NRW sowie der anhaltende Meinungstrend für die SPD haben die derzeitige Strategie möglich gemacht.

Der Sieg Lafontaine wurde mit einer deutlichen Abgrenzung von den Grünen erreicht. In NRW war Rau noch deutlicher anti-grün und in Niedersachsen in Schröder, der ursprünglich sehr klar eine Mehrheit mit den Grünen gegen Albrecht gesetzt hatte, vollständig auf den neuen Kurs eingeschwenkt. Seither gelten die Grünen als „nicht bundnisfähig“, sie seien „weder in der Lage noch willens“ eine Koalition einzugehen, und unverfroren wird der Person Otto Schily ein Angebot zur Zusammenarbeit unterbreitet, wenn er mit den Grünen bricht.

Weder im Bund, wie der designierte Kanzlerkandidat Rau mehrfach erklärte, noch im Land Niedersachsen wird auf die Koalition mit den Grünen ge-



## Vor der Bundestagswahl 1987: Die SPD will die Mehrheit

### Ein Überblick über die SPD-Programme und Erneuerungsdebatte

setzt. Rau spricht von der „Koalition mit den Wählern“ und der Erringung der absoluten Mehrheit. Schröder steht zwei etwa gleich große Lager SPD/Grüne gegen CDU/FDP. „Die Frage ist jetzt, wer das Lager links vom konservativen Block organisieren wird“, meint der SPD-Vizepräsident. „Wir müssen den Wählern ein klares Bild zeigen, daß wir allein dieses Lager organisieren. Ich kämpfe für die SPD, nicht für eine Koalition, zumal es gar nicht sicher ist, ob die Koalition mit den Grünen überhaupt möglich wäre“ (FR, 1.10.85).

Damit wird die SPD auch weiterhin nicht Bündnisse mit den Grünen ausschließen, wenn dies wie in Hessen dem Machterhalt dient oder wie es möglicherweise in Niedersachsen kommen könnte, dem Machterwerb dienlich wäre. Aber zu Grab getragen ist damit Willy Brandts Option aus den Jahren 1982/83 einer „rot-grünen“ Mehrheit links von der CDU. Die Grünen werden nicht mehr ernsthaft als in Kauf zu nehmender Koalitionspartner auf absehbare Zeit betrachtet werden, sondern das grüne Potential, zumindest ein Teil davon, soll gleich für die SPD gewonnen werden. Bündnispolitik hält sich die SPD zudem immer noch, oder schon wieder, die Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Liberalen offen, sichtbar an dem Bemühen, die Gemeinsamkeiten in der Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik mit der FDP zu betonen und entsprechende Differenzen in der Regierungskoalition zu vertiefen.

### Das Mehrheitskonzept

Erste Säule ist die Stabilisierung des Einflusses in der traditionellen SPD-Wählerschaft, insbesondere bei den Arbeitern durch Schulterschluß mit den Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeitverkürzung und beim Thema Arbeit und Umwelt, sowie durch die Rückgewinnung 1983 verllorener Stimmen an die CDU. 2,5 % mehr Wahlstimmen erhofft Willy Brandt sich hier (Spiegel, 1.7.85).

Zweite Säule soll die Stabilisierung als Reformpartei gegenüber dem im weitesten Sinne grünen Wählerpotential sein (Brandt + 2,5 %). Dem gesten die Bemühungen in der Friedensbewegung, die Profilierung als Umweltpartei, die neuentdeckte Frauenfrage sowie die Aufnahme solcher Fragen wie „Selbstbestimmt arbeiten“.

Dritte Säule, nicht ganz unterscheidbar von den ersten beiden, soll die Gewinnung des „liberal-kulturellen Milieus“ (Brandt, + 1 %) sein, das insbesondere durch das „Projekt der Moderne“ (Glotz) angesprochen werden soll. „Zukunft der Arbeit“, „technologische Modernisierung“ etc.

Vor diesem Hintergrund muß die

derzeitige Programmdiskussion gesehen werden. Während die sozialdemokratisch orientierte Linke innerhalb wie außerhalb der Partei mit Feuereifer in die Programmdiskussion einsteigt und den Sozialismus in und mit der SPD herbeizitiert, sieht Peter von Oertzen vor den Jung-Hochschulgruppen referiert. „Wie marxistisch kann die SPD sein?“, Glotz vor linkem Publikum Gramsci für die SPD reklamiert, sind die Parteimanager und Pragmatiker dabei, den Godesberger Volksparteiansatz auf die Höhe der Zeit zu bringen und Gewerkschaften, konservative Sozialdemokratische Wähler, Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegte sowie die Linke der sechziger Jahre unter das weite Dach einer erneuerten sozialdemokratischen Reformpartei Nummer Zwei zu bewegen. Immerhin bietet die Partei für (fast) jeden etwas: Für die Linken — die, wie Bodo Hombach in der „FR“ spottet, „die Neuorientierung und Programmarbeit akademisch sauber abschließen wollen“ — die Programmdiskussion. Für

„die Rechte“, das ist die Reformpartei, die die Neuorientierung und Programmarbeit akademisch sauber abschließen wollen“ — die Programmdiskussion. Für die Rechten — deren Formierungsversuche in der neugegründeten „Kurt Schumacher-Gesellschaft“ kaum vom Fleck kommen — einen Kanzlerkandidaten Rau, der politisch eher einer der ihnen ist, die volle Integration von Hermann Rapp in die Programmkommision der bereits als Arbeits- und Sozialminister gehandelt wird, SPD-Rechte wie Holger Börner, Richard Löwenthal, Helmut Rohde und Philip Rosenthal in der Programmkommision. Für die Frauen die Quotenregelung („Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit“), die in Studien den Anteil von Frauen in Parteilisten und Wahlmandaten erhöhen soll. Da ist es schon ein Erfolg, wenn in der 202-köpfigen Bundestagsfraktion (davon 23 Frauen) der Frauenanteil im Fraktionsvorstand von 5 auf 8 erhöht wird (bei insgesamt 40 Mitgliedern). Dabei hat die personelle Erneuerung der Partei, das Heranziehen von Willy Enkel — und Enkelinnen wie er später ergänzte — nur Männer nach vorn gebracht, den „reinen Enkel Rau“ für den Bund, Gerhard Schröder in Niedersachsen, Oskar Lafontaine im Saarland (plus Jo Leinen), Klaus Wedemeyer und Henning Scherr in Bremen, Rudolf Schärping in Rheinland-Pfalz, Karl-Heinz Hiersemann und Rudolf Schöfberger in Bayern.

Doch was stören solche Kleinigkeiten? Die SPD scheint es trotz aller Erfahrung mit dieser Partei wieder einmal zu schaffen, nach vielen Seiten integrierend zu wirken. Dabei sind die Methoden überhaupt nicht neu. Zwei einhalb Jahre Wende-Regierung haben ausgereicht, daß heute schon kleinste Versprechungen genügen, Druck auf die politische Opposition in der BRD zu machen und man muß wohl kein Prophet sein, um vorherzusagen, daß

nachdem jetzt prominente grüne „Fundis“ wie Annemarie Borgmann und Willy Hoss öffentlich für ein Bündnis mit der SPD plädieren, es kaum ein Halbes bei den Grünen geben wird, wenn die SPD ihren derzeitigen Kurs weiterreiben kann. Beispielsweise das Interview mit Rau im Kölner „Express“ vom 16.10., das einigen Staub aufgewirbelt hat und zu dem die DKP schreibt: „Wir Kommunisten stellen fest: Würde Rau die hier geäußerten Vorhaben zur Grundlage der Bonner Regierungspolitik machen, dann könnten wesentliche Forderungen der Arbeiter- und der Friedensbewegung durchgesetzt werden“ (UZ, 18.10.). Und was hat Rau gesagt?

„Es gibt insgesamt 23 neue Gesetze, die in das soziale Netz einschneiden. Ich würde als Kanzler sicherlich alle Kürzungen im Sozialbereich rückgängig machen. Vom Mutterschaftsgeld über Schüler-BAföG bis zur Arbeitslosenunterstützung“. Aufregungen darüber, daß damit ja auch Gesetze aus der Schmidt-Ära betroffen seien, wurden umgehend beruhigt. Rau habe ja nur die aufgezählten drei wichtigsten Gesetze gemeint. Weiter will Rau eine mögliche Gesetzesänderung des 116 Arbeitsförderungsgezet (kein Kurzarbeitergeld für Ausgesperrte) ebenfalls rückgängig machen und eine gesetzliche Regelung einführen, daß Beamte nicht als Streikbrecher eingesetzt werden können. Und jetzt wörtlich die Passage, die die CDU zum Schäumen und die DKP ins Schwärmen brachte: „Falls bei der Regierungsbildung ein SDI-Vertrag vorliegen sollte, werden wir darüber verhandeln, wie das Ganze rückgängig gemacht werden kann. Das gilt natürlich auch für den NATO-Doppelbeschluß“. Schön, schön, nur hat Rau nicht mehr und nicht weniger gesagt, als daß man mittlerweile dagegen ist und darüber mit den Partnern im NATO-Bündnis verhandeln will. Und da gehören ja wohl mindestens zwei dazu, wovon einer Reagan bzw. die US-Administration sein wird. Dann wird man sich auch einigen und es bleibt das Bedauern. Denn Rau hat nicht gesagt: SDI Buß nicht und die Raketen kommen weg, wohlweislich nicht. Der anlaufende Vorwahlkampf gibt also einigen Vorgeschmack auf das, was an Versprechungen, Relativierungen und Herumlaviertel noch alles zu erwarten ist und wie sehr die Sozialdemokratie schon wieder ohne substantielle Zugeständnisse dabei ist, neue alte Reformhoffnungen zu wecken.

### Godesberger Erneuerung

Mit dem Godesberger Programm der SPD aus dem Jahre 1959 schuf die Partei die Voraussetzung für ihre spätere Regierungsbeteiligung (1966 in der

„Großen Koalition“, ab 1969 bis 1982 in der sozialliberalen Koalition).

Godesberg, das war das Bekenntnis zur Westintegration der BRD, das war das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, zur schrittweisen Verbesserung des Kapitalismus ohne seine Grundlagen anzutasten. Das bis dahin in der SPD nach wie vor geltende Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wurde zugunsten der dauernden Aufgabe eines Sozialismus im Geiste der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität revidiert. Willy Brandt hat nun bei der neuen Programmdebatte darauf hingewiesen, daß es nicht um neue Grundwerte der Partei, sondern nur um ein erneuertes Programm gehe (Rede „25 Jahre nach Godesberg“ vom 12.11.84). In seiner programmatischen Rede auf dem Bremer SPD-Parteitag am 22. Juni 85 betonte er: „nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, Godesberg solle in prinzipieller Hinsicht ersetzt werden“, es solle nur fortgeschrieben werden. Er bezog sich dabei positiv auf den Bericht der Grundwertekommission der Partei, die unter Vorsitz von Erhard Eppler (personell weitgehend identisch mit der Programmkommision) die Vorgaben für die Programmpolitik gemacht hat.

In diesem „Bericht der Grundwertekommission zum Godesberger Grundsatzprogramm“ (ohne Datumsangabe) werden als Grundwerte benannt: Das Bekenntnis zur Demokratie, „das Bekenntnis zum Grundgesetz und damit zum Staat des Grundgesetzes, den die SPD mit begründet, aufgebaut und ausgestaltet hat. Zu diesem Staat gehört auch die Bundeswehr“. Weiter: „Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus als einer dauernden, niemals abgeschlossenen Aufgabe. Es gibt keinen Endzustand, in dem sich die gesellschaftlichen Widersprüche auflösen“ ... „Das Bekenntnis zu den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität“ ... „Die Entscheidung für die Volkspartei“ ... „Die Anerkennung des Marktes als eines wichtigen Mittels für die Wirtschaft jeder Industriegesellschaft. Godesberg hat Planung und Markt, Vergesellschaftung und freie Unternehmensentscheidungen in den Rang von Mitteln zurückverwiesen, deren sich demokratischer Sozialismus zur Erreichung seiner Ziele pragmatisch bedienen kann und muß. Dabei soll es bleiben“. Gleichzeitig wird festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit, der technische Wandel, die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Arbeitsteilung, die Zerstörung der Umwelt, die Verschuldung der armen Länder, das Weltkrisen, der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins (Zukunftssorgen) sowie das Entstehen neuer sozialer Bewegungen neue Fragen aufgeworfen haben, die auf der Basis der weiterhin gültigen Grundwerte neue Antworten erfordern würden. Damit sind auch im wesentlichen die politischen Felder der derzeitigen Programmdiskussion benannt.

### Ein Überblick

### Ein Überblick

„Zum erstenmal in seiner Geschichte gefährdet der Mensch das Überleben seiner Gattung. Durch nukleare Waffen, aber auch durch Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen kann die Menschheit sich selbst auslöschen“. So beginnt der Entwurf für eine Präambel des neuen Grundsatzprogramms (Vorwärts, 8.6.85). Frieden und Ökologie bilden daher auch Hauptpunkte der programmatischen Erneuerung. Bezieht man die Programmdiskussion allerdings entsprechend Brandts Aufforderung auf das Ziel der Mehrheitsgewinnung 1987, so steht die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Mittelpunkt. 1986 will die SPD endgültig den Vorsprung der CDU in der Wirtschaftspolitik brechen. Daher wird der sozialdemokratische Zeitplan auch vor, dieses Thema voraussichtlich im Mai 1986 auf einem wirtschaftspolitischen Kongreß groß herauszustellen. Hamburg wurde als Ort wegen der bevorstehenden Bundestagswahlen hierfür ausgewählt. Ein neuer Entwurf zum Thema liegt bislang noch nicht vor.

Relativ weit gediehen sind die Arbeiten auf dem Feld der Friedenspolitik, wenigstens auch hier noch kein Entwurf vorliegt. (Das steht in den Vordergrund gespielte „Bülow-Papier“ ist bislang nur ein Teilbeitrag). Die Grundlagen wurden mit dem Kölner Parteitagsschluß vom 19.11.84 gelegt, auf dem der Stationierungstopf für Mittelstreckenraketen beschlossen wurde. Die Unterzeichnung des Palme-Vorschlags für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa gehört ebenso zu den Konturen einer „neuen Entspannungspolitik“, wie das gemeinsame

Fortsetzung nächste Seite



# Mit dem Tanker auf offener See ...

## — Die Europa-Vision der SPD —

In diesen Tagen erscheint das Buch von Peter Glotz „Manifest für eine europäische Linke“. Die „Zeit“ hat Auszüge aus dem Buch bereits veröffentlicht („Ein Kontinent, hilflos und schweigend“, „Die Zeit“, Nr. 38, 13.9.85 und Nr. 39, 20.9.85). In der italienischen PCI wird das Manifest bereits diskutiert (s. „Das Argument“ Nr. 152, Juli/August 1985, S. 54) ff).

Mit dem Manifest wirft Glotz Fragen nach der Zukunft der EG, nach der kulturellen und ökonomischen Autonomie EG-Europas und den Aufgaben der Linken in der EG auf. Da ist vom Anverkauf an die USA die Rede, von der Hilflosigkeit der klassischen Arbeiterbewegung, von der ökologischen Misere usw. auf. Kaum ein Stichwort der linken Diskussion, das nicht viele Glotz, der mittlerweile selbst das Positive an Gramscis Leninismus für die SPD reklamiert, versucht, die linke Konzeptionslosigkeit zu nutzen.

Es sei jedem dringend angeraten, das Glotz-Manifest gründlich zu lesen, denn es entwickelt die Integrationslinie der SPD, mit der diese in der Linken und den intellektuellen Schichten insgesamt ihre „langfristigen Diskurse“ (Glotz) entfalten will, um so den Tanker SPD wieder zum unumstrittenen Zentrum der Linken zu machen.

In diesem Artikel soll sich weitgehend auf die Europa-Strategie beschränkt werden, da diese von besonderem Interesse ist. Glotz versucht mit dem Manifest, der These von Bulows über die „strukturelle Nichtanpassungsfähigkeit“ einen strategischen Rahmen zu geben. Untersucht werden soll hier, ob das Manifest von Peter Glotz tatsächlich eine neue SPD-Politik repräsentiert, eine „Linkswende“ der SPD.

### Droht der Untergang Europas?

Glotz sieht den Einfluß Europas in der Welt langsam dahinschwinden. Wenn sich nicht Grundlegendes ändere, werde Europa zur Jahrausgewende ein „imaginiertes Museum“ sein. Grund

für diese Machtverschiebungen in der Welt sei zum einen ökonomisch die „zweite große Stockungsphase des 20. Jahrhunderts“ und zum anderen politisch der „Machtverlust der Einzelstaaten ... gegenüber den Zentralbanken, den international operierenden Geschäftsbanken, den transnationalen Fi-

nanzmärkten und den multinationalen Konzernen“. Glotz geht davon aus, daß EG-Europa in seiner jetzigen Gestalt die dritte technische Revolution nicht überleben wird.

„Entweder wir formen eine neue, die alten Lager und die nationalen Grenzen überspringende, historisch operierende europäische Führungsschicht, oder wir enden im Ekel vor der Selbsterhaltung, sowohl und demokratisch, bestenfalls in nationaler Resistenz“.

Die zentrale These des Glotz-Manifestes lautet, daß eine nationalstaatliche Lösung der Krise in Europa unmöglich ist — jedenfalls für die Linke, worunter er vornehmlich die SPD versteht. Diese These muß man unter zwei Fragen diskutieren: erstens in bezug auf die Strategiediskussion der SPD und zweitens in ihrer Funktion für das Glotz-Modell einer Wiedererlangung der „Hegemonie“. In dieser letzten Funktion dürfte es Glotz durchaus klar sein, daß er damit ein Terrain für die politische Auseinandersetzung, für den „Diskurs“, absteckt, auf dem die Grünen der SPD wenig bis nichts entgegenzusetzen haben.

Glotz diagnostiziert „geistig-moralische Erstschlagsanfälle der europäischen Elite“, eine „Agonie des Politischen“, die hinausläufe auf einen „weltlichen Austritt Europas aus der Geschichte“, Europa sei bloß ein „geographischer Begriff“, „ohne soziale Vision und historische Mission“.

Verantwortlich macht Glotz für die-

se intellektuelle Ressourcenknappheit die „politischen Führer der europäischen Bourgeoisie“. Die neokonservativen Führungsgruppen der westeuropäischen Staaten liefern Westeuropa der amerikanischen Hegemonie aus.

Daß bislang die sozialdemokratischen Führungsgruppen nichts anderes taten, verschweigt Glotz natürlich. Aber warum schreibt ein SPD-Funktionär überhaupt solche Sachen?

Glotz geht a. davon aus, daß die Konfrontationspolitik gegenüber der UdSSR in Europa endgültig gescheitert sei und das hemmungslose Hochrücken daher keinen Sinn mache und b. davon aus, daß EG-Europa den Anschluß an die „dritte industrielle Revolution“ nur schafft, wenn die Rüstungskosten drastisch gesenkt würden. Dabei geht es ebenso wie bei den Thesen von Bulows um die Entwicklung einer neuen außenpolitischen Perspektive. Die Grundthese des „Manifestes“ heißt, daß die Beibehaltung der bisherigen außenpolitischen Orientierung EG-Europa ökonomisch und politisch endgültig in's Abseits drängt. In dieser Situation möchte Glotz ein neues Bündnis „quer zu den Klassen“ erzielen, eine „europäische Strategie“.

### Ein „Historischer Block“ zur Rettung Europas

Die Linke (d.h. die SPD) müsse „bündnisfähig werden für neue soziale Bewegungen wie für Kernschichten des produzierenden, arbeitenden europäischen Kapitals“, um den „Kapitalismus ... weiterentwickeln zur sozialen Demokratie“. Dabei unterstellt Glotz ein „relatives Klassengleichgewicht“ in den EG-Staaten, das dazu führe, daß ein grundlegender Angriff auf den Sozialstaat zu einem „ausblutenden Stielungskrieg der Klassen“ werde, der den ökonomischen Fortschritt in Europa vernichte. Mit einem Satz: Wie im 19. Jahrhundert argumentiert ein Teil der heutigen SPD, daß der Ausbau des Sozialstaates im Interesse des Kapitals liege, weil dieses unter einer Zuspitzung der Klassegegensätze letztlich kapitulieren. Der historische Kompromiß, den Glotz da anstrebt, besteht darin, den historisch gewachsenen Sozialismus der Arbeiter und den industriellen Fortschritt samt internationaler Konkurrenzfähigkeit des Kapitalismus zu garantieren. Dieses Bündnis soll in allen EG-Staaten zustandegebracht werden, um ein „industrielles Europa aufzubauen“ (als ob Europa ein Agrarstaat wäre!), d.h. „Mikroelektronik, Telekommunikation und Biotechnologien“ durch eine „gemeinsame Forschung und eine gemeinsame Industrieproduktion aufzubauen“. Dazu gehöre dann auch „eine zweite Ostpolitik, die den Europäern zuerst einmal Luft schafft, indem sie im Osten und im Westen die Rüstungskosten mindert“. Daß dies alles im Rahmen der NATO geschehen soll, versteht sich für ein SPD-Mitglied von selbst.

Er sucht einen Ansatz, noch einmal die europäischen Völker für eine Modernisierung des Kapitalismus zu gewinnen. Glotz zieht gar nicht erst in Betracht, daß aus dem prognostizierten „Ausbluten“ des europäischen Kapitalismus etwas anderes als Stagnation, als ein „Museum“, entstehen könnte: die Einsicht, daß es auf kapitalistischem Wege eben nicht weitergeht. Zugutehalten kann man ihm dabei allerdings, daß bislang nichts für eine sozialistische Alternative spricht. Denn in einem Punkt hat Glotz absolut recht.

„Es ist typisch, daß die europäische Arbeiterbewegung auf diese Entwicklung noch schlechter vorbereitet ist als die angeblich planungswillige Bourgeoisie“. (Das ist vermutlich ein Druckfehler in der „Zeit“. Es mußte heißen: „planungswillige Bourgeoisie“).

Glotz argumentiert vom Standpunkt des „vernünftigen“ Kapitalismus aus. Daran gibt es gar nichts zu deuteln. Um „antikapitalistische Strukturformen“, wie sie die Jusos wünschen (vgl. AK 213 „Strategiedebatte bei den Jungsozialisten“, S. 43 f.) geht es ihm nicht. Sondern es geht ihm darum, den Neo-Konservativen, d.h. konkret der CDU/CSU samt Appendix FDP, die Fähigkeit zur Krisenbewältigung im Sinne des Kapitalismus abzustreifen: „Nur eines wird dem Konzept der Zwei-Drittel-Gesellschaft nicht erreich-

bar sein: Europas Stellung im wirtschaftlichen Wettbewerb mit den überseeischen Konkurrenten zu halten, eine eigene historische Rolle der alten Nationen und gar einen neuen Impuls für Europa zu entwickeln“. Dieser Impuls ist für Glotz unbedingte Voraussetzung einer Konkurrenzfähigkeit und besteht aus einem Ausbau der europäischen Integration: „Der erste Schritt in eine überstaatliche Organisation für ein wissenschaftliches und industrielles Europa muß in der Europäischen Gemeinschaft versucht werden; wenn er mißlingt, ist nahezu jede andere Konfiguration, die zu internationalen Institutionen, Strukturinstitutionen und Außenbeziehungen führt, besser als das demagogische Theater und die wildige Hilflosigkeit handlungsunfähiger Gipfelkonferenzen“.

Glotz tritt daher für die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat ein, d.h. für das sog. „Europa der zwei Geschwindigkeiten“.

Bislang herrscht in der EG das Prinzip der Einstimmigkeit, was de facto jedem Mitgliedsstaat ein Vetorecht einräumt. Zuletzt machte die BRD davon Gebrauch, als sie in Gestalt des Neujunkers Kiechle eine Senkung der Getreidepreise in der EG verhindern. Seit längerem wird mit wechselnden Fronten in der EG über einen Übergang zum Mehrheitsprinzip diskutiert, was realiter darauf hinausläufe, daß nur ein Teil der EG einen forcierten Integrationskurs einleiten würde, während der Rest entweder zahneknirschend mitspielen oder aber sich verabschieden müßte. Eben dieses „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ wird von Glotz propagiert.

Der eigentliche Kern dieser Vorstellungen ist ganz klar und eindeutig die sozialdemokratische Sozialstaatsdoktrin, die von der Weimarer Republik behauptet, daß alle Klassen von der Prosperität des Kapitalismus profitieren, daß die reaktionäre Politik dem Kapital bloß schadet usw. usw.

Ganz traditionell sozialdemokratisch ist auch die Unart, allerlei Reformen zu entwerfen und nicht anzuge-

### Prophetisches von 1909

Der führende Theoretiker der alten SPD, Karl Kautsky, schrieb 1909 in einer vom Parteivorstand beauftragten Broschüre:

„Die Vereinigten Staaten sind der gefährlichste Konkurrent der deutschen Industrie. ... (Amerika verfügt) über die billigsten Lebensmittel und produziert fast alle Rohstoffe selbst. Dabei hat es den Vorteil, keine nennenswerte Landmacht zum Nachbarn zu haben. Es braucht nicht eine halbe Million Menschen jahraus jahrein durch eine Soldatenspielerei der Produktion zu entziehen. Je mehr der Militarismus in Europa steigt, desto gewaltiger wächst die industrielle Überlegenheit der Vereinigten Staaten, desto mehr wird der wirtschaftliche Fortschritt Europas verlangsamt. Deutlich ungünstiger auch die ökonomische Lage der Arbeiterschaft“.

(„Der Weg zur Macht“, Frankfurt/AM. 1972, S. 98f).

ben, mit wem und gegen wen man die- se erreichen will. Glotz erklärt, die „konventionelle Linke — die Kader der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, also im Kern die gewerkschaftlich organisierte Facharbeiterschaft und Teile der Staatsbürokratie — ist nirgends stark genug, die Krise im Besitz der Macht durchzusetzen“. Und in dem Gramsci-Referat behauptete Glotz, in keinem EG-Staat wäre eine einzelne Partei „stark genug, die Rechten kontinuierlich zu begrenzen oder gar zu brechen“. Die sich aus solchen Einschätzungen ergebende Frage, mit welchen politischen Kräften in der BRD Glotz seine Konzeption umzusetzen gedenkt, bleibt ungestellt und unbeantwortet. Zumal gleichzeitig die Herren Vogel und Rau erklären, die SPD setze auf „Siege“, d.h. absolute Mehrheit.

Interessant sind letztlich nur zwei Stränge in der Glotz-Argumentation: 1. der „Verzicht auf die Wiederherstel-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Konzept von SPD und SED für eine chemiewaffenfreie Zone. Dabei beschränkt sich die SPD nicht nur auf programmatische Forderungen, sondern versucht ein praktisches Gegengewicht zur derzeitigen Regierungspolitik anzubieten (gemeinsame Initiative mit der SED, Brandt-Besuch bei Honecker, Rau-Besuch in Moskau). Mit der neuen Entspannungspolitik soll gleichzeitig „eine zweite Ostpolitik“ beginnen, die wie Glotz schreibt, „den Europäern erst einmal Luft schafft, indem sie im Osten und im Westen die Rüstungskosten mindert. Diese zweite Ostpolitik muß erstens auf der Basis des westlichen Bündnisses operieren und darf zweitens nicht versuchen, das östliche zu zerschlagen oder auseinanderzunehmen; aber sie muß versuchen, beide Bündnisse zu verändern“.

In seiner Bremer Rede hat Willy Brandt zufrieden resümiert: „Wir haben die Sozialdemokratie nach Jahren des Zweifels wieder eindeutig als Partei des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung bestätigt. Dadurch haben wir die Partei mit sich selbst und mit einer deutlichen Mehrheit unserer Völker ins Reine gebracht. Wenn heute einige glauben, hässlich vermerken zu müssen, die Friedensbewegung sei tot, dann sage ich: Ihre Impulse leben, gerade auch in der SPD, und sie sind dort gut aufgehoben“.

Zur programmatischen Erneuerung gehört auch die „Europäisierung“ der Partei. „Mit der Selbstbehauptung Europas muß endlich ernstgemacht werden“, so Willy Brandt in Bremen. Was damit gemeint ist? Heidemarie Wiecek-Zeul hat dazu mit dem Segen der Programmkommission einen Entwurf vorgelegt. „Der Funktionsverlust der Nationalstaaten“ in Europa habe bislang keine Entsprechung in der Schaffung einer europäischen Handlungsebene gefunden. Die aber sei nötig, um im ökonomischen und technologischen Konkurrenzkampf mit den USA und Japan bestehen zu können. Die Stärkung der EG gehört daher ebenso zum Programm wie die Erhöhung des politischen Gewichts des westlichen Europas, eine eigene Außenpolitik, „entschiedene Wahrnehmung der europäischen Interessen gegenüber den USA“ sowie eine „Europäisierung der Sicherheitspolitik“.

Außenpolitisch hat die SPD mit ihrer von der derzeitigen Bundesregierung unterschiedenen Haltung zu Nicaragua und Südafrika vorgesorgt.

Schließlich der gesamte Bereich der Umweltpolitik und grüner Themen für die SPD von großer Bedeutung war der Kongreß Arbeit und Umwelt im Frühjahr 1985. Zum einen gelang

die Versöhnung der Gewerkschaften mit der Ökologie, zum anderen präsentierte sie sich als ökologische Partei mit Augenmaß. Ihr Programm Arbeit und Umwelt soll sowohl die Umwelt schützen, als auch Arbeitsplätze schaffen, als auch den Prozeß der technologischen Modernisierung, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Schaffung neuer Märkte gleichzeitig fördern. Endlich war der Widerspruch zwischen Arbeit und Umwelt gelöst.

In Reaktion auf grüne Vorbereitungen für ein Entgiftungsprogramm und den Umbau der chemischen Industrie legte die SPD im August „Eckwerte“ für eine „ökologische Modernisierung der Chemiewirtschaft“ vor. Die Verfasser Hermann Rapp, Freimut Duvé und Volker Hauff kündigten einen realistischen Zeitplan für die „Umriistung“ der chemischen Industrie auf umweltfreundliche Produktion an, damit — so Rapp — mit einem „Konzept der Vernunft“ die Chemie „ihren Wachstumsprozeß ökologisch fortsetzt“ (FAZ, 17.8.85). In Vorbereitung seien ein neues Chemikaliengesetz, eine verschärfte Gefahrstoffverordnung sowie Vorsorgeregeln für Haushaltschemikalien und Lebensmittelchemie.

### SPD-Programmkommission

Vorsitzender: Willy Brandt  
Stellvertretende Vorsitzende: Erhard Eppler, Hermann Rapp, Inge Wetzig-Danielmeier.

Mitglieder der Kommission: Holger Börner, Ilse Bruns, Horst Ehmke, Hans-Ulrich Klose, Richard Löwenhiel, Thomas Meyer, Peter von Oertzen, Heinz Rapp, Fritz Scharpf, Sigrid Skarpell-Sperk, Franz Steinkühler, Johann Strauser, Heide Wiecek-Zeul.

Berater der Kommission: Egon Bahr, Hans Eichel, Tilmann Fichter, Antje Huber, Reimund Jochimsen, Heinz Kluncker, Hans-Jürgen Krupp, Klaus Matthies, Hermut Rohde, Philip Rosenthal, Jürgen Schmude, Ulf Skirke, Gunter Verheugen, Christoph Zöfel. Peter Glotz nimmt als Bundesgeschäftsführer regelmäßig an den Beratungen teil. Die Vorsitzenden der hierfür in Betracht kommenden Kommissionen beim Parteivorstand und eine Reihe weiterer Genossinnen und Genossen wurden ebenfalls um Mitarbeit gebeten.

In der Atompolitik ist die SPD teilweise auf Distanz zu einigen Projekten gegangen, teils helfen ihr die Grünen wie in Hesse, diesen Eindruck zu erwecken. Kein Ausstieg aus der Atomenergie, aber Protest gegen die WAA wie in Wackersdorf sowie das Bemühen, das Zerschlagungsprojekt „Schneller Brüter“ in Kalkar vom Hals zu kriegen, gehören zur neuen Linie.

Bleibt schließlich noch ein Thema zu erwähnen, das die SPD den Grünen klauen will. Mit der Bildung einer „Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen“ (Klose-Kommission) soll „eine Brücke zwischen dem traditionellen Genossenschaftswesen und der Selbstverwaltungswirtschaft neuen Typs“ geschlagen werden. Gefordert wird eine staatliche Förderpolitik, gebunden an Bedingungen wie umweltfreundliche Produkte, Mitbestimmung, um diesen Sektor als Korrektiv zu regionalen Schwächen und „Problemgruppen“ zu entwickeln. Erwartet wird durch den „produktkritischen Ansatz ... eine innovative Chance, auch in etablierte Märkte vorzudringen und für alternative Produkte bzw. Dienstleistungen neue Märkte zu erschließen“ („Selbstbestimmt arbeiten“, Materialien zum Genossenschaftswesen).

Anmerkung: ARBEITERKAMPF-Artikel zur SPD-Programm-Debatte  
\* Viel Licht um Nichts? (Bülow-Papier) AK 262  
\* Die Sicherheitspolitik in der SPD AK 250  
\* Rappstein-Papier zur Wirtschaftspolitik AK 260  
\* Die ökologische Modernisierung der SPD Das grüne Wirtschaftswunder AK 260  
\* Zum SPD-Programm Arbeit und Umwelt AK 260

Veröffentlichte SPD-Materialien zur Programm-Debatte  
\* 25 Jahre nach Godesberg. Veranstaltung vom 12.11.84 mit Reden von Willy Brandt und Peter von Oertzen  
\* Godesberg heute. Berichte der Grundwertekommission ohne Datum  
\* Arbeit und Umwelt. Fachkongreß der ATA am 22. und 23.8.85  
\* Rappstein-Papier zur Wirtschaftspolitik veröffentlicht in FAZ 23.8.85  
\* Unsere Grundsätze. Entwurf für Grundsatzkapitel des neuen SPD-Programms, veröffentlicht im Vorwärts 8.6.85  
\* Die politische Bedeutung Europas für die Strategie der SPD. Manuskript von Heidemarie Wiecek-Zeul, gebilligte Arbeitsgrundlage der Kommission  
\* Rede von Willy Brandt vor dem SPD-Landesparteitag Bremen am 22.6.85. Manuskript auch veröffentlicht in der FR-Dokumentation vom 4. und 5.7.85  
\* Selbstbestimmt arbeiten. Materialien zum Genossenschaftswesen und zur Selbstverwaltung Wirtschaft 15.8.85  
\* Bülow-Papier in FR-Dokumentation vom 13. und 14.9.85  
\* Wie man es sich kann die SPD sein? Vortrag von Peter von Oertzen bei den Jusos. FR-Dokumentation, 19.9.85  
\* Verschiedene Ausgaben der Neus Gesellschaft. Frankfurter Heft



Fortsetzung von vorheriger Seite

lung des Kapitalismus in Osteuropa", die „zweite Ostpolitik“ mit dem Ziel der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“, 2. die stark betonte „Überstaatlichkeit“ der Konzeption, nicht mehr „Modell Deutschland“, sondern eine europäische Einigung gegen die US-Hegemonie, die „Figur eines europäischen Sozialstaats“ und dies notfalls unter Spaltung der EG.

### „Zweite Ostpolitik“ — Ausgleich mit der SU?

Im letzten AK wurde der SPD-Militärpolitik nachgesagt, sie stelle sich gegen den „nationalen Konsens“. Indem sie u. a. in den Thesen von Bulow die Bedrohungsparanoia entgegenarbeite („Viel Lärm um nichts?“; AK 262, S. 3) Glotz argumentiert in die gleiche Richtung wie von Bulow. Womit Glotz dabei bricht, das ist nicht der „nationale Konsens“ (Notwendigkeit von NATO und Bundeswehr), sondern allein die Übernahme der US-amerikanischen Aggressionspolitik für EG-Europa.

Glotz geht wie andere auch davon aus, daß eine Austragung der Blockkonfrontation auf der militärischen Ebene reiner Selbstmord wäre und jede „Politik des Roll back ... eine Verewigung der europäischen Spaltung“ erzwingt. Er stellt sich fest, daß die Hochrüstung weder zur Kriegsfähigkeit noch zur Überwindung der „europäischen Spaltung“ führe und somit sinnlos geworden ist.

Andererseits mag Glotz nicht auf die dämliche Anmerkung verzichten, er wolle zwar keinen „Imperialen Anspruch, aber eine gewisse Attraktivität für die osteuropäischen Brüder“ erreichen. Die Absage an eine Übernahme der US-amerikanischen Politik für die BRD beinhaltet nicht das Aufgeben integrierender Absichten gen Osten.

„Unser Problem war und ist, daß diese Weltmacht (die SU) sich als mögliche europäische Hegemonialmacht sieht, während wir sie nur als Flügel-macht erragen wollen“. Für Glotz ist die SU heute eine „außereuropäische Macht“. Über diese Definition werde „akademisch lange streiten“. Schließlich geht es um ein Szenario, in dem die SU langsam aus einem abstrahierenden Europa zurückzieht, weil sie mangels struktureller Angriffsfähigkeit des sozialdemokratischen Europa kein

„Reich des Bösen“ (Reagan) halt nicht zerschlagen kann.

Das soll nicht etwa heißen, es könne der Linken egal sein, welche Variante bürgerlicher Außenpolitik herrscht. Nur ist die sozialdemokratische allemal heber als der Schlachtruf aus Kalifornien. Klar sein muß man sich nur darüber, daß das „Manifest für eine europäische Linke“ eine Weiterentwicklung der alten sozialdemokratischen Entspannungspolitik ist und trotz allem Gerede über die US-Hegemonie an dem NATO-Bündnis festhält. Nicht etwa, weil man von innen heraus die Blöcke besser überwinden könnte, wie J. Rau behauptet, sondern weil erst die US-amerikanische Aggressionspolitik die Voraussetzungen für die sozialdemokratische Außenpolitik schafft. Diese neuzeitliche Variante der Schaukelpolitik, die Glotz anbietet, klingt zunächst recht attraktiv, weil sie effektive Abrüstung in Aussicht stellt. Die Realisierungschancen des Glotz-Konzeptes dürfen aber selbst dann minimal sein, wenn die SPD es ernsthaft verfolgen würde (worauf viele Zweifel angebracht sind). Das Glotz-Konzept wurde nicht allein einem Abzug der US-

(Die übrigen Punkte, von der „Ökologischen Modernisierung“ über die „Gleichstellung der Frau“ bis hin zum „Kulturprotektionismus“ lasse ich beiseite).

Von sämtlichen emanzipatorisch vorgetragenen Ideen findet sich absolut nichts wieder in den Verfassungen der EG. Glotz redet davon, es gelte, in allen EG-Staaten eine „Verfassungsdebatte“ zu initiieren zwecks Einführung von Volksbegehren usw. Dies bleibt so abstrakt und nationalstaatlich stichend, „Auf der EG-Ebene aber, die er zum Kern der Krisenlösung erklärt, bleibt es bei inkonsistenten Reformen. Wenn schon, warum dann nicht ein wirkliches, handlungsfähiges Europa-Parlament? Wenn schon, warum dann nicht eine konsequente Überwindung der Nationalstaaten?

Dem ganzen Gerede von dem europäischen Sozialstaat, der überstaatlichen Lösung usw. steht ein konkreter politisch-strukturelles Änderungen allein der Vorschlag von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat gegenüber (nicht etwa im EG-Parlament!). Bei Glotz heißt es, „weil nichts davon in den zerbrochenen Gefäßen der Natio-

rupesischen Arbeiterklasse?, der turkischen?, der griechischen? Kein Wort von Glotz zu dem Wohlstandgefälle innerhalb der EG. Kein Wort zu den politischen Zuständen in der Türkei oder in Irland. Die „Figur eines europäischen Sozialstaats“ bleibt solange ein Luftschloß, wie sich eine Handvoll europäischer Führungsmächte an den kleineren EG-Staaten bereichert. „Ein Bündnis „quer zu den Klassen“ konnte unter Umständen als ein Bündnis zwischen den metropolitären Arbeiter- und Mittelklassen und den benachteiligten Gesellschaften gegen die führenden Bourgeoisien gedacht werden. Ein solches Konzept könnte Sinn machen, wenn es darum ginge, ein fortschrittliches Europa-Konzept zu verfolgen. Aber Glotz zielt auf ein Klassenbündnis innerhalb der BRD ab, das letztlich auf Kosten anderer Arbeiterklassen der EG lebt. Hehre Kritik am IWF und an der Ausbeutung der Dritten Welt. Bu hin zu dem schönen Satz: „Imperialismus endet in Gewalt, auch wenn es sich um einen Imperialismus der Kredite handelt“.

All das soll nach außen, zur Dritten Welt, anders werden, wenn es inner-

lieren ließe. Aber mit der heutigen SPD sicher nicht. Man kann nicht mit Leuten zusammengehen, die mit der europäischen Integration zugleich das Ziel verfolgen, die SU aus Europa zurückzudrängen. Wohl bemerkt! Es geht überhaupt nicht darum, die sowjetischen Soldaten in Europa festhalten zu wollen. Aber in dem Glotz-Konzept steckt schon vom Ansatz her der Wille, Weltpolitik zu machen, am europäischen Westen den Osten gegen zu lassen. (Daß seine Ausführungen zu diesem Thema ihn bei den Örtlichen eher hoffähig als unmöglich machen, gehört zu den traurigsten Punkten in Sachen Große Partei).

### Fazit

Trotz aller Gramsci-Vokabeln, trotz aller Anleihen bei den linken Debatten der letzten Jahre ist das Glotz-Manifest kein Stück fortschrittlicher als die gehabte SPD-Politik (steht man einmal von bestimmten Etappen der Schmidt-Phase ab). Glotz bricht weder mit der NATO noch mit dem Bündnis EG-USA, er bricht nicht mit der imperialen Absicht, ganz Europa in die kapitalistische EG zu integrieren. Oberster Gott aller Gramsci-Thesen sind die Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals. Er bricht nicht mit dem ökonomischen und politischen Zwang in der EG, der dazu führt, daß sich eine Handvoll EG-Staaten an den anderen bereichert. (Da reicht es auf den Agrarprotektionismus der BRD hinzuweisen oder auf die Handelsstruktur in der EG). Glotz bricht nicht mit der Politik, unter hehrem Geklingel die Linke — und diesmal gleich die europäische — zur Durchsetzung der „vernünftigen“ Interessen des Kapitals zu mobilisieren.

Was also an dem Manifest ist fortschrittlich, was bricht mit dem „nationalen Konsens“ oder ähnlichem? Das Einzige, was attraktiv scheint, ist die Absage an die US-amerikanische Aggressionspolitik. Aber diese ist doppelzünftig: Es ist eine Absage an die Übernahme dieser Politik für EG-Europa, aber nicht eine Absage an das Bündnis mit dieser Politik. Im Gegenteil: Es ist der Versuch, diese auszunutzen. Fortschrittlich oder progressiv daran ist allem, daß die radikale Linke die Widersprüche zwischen dem herrschenden Parteienbetrieb und der aktuellen NATO-Politik überhaupt zur Diskussion gestellt wird. Mehr aber auch nicht.

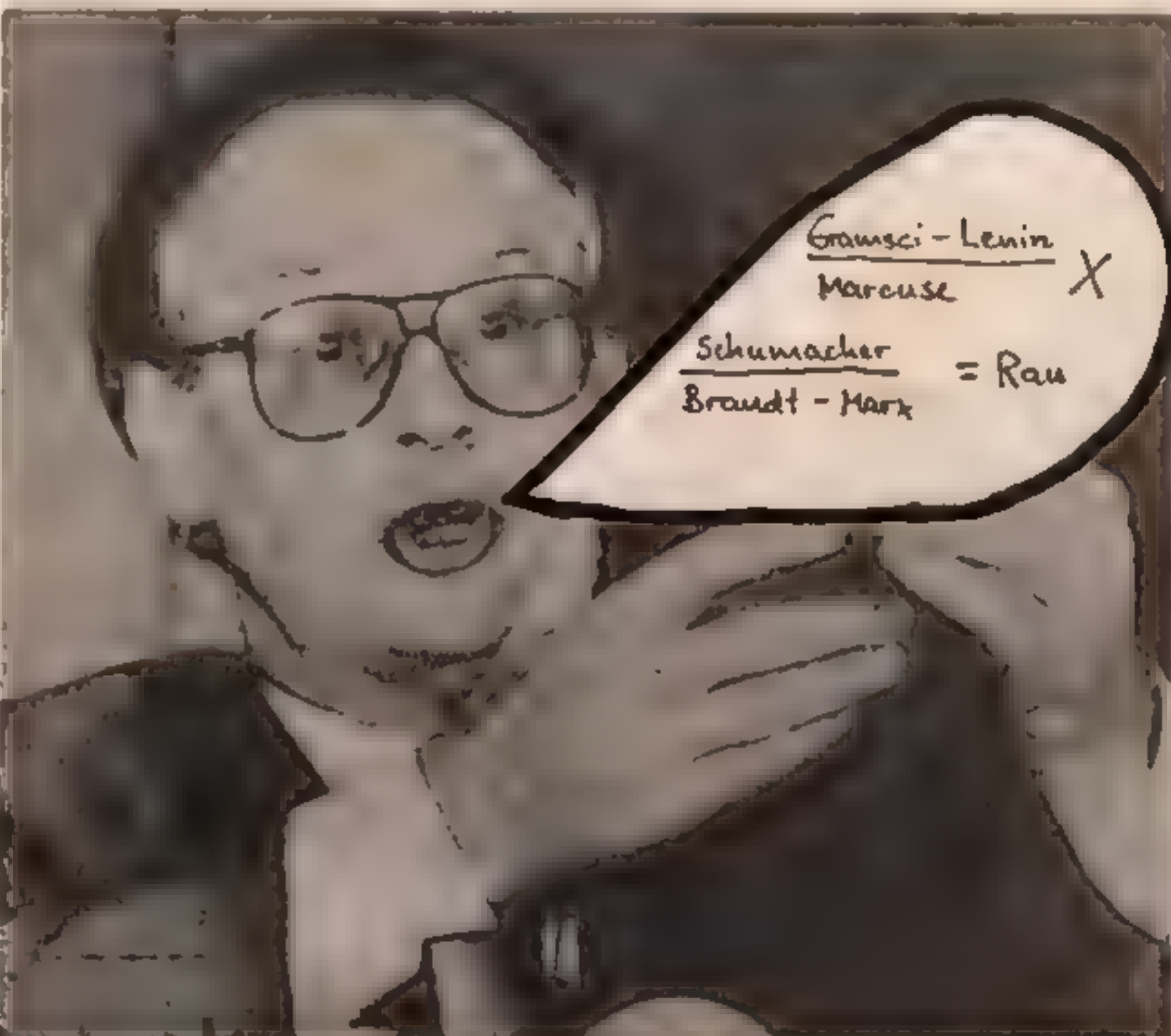
Und zugleich versucht Glotz eben einem antimilitaristischen Ausnutzen entgegenzuarbeiten, indem er die Linke einer SPD unterzuordnen versucht, deren kommende politische Physiognomie mehr von Rau als von ihm bestimmt wird. Daß Rau als Kanzlerkandidat maßgeblicher Einfluß auf das SPD-Programm eingeräumt werden soll, ist längst öffentlich verkündet worden. Daß Rau in der Tradition der Schmidt-SPD steht, ist ein kaum anzuzweifelnder Sachverhalt.

Wenn das Glotz-Manifest und die neue SPD-Politik, wenn es um einen antimilitaristischen Ausnutzen entgegenzuarbeiten, indem er die Linke einer SPD unterzuordnen versucht, deren kommende politische Physiognomie mehr von Rau als von ihm bestimmt wird. Daß Rau als Kanzlerkandidat maßgeblicher Einfluß auf das SPD-Programm eingeräumt werden soll, ist längst öffentlich verkündet worden. Daß Rau in der Tradition der Schmidt-SPD steht, ist ein kaum anzuzweifelnder Sachverhalt.

Wenn das Glotz-Manifest und die ganze momentane SPD-Diskussion über NATO und EG-Europa überhaupt etwas wirklich Fortschrittliches hat, dann das, daß sie die gesamte Linke und namentlich die Grünen zwingt, sich über Strategien und Bündnispartner im EG-Rahmen Gedanken zu machen, statt nationalaborniert auf den deutschen „Wertewandel“ zu hoffen.

Wenn selbst Glotz heute mit Gramsci und Lenin banteret, will ich nicht nachsehen; „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus ... sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär (...). Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Überkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich“ (Lenin; Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa; LW Bd. 21, S. 343/44). Damals entstand die Idee der Europäischen Vereinigung aus dem 1. Weltkrieg heraus und führte zu Diskussionen unter der linken Minderheit der 2. Internationale.

Der „Ausbruch nach Europa“ gefällt mir; die „deutsche Nation“ gleichsam aufzulösen, wäre eine Wohltat. Aber dieser Weg, da hatte Lenin recht, führt über den Zusammenbruch der imperialistischen Strukturen. Die Frage aufgeworfen zu haben, ist vielleicht Glotz' Verdienst, denn oftmals vollbringen die Menschen „ihr Interesse, aber es wird noch ein Fernes damit zustande gebracht, das auch innerlich darin liegt, aber das nicht in ihrem Bewußtsein und in ihrer Absicht lag“ (Hegel: Philosophie der Geschichte).



### Der Kommentar Johannes Rau Vorsicht Vorbild!

Bürgerkanzler Johannes Rau. Was für ein Anspruch. Als ob nicht sattem bekannt wäre, daß gerade vor Wahlen sich kein Volk so sehr polarisiert, wie das deutsche. Es kann eigentlich nur ein CDU-Schmiedatzen sein.

### Der Kommentar Johannes Rau Vorsicht Vorbild!

Bürgerkanzler Johannes Rau. Was für ein Anspruch. Als ob nicht sattem bekannt wäre, daß gerade vor Wahlen sich kein Volk so sehr polarisiert, wie das deutsche. Es kann eigentlich nur ein CDU-Sympathisant gewesen sein, der dem wackeren Westfalen eine derart blauäugige Strategie empfohlen hat. Abgesehen von der Intelligenz der Wähler — wir hatten einen Bürgerkanzler, Helmut Schmidt. Und wie hat es ihm die eigene Partei schließlich ge-  
eignet?

Hamburger Morgenpost, 30.9.1985

militärisches Glacé mehr braucht. Glotz nennt das, „die Teilung Europas in einem langen historischen Prozeß mildern oder gar auflöslich machen“. Voraussetzung dessen ist es, Europa zu einer „Zone der Sicherheit“ zu machen, „in der weder Chemiewaffen noch nukleare Gefechtsköpfe lagern und in der die Rüstung verdünnt und defensiv ausgerichtet ist“.

Was Peter Glotz nicht ausspricht, das ist die logische Voraussetzung, daß dieses gesamte Konzept auf der US-amerikanischen Aggressionspolitik basiert. Denn wenn man die Ansicht vertritt, die SU strebe nach Hegemonie über Europa, wobei nimmt man dann die Idee, sie könne sich zurückziehen, wenn Europa abrüstet? Einzig aus der Überzeugung, daß angesichts der Weltkriegsgefahr der Ausgleich mit EG-Europa für die SU das geringere Übel ist.

Also entweder die SU strebt nach Hegemonie, dann ist die US-amerikanische Aggressionspolitik integrierender Bestandteil der Glotz-Konzeption; oder die SU strebt gar nicht nach Hegemonie, dann braucht man auch kein „verriegelungsfähiges“ Bündnis. Worauf die „zweite Ostpolitik“ hinausläuft, ist eine Ausnutzung der Widersprüche zwischen den „Supermächten“, ein Ausnutzen der verfahrenen Situation, daß man das

amerikanischen Gefechtsköpfe und Chemiewaffen aus der BRD, sondern auch die Auflösung der französischen und britischen Atompotentiale beinhalten. Beide Staaten machen alles andere als den Eindruck, ihre Nuklearkraft verschrotten zu wollen. Vom Malvinas-Krieg bis zur Vernichtung der „Rainbow Warrior“ läßt sich in beiden Ländern keine politische Kraft ausmachen, die die weltmachtpolitischen Ambitionen grundsätzlich angriffe. Wo also ist überhaupt diese „europäische Linke“, mit der Glotz ganz Europa abrüsten will?

### Europäische Einigung — für wen?

Von einer Krise der EG ist in letzter Zeit des öfteren die Rede und nicht zum ersten Mal. Spätestens seit Kiechel Veto auch von „Unglaubwürdigkeit“ und Konzeptionslosigkeit der westdeutschen Europa-Politik. Die SPD spricht bereits von einem „rasch fortschreitenden Bedeutungsverlust unserer Republik in der Außenpolitik“ (Vogel in der „Zeit“, Nr. 39, 20.9.1985, S. 3). Demgegenüber entwirft Glotz die „soziale Demokratie als Programm für ein neues Europa“. Als Schritte dieses Programms gibt er u. a. an:

— Eigenständige europäische Entspannungspolitik mit dem Ziel einer radikalen Absenkung der Rüstungskosten in Ost- und Westeuropa.  
— Institutionelle Reform der Europäischen Gemeinschaft, Stärkung der Kompetenzen der Europäischen Parlaments vor allem in der Gesetzgebung.  
— Mehrheitsentscheidung im Ministerrat.

Das soll nicht etwa heißen, es könne der Linken egal sein, welche Variante bürgerlicher Außenpolitik herrscht. Nur ist die sozialdemokratische allemal heber als der Schlachtruf aus Kalifornien. Klar sein muß man sich nur darüber, daß das „Manifest für eine europäische Linke“ eine Weiterentwicklung der alten sozialdemokratischen Entspannungspolitik ist und trotz allem Gerede über die US-Hegemonie an dem NATO-Bündnis festhält. Nicht etwa, weil man von innen heraus die Blöcke besser überwinden könnte, wie J. Rau behauptet, sondern weil erst die US-amerikanische Aggressionspolitik die Voraussetzungen für die sozialdemokratische Außenpolitik schafft. Diese neuzeitliche Variante der Schaukelpolitik, die Glotz anbietet, klingt zunächst recht attraktiv, weil sie effektive Abrüstung in Aussicht stellt. Die Realisierungschancen des Glotz-Konzeptes dürfen aber selbst dann minimal sein, wenn die SPD es ernsthaft verfolgen würde (worauf viele Zweifel angebracht sind). Das Glotz-Konzept wurde nicht allein einem Abzug der US-

So wie sich das Glotz-Konzept darstellt, handelt es sich nur darum, den führenden EG-Staaten den technologischen Anschluß und eine effektivere Außenpolitik zu erstatten. Alles was für die europäischen Arbeiterklassen und Mittelklassen dabei abfällt, ist eine Erhaltung des inneren Status quo, des Sozialstaats, den es ohnehin nur im EG-Zentrum gibt. Was ist mit der por-

halb der EG gleich bleibt?, wenn im Namen des „europäischen Sozialstaats“ den Banken und Iren nicht einmal das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wird?, wenn Großteile der EG agrarisches Hinterland der EG-Führer bleiben? Glotz will diese Verhältnisse nicht antasten. Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat der EG sind allemal Mehrheitsentscheidungen der europäischen Bourgeoisien, die sich vom Bündnis untereinander mehr versprechen als von Bündnissen „quer zu den Klassen“. Daß die BRD-Führer dabei vor allem die eigenen Privilegien im Auge haben, die sich aus ihrer ökonomischen Macht ergeben, liegt auf der Hand. Dabei ist es durchaus denkbar, daß die EG-Strukturen zu einem Hauptobjekt der politischen Kämpfe werden, daß der Straßburger Scheinparlamentarismus auf die Dauer nicht hält. Daß eine Demokratisierung der EG aber ausgerechnet von denen erwirrt werden sollte, die die kleineren EG-Staaten als eine Art Kolonialersatz betrachten, ist eine völlig unvernünftige Idee.

Achille Occhetto (PCI-Sekretariat) schreibt in „Argumenti“, mit ausdrücklichem Bezug auf Glotz, es gehe um den „Aufbau einer neuen industriellen Demokratie, die auf übernationaler Ebene den Verlust demokratischer Kontrolle auf der Ebene der Nationalstaaten wettmacht“ (S. 345). Richtig darin scheint mir, daß jede sozialistische Strategiebildung heute in nationalstaatlichen Kategorien scheitern muß, daß die ökonomische und politische Verflechtung innerhalb der EG die Linke zu einer (west-)europäischen Strategie zwingt. Es mag zutreffen, daß die Demokratisierung der EG ein sinnvolles Kampfziel ist, um das sich die westeuropäische Linke organi-



# Bülow's Milizstruktur: Defensiver, effektiver oder gar alternativ?

Im letzten AK haben wir das Bülow-Papier besprochen und sind auf die Mythen und das Verratsgeschrei auf der rechten eingegangen — in Kreisen, die sich der Friedensbewegung zuwenden, und vor allem in den Reihen der Grünen ist das Bülow-Papier auf Zustimmung bis Begeisterung gestoßen (s. einige Beispiele in diesem AK). Diese Unterstützung besteht aber weniger auf die weit realistischere Bedrohungsanalyse und die Anerkennung von Faktenständen in Osteuropa durch Bülow als vielmehr auf seine militärischen Alternativvorschläge. Eine alternative Militärmaschinerie und vor allem ein Milizsystem ist heute bereits einem großen Teil der Grünen ans Herz gewachsen; im Saarbrücker Programm war immerhin noch jede militärische Verteidigung der BRD im Ernstfall abgelehnt worden.

Dies lohnt unseren Erachtens genaueres Hinschauen. Denn immerhin geht es Bülow und fast durchgängig allen Verklündern alternativer Verteidigungsmodelle mit ihren Vorschlägen eines Milizsystems um eine militärische Effektivierung der konventionellen Fähigkeiten der Bundeswehr, die sich auf reale Vorbilder stützt. Vor allem im Kriegsfalle soll sich der kämpfende Teil der Truppe sogar erhöhen, weil in diesem System die Reservisten besser und somit in größerer Zahl in die kämpfende Truppe integriert werden können. Weiterhin wird bei Bülow und anderen Alternativen verlässlicher geflüstert, dass die „nicht-angriffsfähigen“ Strukturen gerettet werden, in der Regel aber die (beweglichen und umit) „offensiven“ Systeme zwar reduziert aber durchaus bestehen bleiben sollen. Das Milizsystem wird in der Regel nur als Ergänzung gedacht.

Bülow kritisiert in seinem neuen, aber auch in seinem Papier vom vergangenen Jahr (1) in einer Reihe von Punkten die Effizienz der jetzigen Bundeswehr und ihrer Strategie. Sie „verheert“ das teure Material der Panzerverbände in einer stürren Verteidigungsline. „Zudem zweifelt Bülow die bisherigen Berechnungen der Aufstellung der NATO-Truppen in den grenznahen Räumen an: „Im Ernstfall müssen die Engländer erst noch ihren Krieg in Nordirland beenden, bevor sie wirklich präsent sein könnten, die Holländer müssen hochgezogen werden, die Belgier ebenso.“ (2) Ihre Aufgaben folglich von der Bundeswehr übernommen werden. Die jetzige Präsenzstärke (ausgezeichnet von der Bundeswehr) wird als

Die jetzige Präsenzstärke (ausgezeichnet von der Bundeswehr) wird als nicht vorhandene Verteidigungsbereitschaft vor: Ein Drittel der Armee sei jeweils noch in der Ausbildung und müßte im Ernstfall „schon heute durch Reservisten ersetzt werden“, was in den kommenden Jahren mit zahlenmäßig schwächer werdenden Jahrgängen nicht noch verschlimmere. (3) Würde diese erste Linie einmal durchbrochen, so könnte es unweitlich zur atomaren Eskalation mit ihrem vernichtenden Ergebnis, Reservisten seien nicht mehr vorhanden. Es gebe keine flächendeckende Luft-

verteidigung, sondern die Verteidigung gegen Luftangriffe hänge davon ab, Minuten nach Beginn eines Krieges die Flugplätze der Luftwaffen der Warschauer Paktstaaten zerstören zu müssen. (4) Diese Fähigkeiten bringen Krisensituationen mit sich, bei denen es darauf ankommt, in Sekunden dem Gegner den entscheidenden Stoß beizubringen. Schon der Versuch, ein Krisenmanagement anzustreben, kann für den Zögerer zum Verderben werden. (5)

Es braucht hier sicherlich nicht bewiesen zu werden, daß alle die aufgelisteten Mängel von der NATO selbstverständlich gesehen werden und auch Änderungen geplant und Lassen wir Helmut Schmidt zum Problem der konventionellen Kampfkraft hier stellvertretend zu Wort kommen: „Es geht zunächst nicht primär darum, die Präsenzstärke westlicher Armeen in Europa zu verstärken, wohl aber darum, die Fähigkeit zur Zuführung schnell mobilisierbarer, ausreichend konventionell ausgestatteter personeller Reserven herzustellen, insbesondere im Blick auf französische und deutsche Reserven.“ (6)

Gerade darauf zielen nun Bülow's Alternativen. „Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren dreißig Jahren Millionen von Wehrpflichtigen ausgebildet, die im Ernstfall als Reservisten zur Verfügung stehen könnten.“ Und genau mit deren Mobilisierung im Spannungsfall wolle die SPD künftig die „Verteidigungsleistung“ sichern. (1)

„600 von 800 km bundesrepublikanischer Grenze“ seien durch Mittelgebirge, „enge Täler, über Steilhänge und durch Wälder“ mit Panzerabwehr Milizen zu schützen. (1) Dies könne „in wenigen Stunden von heimatnah einberufenen und ortsständigen Reservisten besetzt und durch später einrückende Soldaten ergänzt werden.“ Dies gelte auch für die holsteische Seeplatte und noch andere Gebiete, im Grunde bleiben „maximal 30 bis 50 km Breite, die wirklich ideal für den Panzerdurchbruch geeignet sind.“ Trotzdem will Bülow nur einen Teil der Armee umrüsten, laut Afheld braucht man für solch ein Konzept rund 100.000 Mann, die im Kriegsfalle auf 150.000 zu verstärken wären. (2) Im Zuge dieser Umrüstung sollen dann lediglich „Teile der bisherigen Panzerverbände (...) abgebaut“, aber andere Teile „gekadert“ werden. Kaderung ist das Militär-Fachlatein dafür, daß diese Verbände mit ihren Waffen und einem Restbestand an Führungskadern erhalten bleiben, die dann im Kriegsfalle

Restbestand an Führungskadern erhalten bleiben, die dann im Kriegsfalle durch Auffüllung von Reservisten zu vollwertigen Kampfeinheiten würden. Deren Einsatz ist nicht sofort im grenznahen Bereich möglich, denn auch Bülow veranschlagt hier 2 bis 3 Tage Anlaufzeit. (3) Ihr Kampfwert würde dadurch zusätzlich steigen, daß sie es mit einem bereits durch die Miliz geschwächten Gegner zu tun bekämen. Auf diesem Wege will Bülow auch eine „Verschmelzung von Territorialheer und Feldheer“ erreichen, d.h. die Territorialheeresteile zur Vergrößerung der kämpfenden Truppe bereitstellen.

Zwar will Bülow den eigentlichen Wehrdienst auf sieben bis acht Monate reduzieren, aber die Wehrpflichtig von Wehr abhänge nicht unbedingt die Wehrdienstzeit. Der SPD-MdB Kai-Ingo Voigt stellt dabei sogar fest: „Bülow will die Wehrdienstzeit auf acht Monate reduzieren.“ (1) Bülow will den Wehrdienst hauptsächlich vom Leerrauf und der Campen befreien. Sowohl der Panzerjäger im Abwehrnetz als auch derjenige, der im Panzerverband ausgehändelt wurde, „kehrt auch als Reservist immer wieder zu dieser Einheit zurück.“ (2) „In der Wehrzeit wird ein heftig wegzehendes fehlendes Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen.“ (3) Ganz entgegen der preußischen Tradition, die zwar den allgemeinen Militärdienst von den französischen Revolutionstruppen übernommen hatte, dafür aber „sicherheitshebel“ den Drill zum absoluten Gehorsam einführt, wird dann bei Bülow die „Reservistenverwaltung“ dezentralisiert und den Einheiten selbst zur Verwaltung überlassen. (3)

Gerade diese Ideen haben ein immenses Gewicht: der Rechten und bei Milizisten hervorgehoben. Bülow verweist selbst darauf: „daß es in Deutschland keine Reservistenfreundliche Militärdiktation gibt, was damit zusammenhängt, daß hier „bisher über die Jahrhunderte nur an den Aufbau von Interventions- und Angriffsarmeen gedacht wurde.“ (3) (Vielleicht auch bei der Bundeswehr?) Bülow nennt neben französischen Überlegungen in diese Richtung Schweden und die Schweiz als Vorbilder, bei der möglichen Schnelligkeit der Mobilisierung und Einbeziehung von Reservisten Israel. Bei der Betrachtung dieser Vorbilder kommt man in der Tat zu erstaunlichen Ergebnissen über den militärischen Effektivität und Umfang für den Kriegsfall.

## Israel

Die Kriegsstärke der Armee Israels beruht auf der Einbeziehung von Reservisten und Zivilisten. Vorbild für den Aufbau dieser Armee-Reserve war die schweizerische Armee, auch wenn der Vergleich hier endet. Denn in der Schweiz beträgt die Wehrdienstzeit nur 118 Tage, dem sich dann regelmäßige Wehrübungen anschließen. In Israel immerhin 39 Monate (nur für Juden und Drusen, Christen können freiwillig dienen, der arabische Bevölkerungsteil nicht), für Frauen immerhin noch 24 Monate. Dem schließen sich dann „dienen“ der arabische Bevölkerungsteil nicht), für Frauen immerhin noch 24 Monate. Dem schließen sich dann jährliche Wehrübungen bei den Männern bis zum 34. und bei den Frauen bis zum 34. Lebensjahr bzw. bis zur Eheschließung an. Bei einer Bevölkerungszahl von 4,2 Mio. beträgt die Stärke der Armee 141.000 Mann (davon 98.300 Wehrpflichtige) (= 3,3%). Die Mobilisierungsrate reicht bis zu 300.000, wovon 100.000 innerhalb von 24 Stunden erreicht werden (= 12%). Die israelische Kampfführung beruht neben der Mobilisierungsfähigkeit der Reservisten (die allerdings im Yom Kippur-Krieg nach 3 Fehlalarmen zu vor zu spät kam, um die anfänglichen

schweren Verluste der Kampftruppen verhindern zu können) ganz auf einer Blitzkriegsstrategie (bis zu maximal 30 Tagen) und offensiven Überraschungsschlägen zu Beginn eines Krieges, die mit ungewöhnlich hohen Wehrdienstzeiten und einem Militärbudget von bis zu 25% vom gesamten National-Einkommen erreicht wird (\$56).

## Schweiz

Die Schweiz als das einzige Land in Europa, das es seinen Bürgern erlaubt, Waffen mit nach Hause zu nehmen. Der kurze Wehrdienstzeit von 17 Wochen entspricht die geringe Gesamtstärke der Streitkräfte in Friedenszeiten von 1.400 aktiven Soldaten und jeweils zweimal jährlich 15.000 Rekruten bei einer Gesamtbevölkerung von 6,44 Mio. (BRD rund 60 Mio.). Für 20 bis 32-jährige im sog. „Auszug“ folgen jährlich dreiwöchentliche Reservierungen, dann bis zu 42-jährigen dreimal zweiwöchige Übungen für die „Landwehr“ und im Alter bis zu 50 Jahren zwei Übungen für den „Landsturm“. 300.000 Reservisten werden jährlich zu „Wiederholungslehrgängen“ einberufen. Insgesamt kann die Schweiz innerhalb von 48 Stunden eine Kriegsstärke von immerhin 625.000 Mann, d.h. 10% der Bevölkerung, erreichen. Die Verteidigungsstruktur besteht tatsächlich zum Großteil aus heimatnah eingesetzten Verbänden. Das Kriegsgeschehen ist verbunkert an vorausbestimmten Stellen und aufgebauten militärischen Hindernissen. Daneben unterhält die Armee auch Panzerverbände und eine Luftwaffe. (5)

## Schweden

Ähnlich sieht es in Schweden aus: Bei einer Bevölkerungszahl von 8,29 Mio. beträgt die Gesamtstärke der Streitkräfte 65.680 Mann (= 0,8%), davon 46.500 Wehrpflichtige. Die Wehrpflicht beträgt bei Heer und Marine sieben Monate bis fünfzehn Monate (je nach Funktion) und acht bis zwölf Monate bei der Luftwaffe. Darüber hinaus gibt es 120.000 weitere Wehrpflichtige, die jährlich 18- bis 40-tägige Wehrübungen absolvieren haben (insgesamt 191.000 Mann). 19.000 (11.000 aktive und 8.000 Reserve) Mann erreicht die Armee eine Gesamtstärke von 750.000 Mann in 72 Stunden (= knapp 10% der Bevölkerung), hinzu kommen 500.000 Mann in freiwilligen Verteidigungsorganisationen. Neben fünf Panzerbrigaden, 20 Infanterie- und vier „Norland“-Brigaden werden damit 50 selbstständige Infanterie-, Artillerie- und Flugabwehrbataillone in 23 Militärdistrikten über das ganze Land verteilt. Nicht nur für Waffen und Munition, sondern auch für Luftwaffe und Marine stehen gegen einen Überraschungsschlag Bunker zur Verfügung. (5)(6)

## Vergleich mit der BRD

### Vergleich mit der BRD

Das schwedische und schweizerische Modell, das Bülow für seine Ideen anführt, hat nun wirklich nichts mit Abrüstung zu tun: „Das schwedische Milizsystem beruht auf dem Milizprinzip im Rahmen einer sog. „totalen Verteidigung“. Das Konzept stellt einen Aggressor vor die Auswahl, mit einer ganzen Nation in Waffen, ausgerüstet mit modernen, selbstproduzierten Waffen, trainiert unter extremsten klimatischen Bedingungen und geschützt durch die Bevölkerung und einer Logistik in einem Netzwerk von tiefen Verbunkern und starken Befestigungen konfrontiert zu werden.“ (übersetzt aus (6))

Auch weichen die Verteidigungsausgaben in ihrem Umfang keineswegs nach unten ab. Während sich zwar die Wehrdienstzeit verkürzt, vergrößert sich dort die Kriegsmobilisierung beträchtlich. Bei der BRD umfaßt sie für die Truppe mit 1,34 Mio. knapp über 2% statt 10% in Schweden oder der Schweiz. Interessanterweise erschien kürzlich ein weiteres Papier von Mitgliedern der Kommission „Sicherheit“ im „Vorwärts“, die bei ähnlichen Gedanken wie Bülow eine Milizstruktur ablehnen. Bei Bülow's Miliz - so der SPD-Abgeordnete Scheer - sei „eine Militarisierung der Gesellschaft in Gestalt ständiger Wehrbereitschaft zu befürchten.“ (7)

Man kann neben allen anderen denkbaren militärischen Ablehnungen eine solche Kritik sogar in der „Europäischen Wehrkraft“ lesen. In einer „offenen pluralistischen Gesellschaft“ wie der BRD erschienen „solche

## Stellungnahmen

### Fritz Vilmar

Mit dem „sehr präzisen Bülow'schen Konzept einer zeltweisen Umstellung der Verteidigung auf strikt defensive, nicht-angriffsfähige, aber zur Panzer- und Luftabwehr hochst geeignete“ Waffen- und Truppensysteme, die den schrittweisen Abbau der atomaren Supermacht beinhalten, in Absicht zu bringen, sei eine wichtige grundlegende Neuentwicklung sozial demokratischer Friedenspolitik. „In der Tat ist es eine sehr wertvolle, die den Verhandlungen Herr Vilmar war. Die SPD schenkt weder Angst vor ihrer eigenen Courage, noch, insofern alle an wirklicher Friedenssicherung interessiert“ der Sache zum Durchbruch verhelfen. Als er, Vilmar, 1971 am Frankfurter Oberbürgermeister Möller ähnliches dargestellt habe, habe die SPD das Konzept für gewöhnlich abgelehnt und die auch radikale „neue Linke“ hat sich mit sich reformistisch in der deutschen Schweiz (s. auch „Militarismus“ - P. Ueber) gar nicht erst beschäftigt. Jetzt, sollte der zumindest in der SPD und bei den Grünen nicht mehr möglich sein.

### Thorens Lange - MdB der Grünen

„Herr Kollege von Bülow für Ihren Mut zu möchten wir Ihnen ausdrücklich danken. Vieles von dem, was in dem Papier gefordert wird, entspricht dem, was schon immer Bestandteil grüner Friedenspolitik war.“ (Lange im Bundesrat) Bülow breche in Kontroversen. „Nicht mehr, sondern deutlich weniger Wehrdienst, Weg mit der Pershing II“, etc. Eine Darstellung, für die die Aussage von Lange voll zutrifft. „Ideen, wie die des Andreas von Bülow muß man unterstützen, wo es nur geht. Aber man muß aufpassen, daß man nicht den Versehen der Bundespolitik in einer Partei unterliegt, die die (1) (2) (3) (4) (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11) (12) (13) (14) (15) (16) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100) (101) (102) (103) (104) (105) (106) (107) (108) (109) (110) (111) (112) (113) (114) (115) (116) (117) (118) (119) (120) (121) (122) (123) (124) (125) (126) (127) (128) (129) (130) (131) (132) (133) (134) (135) (136) (137) (138) (139) (140) (141) (142) (143) (144) (145) (146) (147) (148) (149) (150) (151) (152) (153) (154) (155) (156) (157) (158) (159) (160) (161) (162) (163) (164) (165) (166) (167) (168) (169) (170) (171) (172) (173) (174) (175) (176) (177) (178) (179) (180) (181) (182) (183) (184) (185) (186) (187) (188) (189) (190) (191) (192) (193) (194) (195) (196) (197) (198) (199) (200) (201) (202) (203) (204) (205) (206) (207) (208) (209) (210) (211) (212) (213) (214) (215) (216) (217) (218) (219) (220) (221) (222) (223) (224) (225) (226) (227) (228) (229) (230) (231) (232) (233) (234) (235) (236) (237) (238) (239) (240) (241) (242) (243) (244) (245) (246) (247) (248) (249) (250) (251) (252) (253) (254) (255) (256) (257) (258) (259) (260) (261) (262) (263) (264) (265) (266) (267) (268) (269) (270) (271) (272) (273) (274) (275) (276) (277) (278) (279) (280) (281) (282) (283) (284) (285) (286) (287) (288) (289) (290) (291) (292) (293) (294) (295) (296) (297) (298) (299) (300) (301) (302) (303) (304) (305) (306) (307) (308) (309) (310) (311) (312) (313) (314) (315) (316) (317) (318) (319) (320) (321) (322) (323) (324) (325) (326) (327) (328) (329) (330) (331) (332) (333) (334) (335) (336) (337) (338) (339) (340) (341) (342) (343) (344) (345) (346) (347) (348) (349) (350) (351) (352) (353) (354) (355) (356) (357) (358) (359) (360) (361) (362) (363) (364) (365) (366) (367) (368) (369) (370) (371) (372) (373) (374) (375) (376) (377) (378) (379) (380) (381) (382) (383) (384) (385) (386) (387) (388) (389) (390) (391) (392) (393) (394) (395) (396) (397) (398) (399) (400) (401) (402) (403) (404) (405) (406) (407) (408) (409) (410) (411) (412) (413) (414) (415) (416) (417) (418) (419) (420) (421) (422) (423) (424) (425) (426) (427) (428) (429) (430) (431) (432) (433) (434) (435) (436) (437) (438) (439) (440) (441) (442) (443) (444) (445) (446) (447) (448) (449) (450) (451) (452) (453) (454) (455) (456) (457) (458) (459) (460) (461) (462) (463) (464) (465) (466) (467) (468) (469) (470) (471) (472) (473) (474) (475) (476) (477) (478) (479) (480) (481) (482) (483) (484) (485) (486) (487) (488) (489) (490) (491) (492) (493) (494) (495) (496) (497) (498) (499) (500) (501) (502) (503) (504) (505) (506) (507) (508) (509) (510) (511) (512) (513) (514) (515) (516) (517) (518) (519) (520) (521) (522) (523) (524) (525) (526) (527) (528) (529) (530) (531) (532) (533) (534) (535) (536) (537) (538) (539) (540) (541) (542) (543) (544) (545) (546) (547) (548) (549) (550) (551) (552) (553) (554) (555) (556) (557) (558) (559) (560) (561) (562) (563) (564) (565) (566) (567) (568) (569) (570) (571) (572) (573) (574) (575) (576) (577) (578) (579) (580) (581) (582) (583) (584) (585) (586) (587) (588) (589) (590) (591) (592) (593) (594) (595) (596) (597) (598) (599) (600) (601) (602) (603) (604) (605) (606) (607) (608) (609) (610) (611) (612) (613) (614) (615) (616) (617) (618) (619) (620) (621) (622) (623) (624) (625) (626) (627) (628) (629) (630) (631) (632) (633) (634) (635) (636) (637) (638) (639) (640) (641) (642) (643) (644) (645) (646) (647) (648) (649) (650) (651) (652) (653) (654) (655) (656) (657) (658) (659) (660) (661) (662) (663) (664) (665) (666) (667) (668) (669) (670) (671) (672) (673) (674) (675) (676) (677) (678) (679) (680) (681) (682) (683) (684) (685) (686) (687) (688) (689) (690) (691) (692) (693) (694) (695) (696) (697) (698) (699) (700) (701) (702) (703) (704) (705) (706) (707) (708) (709) (710) (711) (712) (713) (714) (715) (716) (717) (718) (719) (720) (721) (722) (723) (724) (725) (726) (727) (728) (729) (730) (731) (732) (733) (734) (735) (736) (737) (738) (739) (740) (741) (742) (743) (744) (745) (746) (747) (748) (749) (750) (751) (752) (753) (754) (755) (756) (757) (758) (759) (760) (761) (762) (763) (764) (765) (766) (767) (768) (769) (770) (771) (772) (773) (774) (775) (776) (777) (778) (779) (780) (781) (782) (783) (784) (785) (786) (787) (788) (789) (790) (791) (792) (793) (794) (795) (796) (797) (798) (799) (800) (801) (802) (803) (804) (805) (806) (807) (808) (809) (810) (811) (812) (813) (814) (815) (816) (817) (818) (819) (820) (821) (822) (823) (824) (825) (826) (827) (828) (829) (830) (831) (832) (833) (834) (835) (836) (837) (838) (839) (840) (841) (842) (843) (844) (845) (846) (847) (848) (849) (850) (851) (852) (853) (854) (855) (856) (857) (858) (859) (860) (861) (862) (863) (864) (865) (866) (867) (868) (869) (870) (871) (872) (873) (874) (875) (876) (877) (878) (879) (880) (881) (882) (883) (884) (885) (886) (887) (888) (889) (890) (891) (892) (893) (894) (895) (896) (897) (898) (899) (900) (901) (902) (903) (904) (905) (906) (907) (908) (909) (910) (911) (912) (913) (914) (915) (916) (917) (918) (919) (920) (921) (922) (923) (924) (925) (926) (927) (928) (929) (930) (931) (932) (933) (934) (935) (936) (937) (938) (939) (940) (941) (942) (943) (944) (945) (946) (947) (948) (949) (950) (951) (952) (953) (954) (955) (956) (957) (958) (959) (960) (961) (962) (963) (964) (965) (966) (967) (968) (969) (970) (971) (972) (973) (974) (975) (976) (977) (978) (979) (980) (981) (982) (983) (984) (985) (986) (987) (988) (989) (990) (991) (992) (993) (994) (995) (996) (997) (998) (999) (1000) (1001) (1002) (1003) (1004) (1005) (1006) (1007) (1008) (1009) (1010) (1011) (1012) (1013) (1014) (1015) (1016) (1017) (1018) (1019) (1020) (1021) (1022) (1023) (1024) (1025) (1026) (1027) (1028) (1029) (1030) (1031) (1032) (1033) (1034) (1035) (1036) (1037) (1038) (1039) (1040) (1041) (1042) (1043) (1044) (1045) (1046) (1047) (1048) (1049) (1050) (1051) (1052) (1053) (1054) (1055) (1056) (1057) (1058) (1059) (1060) (1061) (1062) (1063) (1064) (1065) (1066) (1067) (1068) (1069) (1070) (1071) (1072) (1073) (1074) (1075) (1076) (1077) (1078) (1079) (1080) (1081) (1082) (1083) (1084) (1085) (1086) (1087) (1088) (1089) (1090) (1091) (1092) (1093) (1094) (1095) (1096) (1097) (1098) (1099) (1100) (1101) (1102) (1103) (1104) (1105) (1106) (1107) (1108) (1109) (1110) (1111) (1112) (1113) (1114) (1115) (1116) (1117) (1118) (1119) (1120) (1121) (1122) (1123) (1124) (1125) (1126) (1127) (1128) (1129) (1130) (1131) (1132) (1133) (1134) (1135) (1136) (1137) (1138) (1139) (1140) (1141) (1142) (1143) (1144) (1145) (1146) (1147) (1148) (1149) (1150) (1151) (1152) (1153) (1154) (1155) (1156) (1157) (1158) (1159) (1160) (1161) (1162) (1163) (1164) (1165) (1166) (1167) (1168) (1169) (1170) (1171) (1172) (1173) (1174) (1175) (1176) (1177) (1178) (1179) (1180) (1181) (1182) (1183) (1184) (1185) (1186) (1187) (1188) (1189) (1190) (1191) (1192) (1193) (1194) (1195) (1196) (1197) (1198) (1199) (1200) (1201) (1202) (1203) (1204) (1205) (1206) (1207) (1208) (1209) (1210) (1211) (1212) (1213) (1214) (1215) (1216) (1217) (1218) (1219) (1220) (1221) (1222) (1223) (1224) (1225) (1226) (1227) (1228) (1229) (1230) (1231) (1232) (1233) (1234) (1235) (1236) (1237) (1238) (1239) (1240) (1241) (1242) (1243) (1244) (1245) (1246) (1247) (1248) (1249) (1250) (1251) (1252) (1253) (1254) (1255) (1256) (1257) (1258) (1259) (1260) (1261) (1262) (1263) (1264) (1265) (1266) (1267) (1268) (1269) (1270) (1271) (1272) (1273) (1274) (1275) (1276) (1277) (1278) (1279) (1280) (1281) (1282) (1283) (1284) (1285) (1286) (1287) (1288) (1289) (1290) (1291) (1292) (1293) (1294) (1295) (1296) (1297) (1298) (1299) (1300) (1301) (1302) (1303) (1304) (1305) (1306) (1307) (1308) (1309) (1310) (1311) (1312) (1313) (1314) (1315) (1316) (1317) (1318) (1319) (1320) (1321) (1322) (1323) (1324) (1325) (1326) (1327) (1328) (1329) (1330) (1331) (1332) (1333) (1334) (1335) (1336) (1337) (1338) (1339) (1340) (1341) (1342) (1343) (1344) (1345) (1346) (1347) (1348) (1349) (1350) (1351) (1352) (1353) (1354) (1355) (1356) (1357) (1358) (1359) (1360) (1361) (1362) (1363) (1364) (1365) (1366) (1367) (1368) (1369) (1370) (1371) (1372) (1373) (1374) (1375) (1376) (1377) (1378) (1379) (1380) (1381) (1382) (1383) (1384) (1385) (1386) (1387) (1388) (1389) (1390) (1391) (1392) (1393) (1394) (1395) (1396) (1397) (1398) (1399) (1400) (1401) (1402) (1403) (1404) (1405) (1406) (1407) (1408) (1409) (1410) (1411) (1412) (1413) (1414) (1415) (1416) (1417) (1418) (1419) (1420) (1421) (1422) (1423) (1424) (1425) (1426) (1427) (1428) (1429) (1430) (1431) (1432) (1433) (1434) (1435) (1436) (1437) (1438) (1439) (1440) (1441) (1442) (1443) (1444) (1445) (1446) (1447) (1448) (1449) (1450) (1451) (1452) (1453) (1454) (1455) (1456) (1457) (1458) (1459) (1460) (1461) (1462) (1463) (1464) (



Fortsetzung von vorheriger Seite

Verteidigungskonzeptionen utopisch, die eine fanatisch, einheitlich handelnde und total erfüllte Gesellschaft voraussetzen (z.B. „Raumverteidigung“, „Partisanen taktik“, „gewaltfreier Widerstand“). (8) Davon mag man halten, was man will, aber sicher ist, daß sämtliche Kriegspläne in der BRD davon ausgehen, daß in einer Kriegslage zumindest große Teile der Bevölkerung auf keinen Fall mitmachen wollen und um Leben in Panik geraten. Eine „Verteidigungs“-Identifikation wie im ersten oder zweiten Weltkrieg wird auf keinen Fall angenommen. Einen kaum man den Milizvorschlägen von Bulow und anderen beschneidet: sie haben dazu beigetragen, daß sich Gruppierungen wieder wehrbereit gebärden. Eine wehrunwillige Milie kann im Ernstfall garantiert nicht funktionieren.

### Bulows „Defensive“

Schon der SPD-Parlament hatte behauptet, die SPD wolle eine „nicht-angriffsfähige“ Wehrmacht und halte dabei, sich gelogen. Auch v. Bulow bzw. anderen Vätern „alternativer Verteidigungsmodelle“ mit Milizstrukturen wird als zu eifertig bescheinigt.

eine strikt nicht-offensivfähige“ Verteidigung zu wollen. Bedauerlicherweise gilt das nicht einmal für den Atomwaffeneinsatz, wo unumkehrbar die strikte Ablehnung eintritt, während dies für andere nicht gilt. So erklärte z.B. Eckard Afheldt gegen die vielfachen Unterstellungen auch von rechter Seite: „Sie irren sich. Bei unserem Vorschlag ersetzen die Jäger nicht die mechanisierten Verbände, die weiterhin die Hauptkraft des Heeres bilden. Wir wollen keineswegs die mechanisierten Divisionen abschaffen, sondern in der Bundeswehr vielleicht zwei oder drei mechanisierte Divisionen mit der Zeit verschwinden lassen und die anderen abspecken, um die 100.000 Mann, die wir für unsere „Jägertruppen“ im Frieden brauchen (wir brauchen 150.000 Mann im Krieg) personell und finanziell aufstellen zu können.“ (2) Aber bleiben wir bei Andreas v. Bulow. Ein reines Raumsystem oder eine reine Verteidigung auf eigenem Territorium (Schweiz/Schweiz) lehnt er strikt ab ebenso wie eine reine Defensivstruktur: „Die SPD bleibt dem Ziel der Vorverteidigung verpflichtet. Eine Raumverteidigung (...) zum Zwecke der Abnutzung gegnerischer Kräfte wird abgelehnt“, da sich an der Grenze ungefähr ein Drittel der Bevölkerung befindet. Eine „Faustpfandnahme“ könne

„nicht hingenommen werden“ (3). „Die Grenze muß gegen Übergriffe jederzeit mit einer bestimmten Anzahl präsentierender Verbände geschützt sein. Ein Teil der präsentierten Panzerverbände bleibt zu diesem Zweck erhalten.“ Ein weiterer Teil der Panzerverbände soll auch nicht aufgelöst, sondern gekadert werden, was heißt, daß sie bei ihm als zweite Reihe nach einer Anlaufzeit von 72 Stunden zur Verfügung stünden (s.o.). Nicht flächendeckend, aber für „Schwerpunkte von Durchbruchversuchen“ sollen neben dem Grenzbereich „bewegliche Verbände“ bestehen bleiben (1). „Damit bleibt nach diesem Modell die Frage offen, wie die geforderte Verteidigungsstruktur auch in der Perception des Gegners als ein Verteidigungssystem verstanden wird, das nur zur Defensive fähig sein soll“, schreibt Ludwig Schulte in der „Wehrkunde“. (9) Bulow möchte das Mischungsverhältnis zwischen diesen „offensiv-fähigen“ und anderen Armeekorps vertraglich mit dem Gegner vereinbaren, also quasi als „ungefährlich“ genehmigen lassen. Auf anderen Gebieten, die wir hier nur kurz streifen wollen, sieht es bei Bulow keineswegs anders aus. Zwar will er eine flächendeckende Luftverteidigung und weg vom Angriff, andererseits findet er Luftzeuge viel zu losbar, um sie bei Einsätzen auf DDR-Gebiet zur Air-Interdiction zu verheizen. Da-

für sollen dann bis zu einer Reichweite auf maximal 100 bis 150 km Einsatzkräfte gegen „Flugplätze mit ihren Startbahnen, Verkehrsknotenpunkten, Eisenbahnlinien, Brücken (...) nur noch Abstandswehren (...) Drohnen, Raketen und Cruise Missiles“ ganz in Übereinstimmung mit General Rogers eingesetzt werden. (1) FOFA (der Angriff gegen die zweite Staffel) wird strikt abgelehnt, aber ein bißchen doch wiederum gegen aufmarschierende Truppen aus Polen und der Sowjetunion zugelassen. Taktische Atomwaffen sollen verschwinden - bis auf einen Restbestand. Mittelstreckenraketen auch, und zwar bis auf einen Teil auf, aber trotzdem will er „nahe der atomwaffenfreien Zone nur 150 km an der BRD und die Waldspaziergangsformel, die immethin der NATO ein beträchtliche Zahl solcher Mittelstreckenraketen genehmigen würde. Das alles soll strukturell nicht angreifbar sein, ist aber ganz schon mordsmäßig für den Angriff geeignet. Der Ex-Freund von Alternativ-Modellen, Mechttersheimer, schrieb dazu: „Eine verbesserte Panzerabwehrfähigkeit der Bundeswehr würde (...) das neue amerikanische Rüstungskonzept nach Air-Land-Battle eher begünstigen als behindern. Gerade die Kombination aus leistungsfähigen Defensivsystemen und

starken Offensivkapazitäten (z.B. der Pershing-Rakete) ist ein Schritt hin zum Krieg.“ (10)

### III

- (1) Andreas von Bulow, „Gedanken zur Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategie in West und Ost“, abgedruckt u.a. in der Frankfurter Rundschau, im März 1984.
- (2) Andreas von Bulow, „Die Bundeswehr: ein neues Gesicht“, abgedruckt in „Neue Gesellschaft“, 2. 85.
- (3) Andreas von Bulow, „Strategie verteidigungsfähiger Staaten“, Sicherheitsstrukturen in Europa - Wege zur Sicherheitspartnerschaft“, September 1985.
- (4) Helmut Schmidt in „Evangelische Kommentare“, Mai 1984, S. 262.
- (5) Streikkräfte 1984/1985, Die „Military Balance“ des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, Koblenz 1985.
- (6) John Keegan, „World Armies“, 2. ed., London 1983.
- (7) zitiert nach FAZ, 20.9.85.
- (8) Gerhard Deckert, in „Europäische Wehrkunde“, 8/80, S. 373.
- (9) Ludwig Schulte, in EW 9/85 zu einem ähnlichen Modell.
- (10) Mechttersheimer in: Zeitbombe Nato, Köln 1984, zitiert nach Kommune, 10/85.

## Im Schatten von SDI: Vorschläge der UdSSR zur Abrüstung

Kaum jemand hat ernsthafte Zweifel daran, daß die USA auf ihrem Weg zur Erlangung einer (begrenzten) nuklearen und regionalen Kriegsführungsfähigkeit an ihrem SDI-Programm festhalten. Fragen der technologischen Konkurrenz zwischen den USA und den Westeuropäern, Diskussionen um „Zonen unterschiedlicher Sicherheit“ und die Angst um Verlust an politischem Gewicht lassen in Westeuropa so manche kritische Stimme gegen das amerikanische Rüstungsprogramm aufkommen.

„Die Sowjets wollen die Allianz spalten“ - so lautet, die in der bürgerlichen Presse immer wieder auftauchende Parole. Sicherlich nutzt die sowjetische Diplomatie Meinungsunterschiede innerhalb der NATO für ihre Absichten, die DKP macht sie sogar zum Kernpunkt ihrer gegenwärtigen Taktik. Doch Hoffnungen der SU, durch eine Spaltung der NATO deren Kriegsführungsfähigkeit gegen die WVO-Sünden nachhaltig zu schwächen, werden selbst in rechtskonservativen Kommentaren nur sehr zurückhaltend gehandelt. Die „FAZ“ vom 30.9. interpretiert einen Kommentar der sowjetischen Regierungszentrale Iswestina „Nein, die sozialen und die Klasseninteressen, die Westeuropa und die Vereinigten Staaten verbindet, seien zu stark und zu konstant, als daß es aus sowjetischer Sicht realistisch wäre, politisch auf den Bruch dieser Beziehungen zu bauen.“ Allerdings sei es das Ziel, „den deutlichen Mangel an gesundem Menschenverstand bei der gegenwärtigen US-Administration weitzumachen.“ - Sowjetischer Nachhilfunterricht für die Westeuropäer?

Zehn Tage nach der Rede des Generalsekretärs bilanziert die „Süddeutsche Zeitung“ vom 12./13. Oktober die Wirkung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge: „Inzwischen zeichnet sich ab, daß die neuen sowjetischen Abrüstungsvorschläge für die strategische Rüstung der Großmächte von den Amerikanern und Europäern noch keineswegs einheitlich bewertet werden, nach den Gesprächen, die der amerikanische Abrüstungsbeauftragte Paul Nitze in europäischen Regierungskreisen führte, scheint die amerikanische Bewertung wesentlich negativer als die europäische zu sein. Eine schnelle Antwort an Moskau scheint deshalb weder möglich noch erwünscht zu sein.“ Tatsächlich scheint die sowjetische Friedendiplomatie gegenwärtig eher auf Stärkung des europäischen Elements innerhalb der NATO zu setzen, denn auf Spaltung.

### Gorbatschows Rede in Paris am 3.10.1985

Der militärische Teil der Abrüstungsvorschläge wird mit Verweisen auf den einseitig verkündeten Stationierungstopp von Mittelstreckenraketen in Europa und dem Teststopp für Nuklearkraftwerke, der anlässlich des vierzigsten Jahrestages von Hiroshima verkündet wurde, eingeleitet. Die USA hatten darauf demonstrativ mit Textexplosionen geantwortet.

Bevor Gorbatschow auf die Kern-

punkte, nämlich die interkontinentale und eurostrategische Nuklearrüstung sowie über SDI-Programme eingeht, wird vorgeschlagen, „mit der Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstung beider Seiten in Mitteleuropa zu beginnen - und zwar mit der Reduzierung der sowjetischen und der amerikanischen Truppen. Dabei sind wir bereit, unsere Truppen um eine größere Anzahl zu reduzieren als die Amerikaner.“ (Wortlaut der Rede nach: Die Wahrheit, Ausgabe 229, 1985)

### Himmel und Erde

Den Dreh- und Angelpunkt bildet das Verhältnis zwischen dem eingeleiteten SDI-Programm und den interkontinentalen strategischen Waffen. Die

### Himmel und Erde

Den Dreh- und Angelpunkt bildet das Verhältnis zwischen dem eingeleiteten SDI-Programm und den interkontinentalen strategischen Waffen. Die Nichtausdehnung des Weitraums auf den Weltraum wird zum Junkium für Abrüstungsschritte, „denn die Ausdehnung des Weitraums auf den Weltraum macht die Reduzierung der Kernwaffenarsenale unmöglich“. Die näheren Vorschläge umfassen zwei Punkte, ein „für beide Seiten geltendes Verbot von Weltraumangriffswaffen sowie eine echte, radikale, nämlich 50-prozentige Reduzierung der eigenen Kernwaffen, die das Territorium des anderen erreichen können.“ (Hervorh. AK)

Die konkreten Vorschläge sollen von der Genfer Verhandlungskommission der SU unterbreitet werden. Davon ist bisher folgendes bekannt: nach Halbierung der strategischen Triade (Land-, Luft- und seegestützte Systeme) soll keiner dieser drei Bestandteile einen höheren Anteil als 60 % am Gesamtpotential aufweisen. Das strategische Potential der UdSSR besteht zur Zeit etwa zu 70 % aus landgestützten Interkontinentalraketen (ICBMs), während sich das Potential der USA relativ gleichmäßig auf die drei Komponenten verteilt. Nach Zahlen der UdSSR stehen ca. 12.000 Atomsprengkörper der USA etwa 9.000 eigene gegenüber. Bei den strategischen Nuklearkörpern zählt die UdSSR gegenwärtig 2.504 bei sich selbst und 2.210 bei den USA (laut TASS in der „SZ“ vom 12./13.10.)

### Europa

Europa und die in diesem Gebiet stationierten Systeme bilden den zweiten Teil der Vorschläge. Um auch hier zu einer Reduzierung zu kommen, hält es die UdSSR für möglich, „ein entsprechendes Abkommen geschlossen, ohne unmittelbaren Zusammenhang mit

dem Problem der Weltraum- und strategischen Rüstungen, abzuschließen. Ein solcher Weg scheint uns praktikabel.“ Da die Nachrüstungswaffen Pershing II und Cruise Missiles zu dem Potential gehören, das das Territorium des anderen erreichen kann, wollen sie bei diesen Gesprächen nicht berücksichtigt werden. Die in Aussicht gestellte Auskoppelung der britischen und französischen Atomwaffen sowie der SS-20 stellt das Angebot zur Installation einer europäischen Verhandlungsebene neben der sowjetisch-US-amerikanischen dar. Damit bietet die UdSSR den Westeuropäern an, sich mit an den Verhandlungstisch neben die USA zu setzen.

Zum britisch-französischen Atompotential stellt die UdSSR fest: „Dieses Potential nimmt rasch zu, und wir können davor schon nicht mehr die Augen verschließen.“ Doch eine realistische Einsicht über den Erfolg möglicher Verhandlungen folgt auf dem Fuß: „Von französischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Nuklearkräfte Frankreichs ohne dessen Beteiligung nicht zur Debatte stehen.“ Von britischer und französischer Seite wurde inzwischen aber draufgesetzt, indem beide verlautbaren ließen, daß ihr jeweiliges Potential ein Mindestmaß an Abschreckung darstelle und eine Reduzierung nicht infrage komme. (Tatsächlich und beide Staaten dabei, ihre nuklearen Kräfte zu vervielfachen.) Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen räumte Gorbatschow in Frankreich denn auch ein: „Heute, so scheint uns, steht nicht die Frage der Reduzierung seiner Rüstung.“ (Frankreichs, Anm. AK)

Die UdSSR hingegen habe die Anzahl ihrer in Europa stationierten Raketen vom Typ SS-20 vermindert. Die diesbezügliche Passage lautet vollständig: „Sie wissen, daß wir ein Moratorium für die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa verkündet haben. Die Anzahl der SS-20-Raketen, die die Sowjetunion in der europäischen Zone um diensthabenden System stationiert hat, beträgt gegenwärtig 241 Einheiten. Das bedeutet, daß die Zahl genau dem Stand vom Juni 1984 entspricht, als mit der zusätzlichen Stationierung unserer Raketen als Antwort auf die Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa begonnen wurde. Die hierbei zusätzlich stationierten SS-20-Raketen wurden jetzt aus dem diensthabenden System herausgenommen, und die stationierten Anlagen zur Aufstellung dieser Raketen werden in den nächsten zwei Monaten demontiert. Das ist überprüfbar. Dabei bleiben unsere Gegenmaßnahmen in Bezug auf das Territorium der Vereinigten Staaten selbst in Kraft (Anm. AK vor den USA kreuzende Atom-U-Boote) Ich möchte auch erläutern, was wir in diesem Fall unter dem Begriff „europäische Zone“ verstehen. Das ist die Zone, in der Mittelstreckenraketen stationiert sind, die in der Lage sind, Objekte auf dem Territorium Westeuropas zu vernichten.“ (Entsprechend gibt es eine „asiatische Zone“.)

Mit diesem Angebot besonders angesprochen ist die niederländische Regierung, die am 1. November über die Stationierung von Cruise Missiles auf ihrem Gebiet befinden will. Eine Bedingung für die Nichtstationierung der Cruise Missiles in den Niederlanden ist, daß die UdSSR den Gesamtbestand ihrer SS-20 auf den Stand vom Juni 1984 reduzieren soll. Das waren nach NATO-Angaben seinerzeit 378 Systeme. Der aktuelle Gesamtbestand an SS-20 wird zum heutigen Zeitpunkt von der NATO mit 441 Systemen angegeben. Damit wäre nach aktueller Einschätzung der Vorwand für ein vollständiges Durchziehen der NATO-Nachrüstung gegeben.

Im weiteren weist die UdSSR darauf hin, daß die alten Systeme SS-4 und SS-5 vollständig abgebaut wurden und daß der Gesamtbestand von Mittelstreckenraketen geringer als vor zehn oder gar 15 Jahren sei. „Wenn wir uns eine solche Selbstbeschränkung auferlegen, lassen wir uns von den weitreichenden Interessen der europäischen Sicherheit leiten. Ich denke, Europa hat jetzt das Recht, von den Vereinigten Staaten von Amerika einen Antwortschritt zu erwarten, und zwar die Einstellung der weiteren Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent.“

Offensichtlich ist die sowjetische Friedensdiplomatie will ggf. den gegenwärtigen aktuellen Stand der Rüstung als Faktum akzeptieren, um von dieser Basis aus „durchsetzungsfähige“ Abrüstungsvorschläge anzubieten.

Gorbatschow betont, daß es im Offensichtlich ist die sowjetische Friedensdiplomatie will ggf. den gegenwärtigen aktuellen Stand der Rüstung als Faktum akzeptieren, um von dieser Basis aus „durchsetzungsfähige“ Abrüstungsvorschläge anzubieten.

Gorbatschow betont, daß es im Offensichtlich ist die sowjetische Friedensdiplomatie will ggf. den gegenwärtigen aktuellen Stand der Rüstung als Faktum akzeptieren, um von dieser Basis aus „durchsetzungsfähige“ Abrüstungsvorschläge anzubieten.

### Chemische Waffen

Als neuen Impuls auf diesem Gebiet schlägt die UdSSR vor, in Anlehnung an den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen, einen ähnlichen Vertrag bei chemischen Waffen zu schließen. Bei der Forderung nach vollständiger Verbot der chemischen Waffen sei die UdSSR bereit, dem Westen in der Frage der Kontrollierbarkeit („Verifizierung“) entgegenzukommen. Der Gedanke einer chemiewaffenfreien Zone in Zentraleuropa wird gewürdigt.

### Das Abschreckungssystem

„Nach ist eines der Hindernisse für den Ausbruch eines Krieges, für die Anwendung militärischer Gewalt die Angst vor nicht akzeptierbarer Vergeltung. Alle verstehen jedoch, daß allein auf der Angst kein sicherer Friede errichtet werden kann. Die Frage ist aber, wo ist eine Alternative zur Angst oder, um es in der Sprache der Militärs zu sagen, zur Abschreckung zu suchen?“ Die Antwort auf diese Frage sei, zurückhaltend formuliert, daß es eine Illusion sei, diese Alternative im „Krieg der Sterne“ zu suchen. Vielmehr gebe es keinen anderen Weg, als

den der friedlichen Koexistenz. Voranbringende Anlässe erkenne die UdSSR in der Stockholmer Konferenz, speziell in den Vorschlägen zum Austausch von Jahresplänen über militärische Aktivitäten, der Schaffung atomwaffenfreier Zonen bzw. Korridore und der Nichtstationierung von Atomwaffen gegenüber Staaten, die keine Besatzung bzw. nicht auf ihrem Territorium stationiert hätten. Die Schlußakte von Helsinki wird als gewichtige Brückenschritt bezeichnet. Zur Stabilisierung, auch des gesellschaftlichen Status Quo in Europa, schlägt die UdSSR die Intensivierung der Beziehungen zwischen RGW und EG vor. Dies schließt auch die politische Ebene ein.

Auch die Notwendigkeit einer „übergeordneten“ ökologischen Politik wird konstatiert. „Offenbar haben wir seinerzeit nicht weit genug genug gehandelt, als wir solche Probleme schufen, die jetzt im nationalen Rahmen schon nicht mehr zu lösen sind. Das ist wirklich ein Bereich, bei dem sich alle darüber bewußt werden müssen, daß der Kontinent ein gemeinsames Schicksal hat.“

### Menschenrechte

Neben der Forderung nach Ausbau der kulturellen Beziehungen versucht die UdSSR die imperialistische „Menschenrechtskampagne“ zu kontern. „Große Bedeutung muß die Sowjetunion der Gewährleistung der Menschenrechte bei. Dieses Problem muß allerdings von Heuchelei und Spekulationen, von Versuchen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, befreit werden. Im heutigen Europa sind solche Probleme wie die Lage der Gastarbeiter, Minderheiten und Familienzusammenführung recht akut.“

Neben der Forderung nach Ausbau der kulturellen Beziehungen versucht die UdSSR die imperialistische „Menschenrechtskampagne“ zu kontern. „Große Bedeutung muß die Sowjetunion der Gewährleistung der Menschenrechte bei. Dieses Problem muß allerdings von Heuchelei und Spekulationen, von Versuchen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, befreit werden. Im heutigen Europa sind solche Probleme wie die Lage der Gastarbeiter, Minderheiten und Familienzusammenführung recht akut.“

### Die Blöcke

Die Herstellung von Kontakten zwischen Warschauer Pakt und NATO wird nicht als für alle Zeiten tabu angesehen. „Ich spreche schon gar nicht von der Überwindung der Spaltung Europas in sich gegenüberstehende Gruppen in der mehr oder minder übersehbarer Perspektive. Bekanntlich schlagen wir mit unseren Verbündeten gerade das vor. Aber auch unter den Bedingungen der Existenz zweier Blöcke kann man unserer Meinung nach einen solchen „Modus Vivendi“ schaffen, der dem heutigen Gegenüber die Spitze nehmen würde.“ Alles Unterschiede eingedenk wird Frankreich ein gewisses gemeinsames Herangehen an eine Reihe derzeit bestehenden regionaler Probleme und Situationen konzediert, so im Nahen Osten, in Mittelamerika und im südlichen Afrika.

Abschließend betont der sowjetische Generalsekretär nochmals, daß es ihm nicht um einen Spaltungsversuch zwischen den USA und Westeuropa gehe, sondern um die Verbesserung der Beziehungen zu allen Staaten. Die UdSSR sei sich bewußt, „wie stabil die historischen, politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Westeuropa und den USA sind.“

Be, Westberlin



Alfred Meckersheimer und das Forschungsinstitut für Friedenspolitik haben vor kurzem die überarbeitete Fassung ihrer „Friedensplattform 87“ veröffentlicht. Christa Nickels und Henning Schierholz haben dieser Plattform ein „Kontrastprogramm aus GRÜNER Sicht“ gegenübergestellt.

In der Einleitung ihrer Gegenüberstellung schreiben die Autorin und der Autor: „Die GRÜNEN teilen (Meckersheimers) Fernziele (Überwindung der Militärblöcke, atomwaffenfreies Europa, neue europäische Friedensordnung), halten den vorgeschlagenen Weg und die Instrumente aber für korrekturbedürftig. Die vom Friede-

## Dokumentation:

# Für eine Neuorientierung der Friedens- und Sicherheitspolitik

denforschungsinstitut (FF) vorgelegten Punkte greifen zu wenig die grundlegenden Voraussetzungen von und für Friedenspolitik an (Einbindung in die NATO, deutsch-deutsches Verhältnis, Verhältnis von (kritik der) Rüstungskontrolle und einseitiger Abrüstung usw.); sie sind (lediglich) erste Schritte auf dem Weg einer

Neuorientierung von Friedenspolitik, die ab sofort bis zum Ende der achtziger Jahre eingeleitet werden können. Die folgenden 13 Punkte bilden somit ein Kontrastprogramm aus GRÜNER Sicht, das zudem voll den Anspruch einlöst, will, dass die FF-Plattform am Schluß des Vorparas mit Recht verpflichtet ist: „Das neue friedens-

politische Denken muß von unten her so wachsen, daß eine Friedenskultur entsteht, ohne die es keine wirkliche Friedenspolitik geben kann. Daran mitzuarbeiten bleibt die Hauptaufgabe der Friedensbewegung, ob es 1987 zu einer friedenspolitischen Wende kommt oder nicht. Kennzeichen einer Friedenskultur ist eine selbstbewußte

Gesellschaft, die sich bei der Durchsetzung ihrer Lebensinteressen weder von Regierungen noch von Machtgruppen behindern läßt. Historische Veränderungen werden im allgemeinen von unten und nicht von Regierungen in Gang gesetzt.“

Unsere 13 Gegen-Forderungen ersetzen weder eine friedenspolitische Analyse noch beschreiben sie eine umfassende Strategie zur Durchsetzung von Abrüstung und Blocküberwindung. Zweck der Gegenüberstellung ist vielmehr, ein Kontrastprogramm aus GRÜNER Sicht zu liefern und damit die öffentliche Diskussion anzuregen.“

FF/Meckersheimer

### Abbau von Pershing II und Cruise Missiles

Der Bundestag berät erneut über die sogenannte Nachrüstung, da infolge der Stationierung und der sowjetischen „Nach-Nachrüstung“ die Bedrohung für die Bundesrepublik angewachsen ist und der Versuch, durch die „Nachrüstung“ eine Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen in Europa zu erreichen, zum Scheitern verurteilt war. Die Bundesregierung erwirkt einen sofortigen Stationierungsstopp und als Vorstufe eines vollständigen Abzugs eine Stilllegung der bereits stationierten Mittelstreckensysteme.

### Beseitigung der atomaren Gefechts Waffen

Sämtliche auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland lagernden Atomminen sind zu beseitigen. Die Atomsprengköpfe für die Kurzstreckensysteme werden abgezogen. Kommt keine NATO-Regelung zustande, wird die Nuklearfähigkeit der Bundeswehr einseitig aufgehoben. Mit diesen Maßnahmen wird die Schaffung einer nuklearefreien Zone in Mitteleuropa eingeleitet.

### Abzug der chemischen Waffen aus Mitteleuropa

Weltweite Verhandlungen über ein allgemeines C-Waffen-Verbot haben im günstigsten Fall nur langfristige Erfolgsaussichten. Daher strebt die Bundesregierung ein Übereinkommen mit der DDR und anderen europäischen Staaten zur Einrichtung einer C-Waffenfreien Zone in Europa an. Die Bundesregierung wirkt mit allen politischen und juristischen Mitteln auf die USA ein, um das in der Bundesrepublik lagernde Giftgas zu beseitigen.

### Kürzung der Militärausgaben

Alle offenen und versteckten Militärausgaben werden für das laufende Jahr reduziert und neu gewichtet. Die Einsparungen aus einer Veränderung der mittelfristigen Finanzplanung werden zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit verwendet. Die deutsche Beteiligung am NATO-Infrastrukturprogramm wird aufgekündigt. Direkte und indirekte Ausgaben für die AirLand-Battle-Kriegsführungsstrategie und die Stationierung von Massenvernichtungsmitteln werden gestrichen. Jede Beteiligung an der Militarisierung des Weltraums wird verweigert.

### Einschränkung des Streitkräftumfangs

Der Friedensumfang der Bundeswehr wird derzeit 495.000 Soldaten und schrittweise abgebaut. Die geplante Erhöhung der Kriegsstärke im Jahre 1987 auf 1,34 Mill. Soldaten wird nicht durchgeführt bzw. rückgängig gemacht. Der Grundwehrdienst wird auf 15 Monate begrenzt.

Nickels/Schierholz

### 1 Abbau von Pershing II und Cruise Missiles

Der Deutsche Bundestag erwirkt bei der US-Regierung einen sofortigen Stationierungsstopp sowie einen unverzüglichen Abbau der bereits stationierten atomaren Mittelstreckensysteme. Rüstungskontrollverhandlungen auf der Basis der gegenwärtigen Genfer Konzeption sind für den Deutschen Bundestag unakzeptabel.



### 2 Beseitigung der Atomwaffen, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone

Sämtliche Atomwaffenlager in einem Grenzstreifen mit einer Breite von 150 km werden im Jahre 1987 aufgelöst und die Regierungen der DDR und CSSR zu denselben Schritten auf ihren Territorien aufgefordert. Im Verlaufe von drei weiteren Jahren wird ein vollständiger Abzug aller atomaren Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Die Nuklearfähigkeit der Artillerie der Bundeswehr wird durch wirkungsvolle nationale Maßnahmen aufgehoben.

### 3 Abzug der C-Waffen aus Mitteleuropa

Die Bundesregierung veranlaßt mit allen politischen und juristischen Mitteln, daß die Vereinigten Staaten ihre in der Bundesrepublik lagernden chemischen Kampfstoffe beseitigen.

### 3 Abzug der C-Waffen aus Mitteleuropa

Die Bundesregierung veranlaßt mit allen politischen und juristischen Mitteln, daß die Vereinigten Staaten ihre in der Bundesrepublik lagernden chemischen Kampfstoffe beseitigen. Mit der DDR und anderen europäischen Staaten wird die Einrichtung einer C-Waffenfreien Zone in Mitteleuropa angestrebt und konkrete Verhandlungen darüber begonnen.

### 4 Reduzierung der Militärausgaben

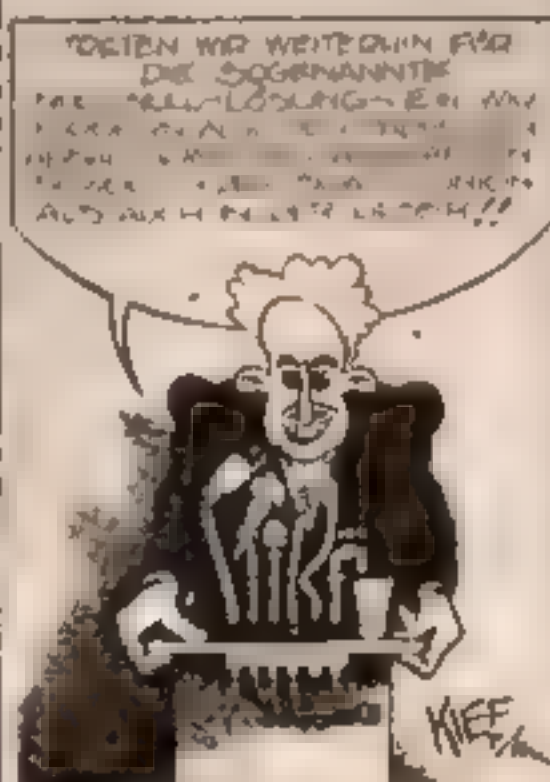
Der Einzelplan 14 und alle anderen offenen und versteckten Militärausgaben werden in den nächsten vier Jahren auf der Basis des Haushaltsplanes 1986 um mindestens 10% pro Jahr herabgesetzt. Wichtiger und erster Einschnitt ist dabei die vollständige Streichung sämtlicher Ausgaben für die Beschaffung neuer Waffensysteme einschließlich Peripheriegerät, Munition usw., sowie die Umwidmung aller Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung (Kapitel 1420 des Bundeshaushalts, vgl. Punkt 12). Die mittelfristige Finanzplanung für die Bundeswehr wird zugunsten von Ausgaben für die Umwelt, für Soziales und für die Dritte Welt verändert.

### 5 Einschränkung des Personalaufwandes der Bundeswehr

Der Friedensumfang der Bundeswehr wird von heute an (495.000) bis Mitte der 90er Jahre auf ca. 300.000 Mann verringert. Die Umfangszahlen von Luftwaffe und Marine werden überproportional eingeschränkt. Die Stärke im „Verteidigungsfall“ der Bundeswehr wird ab 1987 in den nächsten vier Jahren um jeweils 10% reduziert. Der Grundwehrdienst wird auf 12 Monate verringert.

### 5a Verringerung der ausländischen Truppen auf bundesdeutschem Boden

Unbeschadet der Rechte der Siegermächte des 2. Weltkrieges werden deren Truppenverbände in den nächsten vier Jahren bis auf einen symbolischen Beitrag reduziert. Im Rahmen ihres Konzepts der einseitigen Abrüstung tritt die Bundesregierung international auf allen Ebenen dafür ein, ein Abkommen über ein Stationierungsverbot fremder Truppen auf dem Territorium souveräner Staaten zu erreichen.



### Begrenzung des Rüstungsexports

Der Rüstungsexport der Bundesrepublik wird drastisch eingeschränkt. Zu diesem Zweck werden die einschlägigen Gesetze und Verordnungen geändert und deren Einhaltung strengstens kontrolliert. Der Waffenexport über Drittländer wird unterbunden.

### Beseitigung der offensiven Rüstungselemente

Die Bundesrepublik verweigert ihre Einbindung in das neue amerikanische Kriegsführungskonzept AirLand-Battle und die NATO-Planungsrichtlinie FOFA. Alle Waffenbeschaffungen sowie Vereinbarungen mit den USA und der NATO, die der Realisierung der neuen offensiven Kriegsführungsstrategie dienen, werden aufgekündigt. Dies gilt auch für Einrichtungen und Abkommen, die für eine interventionistische Politik gegenüber Ländern der Dritten Welt genutzt werden könnten.

Struktur und Beschaffung der Bundeswehr werden in den nächsten Jahren so verändert, daß der vom Grundgesetz vorgegebene Defensivcharakter unverändert nach außen und innen deutlich wird. Die Finanzierung von Konzeption und Entwicklung neuer Großwaffensysteme wie Jäger 90, Leopard 3, Mars, Fregatte 90 oder U-Boot-Klasse 211 werden eingestellt.

### Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen

Die Bundesregierung bemüht sich, möglichst viele Länder für eine gemeinsame Erklärung zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu gewinnen. Gegebenenfalls erklärt die Bundesregierung einen solchen Verzicht in Übereinstimmung mit der UN-Resolution vom 22. November 1945 auch ohne Zustimmung der NATO-Gremien. Sie verweigert jede Mitwirkung an Ersteinsatzplänen.

### Ratifizierung der Zusatzprotokolle von 1977

Der Bundestag ratifiziert die bereits paraphierten Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen ohne einschränkende Zusatzklärungen. Die Bundesregierung wirkt auf die NATO ein, Strategie und Rüstung so zu verändern, daß sie nicht gegen das neue Völkerrecht verstoßen.

### 5b Überprüfung von NATO-Vertrag, Aufenthaltsvertrag und NATO-Truppenstatut sowie aller einschlägigen damit zusammenhängenden bilateralen Abkommen

Im Rahmen ihrer Politik der einseitig kalkulierten Abrüstungsschritte, der Blockfreiheit und der Entmilitarisierung der Gesellschaft legt die Bundesregierung im Jahr 1987 einen Bericht über die Erfahrungen mit der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland vor, der die Erfahrungen mit der NATO-Politik der letzten Jahre analysiert und mehrere Lösungsmöglichkeiten aufzeigt, von denen eine die Aufkündigung des NATO-Vertrages durch die Bundesrepublik ist. Dabei müssen auch die Scheinalternativen einer weiteren westeuropäischen Rüstungskonzeption und Militarisierung (EG, WEU) geschildert werden. Über diesen Bericht soll eine breite Diskussion in der Bevölkerung stattfinden.

### 6 Einschränkungen des Rüstungsexports

Die einschlägigen Gesetze und Bestimmungen sind so zu korrigieren bzw. zu handhaben, daß der Rüstungsexport der Bundesrepublik nach einer Übergangszeit von drei Jahren vollständig unterbleibt. Eine Stiftung zur Förderung der Rüstungskonversion sowie ein staatliches Abrüstungs-Investitionsprogramm (zur Förderung zivilnützlicher Güter) ist aufzulegen. Die Rüstungskonversionsabkommen mit anderen Ländern sind so zu ändern, daß die Waffenexportpolitik der Bundesrepublik nicht unterlaufen werden kann.

### 7 Beseitigung aller offensiven Rüstungskomponenten

Der Deutsche Bundestag lehnt das AirLand Battle-Konzept und den sogenannten Rogers-Plan ab und storniert alle Waffenbeschaffungen, die der Realisierung der neuen amerikanischen offensiven Kriegsführungsstrategie dienen. Die einschlägigen Vereinbarungen mit den USA und anderen NATO-Staaten — z.B. WHNS-Abkommen — werden zum frühestmöglichen Zeitpunkt gekündigt. Dies gilt auch für Einrichtungen und Abkommen, die für eine interventionistische Politik gegenüber Ländern der Dritten Welt genutzt werden könnten.

Struktur und Beschaffung der Bundeswehr werden in den nächsten Jahren so verändert, daß der vom Grundgesetz vorgegebene Defensivcharakter unverändert nach außen und innen deutlich wird. Die Finanzierung von Konzeption und Entwicklung neuer Großwaffensysteme wie Jäger 90, Leopard 3, Mars, Fregatte 90 oder U-Boot-Klasse 211 werden eingestellt.

Jegliche Maßnahmen im europäischen oder transatlantischen Rahmen zur weiteren Militarisierung des Weltraums sind zu unterlassen.

### 8 Erklärungen des atomaren Nicht-Ersteinsatzes

In der Übergangszeit, in der eine atomwaffenfreie Zone für das Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland noch nicht existiert, wird eine no-first-use-Erklärung abgegeben. Die Bundesregierung ratifiziert die von ihr unterzeichneten Zusatzprotokolle zum Genfer Abkommen ohne einschränkende Zusatzklärungen ebenso wie das Genfer „Waffenverbots-Übereinkommen“ von 1980 (so weit dies noch nicht geschehen ist).

### 9 Entmilitarisierungsprogramm

Der Deutsche Bundestag beschließt ein umfassendes Programm zur Entmilitarisierung der Gesellschaft, das u.a. beinhaltet:

- Abbau und Verbot der Rüstungsproduktion
- Die Aufrechterhaltung des Katastrophenschutzes ausschließlich für nicht-militärische Zwecke; Abschied von allen „Zivildienst“-Menschen
- Die Reduzierung bis hin zum Verbot von Militärmanövern, Tiefflugen und sonstigen militärischen Übungen
- Aufhebung des Landbeschaffungsgesetzes, Einschränkung der bestehenden Truppenübungsplätze
- Ein Programm, das die bisherige Naturzerstörung durch Militär und Rüstung rückgängig macht bzw. die entstandenen Schäden ausgleicht.



Der Streit um die „SDI-Zuspitzung“ in der Friedensbewegung wird seit Anfang September auch im Bonner Koordinationsausschuß geführt. Die Diskussion wurde auf Antrag der Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) am 5. September erstmals auf die Tagesordnung gesetzt. Immerhin hatte man gemeinsam im Juni während des „Großen Ratstags“ eine thematisch breit angelegte Friedenswoche im November beschlossen und eine „Zuspitzung“ auf einen neuen Mini-Konsens gegen SDI eindeutig zurückgewiesen. Spätestens seit Erscheinen des sogenannten Naturwissenschaftler-Appells (am 6. August) trommeln die DKP und andere bundesweit für diesen neuen Mini-Konsens und eine bundesweite Unterschriftensammlung. Immerhin hatten vier KA-Vertreter/innen den Appell mitunterzeichnet: Gerd Organe (IFIAS und DFG-VK/SPD), Karl Heinz Koppe (Pak. Christl), Udo Obermayer (VDS/DKP) und Andreas Zumach (AS/F).

Der BUF trug eine scharfe Kritik an dem Appell und dem Umgehen damit vor, beantragte eine Klärung der Dinge im KA und forderte, der KA müsse auf die Tagesordnung setzen, was er denn 1986 (nach der Friedenswoche) praktisch tun wolle. DKP (als Beobachter anwesend) und KOFÄZ wiesen die gegen sie vorgebrachten Vorwürfe zurück. Man stünde nach wie vor hinter der gesamten inhaltlichen Breite des „Kölner Aufrufs“ und werde auch in der „Informationswoche“ auf dieser Basis agieren. Eine andere Frage sei es, wie man selbst bestimmte Dinge politisch gewichte, da könne auch niemandem reinredet werden. Schließlich setzte ja auch der BUF deutliche Schwerpunkte in seiner Vorbereitung auf die „Bundeswehrfeierlichkeiten“. Natürlich räume man selbst SDI einen zentralen Stellenwert ein und darüber zentral im KA auch noch intensiver diskutiert werden.

## SDI-Appell im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung umstritten

Die Mitverantwortung für den „Naturwissenschaftler-Appell“ wurde bestritten. Allerdings gewinne auch die Friedensbewegung enorm durch die öffentliche Verweigerung der Naturwissenschaftler, sich an der SDI-Forschung zu beteiligen. Die Form der Unterschriftensammlung halte man für ein gutes Mittel, die Naturwissenschaftler in ihrem Bemühen zu stärken.

Im Prinzip halte man die Gewichtung von SDI, wie sie in dem „Kölner Aufruf“ vorgenommen wurde, für zu gering. SDI sei in der Öffentlichkeit gegenwärtig das Thema; auch der KA müsse sich in die öffentliche Debatte endlich einschalten. Der SPD wurde bescheinigt, daß sie sich in diesem Zusammenhang äußerst geschickt verhalte, indem sie das SDI-Thema für sich besetze. Die Friedensbewegung dürfe sich da nicht abhängen lassen, sondern stattdessen müsse sie SDI zu ihrem Thema machen. Sicher wären auch viele andere Themen wichtig.

Von den Vertretern des Komitees für Grundrechte und Demokratie wurde Unverständnis über den Verlauf der Diskussion geäußert. Man könne letztendlich niemandem vorgeben, wer welche Schwerpunkte für sich setzt. Dagegen wäre vielmehr das Nebeneinander vieler verschiedener Initiativen und Kampagnen gleichzeitig notwendig. SDI müsse gegenwärtig aber einen Schwerpunkt in der Aufklärungsarbeit der Friedensbewegung bilden. Eine isolierte Kampagne nur gegen SDI, wobei andere wichtige Inhalte weggelassen, lehnte er allerdings ab.

Ähnliches wurde von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden geäußert.

Der BBU schloß sich sehr weitgehend der Argumentation des BUF an und machte dabei auch seine Ablehnung der Unterschriftensammlung deutlich. Zusätzlich wies er auf die

mangelnde Präsenz des KA hin. Immerhin hätte der „Naturwissenschaftler-Appell“ den Vorteil, daß er von einer ganzen Reihe Prominenten unterzeichnet sei und in der Presse aufgenommen würde. Die Aufmerksamkeit, die man gegenwärtig der Arbeit des KA entgegenbringe, sei dagegen recht gering. Der KA müsse jetzt vor allem etwas tun, um seine Ausstrahlungskraft wiederzugewinnen und um selber wieder für die Prominenten anziehend zu werden. Es habe sich übrigens in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, daß die öffentliche Aufmerksamkeit für die Friedensbewegung dann am geringsten ist, je mehr sie sich der Politik der SPD anhängt. Es interessiere niemanden, wenn die SPD sich kontinuierlich und aufsehenerregend gegen SDI stemme und dann der KA eine Presseerklärung anfertige, in der er sagt, daß er auch noch gegen SDI ist. Die Erfahrungen des BBU aus letzter Zeit zeigten dagegen, daß man nur dann eine Meinung wert ist, wenn man sehr deutliche Worte auch mal gegen die Politik der SPD verliert.

### Neue Entwicklungen verharren die Diskussion

Die nächste KA-Sitzung fand am 3. Oktober statt. Inzwischen hatten sich die Befürchtungen des BUF in vielerlei Hinsicht in der Realität bestätigt. In Hamburg platze aufgrund der Auseinandersetzung um eine „SDI-Zuspitzung“ der örtliche Zusammenhang des durch unterschiedliche Spektralen geprägten Friedensbündnisses, weil das DKP-Bündnis beschloß, nun in Hamburg jene Unterschriftensammlung gegen SDI zum Schwerpunkt ihrer Aktivitäten zu machen. Die Hamburger Priko hatte in der seit längerem dort laufenden Diskussion schon früher erklärt, daß dies ein Grund wäre, ihre Mitarbeit in der Friedensversammlung zu kündigen. Auch in anderen Städten bahnten sich diese Streitigkeiten immer deutlicher an.

Der BUF hatte unterdessen auf seinem 20. Jahrestag, allen in anderen Städten bahnten sich diese Streitigkeiten immer deutlicher an.

Der BUF hatte unterdessen auf seiner bundesweiten Konferenz ein Papier verabschiedet, das eine scharfe Kritik an dem Vorgehen der DKP enthielt und diesem Spektrum unter anderem vorhält, die Friedensbewegung zum Wahlfeld der SPD umzuwandeln zu wollen. Einige Stimmen im BUF forderten hier schon den sofortigen Austritt aus dem KA, da dieser durch das Verhalten der DKP zur Farce gemacht würde und jedes weitere Stillhalten nicht mehr zu verantworten wäre.

Kurz vor dem 3. Oktober brach dann die „Krefelder Initiative“ einen Unterschriftenappell heraus, der sich ausdrücklich auf den Text des „Naturwissenschaftler-Appells“ bezog, dessen gesamte Unterzeichnerliste aufführt und mit denselben Forderungen an die Bundesregierung schließt: sich nicht an SDI zu beteiligen, sich für die Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen einzusetzen und ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß der Weltraum nicht militärisiert würde.

Vor allem dieser letzte Punkt, die Neuaufgabe des „Krefelder Appells“ gegen SDI, sollte die Diskussion auf dem KA sichtbar beleben. Die Sitzung wurde von drei Statements eingeleitet, die Vertreter von AS/F, BUF und KOFÄZ hielten. Der Vertreter von AS/F, Andreas Zumach, der selber den Appell der Naturwissenschaftler unterschrieben hatte, als dieser noch im Frühjahr in der Vorbereitung steckte, übte dennoch scharfe Kritik an seinen Inhalten, sowie an der Vorgehensweise der Initiatoren. Er selbst habe schon im März ein Schreiben der „Naturwissenschaftler-Initiative“ erhalten, mit der Bitte, den damals schon vorliegenden Text zu unterzeichnen. In seiner Antwort wies er nach seiner Aussage darauf hin, daß der Text des Appells keine Kritik an EUREKA beinhalte. Wenn diese Kritik eingebaut würde, wäre er bereit, den Appell zu unterzeichnen. Das nächste Schreiben der Naturwissenschaftler, so Zumach, bekam er dann im August — mit seiner Unterschrift, aber ohne Kritik an EUREKA.

Im folgenden legte Zumach seine Einschätzung von SDI dar. In SDI erkenne er auch das Streben der USA nach der Erlangung einer Erbschaftsfähigkeit über die Sowjetunion. Tatsächlich habe aber kaum jemand die Realisierung eines funktionierenden Raketenabwehrsystems über den USA für möglich und so käme es seiner Meinung nach auch vor allem darauf an, die gegenwärtig und in sehr naher Zukunft tatsächlich realisierbaren und gefährlichen Bestandteile der SDI-Forschung in den Vordergrund zu stellen. Als Beispiel nannte er u. a. den kürzlich erfolgreich durchgeführten ASAT-Test der USA. Auf keinen Fall aber dürfe in der Kritik der Friedensbe-

wegung das westeuropäische Weltraumrüstungsprogramm EUREKA ausgespart werden. Hier seien große Teile der SPD für ein militärisches Programm und in der Partei selber gebe es kaum eine Kritik an dieser Sache. Als Beispiel nannte er hier den unter anderem von Bahn propagierten „europäischen Aufklärungsstellen“, der bis hinein in die Partei-Linke auf Sympathie stöße. Die SPD benutze ihre Propaganda gegen SDI unter anderem dazu, in der Öffentlichkeit für EUREKA zu werben und dies als „zivilisatorische Alternative“ darzustellen. Die SPD sei dabei, sich nach links hin abzugrenzen, was man unter anderem auch an dem Umgang mit dem Bulow-Papier erkennen könne. Die Friedensbewegung müsse für 1986 gerade da ansetzen, wo die SPD ihre Kritik ausläßt: das sei vor allem EUREKA, die konventionelle Aufklärung und die Raketenstationierung.

Der BUF konnte sich den Ausführungen von Andreas Zumach weitgehend anschließen. Seine Position brauche hier nicht im einzelnen wiedergegeben zu werden. Wenn der KA in Zukunft noch einen (eigenständigen) Sinn und Zweck erfüllen solle, müsse geklärt werden, was er in Zukunft zu tun gedenke, z. B. gegen die geplante Stationierung von Cruise Missiles oder das Bundeswehraufrüstungsprogramm.

Das KOFÄZ wies in seinem Einleitungsreferat noch einmal auf ihre seit dem bekannten Positionen hin. SDI sei das noch fehlende Kettenglied der USA, um die Fähigkeit zur atomaren „Enthauptung“ der SU erlangen zu können. Im Grunde müsse man hier den Naturwissenschaftlern und auch der SPD einen besseren Riecher als dem KA bescheinigen. Bislang sei der KA der Bedeutung des „SDI-Themas“ tatsächlich nicht gerecht geworden. Man sei im übrigen völlig einer Meinung, daß der KA bald mit einer Debatte um eine Perspektive für 1986 beginnen müsse. SDI müsse dabei einen zentralen Stellenwert einnehmen. Bis zur Aktionskonferenz am 14./15. Dezember müsse demgemäß ein Konzept

entwickelt werden. Die Kritik am „Naturwissenschaftler-Appell“ fand man schlicht unverständlich und beim BUF „arrogant“. Bei der Raketenstationierung hätte man noch hart mit der SPD ringen müssen, nun habe sie schon innerlich ihre Abkehr von SDI erkennen lassen, während man sich innerhalb der Friedensbewegung so schwer damit tue. Es biete sich diesmal die Chance der Verhinderung der BRD-Beteiligung, die Ausgangsposition sei günstiger als in der Raketenfrage (wo man dasselbe aber auch schon erzählt hatte).

Vom BBU wurde im wesentlichen der inhaltlichen Analyse zugestimmt, wie BUF und AS/F sie dargelegt hatten. Er warnte davor, sich jetzt vollig auf das „SDI-Thema“ zu stützen und alle anderen wichtigen Forderungen zu vergessen, nur weil die SPD dies auch tue. Im Gegenteil dazu müsse die Friedensbewegung wieder damit beginnen, eigene Themen in die Diskussion zu bringen, so wie es bei der Raketenstationierung auch war. Dabei bringe es gar nichts, nur auf die SPD zu schließen, was er an BUF und KOFÄZ gleichzeitig gerichtet wissen wollte. In dieser kontroversen Situation endete dann die Debatte, eine Beschlussvorlage des BUF wurde nicht mehr behandelt.

### Wie weiter im KA?

Eines ist in der Diskussion deutlich geworden: Das Interesse an einer Schwerpunktsetzung auf das „SDI-Thema“ bleibt auf das DKP-Umfeld beschränkt. Alle anderen Redner und Rednerinnen auf der KA-Sitzung sprachen sich in mehr oder weniger scharfer Form gegen eine Einengung der Inhalte und Forderungen in der Friedensbewegung aus. Die DKP isoliert sich in dieser Frage auch im KA isoliert zu haben. Randgespräche ergaben zudem, daß zumindest der BUF und die christlichen Organisationen (bei ESG und AGDF ist dies allerdings noch nicht diskutiert) entschlossen sind, eine eigenständige Kampagne auf die Beine zu stellen. Falls der KA sich nicht zu einem solchen Schritt entschließen wird, wird diese Initiative woanders herkommen, so zumindest der gegenwärtige Diskussionsstand. Ob der KA also als handlungsfähiges Organium weiterhin (oder wieder) bestehen wird, ist also gegenwärtig eine unbeantwortete Frage und hängt nicht unwesentlich vom weiteren Verhalten der DKP ab. Grüns, Jusos und die sozialdemokratische IFIAS haben sich bislang aus dieser Kontroverse herausgehalten.

Th. (Der Text wurde redaktionell gekürzt.)

### Offenlegung der Militär- und Sicherheitspolitik

Militärische Angelegenheiten sind grundsätzlich offenzulegen. Dies gilt auch für die atomare und chemische Rüstung sowie für die Rüstungsbeschaffung, die Militärdoktrin und den Rüstungsexport. Keinesfalls dürfen Daten geheimgehalten werden, die die Sicherheit der Bevölkerung betreffen.

### Demokratisierung des Wehr- und Zivildienstes

Der Zivildienst wird auf 15 Monate verringert, weil das Grundgesetz gleiche Dienstzeit von Zivildienst und Militärdienst verlangt. Der Zivildienst soll den Charakter eines Friedensdienstes erhalten. Der Wille zur Kriegsdienstverweigerung darf nicht durch bürokratische Barrieren behindert werden. Die demokratischen Rechte für die Angehörigen der Streitkräfte werden ausgebaut. Normen, Rituale und Konventionen aus vordemokratischen Zeiten werden beseitigt.

### Errichtung eines Ministertums für Frieden und Aussöhnung

Durch Errichtung eines eigenen Ministertums werden die Aufgaben der inneren und äußeren Friedenspolitik, insbesondere der Abrüstung, zusammengefaßt und politisch aufgewertet. Dadurch soll die besondere friedenspolitische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland sichtbar werden.

### Deutsch-deutsche Abrüstungskooperation als europäische Friedenspolitik

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik errichten eine gemeinsame Behörde um die Abrüstungsmaßnahmen der beiden deutschen Staaten zu koordinieren und zu intensivieren und um partnerschaftlich die Voraussetzung für einen europäischen Friedensvertrag zu schaffen.

### 10 Offenlegung des Rüstungsbereiches

Alle militärischen Angelegenheiten sind öffentlich zu machen. Dies gilt insbesondere für die atomare und chemische Rüstung, aber auch für die Rüstungsbeschaffung, die Militärdoktrin, den Rüstungsexport sowie Lagerung und Transport von bestimmten Waffensystemen.

### 11 Realisierung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen

Das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer — und zwar sowohl das Bundesamt-Schnellprüfungsverfahren als auch Ausschüsse und Kammern — wird für ungediente Wehrpflichtige abgeschafft. Der Zivildienst wird zu einem zivilen Friedensdienst umgestaltet, seine Dauer wird auf 12 Monate verringert. Die Möglichkeit eines Friedensdienstes im In- und Ausland anstelle des Zivildienstes werden erhöht; totale Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen werden von der Wehrpflicht befreit. Für alle bisher verurteilten totalen Kriegsdienstverweigerer wird eine Amnestie erlassen.

### 12 Verstärkung der friedenspolitischen Planungs- und Forschungskapazitäten

Als Sofortmaßnahme schließt die Bundesrepublik Deutschland einen Folgevertrag zum Grundlagenvertrag mit der DDR, der folgendes beinhaltet:

- Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR,
- Umwandlung der bündnerseitigen Ständigen Vertretungen in Botschaften,
- Regelung der Elbgränze in der Stromlinie,
- Auflösung der Erfassungstelle Salzgitter,
- Initiierung von Kooperationsabkommen auf den Gebieten Umweltschutz, wirtschaftliche und technologische Kooperation, Jugendaustausch, Familienzusammenführung und andere humanitäre Fragen.

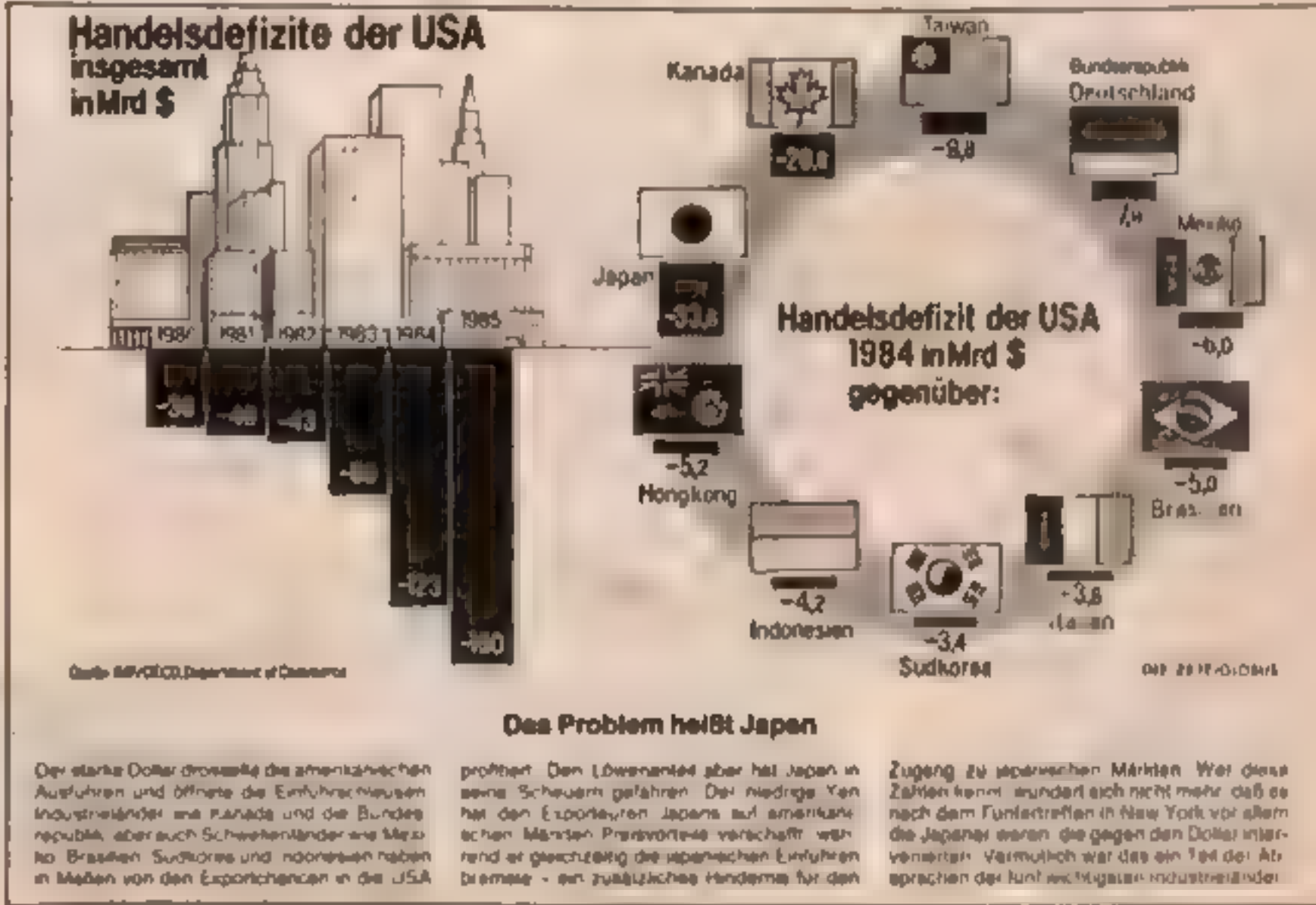
Es wird eine gemeinsame Koordinierungsgruppe zwischen BRD und DDR gebildet, um die Abrüstungsmaßnahmen in den beiden deutschen Staaten zu koordinieren und zu intensivieren. Aus dieser Gruppe heraus wird auch ein Vorschlag erarbeitet, wie in Weiterentwicklung der Schlußakte der KSZE ein Friedensvertrag für Mitteleuropa entwickelt werden kann. Der Koordinierungsgruppe gehören Regierungsvertreter, Fachleute der Friedens- und Konfliktforschung sowie Vertreter aus den Friedensbewegungen an.

### 13 Deutsch-deutsche Abrüstungskooperation

Die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung einschließend handlungsbezogener Anwendungen wird drastisch verstärkt. Dazu wird (werden):

- beim Bundeskanzleramt ein Abrüstungsmittel geschaffen, das sowohl abrüstungspolitische Modelle erarbeiten als auch die abrüstungspolitischen Aktivitäten innerhalb der Bundesregierung koordinieren soll,
- die bereits genannte Stiftung zur Rüstungskonversion eingerichtet,
- die unabhängigen Institute der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik (in Hamburg, Starnberg, Frankfurt usw.) ausgebaut, andere gegründet und gefördert,
- die Aufwendungen für friedenspädagogische Arbeit drastisch erweitert, statt des Beauftragten der Bundesregierung für den Zivildienst ein Beauftragter des Deutschen Bundestages für den Zivildienst und die Friedensarbeit eingerichtet.







Fortsetzung von vorheriger Seite

versicherung für private ausländische Investoren, mit der die Gläubiger im Falle von Forderungen und „sozialen Unfällen“ entschädigt werden sollen — also eine Art „Revolutionssicherung“. Die MIGA soll auch deshalb ins Leben gerufen werden, weil die Privatbanken sich bei der Kreditvergabe in Länder der „3. Welt“ immer mehr (aus politischen Gründen) zurückgezogen haben. Wenden 1983 noch 48 Mrd. Dollar Kredite vergeben, so waren es 1984 nur noch 17 Mrd. Dollar.

Die regionalen Entwicklungsbanken (Interamerikanische Entwicklungsbank, Afrikanische und Asiatische Entwicklungsbank — allesamt Banken, in denen Privatbanken aus den imperialistischen Staaten vorherrschend sind und „Strukturanpassungen“ genau so listen wie die Förderung von industriellen Investitionen in den Ländern der „3. Welt“ für ihrer nationalen Konzerne) wollen ihre Rolle bei Strukturmaßnahmen ausbauen.

Die ECU fordert, daß der 2,7 Mrd. Dollar starke „Treuhandfonds“, der aus Zins- und Kreditrückzahlungen der Schuldnerländer an den IWF besteht, für Kredite an die armen Staaten Afrikas verwendet wird.

In Notfällen sollen die Kredite des IWF um ein Jahr erweitert werden, falls die ungelösten Schuldenprobleme eines Landes anhalten.

Der IWF soll für 1986 ausreichende Mittel für kurzfristige „Feuerwehr“-Kredite bereithalten, allerdings mit der Auflage versehen, daß Schuldner, die mindestens sechs Monate in Zahlungsverzug beim IWF geraten sind, überhaupt keine IWF-Mittel mehr erhalten sollen. Obendrein will der IWF künftig die Namen der Zahlungssäumigen veröffentlichen.

Der amerikanische Finanzminister Baker wartete dann auf die Tagung von Weltbank und IWF mit einem weiteren Vorschlag auf, der vor allem auf die am höchsten verschuldeten Länder zielt (Mexiko, Brasilien, Argentinien, die Philippinen, Nigeria, Peru und Venezuela). In den nächsten drei Jahren sollen die Privatbanken diesen Ländern rund 20 Mrd. Dollar Kredite gewähren, und die Weltbank soll im gleichen Zeitraum über 18 Mrd. Dollar hinaus weitere 9 Mrd. Dollar zuschießen. Diese Kreditpakete sollen nach dem Bekunden von Baker die wirtschaftlichen Bedingungen verbessern helfen. Die ganze Sache hat nur den Haken, daß Baker zugleich sehr scharfe Bedingungen an die verschuldeten Länder stellt: sie sollen ihren zu hohen staatlichen Einfluß zurückschrauben und dem „freien Unternehmertum“ noch mehr Spielraum gewähren. Gemeint sind damit nicht die Bourgeoisien in den verschuldeten Ländern, sondern vor allem die internationalen Konzerne, für die die ohnehin schon profitablen Produktionsbedingungen noch weiter verbessert werden sollen. Es geht Baker um nichts anderes, als mit den Kreditanreizen die „stürmischen“ Länder ökonomisch „zurückzuführen“ — die gewährten Kredite werden also zum großen Teil den internationalen Monopolen „verschüttet“. Länder „ökonomisch stürmisch“ zu machen — die gewährten Kredite werden also zum großen Teil den internationalen Monopolen selbst zugute kommen. Wen wundert es da, wenn die bundesdeutschen Bankenvertreter diesen Vorschlag der USA Beifall zollten?

Daß Forderungen von Ländern der „3. Welt“ nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, mehr Kreditmitteln, einer Öffnung der imperialistischen Märkte für Waren aus der „3. Welt“ usw. völlig unberücksichtigt bleiben, spiegelt nur das reale Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und „3. Welt“ wieder.

Die etwas modifizierten Beschlüsse von IWF und Weltbank laufen daher insgesamt darauf hinaus, daß die imperialistischen Staaten sich

► zusätzliche Eingriffe gegenüber den verschuldeten Ländern geschaffen haben, insbesondere dadurch, daß neben dem IWF nun auch die Weltbank als Instrumentarium und „Polizist“ eine markierte Funktion wahrnimmt.

► weiterhin ungehen abzusichern versuchen, ihr eigenes Risiko bei eventuellen Zahlungsmißständen von Ländern der „3. Welt“ für ihr Währungsrisiko zu mindern,

► und die wirtschaftspolitischen Dauernachschub („Auflagen“) gegenüber den verschuldeten Ländern abzuwägen zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und politischen Risiken, wobei letztere stärker ins Bewußtsein des Finanzkapitals getreten sind.

D., Westberlin

Quellen: Die Zeitwoche 40 und 41 1985, „Die Zeit“ 41 1985, U.S. Depart. of Commerce Bureau of Current Business, Frankfurter Allgemeine und Link der Rheinisch-Westfälischen Zeitung 2. D. 7. 1985



## Handel, Investition, Profit

### Die Südafrikapolitik der BRD

Im September tritt sich die Koalition um die Südafrika-Politik der BRD. Für einige Tage konnte mensch den Eindruck haben, es existierten drei Linien in dieser Frage: Die Forderungen der SPD-Opposition nach Sanktionen und einem gesteigerten Druck auf das Apartheidregime; die kapitalfreundliche aber rhetorisch zurückhaltende Position des Außenministeriums unter Genscher; und die harte Linie in der Form Strauß'cher Kritik am weichen Verhalten der Bundesregierung. Das Strohhalm der wütenden Polemiken von SPD, FDP und CDU/CSU verlor jedoch sehr schnell wieder, die Kontinuität der Südafrika-Politik von Regierung und Kapital bleibt gewahrt. Warum auch nicht, denn das Interesse an Handel, Investitionen und Profit erwies sich über vier Jahrzehnte immer als dominant, ob unter einer christlich-konservativen oder sozial-liberalen Regierung.

Die Wurzeln westdeutscher Südafrikapolitik liegen Jahrzehnte zurück. Die Wiederaufnahme der Beziehungen

Die Wurzeln westdeutscher Südafrikapolitik liegen Jahrzehnte zurück. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Südafrika und der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg war in offener Anknüpfung an die im Faschismus hergestellten Kontakte vorstellbar. Doch sollte dieses Tatsache nicht darüber hinwegtäuschen, daß bundesrepublikanische Afrikapolitik mehr ist als die Kontinuität der Verbindungen ewiggestriger zu ideologischer Gleichgesinnung wie dem Rassenregime in Pretoria. Schon der Umstand, daß von SPD bis CDU in der politischen Praxis eine abersinnigende Linie verfolgt wurde, weist darauf hin, daß hier andere maßgebliche Momente zugrunde gelegt werden müssen.

An die Stelle der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft von 1913 traten kurz nach Kriegsende die Südafrikanische Studiengesellschaften in Hamburg, München und anderen Städten, in der sich die frühere Reichspressechef O. Dietrich betätigte. 1952 konstituierte sich die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft neu. In ihrem Präsidium fanden sich u. a. der Außenexperte der Deutschen Bank aus der Zeit des Faschismus, Gesellschaften diese Art entsprachen auch den restaurativen Tendenzen in der BRD. Koloniale Vorstöße aus der BRD Krowen erwiesen sich jedoch als zu weitreichend in einer Zeit, da viele afrikanische Staaten sich auszeichneten, ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen.

So büßte diese Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft mit der Zeit ihren Einfluß ein, wichtiger wurde die Deutsche Afrika Gesellschaft, die jahrelang vom Präsidenten des deutschen Bundestages, Eugen Gerstlanger, geleitet wurde.

Zeitgleich mit der Neubildung solcher neo-kolonialer Interessenverbände erfolgte der Wiederaufbau der wirtschaftlichen Beziehungen. 1951 erfolgte

der Abschluß des ersten Handelsabkommens zwischen Pretoria und Bonn, 1953 war die westdeutsche Industrie auf der Johannesburg Messe (Rand Easter Show) vertreten. Die BRD war damit die erste ausländische Nation, die sich mit einem eigenen Pavillon beteiligte. 1954 wurde ein weiteres Handelsabkommen zwischen der BRD und Südafrika geschlossen, und fortan wuchs das Handelsvolumen beständig an. Das Massaker von Sharpeville 1960 mit dem ebenfalls wenig Abbruch wie der Austritt der 1961 von den Buren ausgerufenen „Republik Südafrika“ aus dem Commonwealth.

Ökonomische Interessen und politisch herrschende Auffassungen innerhalb der Regierungsparteien in der BRD und deren Vertreter deckten sich bis in die 60er Jahre hinein nahezu vollständig. Als Beispiel mag eine Äußerung des ehemaligen Bundespräsidenten Lübke gelten, der anlässlich seines Südafrika-Besuchs 1959 erklärte: „Ich weiß die Rassenprobleme hier in guten Händen“ — und: „Afrika ist die Flankendeckung für Europa, wenn Afrika kommunistisch wird, dann ist auch Europa in die Zange genommen“.

Bemerkenswert ist zudem der Aufbau von Propaganda-Instrumenten durch das südafrikanische Informationsministerium, das 1962 unter dem Namen „Südafrika-Stiftung“ eine Filiale in München eröffnete. Diese Stiftung ist Drehscheibe für Reisebüroisten und Informationsvermittlung zwischen Kapitalvertretern und Regierungspolitikern. In ähnlicher Weise wirkt die „Gesellschaft für Auswärtige Politik“. Diese südafrikanische Propagandainstitution organisiert Symposien und Reisen, an denen u. a. Prominente wie Kai Uwe von Hassel und FDP-Mitglied Bangemann teilnahmen. Im Herbst 1977 z. B. wurde eine Reise von FDP-Bundestagsabgeordneten in die Rassenrepublik organisiert, während der Bangemann und die anderen den damaligen Rassenführer Vorster trafen. Bangemann damals zu dieser Reise: „Wir haben ein Programm gehabt, das von A bis Z unseren Wünschen entsprach hat“.

1965 wurde die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (DSAG) wiedergegründet, die teilweise in Personalunion mit der Südafrika-Stiftung geleitet wird. In einer Artikelserie der Wirtschaftswoche „Blück durch die Wirtschaft/FAZ“ mit dem Titel „Deutsche Niederlassungen in Südafrika“ wurden diese Institutionen als Informationsvermittler angepriesen, die DSAG mit den Worten: „Sie bemüht sich seit einer Reihe von Jahren, mehr Verständnis für Südafrika in der deutschen Öffentlichkeit zu verbreiten und nimmt sich besonders der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Partnerlandes an.“ Neben diesen Institutionen unterhalten BRD-Unternehmen eigene Kontakte: „... die deutschen Großbanken (unterhalten) in Johannesburg eigene Vertretungen und verfügen in ihren Mutterhäusern über spezielle Südafrika-Abteilungen.“ (§ 11, 74) Be-

zeichnend ist, daß in solcherart Artikel-Einschätzungen über die Lage in Südafrika stehen wie: „... angeblich von Weißen verübte Diskriminierung und Unterdrückung“ und „Es fällt einem kritischen Beobachter schwer, eine objektive Aussage über die soziologische Situation des Landes zu machen.“

Nahezu ebenso wichtig in der Auseinandersetzung ist für das Südafrikanische Regime die Pflege von intensiven Kontakten auf der Ebene des Sports und des Tourismus. Bundesdeutsche Sportler und Sportlerinnen fanden nach wie vor ihren Beitrag, den internationalen Boykott des Rassenregimes zu unterlaufen. 1971 reiste u. a. die spätere Olympiasiegerin Heide Rosendahl nach Südafrika, Tennisspieler aus der BRD treten auch heute noch in Johannesburg an. 1973 inszenierte das Regime die „Internationalen Südafrikanischen Spiele“ um vor der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, daß in Südafrika Menschen verschiedener Hautfarbe zu einem 100m-Lauf antreten können. Die Botschaft ist klar: wenn so etwas möglich ist, kann es mit der Apartheid ja nicht so schlimm sein. Und der deutsche Vizegespörter Max Schmeling trägt seinen Part bei, der zu diesen Spielen meinte: Sie „haben gezeigt, daß die Zeit für die Zulassung Südafrikas zu den Olympischen Spielen gekommen ist“.

Max Schmeling trägt seinen Part bei, der zu diesen Spielen meinte: Sie „haben gezeigt, daß die Zeit für die Zulassung Südafrikas zu den Olympischen Spielen gekommen ist“.

#### Profit kennt keine Moral

Ende der 60er Jahre nahmen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern nochmals zu. Teil dieser neuerlichen Offensive von beiden Seiten war eine vertrauliche Konferenz im Herbst 1967 in Bonn. Einem geheimen Rundschreiben der „Deutsch-Südafrikanischen Kammer für Industrie und Handel“ zufolge war diese Konferenz vom damaligen Finanzminister Strauß und einem Wirtschaftsboß aus Südafrika initiiert worden. Auf dieser Konferenz war alles vertreten, was in der BRD in Wirtschaft und Politik wichtig war und ist. Der Präsident des BDI war da, Vertreter der Deutschen, der Dresdner und der Commerzbank, Krupp, Rheinisch, Thyssen, Klockner, AEG, Siemens, Bosch, Volkswagen ... Alle Regierungsvertreter der damaligen Innenminister Lücke, sodann Stoltenberg als Forschungsminister und Richard Jäger (Christdemokrat). Eine der Hauptreden auf diesem Treffen hielt der Patron des deutschen Kapitals durch vier Jahrzehnte: Hermann Josef Abs.

Im darauffolgenden Jahr reiste eine ähnlich hochkarätig besetzte Delegation in die Kaprepublik. Und der südafrikanische Handelsminister jubelte: „Endlich kommen die Deutschen! Sie kommen spät, aber sie kommen!“ Er war gleichzeitig zu dieser Reise war eine Delegation der Hamburger Handelskammer in Südafrika gewesen. Seit dem reißten die Besuche aus der BRD in der Rassenrepublik nicht mehr ab.

Im November 1973 reiste eine BRD-Delegation in die Kaprepublik, die Br-

gebnisse dieser Reise wurden aus südafrikanischer Sicht wie folgt zusammengefaßt: „Regierung und Wirtschaft der Republik Südafrika (...) sind auf der Grundlage traditionell freundschaftlicher Beziehungen, die auch in großen Teilen der Bevölkerung bestehen, stark daran interessiert, die Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und die industrielle Zusammenarbeit mit ihr auszubauen. Der Besuch der Delegation wurde als ein Beweis für das gleiche Interesse auf der deutschen Seite gewertet. Die Delegation sieht in Überwindung der auf der Bundesregierung keinen politischen Anlaß des Handels- und Kapitalverkehrs mit Südafrika einzuschränken. (...) Für natürliches und in Zukunft auch angereichertes Uran bietet sich Südafrika als fairer und zuverlässiger Lieferant an; (...) Ausländische Investitionen in Südafrika werden keine Beschränkungen (...) Beständige, wirtschaftsfreundliche Regierungen und eine gesicherte Rechtsordnung sind gewichtige positive Faktoren des südafrikanischen Geschäfts- und Investitionsklimas. (...) Die sich ergänzenden Gegebenheiten der südafrikanischen und deutschen Wirtschaft machen die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Gebot der ökonomischen Vernunft.“

Was ökonomische Vernunft im Sinne der BRD-Kapitalisten heißt, können wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Gebot der ökonomischen Vernunft“.

Was ökonomische Vernunft im Sinne des BRD-Kapitals heißt, mögen zwei Beispiele veranschaulichen. Zu den Löhnen für die Arbeiter in Südafrika erklärte ein Vertreter der Rosenthal AG (Mehrheitsbesitzer Ex-SPD-Bundestagsabgeordneter Ph. Rosenthal): „Bei der Firma Rosenthal in Bayern verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine sehr große Ersparnis. Auf diese Weise kommen wir zu sehr interessanten Preisen.“ Über die Vorteile des Zwangsarbeitersystems der Wanderarbeit sagte der damalige Chef von VW (Südafrika) „Das wirkt sich positiv auf Geschäft aus; Man weiß, man hat seine Arbeitskräftezufuhr und bekommt sozusagen aus bestimmten Gebieten. Das alles hat doch nichts mit Moral zu tun, das ist doch nur eine Frage des Geschäfts.“

Genau deshalb ist in dem Rassenstaat alles an der BRD vertreten, was Rang und Namen hat. Etwa 450 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften von BRD Firmen beschäftigen rund 30 000 Menschen. Die Umsätze der BRD-Industrie in Südafrika wurden 1983 auf rund 10 Mrd. DM geschätzt, die Automobilindustrie (VW, Daimler-Benz, BMW) ist der am stärksten vertretene Zweig gefolgt von der Elektronikindustrie (Siemens, AEG, Bosch) und der Maschinenbaubranche. Das gesamte Investitionskapital aus der BRD wird auf rund sechs Mrd. DM geschätzt. In den offiziellen Statistiken wird dagegen ein Investitionswert von nur ca. 10% dieser Summe angegeben. Die Differenz zwischen diesen beiden Geldbeträgen ist das, was die BRD Firmen im Laufe ihrer Geschäfte in Südafrika an Gewinnen

Fortsetzung nächste Seite



wieder in ihren Firmen niederlassungen investiert haben. Deshalb betonte der Präsident des IHD, R. Rodenstock, noch im Oktober 1981 beim Jahrestreffen der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer: „Kaum ein Handelspartner der Bundesrepublik bietet der deutschen Industrie derartige Investitionsbedingungen wie Südafrika.“ (VAD 17.10.81)

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die DM-Mark für südafrikanische Schuldner die wichtigste internationale Anleihewährung ist (mehr als 30% am ausstehenden Volumen). Staat, Institutionen und Unternehmen aus Südafrika gehören zu den häufigsten Kunden des DM-Kapitalmarkts. Allein seit Anfang 1982 sind mehr als 20 südafrikanische DM-Anleihen mit einem Gesamtvolumen von über 2,5 Mrd. DM gezeichnet worden (Handelsblatt, 2.9.85).

Abschließend möchten wir für die Beschreibung des Klimas zwischen BRD-Kapital und den Rassisten einen Bericht der Deutsch-Südafrikanischen Kammer für Handel und Industrie sprechen lassen. Unter der Überschrift „Alle Jahre wieder“ heißt es dort: „Die in einem deutschen Weihnachtsfest ausgedrückte Freude über ein hochherrschaftliches Fest ist durchaus passend für das herausragende gesellschaftliche Ereignis der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer, seiner Mitglieder und Freunde, dem „annual banquet“.

Über 700 geladene Gäste, die sich im entsprechenden Rahmen des Carlton Hotels in Johannesburg einfanden, durften sich über den Wechsel kulinarischer und intellektueller Genüsse erfreuen.

Seine Pflicht als Gastgeber entsprechend, eröffnete der Präsident der Handelskammer, Herr Wenigs, das Bankett mit freundlichen Grüßen an seine Gäste und verstand es meisterlich, den rhetorischen Rahmen für die kommenden Reden zu setzen.

Der deutsche Botschafter, Dr. Eickhoff, sprach als erster Redner über die Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik Deutschland und unterstrich die Wichtigkeit der Partnerschaft für beide Länder, insbesondere zur Lösung der hiesigen Probleme...“

Dem anschließenden Gruß durch einen Vertreter der Stadt Johannesburg folgte die Rede des Präsidenten des BDI, Herrn Prof. Dr. Rodenstock, der sich auf einer Informationsreise in Südafrika befand, deren Beginn mit dem Jahresbankett zusammenfiel. Anschließend trat der südafrikanische Finanzminister auf, der auf die „für Südafrika lebenswichtigen Investitionen aus der BRD (hinwies), die (sich) Ende 1980 auf ca. etwa die Hälfte aller Investitionen aus der EG bzw. mehr als ein Viertel aller Fremdinvestitionen in Südafrika beliefen. Als Bon-Bon des Abends muß wohl die Ankündigung des Ministers gewertet werden, daß Spenden für das von der Kammer vorgesehene „Teachers-In-Service Training Centre“ in Soweto (...) von der Steuer absetzen, auch nach Eröffnung der Investitionen aus der EG bzw. mehr als ein Viertel aller Fremdinvestitionen in Südafrika (beliefen). Als Bon-Bon des Abends muß wohl die Ankündigung des Ministers gewertet werden, daß Spenden für das von der Kammer vorgesehene „Teachers-In-Service Training Centre“ in Soweto (...) von der Steuer absetzbar sind und Spenden aus der BRD zusätzlich zur deutschen Absetzbarkeit über den Financial Rand ge tätigt werden können.“ (Chamber's News, 5/1981)

## Sozialliberal: Business as usual

Wer gedacht hatte, daß mit Antritt der sozialliberalen Bundesregierung sich eine menschenfreundlichere Linie in der Südafrikapolitik durchsetzen würde, wurde herb enttäuscht. Auch diese Bundesregierung erwies sich während ihrer Regierungszeit als getreue Sachwalterin der bundesdeutschen Wirtschaftsinvestitionen und trug auf ihre Weise zur politischen, ökonomischen und militärischen Stützung des Rassistenregimes bei. Lediglich andere Politiker verbrämten mit anderen Worten die alte politische Praxis der vormaligen christlich-konservativen Regierung. Im Rahmen des sich weltweit verändernden Verhältnisses zwischen den Metropolen und der „3. Welt“ wich die sozialliberale Bundesregierung ab von den überholten Standbeinen der Adenauer Außenpolitik. Man begann auch Verbindungen mit Ländern zu pflegen, die ihrerseits die DDR anerkannten, man war entspannt gegenüber fortschrittlichen Staaten und Gesellschaften. Als Außenminister gab Willy Brandt 1968 eine erste Leitlinie für eine solche Politik. Vor afrikanischen Botschaftern erklärte er, Handel und Politik sollten voneinander abgekoppelt sein. „Daher fordern wir (die BRD) Handelsbeziehungen nicht mit Ländern, mit denen wir ernste politische Differenzen haben.“ Eine solche Position ist selbstverständlich anwendbar auf das Verhältnis zu fortschrittlichen als auch zu faschistischen Regierungen.

1973 reiste der ehemalige Finanzminister Moller mit einem Brief Willy Brandts an Vorster nach Johannesburg. In diesem Brief ließ Brandt den damaligen Rassisten-Präsidenten Vorster wissen, daß die Bundesregierung vor der UN jede evolutionäre Tendenz in Südafrika unterstützen und sich gegen alle revolutionäre Stimmungen wenden werde. Die Bundesregierung lehnte die Forderung eines Teils der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) ab, das deutsche Konsulat in Windhuk (Namibia) zu schließen, schon aus Rücksicht auf die dort ansässigen Deutschen. Insgesamt verlor SPD-Gesamte Moller Südafrika mit einem positiven Eindruck. Im Jahr darauf enthielt sich die BRD insgesamt bei einer Abstimmung in der UN bei der es um eine Resolution ging, die alle Staaten aufforderte, durch wirtschaftlichen Druck Südafrika zur Aufgabe Namibias zu zwingen. 1975 wurde durch die Reise des Generalkonsults der Bundeswehr, Rall, die Öffentlichkeit auf die rege militärische Zusammenarbeit zwischen dem Rassistenregime und der BRD aufmerksam. Der General mußte gehen, die Politik blieb. Das nächste und die folgenden Jahre hatte die Bundesregierung viel zu tun, ihr nukleares Geschäft mit der Republik



Südafrika zu verkaufen und zu leugnen. Auch dies war ein Skandal mit einzigartigen Ausmaßen, selbst auf der internationalen Bühne. (Vgl. dazu AK 262, W. Geißler, „Die bundesdeutsche Bombe — made in Südafrika“; AK 261, „Dohnanyi und Südafrika — Beispiel für doppelte Moral“).

Ein anderes Beispiel ist das Gezappel um den EG-Verhaltenskodex zu Südafrika, der 1977 aus der Taufe gehoben wurde.

## EG Kodex — eine Farce

Im September 1977 verabschiedete der EG-Ministerrat einen „Verhaltenskodex für Unternehmen mit Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder Vertretungen in Südafrika.“ Damit reagierten die europäischen Staaten einerseits auf eine Initiative aus den USA, jedoch wollte man seine eigene, spezifische Moral kodifizieren. Zum anderen reagierten die europäischen Staaten auf eine ähnlich starke öffentliche Protestwelle gegen das Rassistenregime, wie sie heute stattfindet. Ein Jahr nach der brutalen Niederschlagung des Aufstandes von Soweto und eine Woche nach der Ermordung des schwarzen Studentenfürhrrers Steve Biko legten die Politiker mal wieder eins ihrer Feigenblätter auf die Verbindungen zum Regime in Pretoria. Steve Biko war in der Nacht vom 11. auf den 12. September 1977 seinen Verletzungen, die er durch Folter in der Polizeihäftl erlitten hatte, erlegen.

Dieser Verhaltenskodex, entreckte sich auf die innerbetrieblichen Beziehungen, also die Gewerkschaftsbeziehungen, auf die Freizügigkeit der schwarzafrikanischen Wanderarbeiter und ihre soziale Absicherung, auf die Lohngleichstellung. Die Arbeitsbedingungen und die Aufstiegschancen schwarzer Arbeiter, ebenso wie auf freiwillige Sozialleistungen der entsprechenden Unternehmen und die Beseitigung der Apartheid am Arbeitsplatz. Großartig wandte sich Außenminister Genscher dagegen, daß dieser Verhaltenskodex nur Fünche über das reale Engagement europäischer Firmen in Südafrika sei. „Er ist überzeugt, daß gerade dieser Verhaltenskodex eine Bewegung auslösen werde, die zur Überwindung der Apartheid-Politik beitragen und von der Regierung in Südafrika nicht mehr aufrehalten werden kann.“ (Handelsblatt, 21.9.77)

Bestandteil dieses Kodex war, daß die Unternehmen jährlich einen Bericht über die Fortschritte in ihren Betrieben bei ihren jeweiligen Regierungen abzuvermitteln hätten. Um mit gutem Beispiel voranzugehen legte das Bundesfinanzministerium im November 1977 einen Bericht über das Verhalten von BRD-Firmen mit Bundesbeteiligung in Südafrika vor — dies betraf VW, Vag Vereinigte Industrieunternehmen, Salzgitter South Africa, die VEB, die Luftwaffe sowie die Firma Schenker. Neben der Tatsache, daß diese Firmen in Südafrika über dem Mindestlohn standen, konnte man von keinen

Unternehmen berichten.

Der Bundesverband der Deutschen

Industrie (BDI) hatte den Kodex schon in seiner Entstehung kritisiert, denn der BDI sah darin eine Aufforderung zur Verletzung von Landesgesetzen in Südafrika. Der Bericht über das Verhalten der BRD-Firmen ließ dann auch lange auf sich warten. Mit einjähriger Verspätung lag er im Januar 1980 vor: Nicht einmal die Hälfte der betroffenen BRD-Firmen ließ es überhaupt für nötig zu antworten. Lediglich 42 von 180 Niederlassungen ließen antwortbare Berichte insgesamt zu. In den Berichten hervor, daß die BRD-Firmen den la cherlichen Forderungen des EG-Kodex in keiner Weise gerecht geworden waren. Nicht einmal die Hälfte der berichtenden BRD-Firmen zahlten solche Löhne an nichtweisse Arbeiter, die nach dem EG-Kodex über dem Existenzminimum liegen sollen. Trotzdem: „Insgesamt über den Bericht der Bundesregierung nur vorsichtige Kritik an deutschen Unternehmen in Südafrika.“ „Den berichtenden Unternehmen bescheinigt die Bundesregierung, daß sie der Forderung nach Abbau der Rassendiskriminierung aufgeschlossen gegenüberstehen.“ (FAZ, 17.1.80)

Insgesamt offenbart dieser Bericht, daß alles Gerede von einem konstruktiven Engagement der BRD-Firmen in



Südafrika lediglich zur Bestätigung empörter Gemüter bestimmt war und ist. Die sozialliberale Regierung stellte sich nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv an die Seite der von der Apartheid quälenden Firmen, wenn sie diesen schon positiv anrechnete, daß „sie sich nicht negativ gegen den so selbstverständlichen Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ geäußert hatten.“ (FR, 7.1.80)

Im Oktober 1979 reiste der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall nach Südafrika, und bescheinigte den BRD-Firmen, „die unternehmen nachholende und erfolgsversprechende Anstrengungen, den ihnen nach dem Beitrag zur friedlichen und allgemeinen Lösung der schwierigen Rassenprobleme Südafrikas zu leisten.“ „Manch einer wurde staunen, wie progressiv die deutschen Firmen in Südafrika sind.“ (FR, 14.10.80) Gegenüber solchen Dreistigkeiten bezog sogar ein Genscher ironische Distanz, der angesichts ähnlicher Aussagen von BRD-Firmen meinte, da wolle er „am liebsten Schwarzer werden.“ (FR, 7.1.80)

Auch hier ein kleines Beispiel abschließend dafür, wie dem Primat des Profits Vorrang vor der Moral gegeben wurde (aus einer Kabinettsitzung vom Juli 1981): „Zah verteidigten der Bundeskanzler und sein Außenminister am (...) im Kabinetts moralische Grundsätze. Es bleibe dabei, so beharrten sie, daß nach wie vor Großgeschäfte mit dem Apartheid-Staat Südafrika nicht durch staatliche Bürgschaften gefördert werden dürfen. Aber Grundsatzregeln muß nicht gleich in starrem Dogmatismus

wickeln und sie der südafrikanischen Regierung nahebringen. Noch gibt es schwarze Politiker in Südafrika, die bereit sind, zusammen mit den weißen Afrikanern einen Ausweg zu suchen. Aber militante Gruppierungen gewinnen an Boden, geraten dabei zunehmend unter kommunistischen Einfluß. Die Zeit drängt also. Weiß das die Bundesregierung? Mit der Ablehnung von Rassendiskriminierung allein ist es nicht mehr getan.“ (FAZ, 17.10.1975)

Viele Studien sind in den verschiede-

nen Stiftungen und Parteiendekfabriken erschienen. Im Grundsatz unterscheiden sie sich je nach dem Zielpublikum. Für das wie in der BRD herausgegeben wurden Studien aus der Friedrich Ibert Stiftung pläzieren mit einer umfassenden Verdamnung der Apartheid, der Anerkennung des Rechts auf Widerstand für die unterdrückte Bevölkerung. Anerkennung wird auch dem Widerstand im Exil, also ANC und PAC, gegeben, wenn auch beschränkt. Bei der Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika, die auf den verschiedenen Ebenen der Kredit- und Handelsgeschäfte den Rassisten ernsthafte Schwierigkeiten machen würden, erfolgt jedoch durchgängig ein striktes Nein. Denn: „Ein weiteres Wachstum der südafrikanischen Volkswirtschaft gibt nicht nur nötigen Spielraum für Reformen und Umverteilung (was allerdings mit politischem Druck erkämpft werden muß), sondern schafft auch eher als eine stagnierende Wirtschaft Voraussetzungen für die Entstehung einer bewußten, artikulationsfähigen Schicht von Schwarzen und ihrer

Organisationen, die die Durchsetzung ihrer Interessen wirksam vornehmen können.“ Angewandt der Tatsache, daß die Aufstände von Soweto und die Ermordung z.B. von Steve Biko in eine Bauphase der südafrikanischen Wirtschaft fielen, muß mensch schon an den lauter Motiven solcher Aussagen zweifeln. Sodann können „die Ziele im Politischen (...) nur darin liegen, daß die Bundesrepublik mit ihrer Politik gegenüber Südafrika dazu beiträgt, daß sich innenpolitisch die Kräfte artikulieren können, die auf einen Wandel hinwirken, und daß konkrete Fortschritte unterstützt werden.“ Tatsache ist je doch, daß es in den vergangenen Jahren zeichnen in Südafrika für die unterdrückte Mehrheit der Menschen keinen Fortschritt, sondern ein Meer an Leid, Hunger und Repression gegeben hat. Angesichts der beinahten Hatzung der südafrikanischen Faschisten sind solcherart Pläne einer europäischen Sozialdemokratie an der Realität vorbeigeschoben.

Eine Karikatur ihrer selbst wird diese Politik, wenn in einer gegenwärtigen Debatte um Handlungsmöglichkeiten von der Sozialdemokratie in den Bundestag folgendes eingebracht wird: „Die südafrikanische Regierung hat auf den jahrelangen diplomatischen Druck des Westens nicht in befriedigender Weise reagiert. Es ist an der Zeit, die Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit unserer Forderungen an Südafrika durch geeignete, überzeugende Druckmittel zu untermauern. Damit soll Südafrika klargemacht werden, daß seine Apartheidspolitik auf aktive Gegnerschaft stößt. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, einen Katalog ausgewählter, rücknehmbarer und gegebenenfalls zeitlich befristeter Maßnahmen zu ergründen, und für die europäische und weltweite Unterstützung einzutreten.“ Herr Botha wird's mit Freude vernommen haben.

Gemäß den Interessen der BRD-Wirtschaft und in Übereinstimmung mit der BRD-Politik gegenüber Südafrika durch die vergangenen zwei Jahrzehnte meldete sich Franz Josef Strauß in der jüngsten Debatte zu Wort. In seiner Analyse „Handelsblatt“ (25.9.85) qualifiziert er die gegenwärtige Politik der Botha-Regierung als einen „Weg der friedlichen Lösung der vielschichtigen Probleme“, ist für den „Abbau der Apartheid bis zu einem gewissen Grad bereit und will im übrigen fest, daß die Abschaffung des Eheverbots zwischen Nicht-Weißen und Weißen, die Beseitigung der „kleinen Apartheid“ usw. wesentliche Reformfortschritte sind. Er ist gegen die Einführung des Systems „one man — one vote“. Derjenigen, die für die Umsetzung dieser Forderung eintreten, „sind entweder nicht fähig oder nicht willens, die unabsehbaren und unverantwortlichen Folgen zu erkennen und tragen damit Mitverantwortung für die Vorbereitung eines sich abzeichnenden Bürgerkrieges, dessen Verlierer die Menschen in Afrika und dessen Gewinner die Strategen im Kreml sein müßten.“ „Wer die sofortige Verwirklichung von Maximalforderungen ohne Wenn und Aber verlangt, öffnet das Tor zu Bürgerkrieg, die Unabsehbaren und unverantwortlichen Folgen zu erkennen und tragen damit Mitverantwortung für die Vorbereitung eines sich abzeichnenden Bürgerkrieges, dessen Verlierer die Menschen in Afrika und dessen Gewinner die Strategen im Kreml sein müßten.“ „Wer die sofortige Verwirklichung von Maximalforderungen ohne Wenn und Aber verlangt, öffnet das Tor zu Bürgerkrieg, Gewalt und Niedergang.“ Ein Libano sollte eigentlich genügen. Es kann nicht Aufgabe verantwortungsbewußter westlicher Politiker sind, die Republik Südafrika auf einen Weg zu zwingen, der in kürzester Zeit zu Zuständen führen würde, wie wir sie heute in Zimbabwe ... erleben. Westliche Hoffnungen und Illusionen haben sich dort nicht erfüllt.“ „Und natürlich Moskau. Wenn es dem Kreml gelänge, das südliche Afrika unter seine Kontrolle zu bringen, „wäre es der wirkliche Herr in Europa — ohne einen Schuß abzugeben.“

Mit diesen Sätzen sprach Strauß das aus, was als (Grundlinie der BRD) Politik gegenüber Südafrika gilt, und gilt. Daß Strauß dies in einer solchen provokativen Klarheit sagen konnte ist ein Zeichen für die schlappe Sozialität in der 3. Republik mit dem Kampf der Unterdrückten in Südafrika. Ronald Reagan mußte sich für Ähnliches öffentlich entschuldigen, aber das ist eine andere Geschichte.

we./Imp.-Kom.

Anmerkungen:

Sowohl in diesem Artikel keine Quellen genannt sind, bezogen wir die Aussagen aus zwei Büchern, die wir sehr empfehlen wollen: Wolff Ostel, Jürgen Ostelwsky: Südafrika, Rassismus, Imperialismus. Selbstverlag (Pohl) Rugenstern 1979; Helmut Bey, Rainer Tatzlaff: Afrika und Bonn (rororo 4270, 1979).

\* Aus: Südafrika, Optionen für die Bundesrepublik Deutschland, Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Mai 1981. Herausgegeben vom Forschungsinstitut der FEB, Reihe Internationale Politik.

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in diesem Lande die Zukunft gehört. Und das gilt für die Weißen, über die der Weg in diese Zukunft führt. (...)

Quelle: Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Africa, Asien/Pazifik und Lateinamerika Konrad Adenauer Stiftung — Institut für Internationale Solidarität, 29. März 1983

Inder gibt es unter den Schwarzen, Farbigen und Asiaten nicht mehr so viele Menschen, die für friedlichen

Wandel eintreten, wie noch vor einigen Jahren. Eine große Zahl neigt inzwischen radikaleren Gruppen zu. Aber es entspricht nicht unseren Interessen, aus ANC oder PAC zu fördern. Das würde der Bundesrepublik den Beifall mancher afrikanischer Staaten einbringen, aber darüberhinaus würden viele Staaten Schwarzafrikas daraus den Schluß ziehen, daß die Bundesrepublik aus kurzfristig opportunistischen Gründen gegen ihre eigenen langfristigen Interessen handelt.

Abgesehen davon wäre es kaum sinnvoll, dazu beizutragen, die Apartheid abzuschießen, um dann zu helfen, ein kommunistisches Regime in Südafrika zu etablieren.

Der PAC und insbesondere der ANC sind politische Faktoren, mit denen gerechnet werden muß. Bei der Suche nach einer Lösung müssen sie einbezogen werden. Die Bundesrepublik will sich dem Dialog auch mit diesen Kräften nicht entziehen können. (...) Außenpolitik in Richtung Südafrika heißt, Vertrauen wiedergewinnen. Das gilt für die Schwarzen, denen in



Chile:

# Zwischen Protesttagen und Verhandlungen

Pinochet ist nicht mehr lange zu halten, diese Auffassung scheitert sich nicht nur bei den letzten Anhängern der Diktatur in Chile, sondern auch bei ihren Freunden im Ausland mehr und mehr durchzusetzen. Während in Brasilien, Uruguay, Argentinien schon vor Jahren ein kontrollierter Demokratisierungsprozeß eingeleitet wurde, hielten die USA in Chile weiter an der Diktatur fest, weil sich keine gesicherte Alternative abbot. Pinochet selbst legte mit seiner sogenannten Verfassung einen Übergang zur Demokratie fest, die mit eingeschränkten Wahlen im Jahre 1989 beginnen und dem Land dann den gewählten Staatspräsidenten Pinochet bescheren sollte. Der große Druck der Massenbewegung, die nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes im Juli sofort wieder auf der Straße war, die Empörung über die letzten eklatanten Menschenrechtsverletzungen, für die höchste Stellen der Streitkräfte verantwortlich sind — was erstmalig aufgeklärt und bewiesen werden konnte — und die ausweglose wirtschaftliche Lage tragen zur wachsenden Überzeugung bei, daß man mit einem demokratischen Übergang nicht bis 1989 warten kann. Die bürgerliche Opposition bemüht sich mit allen Mitteln, eine weitere Zuspitzung, das oft beschworene bürgerkriegsähnliche Chaos, zu vermeiden und gemeinsam mit einigen ultrarechten politischen Kräften eine akzeptable Alternative zu schaffen. Neue Bemühungen um einen Dialog mit der Diktatur sind angelaufen, die linken Parteien der MDP (Volksdemokratische Bewegung: KP, PS, MIR, MDC, kleinere PS-Fraktionen) wurden davon von vornherein ausgeschlossen. Die Linke und große Teile der Bevölkerung kämpfen weiter für den Sturz der Diktatur, für eine radikaldemokratische Lösung, die nicht auf dem Verhandlungswege erreicht werden kann. Zwischen den drei Polen: Pinochet, der keinerlei Bereitschaft zum Abtritt zeigt, der bürgerlichen Opposition, die einen baldigen, aber kontrollierten, geordneten demokratischen Übergang sucht und den Linken, die für den Sturz des Regimes auf die Straße gehen, spielen sich die Ereignisse in Chile ab.

## Alles schon gehabt?

Die augenblickliche Situation der Oppositionskräfte ist nicht neu. Im vorigen Jahr hatte die bürgerliche Opposition bereits versucht, mit Verfassungsverträgen (Pacted Constitutions) und Verhandlungsweg einen kontrollierten (abgeschwächten) von Pinochet geplanten Übergang zur Demokratie zu schaffen und sich sowohl für den herrschenden Block in Chile als auch für die USA als akzeptable Alternative zur Diktatur anzubieten. Die linke Opposition ihrerseits, das heißt in erster Linie die MDP, hielt dagegen konsequent an der Linie der „sozialen Mobilisierung“ fest, zog dabei auch die etwas vorsichtigeren (von linken Christdemokraten geführten) Gewerkschaften mit und konnte gegenüber der bürgerlichen Opposition enorm an Terrain gewinnen. Der nationale Streik im Oktober 1984, zu dem nur die Linke und die Gewerkschaften aufgerufen hatten, wurde zum großen Erfolg. Das Regime reagierte darauf mit der Verhängung des Belagerungszustandes, stoppte damit drastisch die Massenmobilisierung und machte der bürgerlichen Opposition klar, daß mit und unter Pinochet nicht verhandelt wird. Mit dem Belagerungszustand, d.h. mit der noch offeneren und drastischeren Gewalt der Waffen, gelang es dem Regime aber nur, sich eine relativ kurze Atempause zu verschaffen. Die Zunahme der Willkürmaßnahmen und Menschenrechtsverletzungen war so eklatant, daß schließlich auch die US-Regierung, die noch im März durch einen ihrer Chile-Botschafter verkündet hatte, daß das Land in guten Händen sei, auf Aufhebung des Belagerungszustandes drängte.

## Beweise für Menschenrechtsverletzungen der Militärs

Als im Juni der Belagerungszustand beendet wurde, knallte der Korken aus der Flasche. Sofort begannen wieder spontane Demonstrationen, Protestmärsche, Aktivitäten der Studenten usw. Hinzu kam, daß erstmalig die Verbrechen einer der Todeschwadronen ansatzweise aufgeklärt werden konnten. Im März waren drei Kommunisten, ein Mitarbeiter der kirchlichen Vicaría de Solidaridad, ein Lehrer und ein Musiker, am heftigsten Tage entführt und später ermordet aufgefunden worden. Der Fall hatte international und im Lande selbst einen riesigen Skandal ausgelöst. An der Beerdigung der drei Ermordeten nahmen trotz Belagerungszustand zehntausende von Menschen teil. Dank der konsequenten Nachforschungen des Untersuchungsrichters konnte die Verantwortlichkeit höchster Polizeigeneräle nachgewiesen

werden. Der Polizeichef und Juntamitglied der ersten Stunde (seit 1973) mußte wegen des Falles zurücktreten. Inzwischen konnten durch die weiteren Untersuchungen Geheimdienstagenten namhaft gemacht und befragt werden. Dadurch konnten Stückweise Informationen über Folter, Mord und das Schicksal von Verhafteten-Verschwundenen ans Licht. Erstmals wird die konkrete Beteiligung der Teilstreitkräfte und ihrer Geheimdienste nachgewiesen. Diese Vorgänge sind aus mehreren Gründen von außergewöhnlicher Bedeutung: Durch die Enthüllungen wird die allgemeine Forderung nach lückenloser Aufklärung des „schmutzigen Krieges“, nach Gerechtigkeit und Bestrafung der Schuldigen noch aktueller und dringender. Die Vorgänge haben erheblich zur breiten Mobilisierung nach Beendigung des Belagerungszustandes beigetragen. Erstmals gibt es Anzeichen für Zersetzungserscheinungen innerhalb des militärischen Apparates der Diktatur. Bisher war kein Fall von Verschwundenen oder Ermordeten aufgedeckt worden, auch dann nicht, wenn es sich um prominente Persönlichkeiten gehandelt hatte, (der Fall des christdemokratischen Gewerkschaftsvorsitzenden, Tucapel Jiménez z.B., der 1982 mittags mitten im Zentrum erschossen wurde, ist bis heute nicht geklärt). Es gibt jetzt Anschuldigungen von der CNI gegen die Polizei,

Kompetenzgerangel und innere Streitigkeiten werden bekannt. Dies ist absolut neu im Chile Pinochets, der „Apparat“ scheint angekratzt. In dieser Situation fand der erste große Protesttag nach dem Ausnahmezustand Anfang September statt, der eine breite und massive Beteiligung im ganzen Land fand. Aufgerufen dazu hatten wiederum MDP und Gewerkschaften, die bürgerliche Opposition hatte ihren anfänglichen Aufruf zurückgezogen und die Kirche (d.h. die Kirchenhierarchie in Person von Kardinal Fresno) hatte explizit zur Nichtbeteiligung aufgerufen.

## Neue Dialog-Bemühungen

Die bürgerliche Opposition war unterdessen damit beschäftigt, auf neue Verhandlungsvorschläge und „gepflegte“ Alternativen auszuweichen. Ende August unterzeichneten elf Parteien eine sogenannte „nationale Übereinkunft“, die auf Initiative der Kirche zustande gekommen war. Um eine für die Rechte, die Streitkräfte und die USA akzeptable Alternative zu bilden, wurden die sogenannten Anhänger der Volksrevolution, der Gewalt, ausgeschlossen d.h. die Parteien der MDP wurden gar nicht erst zu Gesprächen eingeladen. — Dies ist, ganz nebenbei, ein besonderer Zynismus, weil der katholische Kardinal seine Initiative unter dem Motto der „Versöhnung des ganzen Landes“ laufen ließ. Erreicht wurde, daß neben den Parteien der Demokratischen Allianz, vor allem der Christdemokraten, einige reaktionäre Parteien, die bisher Pinochet bedingungslos unterstützt hatten, die „Übereinkunft“ unterschrieben. Einige eher links angesiedelte Gruppierungen als wichtigste die Christliche Linke, unterstützen die „Übereinkunft“. Das Anliegen der „Übereinkunft“ ist — wie es im Vorspann heißt — „die geordnete Übergabe der politischen Macht an Autoritäten“, die Schaffung eines „politisch-sozialen Rahmens, der die Regierbarkeit des Landes garantiert“, und neben der Betonung der einzuhaltenden Menschenrechte die Zurückweisung der Gewalt „von wo immer sie auch kommt“ (Lateinamerikanische Nachrichten 141). Es gibt in der „Übereinkunft“ keine eindeutige Absage an Pinochets Verfassung, es wird vage von einer Verfassungsreform gesprochen; der Rücktritt Pinochets wird nicht zur Bedingung gemacht, es wird nichts über eine Demokratisierung der



1. Mai 1985 in Santiago

Ausgewogenheit der Interessen von Unternehmern und Arbeitern. Etwas volksnäher ist der dritte Teil über Sofortmaßnahmen, wo die Wiederherstellung aller öffentlichen Freiheiten, die Autonomie der Universitäten, das Ende des Exils u.a. gefordert wird. Über das ganze soll in Form eines Plebiszits abgestimmt werden und es soll als Grundlage für Verhandlungen dienen. Die MDP hat in einem gemeinsamen Brief an Kardinal Fresno und in abgestuft deutlichen Stellungnahmen der einzelnen Mitgliedsparteien die Sofortmaßnahmen der „Übereinkunft“ begrüßt. Kritisiert wurde der präventive Ausschluss der radikalen linken Kräfte und die fehlende Eindeutigkeit in Bezug auf die Beseitigung Pinochets und seiner sogenannten Verfassung. Die MDP-Parteien bekräftigten ihre zentralen Forderungen.

- Weg mit Pinochet
- Einberufung einer Provisorischen Regierung
- Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung

## Probleme und Pluspunkte der bürgerlichen Opposition

Die Situation stellt sich mithin ähnlich wie im vergangenen Jahr. Das Regime zeigt sich zunächst nicht verhandlungsbereit. Die Linke arbeitet an der sozialen Mobilisierung und bereitet einen weiteren Streik-Protest vor. Die bürgerliche Opposition muß sich einerseits etwas geben und das Lager der verhandlungswilligen Regimeanhänger stärken, insofern tritt sie als Kraft auf, die sich bemüht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen (Nichtaufruf zu den Protesten im September). Andererseits gibt es in der Christdemokratie die linken Kräfte, die für den Sturz der Diktatur und Massenmobilisierung eintreten. Diese Kräfte sind es, die Einfluß in der Massenbewegung haben und auf die Christdemokratie, bzw. die bürgerliche Opposition, nicht völlig verzichten kann.

Es ist nach wie vor das gleiche Dilemma: Die Diktatur zu Verhandlungen und zur Machtübergabe zu bewegen und entsprechende Vorleistungen bzw. Garantien zu erbringen, ohne sich zu sehr von der kämpferischen Massenbewegung zu isolieren. Und — was vielleicht noch gravierender ist — die bürgerliche Opposition hat kein

Konzept für die Lösung der Wirtschaftskrise. Klar scheint nur zu sein, daß sie dem herrschenden Block (Monopolgruppen und internationales Kapital) nicht wehtun will.

Es gibt aber einige Aspekte, die für die (vorübergehende) Machbarkeit des Konzeptes der bürgerlichen Opposition sprechen. Erhebliche Teile der christ- oder sozialdemokratischen Mittelstschichten sehnen sich dringlich nach Wiederherstellung der Demokratie, ohne Gefahr laufen zu wollen, daß aus Chile ein neues Nicaragua wird. Die bürgerliche Opposition und die „nationale Übereinkunft“ haben die Unterstützung der katholischen Kirche, und es ist geglückt, bisher standfeste Pinochet-Anhänger im Lager der Opposition zu ziehen, d.h. zumindest ins Lager derjenigen, die nicht bis 1989 auf eingeschränkte Wahlen warten wollen — so wie es die Pinochet-Verfassung vorsieht. Und sie haben vor allem das wachsende Wohlwollen der Imperialisten, die mit einiger Sorge die Radikalisierung der Massenbewegung verfolgen und kein Interesse an einer weiteren Zuspitzung in Chile haben. Selbst der langjährige Pinochetfreund Strauß hat inzwischen die „Übereinkunft“ der 11 Parteien begrüßt und gewürdigt.

## Aufschwung oder Krise der Linken?

Die Situation der radikalen Linken ist trotz ihres unbestreitbaren Masseneinflusses und trotz ihrer Mobilisierungserfolge nicht unproblematisch. Die Proteste im September haben gezeigt, daß die Armen in den Poblaciones, die Menschenrechtsgruppen, die Schüler und Studenten nicht bereit sind, sich auf einen eventuell irgendwann einmal stattfindenden Dialog vorzubereiten und damit ruhig stellen zu lassen.

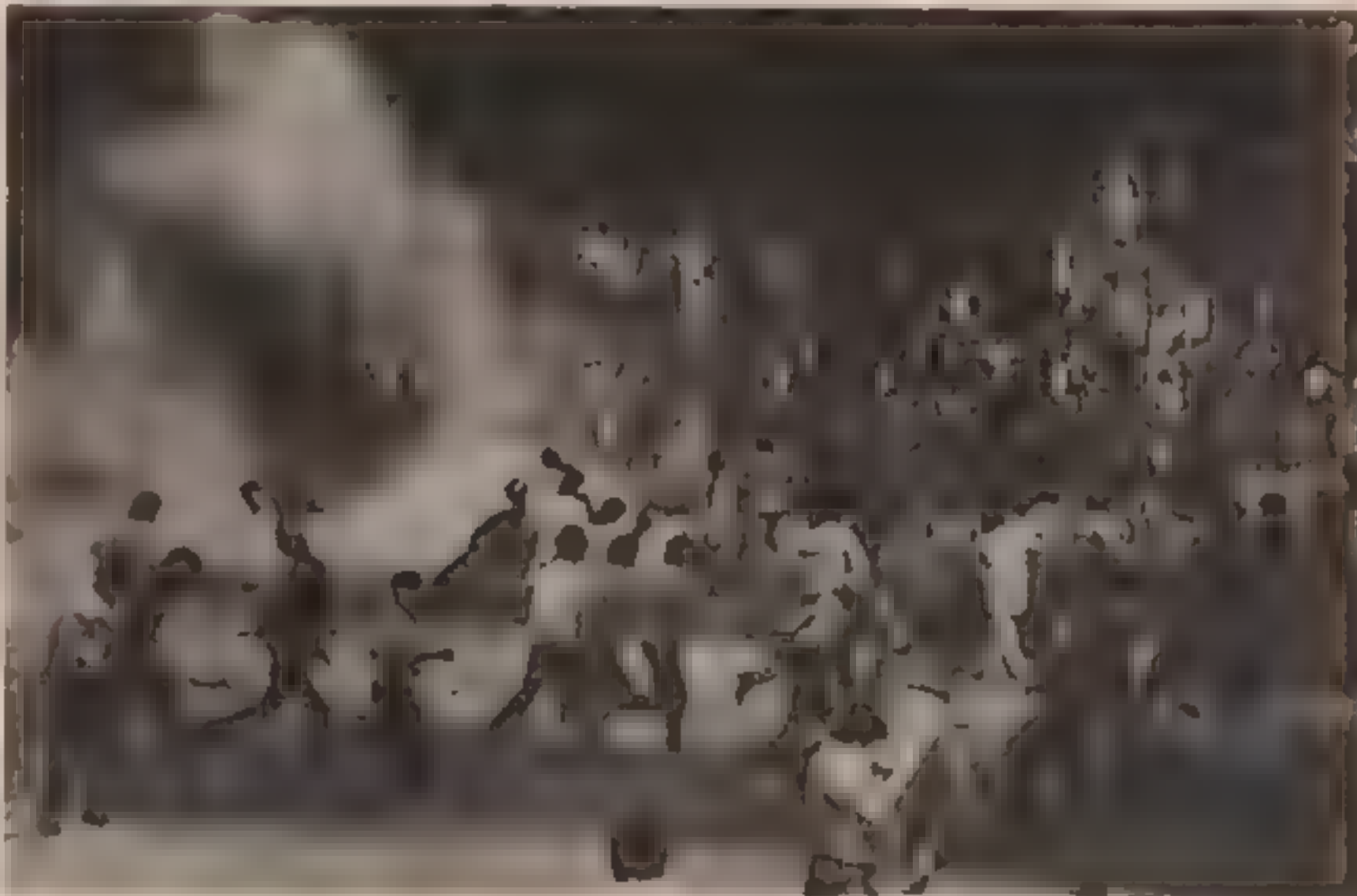
Die radikalen Teile der Massenbewegung und die Kräfte der MDP sind aber trotz allem m.M.n. nicht stark genug, um kurzfristig den radikalen Sturz des Regimes durchzusetzen. Ein Hinweis dafür ist die Zeit des Belagerungszustandes, in der es zwar gelung ist, ständig kleine Aktionen, kleine Demonstrationen, Versammlungen etc. durchzuführen, auch die Organisationsstrukturen einigermaßen aufrechtzuerhalten. Das reichte aber nicht aus, um den Belagerungszustand ernsthaft in Frage zu stellen.

Dies ist Ausdruck einer unbestreitbaren Schwäche der Linken (die in Zeiten relativer „Öffnung“ ihren Masseneinfluß stärken konnte und für die Phase härterer Repressionen kein gangbares Konzept hatte).

Aktuell stellt sich erneut die Frage nach dem Verhältnis der Linken zur bürgerlichen Opposition und ihren Dialogoffensiven.

Ungeklärt herrscht darüber, daß die bürgerliche Opposition nicht in der Lage sein wird, die tiefe Wirtschaftskrise des Landes zu lösen. Eine tiefergehende Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten der Unterbezahnten, Arbeitslosen und Armen, ein Moratorium oder eine radikale Lösung der Frage der Außenschuld, all dies kann und will die bürgerliche Opposition nicht verwirklichen. Soziale und politische Konflikte sind damit weiter vorgeprogrammiert.

— Einigkeit herrscht auch darüber, daß die „soziale Mobilisierung“ fortgesetzt und intensiviert werden muß, um den Druck auf die Diktatur und auch auf die bürgerliche Opposition zu verstärken und die Forderungen des Volkes so stark wie möglich zu verankern. Es ist klar, daß der Charakter eines zukünftigen demokratischen Systems weitgehend von der Breite und Intensität der Massenaktionen ab-



1. Mai 1984 in Santiago

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

hängt, und daß es nicht gleichgültig ist, auf welche Weise Pinochet zum Abtritt gezwungen wird.

— Einigkeit herrscht schließlich auch darüber, daß ein breiteres Bündnis, das über die radikalen Kräfte der MIDP hinausgeht, dringend erforderlich ist. Deswegen wurde im März dieses Jahres die Gruppe der kompromißlosen Demokraten gebildet (Intransigencia democrática), die sich aus Persönlichkeiten der MIDP-Parteien, linken Christdemokraten, einigen Vertretern des sozialistischen Blocks, bekannten Intellektuellen und Unabhängigen zusammensetzt. Der Grundkonsens ist, daß es keine Verhandlungen mit diesem Regime geben kann, daß die Diktatur gestürzt werden muß und daß die „soziale Mobilisierung“ das wesentliche Kampfmittel ist. Diese Initiative hat einen Spielraum zur Mitte hin geöffnet, den Durchbruch — nämlich wesentliche Teile der Christdemokratie für den kompromißlosen Weg zu gewinnen — aber nicht erreichen können.

Die „nationale Übereinkunft“ der bürgerlichen Opposition hat vorhandene Widersprüche und Diskussionen aktualisiert, die nicht nur zwischen den verschiedenen Parteien der Linken, sondern auch quer durch die Parteien existieren.

— Wie dringlich ist die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition, um den schnellstmöglichen Sturz (oder Abgang) der Diktatur zu erreichen? Welche Zugeständnisse ist man bereit zu machen, um in den von der bürgerlichen Opposition eingeleiteten Prozeß einbezogen werden zu können? — Es geht dabei im wesentlichen um die Gewaltfrage, die immer wieder als zentrale hochgepunktet wird. Mit Kräften, die alte Kampfformen, auch bewaffnete Aktionen akzeptieren und durchführen, — so die Mehrheit der bürgerlichen Opposition — könne es keine Gemeinsamkeit geben. (In Bezug auf diese Frage zitterten manche Leute um die „Standfestigkeit“ der KP, die immerhin 7-8 Jahre lang das Bündnis mit der Christdemokratie gesucht hat und erst seit etwa 1980 alle Kampfformen akzeptiert. Zunächst hat die KP aber in ihrer Stellungnahme zur „nationalen Übereinkunft“ das Recht auf „Volks-

rebellion“ bekräftigt.) Die PS hat von ihrer Stellungnahme zur „nationalen Übereinkunft“ das Recht auf „Volksrebellion“ bekräftigt.) Die PS hat von allen MIDP-Parteien die moderatere Stellungnahme abgegeben, der MIR hat eindeutig erklärt, daß mit Mördern nicht verhandelt wird, ähnlich der MOC.

— Weitere Auseinandersetzungen gibt es um die Frage der Langfristigkeit des Kampfes und der Gewichtung zwischen aktuellen sozialen und ökonomischen Kämpfen einerseits, dem Ausbau der Selbstverteidigungsmilizen und der organisierten bewaffneten Aktionen andererseits. Allgemein betrachtet gibt es hier keine Widersprüche, alles was zur schnellen Herbeiführung demokratischer Verhältnisse — und seien sie auch begrenzt — beiträgt, verbessert die Situation des Volkes und seine Kampfbedingungen. Angesichts der begrenzten Kräfte und Mittel vor allem der kleineren linken Parteien (MIR, MOC, PS-Frakturen) stellt sich die Frage aber doch widersprüchlich, welche aktuellen Schwerpunkte zu setzen sind; Ausbau der Parteistrukturen, der bewaffneten Gruppen, der Schulung usw. für den langfristigen Kampf um den Sozialismus — oder Kanalisierung aller Kräfte und Mittel in die Massenorganisationen, in den Kampf für eine baldige (bürgerliche) Demokratie.

Nicht ohne Grund hat es in der chilenischen Linken — trotz der Existenz der MIDP — weitere Abspaltungen, Fraktionierungen (v.a. PS und MOC) und scharfe Auseinandersetzungen gegeben. Es fehlt letztlich (und dies bekanntlich und leider nicht nur in Chile) das theoretische Konzept für die Verbindung von demokratischem und sozialistischem Kampf in einer relativ entwickelten und differenzierten Gesellschaft, in der sich nicht nur ausgebeutete Massen und Diktator gegenüberstehen, sondern kleinbürgerliche und Mittelbüchchen mit ihren politischen Vertretungen gewachsen haben.

Der Traum von der großen Chance, heute die revolutionäre Situation im krisengeschüttelten Chile zu schaffen (so der MIR 1984) oder vom nahelosen Übergang von der Diktatur zur revolutionären Volksdemokratie scheint im Augenblick noch verfrüht. Zur Verwirklichung der Forderungen der überwiegenden Mehrheit des chilenischen Volkes nach menschenwürdigen Lebensbedingungen, nach Gerechtigkeit und Menschenrechten beizutragen und den langfristigen Kampf für den Sozialismus adäquat damit zu verbinden, das ist die schwierigste Aufgabe, vor der die chilenische Linke im Augenblick steht.

m., Lateinamerika-Kommission

# «Wir haben den strategischen Ansatz des Volkskrieges»

Interview mit Commandantes aus El Salvador

Seit einigen Monaten hat sich ein heftiger Streit in der Solidaritätsbewegung um die Einschätzung des Befreiungskampfes in El Salvador entwickelt. Die Meinungen, die in den Blättern des IZJW, dem ILES, ILA-Info und anderen Organen dargelegt oder kritisiert werden, reichen bis zur der Auffassung, die FMLN sei am Ende, ihr Kampf gescheitert und die Revolution nicht mehr zu gewinnen.

Wir lassen im folgenden die Position derjenigen, die in El Salvador kämpfen, zu Worte kommen. Es handelt sich um Aussprüche einer Pressekonferenz, die von Mitgliedern des Generalkommandos der FMLN am 6. Juli 85, im Zentrum des Krieges, in Morazan, El Salvador, vor nordamerikanischen Journalisten gehalten wurde.

*Comandante Villalobos, innerhalb der salvadorianischen Armee betrachtet man die aktuelle Lage optimistisch. Es wird davon gesprochen, die Guerrillas seien vereinzelt worden, aufgegeben, sie würden militärische Niederlagen erleiden. Wie sehen Sie die aktuelle Situation des salvadorianischen Krieges?*

**Cde. Villalobos:** Wir gehen davon aus, daß, wenn es die zunehmende US-Intervention nicht gäbe, wir diesen Krieg bereits gewonnen hätten. Die Armee hatte rund 12 000 Leute und die Luftwaffe 30 Hubschrauber bzw. Flugzeuge, als der Krieg begann. Jetzt verfügt die Armee über rund 42 000 Leute und die Luftwaffe über 50 Hubschrauber und Flugzeuge, und wir haben ihnen 18 000 Verluste zugefügt.

zielen, die Städte zu erreichen, wäre ein Fehler. Mit einer Strategie dieser Art würden wir nicht vorankommen. Wir haben uns also zum Ziel gesetzt, den Widerstand und die Fähigkeit der Reagan-Administration zu brechen, die Armee weiterhin aufrechtzuerhalten. Wenn erst einmal dieser Widerstand und die Bereitschaft der derzeitigen Administration gebrochen ist, weiterhin Armee und Regierung El Salvadors zu unterstützen, haben wir den Krieg gewonnen. Nachdem wir uns diese Situation bewußt gemacht haben, haben wir entschieden, die Form des Zermüderungskrieges anzuwenden.

Diese Art des Krieges bringt notwendigerweise einige Änderungen in der Definition, was als positive Entwicklung aufgefaßt werden kann, mit sich. Diese Änderungen haben 1. die optimistischen Urteile, die die Armee abgibt, nach sich gezogen.

Außerdem ist es üblich, daß die Armee jedesmal, wenn sie einen militärischen Plan umsetzt, zu triumphalistischen Erklärungen greift.

## Die Bereitschaft der USA brechen, die Armee weiter aufrecht zu erhalten

*Wie will die FMLN die Möglichkeiten, die Bereitschaft der USA zu zerstören, als wichtigste logistische Quelle der Regierung El Salvadors zu fungieren?*

**Cde. Shafick Handal:** Wir haben nicht die Absicht, die USA als materielle, logistische Quelle zu zermürben, das ist ja nicht durchführbar ... Der Punkt ist, daß es in den USA eine Bereitschaft zur Intervention gibt, die sich als ineffektiv erweisen muß und auf dieser Basis als ungerechtfertigt. Einer Sache sind wir uns sicher: wir

keine organisierte Aktion wiederaufzunehmen, seine politische Aktion, seine Bürgerrechtsaktion und seine revolutionäre Aktion. Er ermöglicht ihnen, den Prozeß, der durch die Ermordung von 50 000 Menschen abgebrochen worden ist, wiederaufzunehmen. 50 000 Tote haben eine kurzfristige Unterbrechung des revolutionären Volkskampfes, eine Paralysierung des nicht militärischen Kampfes der Massen für 2 oder 3 Jahre, mit sich gebracht. Was wir heute mitreben ist, daß es mit dem Massenmord nicht möglich war, die Kampfbereitschaft des Volkes zu brechen, zu vernichten, niederzuschlagen. Diese Kampfbereitschaft ist stärker, entschlossener als jede Bereitschaft zu intervenieren. Das ist unsere Ansicht. Wir sind überzeugt, daß sogar das Volk der USA selbst auf diese Irrsinn und ungerechte Linie ihrer Regierung wird reagieren müssen.

*Welches sind die Minimalbedingungen, um die Waffen niederzulegen?*

**Cde. Joaquín Villalobos:** Um die Waffen niederzulegen? Da gibt's keine Bedingungen, weil wir nicht bereit sind, die Waffen überhaupt jemals niederzulegen.

*Und um mit der Regierung zu verhandeln?*

**Cde. Joaquín Villalobos:** Die Hauptbedingung für einen Verhandlungsprozeß ist der Stopp der US-Intervention.

*Verstehen Sie sich als Marxisten, als Sozialdemokraten, oder wie definieren Sie sich?*

**Cde. Joaquín Villalobos:** Diese Frage läßt sich in eine bestimmte Intention der Reagan-Administration einordnen, diesen Konflikt zu ideologisieren. Er soll als Teil des Ost-West-Konfliktes erscheinen, und unser Kampf soll als Teil des sowjetischen Expanionsismus,

soll als Teil des Ost-West-Konfliktes erscheinen, und unser Kampf soll als Teil des sowjetischen Expanionsismus, wie sie es genannt dargestellt werden. Man will verhindern, daß er als sozialer Kampf verstanden wird.

Innerhalb der FMLN/FDR gibt es unterschiedliche Denkweisen. Ich glaube, nötiger als daß wir hier definieren, ob wir Marxisten sind oder nicht, ist, daß die US-Administration versteht, daß es wissenschaftliche Maßstäbe gibt, daß es in diesem Kontext auch andere Denkweisen gibt, daß es sie in ganz Amerika gibt, Denkweisen, mit denen sie sich in den kommenden Jahren wird verständigen müssen.

Die FMLN/FDR sagt: Ja, hier gibt es Marxisten-Leninisten, aber wir sehen das nicht als Todesurteil an. Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Tatsache, daß es innerhalb der FMLN Marxisten-Leninisten gibt, dazu dienen soll, den Konflikt in El Salvador in den Bereich des Ost-West-Konfliktes zu verlagern. Unser Problem ist ein soziales. Die Tatsache, daß in diesem Land der Boden auf eine Weise verteilt ist, die nicht mehr dazu dient, die sozialen Probleme zu lösen.

*Welche Aktionen werden wir in den nächsten Monaten im Rahmen der Entwicklung neuer Taktiken der FMLN zu erwarten haben?*

**Cde. Joaquín Villalobos:** In erster Linie eine Zunahme der Aktivität an der Peripherie der Städte und in den Städten selbst. Operationen wie die von El Cero, Santa Lucia, Santa Ana, El Picocho. Solche oder ähnliche Aktionen. Das sind die Indikatoren für die Entwicklung unserer Strategie. Die Aktion von El Picocho betraf das Dept. San Salvador, und die von Santa Lucia das Dept. Santa Ana; die Erhöhung der Sabotage, die Erhöhung der feindlichen Verluste. Im Augenblick handelt es sich nicht darum, Waffen zu erbeuten, auch nicht Terrain zu definieren. Es interessiert uns auch nicht weiter, Dörfer oder Städte einzunehmen: so viele Dörfer, die wir einnehmen können, gibt es nicht mehr. Was eingenommen werden muß, sind die größeren Städte, und die muß man auf eine andere Weise erobern. Dazu ist politische Organisation innerhalb dieser Städte nötig. Deshalb beginnen wir den Annäherungsprozeß an die Peripherie.

In diesen Momenten ist eine Akkumulation der Verluste wichtig: ein, zwei, drei, vier Verluste, die zusammenkommen, das ist von großem Wert. Die Vermehrung von Hinterhalten, von Überraschungsfällen in ein weiteres wichtiges Element: kleine schnelle Angriffe, die nur wenige Stun-

den dauern. Vor einigen Tagen hat es tiler so einen gegeben, in der Nähe von Corinto, mit neuen Verlusten auf Regierungseite, drei Gewehre sind erbeutet worden — kleine Operationen, aber zahlreich. Die Mordehalte und abendfalls Aktionen, die weniger als 40 Minuten dauern. Das ist die Art von militärischer Aktivität, die die Entwicklung unseres strategischen Schemas beinhaltet. D.h. vorher war es jeweils zu bestimmten Zeiten eine großangelegte Offensive, basierend auf Militärkampagnen. Heute ist es eine permanente Aktivität, ununterbrochen und im gesamten Territorium.

Was ebenfalls wichtig ist und einen weiteren Indikator darstellt, ist das Ansteigen unserer militärischen Aktivität in der gesamten südlichen Zone im Landesinneren, in der Nähe von San Salvador, in der westlichen Zone und weiterhin die Zermürbung der Regierungsoffensiven gegen all diese Zonen.

Dazu kommt der Krieg, der in den östlichen Landesteilen geführt wird, der schon die gesamte Region erreicht hat.

Wir denken, daß wir innerhalb eines Jahres den Krieg ins gesamte Territorium verlagert haben werden.

Innerhalb von ca. 8 Monaten wird die einzige für den Feind stabile Region die Zone an der Pazifikküste sein, die im Westen des Landes an Guatemala grenzt. Wir rechnen damit, daß wir um diese Zeit schon im Süden des Dept. San Salvador sein werden, im Dept. La Paz an der Grenze zu Guatemala, und so praktisch das gesamte Gebiet erreichen können. Wir werden in den Dörfern, an den Landstraßen, den bedeutenden Städten und den Produktionszentren aktiv sein.

Das ist in groben Umrissen die Entwicklung unseres militärischen Schemas.

*Dokumente, die bei der Commandante Nidia Diaz gefunden wurden sind, be-schreiben Auswärtige als wichtigste lo-gistische Quelle der FMLN. Wie stellen Sie sich zu dieser Tatsache?*

**Cde. Joaquín Villalobos:** Unabhängig von irgendwelchen Dokumenten möchte ich meinen, daß es Dinge gibt, die einfach logisch sind. Es ist absurd, sich diesen Krieg auf der Basis einer ausländischen Hilfeleistung zu erklären. Wir sind von der FMLN feindlichen gesonnenen Staaten umgeben. Im Westen Guatemala, Honduras im Norden; der Golf von Fonseca von US-Spezialradar, Flugzeugträgern, Kreuzern kontrolliert. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen, auch nur einen einzigen Beweis dafür zu liefern, daß eine in strategischer Weise bedeutsame Lieferung stattfindet und das sich daraus der Krieg in unserem Land erklärt.

Man muß sich einmal die althergebrachten Bemühungen vor Augen halten, die sie gemacht haben, um Beweise zu erbringen. Ich führe 2 Beispiele an: vor ein paar Monaten hat Herr Paul Gorman ein paar Esel vorgeführt, um zu beweisen, daß wir Logistik beliefert bekommen. Hat einer sich darüber Gedanken gemacht, wieviel Munition ein Esel tragen kann? Wie soll ein Krieg, in den die USA fast 300 Berater und mehr als 2000 Millionen Dollar investiert haben, dadurch erklärt werden, daß man vier Esel zeigt, die mit ein paar Körben beladen sind? Das ist blanke Unsin.

Aus diesem Grund ist unser strategischer Ansatz der eines Volkskrieges. Das ist der Grund, weshalb wir den Einsatz selbstfabrizierter Waffen verweigern. Dieser Krieg ist nicht durch irgendwelche Waffenhilfe zu erklären — obwohl wir das Recht darauf hätten, aber wir haben keine optimalen Möglichkeiten, sie zu bekommen — Nicaragua grenzt nicht direkt an unsere Gebiete.

Sogar unsere revolutionären Freunde haben sich gefragt, wie es möglich ist, daß wir eine revolutionäre Strategie entwerfen, die beinhaltet, eine so große Macht wie die USA zu besiegen, und das in einer geographischen Lage wie der unseren. Nun, das ist das Experiment, das wir uns vornehmen, und wir werden es bewahren und diesen Krieg gewinnen.

Entweder gewinnen wir ihn auf dem Verhandlungswege, mittels eines Friedensvertrages zwischen den nationalen Kräften, was für uns vielleicht kein totaler Sieg wäre, aber ein Sieg des Volkes, ein ehrenvoller, würdiger Ausweg, der eines gerechten Friedens, oder wir gewinnen ihn nach allen Regeln der Kunst auf dem militärischen Gebiet, wir besiegen die Interventionen.



Armeekontrolle in der Provinz Usulután

D.h. die Armee, mit der wir den Krieg angefangen haben, haben wir praktisch aufgegeben. Wir haben ihr zwischen einem Viertel und einem Drittel des Territoriums abgenommen.

In Regionen, wie dem Osten des Landes, stehen die 20 Bezirksverwaltungen, wo die Armee ihre machtpolitische Struktur in Form der lokalen Machtinstanzen verteidigt, einer Gesamtzahl von 86 gegenüber. D.h. die Armee ist zu einer Unmenge von mobilen Einheiten geworden, die sich eher davor hüten, noch mehr Verluste einzustecken, als ihr politisches und wirtschaftliches Projekt zu verteidigen.

Es ist klar, daß von ihrer Seite aus mit diesem Ansatz versucht wird, eine unregelmäßige Kriegsführung, wie wir sie anwenden, anzunehmen. Der Unterschied zu uns ist allerdings, daß sie ihrem politischen und wirtschaftlichen Projekt verpflichtet ist und deshalb natürlich viel zu verteidigen hat. Wir hingegen haben nichts zu beschützen, nicht mal Terrain. Für uns ist das Terrain konkret Operationsgebiet, ist Front, Rückzugsgebiet, es kann alles möglich sein.

Der Interventionsprozeß stellt uns jetzt vor die Tatsache, daß wir nicht weiterhin einen herkömmlichen Krieg gegen einen Feind führen können, der eine unerschöpfliche Nachschubquelle hinter sich hat. Gegen diesen Feind einen als kurzfristig definierten Krieg zu führen, der strategisch gesehen aus einer ununterbrochenen Reihe von Offensiven besteht, die darauf hin-

können hier sehr, sehr lange Zeit weiterkämpfen, die Zeit steht nicht gegen uns. Die Zeit steht gegen die Linie politischer Aggression, die heute in den USA hinsichtlich El Salvadors und ganz Mittelamerikas vorherrscht. Das Zeitproblem hat Reagan; er muß sich die Frage stellen: wie lange kann durch ein einfachstes ideologisches Schema die Bereitschaft der USA bestehen bleiben, ihre Aggressionen in diese Richtung zu lenken? Das ist das Problem, vor dem er steht. Was uns betrifft, hat Joaquín Ihnen ja schon eine sehr wichtige Sache gesagt, die ich folgendermaßen ausdrücken möchte: die salvadorianische Revolution hat noch nicht den 3. Teil ihrer Möglichkeiten erreicht.

Wir haben uns in den am meisten rückständigen Zonen entwickelt. In jeder Hinsicht ist das Hauptpotential der salvadorianischen Revolution dort, wo sich jetzt der Feind aufhält, in den dicht besiedelten, wirtschaftlich wichtigen Gebieten des Landes.

## Die Hauptreserven der Revolution

Hauptreserven der Revolution sind die, die heute in den Kampf eintraten. Unser strategischer Plan versucht auf politischer Ebene, Raum für den Kampf des Volkes zu schaffen. Der Zermüderungsprozeß ist gleichzeitig ein Prozeß, der es dem Volk ermöglicht,



Zur Zeit beraten die Innenpolitiker der Koalitionsfraktion über einen Vorentwurf zur Novellierung des „Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“. Dieser mit „VS“ — nur für den Dienstgebrauch — gekennzeichnete Entwurf ist bereits das zweite Gesetzeswerk, mit dem die durch das Volkszählungsurteil erforderlich gewordene Neuregelung der Datenverarbeitung im Bereich „Innere Sicherheit“ bewerkstelligt werden soll. Die Innenministerkonferenz hatte bereits Anfang des Jahres Vorschläge zur Änderung des Polizeirechts vorgelegt (der AK berichtete ausführlich in Nr. 256 und 257). Nach Auskunft der Bundesregierung sind weitere Gesetze bzw. Gesetzesänderungen zum MAD, zur Strafprozedurordnung, zum BKA und zum Straßenverkehrsgesetz geplant bzw. liegen bereits entsprechende Entwürfe vor.

Zur Erinnerung: Mit dem Volkszählungsurteil vom Dezember 1983 hatte das Bundesverfassungsgericht nicht nur das konkrete Vorhaben „Volkszählung“ gestoppt, sondern darüber hinaus allgemeine Grundsätze zum „Informellen Selbstbestimmungsrecht“, zur Amtshilfe und zum Datenschutz aufgestellt. Wesentliches Ergebnis davon ist, daß sämtliche „informationellen Eingriffe“, d.h. Datenerhebungen, Datenspeicherungen und Datenverarbeitungen sowie -weitergabe, künftig gesetzlich spezifiziert werden müssen. Dabei sind Datenspeicherungen und Datenverarbeitung sowie -weitergabe, künftig gesetzlich geregelt werden müssen. Dabei muß die Zulässigkeit solcher Eingriffe eindeutig und für den Bürger verständlich in den Gesetzen beschrieben werden. Im Sinne einer „informationellen Gewaltenteilung“ müssen die erhobenen Daten einer strengen Zweckbindung unterliegen, damit eine Totalisierung ausgeschlossen ist.

Der Jubel der Datenschützer über diesen rechtsstaatlichen Fortschritt war groß. Doch er sollte ihnen im Halse stecken bleiben. Was in Ministerien und Ausschüssen bisher produziert worden ist, läßt jede kritische Überprüfung der bisherigen Überwachungspraktiken zugunsten des neu entdeckten Grundrechts auf „informationelle Selbstbestimmung“ vermissen. Genau wie im Polizeirecht soll auch im Bereich des Verfassungsschutzes die bisher in verwaltungsinternen Richtlinien geregelte Praxis einfach in Gesetzesform gegossen werden.

Im einzelnen sieht der Vorentwurf zum Bundesverfassungsschutzgesetz folgendes vor (der vollständige Text ist in der taz vom 4.10.1985 dokumentiert):

#### Herbst 84: Störmanöver Hildesheim

Die Ermittlungen des Staatschutzes sind noch nicht abgeschlossen. Es werden immer wieder neue Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß alle diejenigen, die von weiteren Ermittlungen (bzw. Vorladungen) betroffen sind, sich umgehend mit dem EA Hildesheim, c/o Verein zur Förderung von Kommunikation e.V., Postfach 1111, 3200 Hildesheim in Verbindung setzen.

**Wichtig:** Mittlerweile gibt es — zusätzlich zu den bekannten Nötigungsverfahren — weitere Ermittlungen in Sachen „Landfriedensbruch/Sachbeschädigung“. Dieses neuerliche Konstrukt des Staatschutzes bezieht sich auf Vorfälle am Samstagvormittag, den 22.9.84, in Orlé/Pattensen bei einem defekt illegengebundenen Panzer, wo von der Polizei überfallartig Verkehrs- und Personenkontrollen durchgeführt und Autokennzeichen notiert wurden.

Wir haben bisher Kontakt zu drei Betroffenen, wissen aber, daß es mehr gibt! Meldet Euch umgehend beim EA Hildesheim! Bitte weitertragen!

Am 26.10.85 findet ab 14 Uhr in Hildesheim im Kinderladen des L12 Kornstraße für alle Störmanöver-Angeklagten und Interessierte ein weiteres Betroffenen-treffen statt. Themen: Politische Plattform, weitere Öffentlichkeitsarbeit, Finanzen! Kommt zahlreich!

## Neues Verfassungsschutzgesetz geplant Dieses war der zweite Streich ...

Keinerlei Einschränkungen gibt es für den Verfassungsschutz bei der Erhebung und Verarbeitung von Informationen, die er „zur Erfüllung seiner Aufgaben“ benötigt. Dabei darf er auch „nachrichtendienstliche Mittel“ anwenden (§ 5). Was „nachrichtendienstliche Mittel“ sind, wird dabei nicht geregelt. In der Begründung zu § 3 werden als Beispiele das Einschleusen oder Anwerben von V-Leuten, die Observation, das geheime Fotografieren und die Post- und Telefonüberwachung genannt.

Die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten, die ja eigentlich „bereichsspezifisch“ und „präzise“ zu regeln gewesen wäre, wird ebenfalls in generalklauselartiger Weise zugelassen: „Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten erheben, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist“ (§ 6, Abs. 1) und es „durf für Zwecke des Verfassungsschutzes personenbezogene Daten in Dateien speichern“ (§ 7, Abs. 1). Es wird also nicht differenziert, ob es sich um Spionageabwehr, „Terrorismusbekämpfung“ oder einfach nur um Ausforschung „extremistischer“ Bestrebungen handelt. Aus der Begründung zu § 6 geht hervor, daß hiermit sogar die „Abklärung der Eignung einer beabsichtigten operativen Maßnahme, wie etwa der Eignungsüberprüfung von V-Leuten“ gemeint ist. Zu all diesen Zwecken dürfen ebenfalls „nachrichtendienstliche Mittel“ angewendet werden, wenn „die Erforschung des Sachverhalts auf den ebenfalls „nachrichtendienstliche Mittel“ angewendet werden, wenn „die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise nicht möglich“ ist und wenn die „Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts“ dem entspricht.

Am deutlichsten rückt der Vorentwurf aber bei der Regelung der Datenweitergabe an andere Behörden von den Forderungen des Volkszählungsurteils ab. Dort wurde noch eine „konkrete Zweckbindung“ und ein „amtshilfesicher Schutz gegen Zweckfremdung durch Weitergabe und Verwertung“ verlangt. Stattdessen findet sich in den Vorschriften des Entwurfs der vage Begriff der „Zweckvereinbarkeit“. Damit werde, so die Begründung, „gesetzgeberisches Neuland beschritten“. In der Tat ist juristisch völlig unklar, wo die Grenzen liegen, wenn es in § 10 heißt, der Verfassungsschutz dürfe Daten übermitteln, „wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben oder der Aufgaben der Empfängerbehörde erforderlich ist und der Empfänger die Daten für Aufgaben benötigt, die mit dem Zweck des Verfassungsschutzes vereinbar sind“. Sehr zu recht stellt die Humanistische Union in einem Offenen Brief an die FDP Bundestagsabgeordneten Baum und Hirsch heraus, daß sich diese Voraussetzung „immer konstruieren (läßt), zumal jeder Angehörige des öffentlichen Dienstes verpflichtet ist, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten. Die vorgesehene Formel deckt die gegenwärtige Praxis der Verfassungsschutzbehörden, fragwürdige „Erkenntnisse“ Einstellungsbehörden, der Polizei, Gerichten etc. hinter dem Rücken der Betroffenen mitzuteilen“. Und niemand sollte sich über die schlechten Absichten der Entwurfs-Verfasser täuschen, die sich völlig darüber im klaren sind, daß sie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes mißachten. Der Begriff der „Zweckvereinbarkeit“ sei verwendet worden, heißt es in der Begründung, „um der durch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 13. Dezember 1983 angeregten (1) Rechtsentwicklung in einer für die Staatspraxis zuträglichem Weise (2) Rechnung zu tragen. Solange der Zweckbegriff selbst in Theorie und Praxis noch nicht hinreichend präzisiert ist, kann ein Rückgriff auf den Begriff der „Zweckvereinbarkeit“ nicht zu praktikablen Ergebnissen führen, da es in der Regel nicht mehrere Behörden gibt, die zu genau demselben Zwecke tätig werden, so daß im Ergebnis jegliche Datenweitergabe zwischen Behörden ausgeschlossen wäre.“

Besonders wenig rechtsstaatliche Sensibilität haben die Verfasser bewiesen, als sie die Datenübermittlung an ausländische Behörden gestatteten. Neben der „Übermittlung personenbezogener Daten an Dienststellen der Stationierungsspreitzentrale“, die unter denselben Bedingungen zulässig ist wie an inländische Behörden, können ausnahmslos auch alle ausländischen sowie über- und zwischenstaatliche Stellen von den „Erkenntnissen“ des Verfassungsschutzes profitieren, sofern „die Datenübermittlung zur Erfüllung

seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen der Stelle, der sie übermittelt werden, erforderlich ist“ und die „Belange des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder der anderen Stelle“ gegenüber den „schutzwürdigen Belangen des Betroffenen“ überwiegen (§ 10 Abs. 4). Was diese Regelung beispielsweise für abgewiesene Asylbewerber, die wieder in ihr Heimatland zurück müssen, heißt, kann jeder aufgeklärte Mensch sich denken.

Da ein bundesdeutsches Gesetz natürlich nur innerstaatliche Stellen verpflichten kann, beschränken sich die Regelungen über den Datenfluß in umgekehrter Richtung — also Übermittlung von Daten an den Verfassungsschutz — auf deutsche Behörden. Diese sind daher zu allen nur erdenklichen Hilfeleistungen verpflichtet. Auf Ersuchen müssen alle öffentlichen Stellen Daten mitteilen bzw. Registerauszüge gewähren, wenn der Verfassungsschutz „die Erforschung auf andere Weise nicht mit unverhältnismäßigem Aufwand oder nur durch eine den Betroffenen stärker belastende Maßnahme“ (§ 9) betreiben kann. Das Ersuchen muß noch nicht einmal begründet werden, so daß die ersuchte Behörde gar nicht prüfen kann, ob die Voraussetzungen gegeben sind. Grenzen ergeben sich lediglich aus schon bestehenden Gesetzen, z.B. dem Schutz bestimmter Sozialdaten, nicht jedoch aus

dem Gebot der „Zweckbindung“, von dem hier überhaupt nicht mehr die Rede ist. Sogar ohne Ersuchen, also von sich aus müssen alle Behörden den Verfassungsschutz unterrichten, wenn sie glauben, etwas über „sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten“ oder über verfassungsfeindliche Bestrebungen, „die darauf gerichtet sind, Gewalt anzuwenden oder Gewaltanwendung vorzubereiten“, in Erfahrung gebracht zu haben (§ 8, Abs. 2).

Abschauen von dem Inhalt des Entwurfs, spricht auch die Art und Weise, wie hier von den zuständigen Stellen im Staatsapparat die Sache in Szene gesetzt worden ist, nicht gerade für demokratisches und rechtsstaatliches Bewußtsein.

In unserer Analyse des Volkszählungsurteils (vgl. AK Nr. 257) hatten wir herausgearbeitet, daß die Forderung nach gesetzlicher Regelung für alle „informationellen Eingriffe“ den entscheidenden Fortschritt insofern darstellt, weil damit zwangsweise eine öffentliche Debatte verbunden ist. Solange die Datenverarbeitung durch staatliche Stellen entweder gar nicht oder bestenfalls in verwaltungsinternen Vorschriften geregelt ist, die von der Exekutive selbst erlassen und vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden können, finden kritische Stimmen keinen Rahmen vor, in dem sie sich Gehör verschaffen können. Dagegen muß der

Verabschiedung von Gesetzen durch das Parlament ein breiter Konsensbildungsprozeß vorangehen.

Dieses Licht der Öffentlichkeit und dieser Zwang, seine Ziele diskutierbar zu machen, sind es, was die Verfasser des „Vorentwurfs“ scheuen. Der Entwurf wurde erst einmal zur geheimen „Vernehmlassung“ erklärt. Offenbar wollte man seine Pläne so weit wie möglich zunächst untereinander abstimmen, um zu vermeiden, daß durch öffentliches Gezänk die Bevölkerung erst aufmerksam wird. Demselben Ziel dient wohl auch ein von der taz (4.10.) berichtetes Manöver, wonach der Entwurf statt von der Bundesregierung von den beiden Koalitionspartnern im Bundestag eingebracht werden soll. Damit — so die taz — wird eine Abstimmung im Bundesrat umgangen, so daß dieser erst die fertigen Gesetze vorgelegt bekommt. Die Landesvertreter können dann nur noch pauschal dem Gesetz zustimmen oder es ablehnen und dem Vermittlungsausschuß übergeben.

Offenbar bedurfte es wieder mal einer illegalen Handlung — der Weitergabe vertraulicher Unterlagen an Organisationen und Presseorgane — um wenigstens ein Stück weit gewisse demokratische Spielregeln wiederherzustellen.

E. Anti-Repressions-Kommision  
Hamburg

PS.: In den nächsten Wochen erscheint eine Sonderausgabe der Zeitschrift elip, die sich mit den geplanten Gesetzen beschäftigt. elip ist zu beziehen über:

Red. elip, Winklerstr. 49  
1000 Westberlin 33

## Prozeß wg. WWG-Demo 3000 Mark und ein Jahr auf Bewährung

Um dringende Hilfe und Unterstützung bittet der Bonner Ermittlungsausschuß im September bei einem Prozeß nicht nur ein Demonstrant wegen „schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Widerstand, versuchter schwerer Körperverletzung, sowie fortgesetzten schweren Widerstands bei der Festnahme“ abgeurteilt. Auch eine Zeugin, die aussagte, der Demonstrant sei geteufelt worden, soll aus wegen Falschaussage vor den Kadi kommen. Das Gericht will nicht glauben, daß die Bullen von der „Weltöffentlichkeit“ auf dem Platz herumgewütet haben. Der Ermittlungsausschuß sucht weitere Fotos und Zeugnisaussagen speziell für den Zeitraum der Auseinandersetzungen um das Bertholdendenkmal, ziemlich am Anfang auf dem Münsterplatz! Tel. 0228-65 21 90 oder 0228-65 66 32. Bonner Ermittlungsausschuß, c/o de Schnitz. Wilhelmstr. 3, 5300 Bonn 1. Grüße Karin!

diesem Tag erlaubt, so mit einem Gefangenen umzugehen. Im übrigen sei Schlagen und Treten von Seiten der Bullen auch ganz legal, wenn permanent Widerstand geleistet werde. Die Zuhörer wurden während der sechs Verhandlungstage nach sitzungspolizeilichen Anordnungen des Richters Hasse beim Betreten des Gerichts durchsucht. Nicht nur einen WDR-Journalisten (der immerhin noch den Weg vom Lambdort-Platz über fand!) erinnerte das an Stammheim. Die Verteidigung wird in die Berufung gehen.

**Wichtig:** Der Bonner EA braucht weiterhin dringendst Fotos und Zeugnisaussagen speziell für den Zeitraum der Auseinandersetzungen um das Bertholdendenkmal, ziemlich am Anfang auf dem Münsterplatz! Tel. 0228-65 21 90 oder 0228-65 66 32. Bonner Ermittlungsausschuß, c/o de Schnitz. Wilhelmstr. 3, 5300 Bonn 1. Grüße Karin!

Das Konto des Ermittlungsausschusses lautet: Rechtsbüfekonno Postgiroamt Köln BLZ 370 100 50 Kto.-Nr. 34 22 14-02 Stichwort: Weltwirtschaftsgrüfel

Unterschlagen hat die TAZ allerdings ihren Lesern jenen Teil des Leserbriefes, aus dem hervorging, warum über diesen Prozeß erst 1 1/2 Monate nach Beginn in der taz berichtet werden konnte (wahrscheinlich ein völlig unüblicher Vorgang bei der taz, der sich auch nie wiederholen wird, war doch die taz als Zeitung der Initiativen angeht). In dem Leserbrief des Bonner Ermittlungsausschusses hieß es:

„SO NICHT!“

Jetzt ist es zwar, schon einige Zeit her, doch ist unser Ärger noch nicht verwichen. Es geht um was grundsätzliches, deshalb wird dieser Leserbrief etwas länger; (...) Trotz mündlicher Absprache mit jemandem von der Berliner Nachrichten-Redaktion einerseits und dem Bonner taz-Büro andererseits, mit einer festen Zusage für zwei Spalten hat es die Berliner Endredaktion oder wer auch immer für die Entscheidung zuständig war, nicht für nötig gefunden, auch nur einen Satz über den Prozeß am Bonner Amtsgericht gegen Andi S. aus Wiesbaden, der anlässlich der Demo gegen den WWG/Bonn festgenommen wurde, zu berichten!

Als wir uns nach dem 1. Prozeßtag, am 20.8. — die Bonner taz-Redaktion war gerade im Urlaub — mit einem Artikel in Berlin meldeten, hieß es „Schickt mal rüber“. Auf späteres

Nachfragen hieß es dann: „Laufende Verfahren sind nicht so interessant“. Parallel zum §. 1, dem vorletzten Verhandlungstag, begann im gleichen Gebäude, nämlich am Bonner Landgericht, der Lambdort-Platz-Prozeß. Die taz berichtete ausführlich über ihre Probleme in den Prozeß zurückkommen! Über Andis Prozeß keine Silbe! Am 6. Tag, dem Tag der Plädoyers und Urteilsverkündung hörten wir auf Anruf bei der taz-Redaktion in Bonn: „Keine Zeit. Schreibt Ihr doch was. Wir sorgen für 2 Spalten am Samstag.“ Parallel aber daß natürlich jemand für die taz sich den Hintern platt im Lambdort-Platz-Prozeß!

Wir schrieben also, versuchten uns im un-üblichen Einzelstil, tippten mit rauchenden Köpfen auf Spalte, sprachen alles nochmal durch mit Andi — der Brief lag Freitag früh, wie verabredet, bei der Bonner Redaktion. Außer einer telefonischen Bestätigung von M. und daß sie den Artikel nach Berlin schicken werde, passierte nichts. Nichts kam, weder Samstag, noch Montag, noch Dienstag ... nicht mal ein Zwei-Zeiler unter Eurer teuren Rubrik „Was fehlt ...“!

Auf Nachfragen erhielten wir die Antwort „Na, wird wohl der Auszug zum Opfer gefallen sein ...“. Ja, ist wohl so! Der Graf kriegt eine Hoffrichterstratung von einer halben 1. Seite — für einen mickrigen Demonstranten gegen den WWG '85 war da wohl kein Platz mehr! Interessiert ja auch niemanden, wie der Prozeß gelaufen ist, unter scharfster Bullenbewachung, mit Durchsuchung und Personalausweiskontrolle der Zuschauer, interessiert ja wohl auch keinen, wie Stimmung gemacht wurde mit der „Exkolation der Gewalt“, für die Andi dann wohl stellvertretend zu büßen hat. Interessiert ja auch niemanden, wenn einer von den Leuten, die gegen den WWG demonstriert haben, verknackt wird. Wen in diesem gottverdammten eilen BRD-Landsicht interessiert es denn auch, wieviele Leute für sowas Knast kriegen, wenn interessieren die politischen Gefangenen, wenn sie nicht gerade Christian Klar oder Brigitte Mohaupt heißen?

Eure neueste Werbung gibt Aufschluß, für wen Ihr offensichtlich schreibt: von Schily über Parnass, bis Schröder. Sogar Frau Dickmann liest die taz! Sieh mal an, gute Mischung! Noch lesen auch wir die taz! Auch ohne Foto auf eurem Werbeblatt! Aber das könnte sich sehr bald ändern, wenn Ihr nicht ernsthafter über das auch berichtet, was die Leute angeht, die Opposition in diesem Land sind, Opposition auf der Straße gegen das, was der Staat uns hier so zumutet! Und nicht kommentierend von einem Parlaments- oder Fernsehstudiosessel aus!







Fortsetzung von vorheriger Seite

gische, demographische, soziologische und psychologische Daten einzu beziehen. Einen derartigen Versuch stellt die Schaffung eines Prognose-Gremiums Entwicklung der Kriminalität dar, mit einer an das Kriminalistische Institut beim BAA angegliederten Verbindungsstelle, dem drei Wissenschaftler, ein Kriminalologe, ein Soziologe, ein Sozialpsychologe und drei leitende Polizeibeamte angehören. Das Gremium erarbeite „Szenarien“. Im Mittelpunkt habe dabei bisher die Jugendkriminalität gestanden. Z. Zt. befasse sich das Gremium mit der „Erarbeitung von Indikatoren, die die Erfassung aller typischen Symptome eines Deliktbereichs ermöglichen sollte. „Zur Aufhellung dieses Problemkreises“ werde das Projekt „Jugend und Erwachsenenkriminalität in den Großstädten der Bundesrepublik“ erarbeitet. Für neue Delikte, wie z. B. Computer- und Umweltkriminalität habe sich aber schon gezeigt, „daß die vorhandenen Daten für den bisher gewählten Szenario-Ansatz nicht ausreichend sind.“

Na bitte, ein blitzblank neues „Prognose-Gremium“ als Deus-Ex-Machina zur Rettung unserer bedrohten Zukunft, das ist die Lösung, die deutscher Erfahrung und deutscher Gründlichkeit auf diesem Gebiet entspricht. Aber auch dieses „Prognose-Gremium“, institutionell und personell ohnehin nicht so ganz neu, sondern vermutlich eher eine Fortsetzung bzw. Neuaufgabe der sog. „Bundesländer-Kommission zur Bekämpfung des Terrorismus und Extremismus“ von 1978/9, scheint bisher nicht in der Lage gewesen zu sein, den BRD-„Sicherheits“-planern das gewünschte sichere Lagebild zukünftiger Konfliktlinien zu geben. So sieht sich Boge denn gezwungen, seinen Beitrag mit dem Zugeständnis abzuschließen: „Zum

von 1978/9, scheint bisher nicht in der Lage gewesen zu sein, den BRD-„Sicherheits“-planern das gewünschte sichere Lagebild zukünftiger Konfliktlinien zu geben. So sieht sich Boge denn gezwungen, seinen Beitrag mit dem Zugeständnis abzuschließen: „Zum Thema „Prognose“ mußte ich mich darauf beschränken, im wesentlichen die Schwierigkeiten anzudeuten, die eine zuverlässige Kriminalitätsvorhersage behindern. Eine umfassende Lösung vermag ich nicht anzubieten. Die Einrichtung des Prognosegremiums stellt lediglich einen Versuch dar. Nach einem Erfahrungszeitraum wird Bilanz zu ziehen sein, ob der eingeschlagene Weg weiter zu verfolgen ist. Die ersten Ergebnisse sind zwar anekdotisch, aber nicht so überzeugend, daß eine positive Entscheidung bereits getroffen werden könnte. Eine langfristige und fundierte Prognose wäre aber Voraussetzung, die Aufgaben der Polizei in den 90er Jahren exakt aufzuzeigen. Da diese gesicherte Basis nicht vorhanden ist, muß ich im folgenden wesentlich auf Erfahrung zurückgreifen.“

Angesichts des hochliegenden Themas ist diese Aussage Boge eine bemerkenswert harte Landung auf dem Boden der Realität. Letztlich weiß man eben nicht, was kommt, hat man trotz aller umfangreichen Datengewinnung und kriminologischen Forschung keineswegs das von den Strategen wie H. Herold und A. Stumpeleinerzeit immer wieder geforderte „Gesamtkonzept aus einem Guß“. Zu unsicher sind die sozialen und politischen Variablen in den prognostischen Zukunftsmutationen. Zu stark war auch der bisherige Widerstand der Bevölkerung gegen die gigantischen Ausforschungsbudgets wie die 1973 vorläufig geplante Volkszählung, wie die aufgeschobene Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises.

Die hier sichtbar werdenden prinzipiellen Grenzen politischer Prävention sind im Rahmen dieses Sonderheftes der PFA eine der interessantesten Aussagen über die Polizei der 90er Jahre.

### Konsequenz: „ständiger Optimierungsprozess“

Was den „Sicherheits“-Aspekt angeht, bleibt im Inneren der klassische Rückgriff auf die „Erfahrungen“ und deren grobe Verlängerung nach vorn. Originalion Boge: „Da diese gesicherte Basis nicht vorhanden ist, muß ich im folgenden im wesentlichen auf Erfahrungen zurückgreifen.“ Entsprechend klingt dann auch die nach so viel futuristischer Schamühlererei verblöfende schlichte Schlussfolgerung, es würden „sich die politischen Aufgaben insgesamt wohl nicht entscheidend verändern“.

Andererseits resultiert gerade aus der Unsicherheit die Fortsetzung und Intensivierung der präventiven Aufklärung, um für alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. In den Worten des BKA-Präsidenten: „Gewährleistet werden muß jedoch, daß wir nicht hinter den erreichten Stand zurückfallen. Dies mit einem ständigen Optimierungsprozess in Bezug auf die technische Ausstattung voraus. Die notwendigen



Polizeiakademie Hiltrup

digen Haushaltsmittel hierfür müssen verfügbar gemacht werden... Die personellen Ressourcen sind rationell einzusetzen.

Ganz im Geiste dieser pragmatischen „Optimierungs“-Strategie Boge

digen Haushaltsmittel hierfür müssen verfügbar gemacht werden... Die personellen Ressourcen sind rationell einzusetzen. Ganz im Geiste dieser pragmatischen „Optimierungs“-Strategie Boge halten sich die übrigen von der PFA Hiltrup in dieser Zukunftsnummer von „Die Polizei“ veröffentlichten Beiträge: Statistiken zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung und Personalplanung bei den „Sicherheitsorganen“; keine konzeptionellen Entwürfe, dafür aber ein Programm der beschleunigten Intensivierung der Organisationsstrukturen, der technischen Ausstattung und der Ausbildung der Polizei.

Ohne uns an dieser Stelle mit fortgeschrittenen statistischen und technischen Details herumzuschlagen, seien die wesentlichen Aspekte dieses zukunftsorientierten „Optimierungsprozesses“ hier knapp skizziert:

1) Die „Personallücke“: Der von einer Analyse des BMI sowie der Bundeswehrhochschule München prognostizierte Rückgang der Gesamtbevölkerung der BRD von heute 61,5 Mio auf 48 Mio im Jahr 2010 und 44 Mio im Jahr 2040 wird seitens der Polizei mittels detaillierter Untersuchungen der dabei entstehenden Verschiebungen der Altersstrukturen, sowie des Verhältnisses von einheimischem und ausländischem Bevölkerungsanteil dahingehend interpretiert, daß daraus kein Minder- sondern ein Mehrbedarf an Polizeikräften für die BRD herauskommt. In einer allgemeinen Analyse des BMI Bericht ist die Rede von einer „Personallücke“ in den 90er Jahren für die „öffentlichen Bedarfsräger“ Bundeswehr, Polizei und Zivilschutz von jährlich 100.000 Mann, wobei ein „erfahrungsgemäß erforderlicher Zusatzbedarf von etwas 50.000 Mann zur Sicherstellung einer qualifikationsgerechten Besetzung der Dispositionen“ dabei unberücksichtigt bleibe.

In Gerberts exemplarischer Analyse für Baden-Württemberg heißt es: „Die Vorausschätzungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2000 zeigen, daß in den meisten Ländern bis zu diesem Zeithorizont mit einem Anstieg des Personalbedarfs zu rechnen ist... Da der Rückgang nach dem Jahr 2010 in Baden-Württemberg erwartet werden kann, ist früherster Zeitpunkt für den Einsatz von Reduzierungs-Strategien deshalb auch ungefähr das vorgenannte Jahr. Das bedeutet im Klartext: Eine Sparpolitik durch die Legislative oder durch exekutive Planung oder Initiativen wäre gegenwärtig unter allen Umständen falsch.“ (3)

2) Computernutzung: Dies können wir hier noch knapper halten: Dem Heft liegt eine Studie zugrunde, die von der Forschungs- und Entwicklungsstelle für Polizeitechnik der Polizeiführungs-Akademie Hiltrup in Zusammenarbeit mit dem AK II der Länderinnenministerkonferenz seit April 83 zum Thema „Führungs- und Einsatzmittel zur Kommunikation bei der Polizei“ erarbeitet wurde.

Herzstück dieser Studie sind Planungsvorhaben für die Vernetzung, bzw. Neuentwicklung diverser Kommunikations-Sondernetze

der Polizei, mit denen die Polizei — und die ihr angeschlossenen sonstigen „Sicherheitsorgane“ von öffentlichen Netzen unabhängig werden sollen: Ausbau des vorhandenen Fernsprechnetzes, Fernschreib- und Datensondernetzes.

der Polizei, mit denen die Polizei — und die ihr angeschlossenen sonstigen „Sicherheitsorgane“ von öffentlichen Netzen unabhängig werden sollen: Ausbau des vorhandenen Fernsprechnetzes, Fernschreib- und Datensondernetzes. Ab 1988 soll dann das „dienstintegrierende Dualnetz“ der Bundespost der Polizei für ihre gesonderten Zwecke zur Verfügung stehen. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtigen Verkabelungsaktivitäten. Weiterhin ist der Ausbau drahtloser Daten-, Fernschreib-, UKW-Sprechfunk- und Funkbildübertragungs-Netze im Planung. Insgesamt ein gigantisches technisches Programm, das Millionen DM in einer Zeit verfrachten wird in der die Regierungspolitik — von wem auch immer vertreten — auf Sparhaushalte orientiert.

Besonderer Aufwand soll mit dem Aufbau von EDV-unterstützten Einsatzleitzentralen betrieben werden. Die Errichtung der letzten noch anstehenden großen Einsatzleitzentralen dieser Art in Hamburg, West-Berlin, Kiel, Nürnberg, München wird z. Zt. mit Vorrang vorangetrieben. Danach soll der Schwerpunkt auf den Ausbau der mittleren Funkstellen gelegt werden. Sie sollen an das allgemeine INPOL-Datennetz der Polizei, sowie an die polizeilichen Sondernetze angeschlossen sein, außerdem ab sofort per Funkmeldesystem und Mikrocomputer über eine elektronische Fahrzeugübermittlung verfügen, Anfang der 90er Jahre dann schon über computerisierte Ortungsverfahren für Einsatzfahrzeuge, sowie über Möglichkeiten der Sprach-eingabe zur „Mensch-Maschine-Kommunikation“. Überall dort, wo im Einsatz keine Tastatur zur Verfügung steht oder der Benutzer beide Hände für andere Aufgaben frei haben muß.

Auch für Führungstäbe sollen Microcomputeranlagen installiert werden. Bei der PFA Hiltrup und beim BGS wurden 1985 bereits entsprechende Anlagen angeschafft, um „experimentell zu ermitteln, welche Unterstützung damit dem Führungstab, insbesondere bei der Beurteilung der Lage, der Erstellung von Befehlen und als einsatzunterstützende Informationsquelle, gegeben werden kann.“

Diese technische Planung für die 90er Jahre zielt darauf, die durch die Polizeireform der „Inneren Sicherheit“ seit den 70ern geschaffene dynamische Kommando-Infrastruktur der miteinander verknüpften Lagerzentren der verschiedenen Kommando-Ebenen durch Computerisierung weiter zu intensivieren, um möglichst viel Personal für den unmittelbaren Polizeidienst freizumachen. Dies verweist auf den dritten Schwerpunkt der vorgelegten Planung für die 90er Jahre, (4)

3) Ausbildung: Am Modell Baden-Württemberg demonstriert Gerbert, worum es im Konkreten gehen muß, nämlich — neben Erhaltung und weiterem Ausbau „bewährter“ Spezialeinheiten wie des in den letzten Jahren neugeschaffenen Zweigs geheimpolizeilicher Sonderkommandos, UCAs, stehende Bereitschaftskräfte uä., — offenbar vor allem um die Schaffung des vielseitig ver-

wendbaren, gut ausgebildeten „Allroundpolizeibeamten“.

Die seit Anfang der siebziger andauernde Phase der wildwuchernden Spezialisierungen, die für jede neue Aufgabe eine neue Spezialeinheit aufbaute und damit zu einer extensiven Nutzung der vorhandenen Kräfte führte, soll in Zukunft stärker in eine Phase der intensiven Nutzung der Kräfte durch eine allgemeine Qualifikation des normalen Streifenpolizisten für „bürgerliches“ Eingreifen überführt werden. Insbesondere soll auch die mittlere Führungsebene des „gehobenen Polizeivollzugsdienstes“ durch gründlichere fachliche und politische Aus-

wendbaren, gut ausgebildeten „Allroundpolizeibeamten“.

Die seit Anfang der siebziger andauernde Phase der wildwuchernden Spezialisierungen, die für jede neue Aufgabe eine neue Spezialeinheit aufbaute und damit zu einer extensiven Nutzung der vorhandenen Kräfte führte, soll in Zukunft stärker in eine Phase der intensiven Nutzung der Kräfte durch eine allgemeine Qualifikation des normalen Streifenpolizisten für „bürgerliches“ Eingreifen überführt werden. Insbesondere soll auch die mittlere Führungsebene des „gehobenen Polizeivollzugsdienstes“ durch gründlichere fachliche und politische Aus-

Worum es dabei im Kern geht, entnimmt man der Klage Gerberts über „Defizite“ beim „Erkennen politischer Zusammenhänge. Die rein schematische Rechtsanwendung ohne die Fähigkeit, politische Wirkungen zu erkennen, scheint mir nicht auszureichen, den modernen Anforderungen an diese Funktionen genügen zu können.“

In dieselbe Kerbe hakt die Schlussbemerkung der technischen Planung für die 90er Jahre: „Die Einführung neuer Technologien wird auch Konsequenzen für den sozialen Bereich in der Polizei haben. Die Funktionsträger der oberen und mittleren Führungsebenen müssen in Zukunft eine überzeugende Einstellung zum Einsatz der neuen Technik in ihrem Aufgabenbereich besitzen. Sie werden dabei eine Modernisierungskompetenz gegenüber den Mitarbeitern entwickeln müssen, um so Berührungspunkte mit deren Seite beim Einsatz neuer Technik abbauen zu können.“

Anderer gesagt, der allgemeine Polizeidienst soll auf das Niveau, das in den 70ern — auch technischen — Spezialkommandos der letzten Jahre erreicht wurde, angehoben und deren ideologisches und organisatorisches Know-how zum allgemeinen Level der „normalen“ Polizei gemacht werden.

Im Gegensatz zum „Programm Innerer Sicherheit“ der 70er Jahre, das eine konzeptionelle Umwälzung des polizeilichen Selbstverständnisses, der polizeilichen Organisationsstrukturen und Einsatzmethoden und einen extensiven Ausbau der „Sicherheitskräfte“ mit sich brachte, zielt die polizeiliche Zukunftsplanung angesichts einer schwer kalkulierbaren sozialen und politischen Entwicklung auf Sicherung und Intensivierung des bestehenden, inzwischen bewährten heutigen „Sicherheitsapparats“. Das ist zwar eine weniger spektakuläre aber nicht minder gefährliche Entwicklung. Faktisch zielt sie auf eine weitere Vorverlagerung von Polizei in den Alltag — bei gleichzeitiger weiterer Stärkung des explizit politischen Arms wie einer „europäischen Sicherheitspolizei“ gegen den Terrorismus“, gemeint, gegen die Linke und letztlich eine potentiell unruhige Arbeiterbewegung Europas.

Angesichts der sichtbar werdenden Grenzen polizeilicher und „sicher-

heitspolizeilicher“ Präventivstrategien bekommt der weitere „Optimierungsprozess“ in ideologischer, personeller und technischer Hinsicht als weitere Intensivierung jederzeit abzufordernder Einsatzbereitschaft für alle Fälle für die Polizei offensichtlich eine zunehmende Bedeutung. Über diese Wechselbeziehung zwischen den Grenzen präventiv-polizeilicher Krisenlösungs-Strategien und den unter gegebenen Umständen für nötig erachteten Einsatz unmittelbarer Repressionsgewalt durch die Polizei und andere „Sicherheitsorgane“ der BRD schließt die gegenwärtige Planung der Polizei für die 90er Jahre eine dankenswerte Klarheit. Niemand sollte sich deshalb vom mittelmäßig unmutenden Pragmatismus der vorliegenden Prognosen einlullen lassen.

### Anmerkungen

1) siehe dazu AK 237 S. 7. Luccamer und andere Gespräche. Sagt mir mit wem du sprichst, eine Chat-Station hat die 5. Kom-Strategie zum heißen Herbst der Friedensbewegung 1983 sowie weiterführende Hinweise auf frühere Grundsatzartikel zu Stumpf und präventiv-polizeilichen Strategien seines Hauses.

2) siehe dazu AK 256 S. 17. „Heimlich, still und leise“ — Polizei — besetzt an Schnittermächtigkeit,“ und AK 257 S. 40. „Das neue Polizeigesetz — die Abkehr vom rechtsstaatlichen Polizeibegriff“.

3) siehe dazu in „Die Polizei“ (1985) Bericht des BMI, „Die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik auf einzelne staatliche Bereiche in den 90er Jahren“, auf S. 270ff. sowie die Analyse aus polizeilicher Sicht dazu S. 262ff.

4) siehe dazu: „Eine Kurzfassung der Grob-studie der PFA Hiltrup über die zukünftige Entwicklung von Führungs- und Einsatzmitteln zur Kommunikation bei der Polizei“, auf S. 280ff.

### Mit

teilt zur Kommunikation bei der Polizei, auf S. 280ff.

## Mit der Polizei auf dem Weg zum Sozialismus

Silvaco merkt neben dem kann, gehört diese Zeitung zu den Kritikern der Polizei im allgemeinen und einer Geheimpolizei im besonderen. In diesem Sinne wurden vor allem die verdeckten Ermittlungsmethoden mit V-Leuten, Untergrundfahndern und moderner Überwachungstechnologie als Schritte hin zu einer Geheimpolizei gescholten. Doch es wird Zeit, daß wir umdenken!

In der „leidigen Diskussion um den UCA“ (under-cover-agent) „befürchten Kritiker moderner polizeilicher Arbeit im Bereich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens immer wieder Gefahren für den Rechtsstaat, sehen hier also im wesentlichen rechtswidrig-ideologische Probleme. Darum kann es aber überhaupt nicht gehen... Es ist vielmehr ein politisches Problem zwischen einer mehr liberalen oder einer mehr sozialen Einstellung in der Kriminalpolitik. Das politisch-ideologische Spannungsfeld liegt also zwischen Liberalismus und Sozialismus. Es geht darum, ob man mehr der freien Entfaltung auch mit weitreichenden Auswirkungen und sehr ernstzunehmenden Gefahren bezüglich des Kriminalitätsgeschehens... Platz geben soll oder ob man mehr darauf zu achten hat, daß die „einfachen“ Bürger durch nicht noch weiter an Leib, Leben, Gut und sonstigen Werten geschädigt werden.“ (Stumpele, Landespolizeipräsident Stuttgart, in: Kriminalistik 1985, S. 293ff).

Als Sozialisten dürfen wir uns also in dieser Frage nicht gegen die Polizei und auf die Seite bürgerlicher Liberaler stellen, sondern müssen mit der Polizei für den Sozialismus auch in der Kriminalpolitik kämpfen! Dieser hat — obwohl kein Sozialist — das prominente GRÜNEN-Mitglied Otto Schily bereits erkannt. Auf einer Podiumsdiskussion, die kürzlich von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen in Lübeck veranstaltet worden ist, warnte er zwar vor einer Verwicklung zwischen Kriminalität und Kriminalität, bekämpfte, sprach sich aber für die Notwendigkeit von verdeckten Ermittlungen aus. Vielleicht hat nicht Herr Schily ja auch noch für weitere sozialistische Ziele gewonnen?

E.



Das Opfer der jüngsten polizeigeschützten Nazi-Provokation, Günter Sarg, war noch nicht begraben, da wurde in Hamburg bereits die nächste Provokation in Szene gesetzt: Am 26. 10. will die SS-HIAG, Nachfolgeorganisation der verbotenen Waffen-SS, in Hamburg eine Gedenkfeier zu ihrem 35-jährigen Bestehen durchführen.

Die Hamburger Linke will die Durchführung einer solchen Jubelfeier nicht hinnehmen. Ein Aktionsbündnis ruft die Hamburger demokratische Öffentlichkeit dazu auf, das Treffen aktiv zu verhindern. An dem Bündnis ist das ganze Spektrum der Hamburger Linken beteiligt von den autonomen Autonomen bis hin zu den Jusos — wobei die Jusos Schwierigkeiten wegen der bisherigen Politik des SPD-geführten Hamburger Senats in Sachen Neonazismus haben. Schließlich wurde der Hamburger Senat für seinen manövierten Polizeieinsatz zugunsten der Kuhnert/ANS-Bande, bezeichnenderweise auch „Hansa-Bande“ genannt,

## Alt-SSler wittern ihre Stunde

### Jubelfeier zum 35-jährigem Bestehen der HIAG in Hamburg geplant

In den Jahren 77 und folgende geradezu berüchtigt, 1980 trieb die Hamburger Polizei bei einer Anti-Straßenkundgebung Olaf Ritzmann bei ihrer Jagd nach Demonstranten auf einem Bahnhofsgebäude vor die Gasse einer S-Bahn, wo er starb. Einschließlich DHP und VVN steht außer den Jusos niemand einem Grund, dies zu verschweigen.

Trotzdem wird der Senat aufgefordert, das Treffen zu verbieten und sich für ein Verbot der SS-HIAG einzusetzen. Von einigen Autonomen wird eine solche Verbotsforderung an den Senat nicht mitgetragen. Es sei Unkonsequenz, derartige Forderungen an einen Staat zu stellen, der so eindeutig bewiesen habe, daß es auf Seiten der Nazis liege.

Der Aktions-Konsens des Versuchs einer massenhaften Mobilisierung zur Verhinderung des Nazi-Treffens vor Ort in einer einheitlichen Aktion wurde aber bisher nicht infrage gestellt.

Für den Fall, daß das SS-Treffen an den Stadtrand Hamburgs oder in eine kleinere norddeutsche oder andere Stadt der BRD verlegt werden sollte, beschloß das Bündnis, auch dort ent-

sprechende Aktivitäten zur Verhinderung der Nazi-Veranstaltung zu unternehmen.

Noch ist weder der konkrete Treffpunkt in Hamburg bekannt, noch gibt es Informationen über eventuelle Verschiebungen. Auf jeden Fall gibt es aber nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Städten, mindestens aber in den Kleinstädten rund um Hamburg, Aufmerksamkeit zu sein, ob sich etwas anbahnt. Der folgende Artikel macht deutlich, wer und was die HIAG ist und was ihre erste kuralische erfolgreiche Selbstaussprache durch den Verfassungsschutz als verfassungskonforme Organisation bedeutet: die Integration der „soldatischen Tradition“ der Waffen-SS als normaler Bestandteil der BRD-Demokratie. Dies weist kein Licht, sondern starken Schatten auf den Zustand und auf die Verfassung dieser Demokratie.

F.

## SS-Nachfolgeorganisation HIAG – Bestandteil der «FDGO»

Bereits Mitte der zwanziger Jahre galten die Bestrebungen der NSDAP dem Aufbau einer von der „Massenorganisation“ der SA abgegrenzten „Eliteeinheit der Partei“. Unter strenger Auswahl besonders zuverlässiger Parteimitglieder wurde 1923 der „Stoßtrupp Adolf Hitler“, wenig später umbenannt in „Schutzstaffeln“ (SS) aufgebaut, dessen Aufgabe es war, auch die Vorgänge in anderen Parteien zu beobachten, und ( ) verantwortlich (zu sein) für die Sicherheit der Partei im Innern; sie wird eingesetzt zur Verhütung und Niederwerfung von Parteirevolutionen. (1)

### Killer-Kommandos

Schon im Juni 1934 zeigte die 1933 als eine Art paramilitärische „Stabswache“ aufgestellte, später zum Kern der Waffen-SS gehörende „Leibstandarte Adolf Hitler“, was in ihr steckte: Im Rahmen des von der Parteiführung zur Liquidierung der SA inzuliefernden „Rohm-Putschers“ übernahmen sie die Exekution der SA-Führer und die Zerschlagung der Strukturen der SA.

Bis 1938 war die SS auf die Stärke von vier Regimentern angewachsen. Hitler ordnete am 17.8.1938 an, daß diese „Verfügungstruppen“ als stehendes Heer zu seiner eigenen Verfügung zu gelten hätten. „Die Auswahl der Rekruten erfolgte nach strengen rassistischen und körperlichen Maßstäben. Der Dienst war freiwillig und wurde als Ableistung der Wehrdienstpflicht angerechnet. (...) Zu der regulären militärischen Ausbildung, die in mancher Hinsicht besser war als die des Heeres, kam die Kampfausbildung hinzu. Der Dienst war freiwillig und wurde als Ableistung der Wehrdienstpflicht angerechnet. (...) Zu der regulären militärischen Ausbildung, die in mancher Hinsicht besser war als die des Heeres, erhielten die SS-Truppen eine intensive politische und weltanschauliche Unterweisung.“ (2) Insgesamt dürften ca. 900.000 Mann diesen kasernierten Mordkommandos angehört haben, deren Wirkungsfeld erst im Krieg vollends zum Tragen kam.

Als persönlich auf Hitler verdächtig „Stoßtrupp für Europa“, der sich in den letzten Jahren des „Dritten Reiches“ zusätzlich ca. 250.000 sog. „Volksdeutscher“ bediente, traten Waffen-SS-Kommandos an — immer mit anderen „Sicherheitskräften“ zu „Sonderkommandos“ zusammengestellt — zur „Bandenbekämpfung“ hinter der Front, d.h. zum brutalsten Terror gegen Partisanen und Bevölkerung. So folgten beispielsweise vier aus Waffen-SS, Sicherheitsdienst (SD), Kripo, Hilfspolizei (u.a., „Stahlhelm“) und Sicherheitspolizeieinheiten (SiPo) zusammengestellte Einsatzgruppen der Armee in die Sowjetunion und massakrierten dort innerhalb von knapp sechs Monaten ca. 500.000 „politisch und rassistisch unerwünschte“. (3)

Überall dort, wo eine besonders brutale Hand gefordert war, wurden diese „Einsatzgruppen“ herbeigerufen. Beispielsweise seien erwähnt:

- Blindwütige Erschießungen gleich nach Kriegsbeginn in Polen 1939;
- Sommer 1940: beim „Massaker von Le Paradis“ in Flandern Hinrichtung von ca. 100 britischen Gefangenen durch die „Leibstandarte“;
- Sommer 1941: Ermordung von 295 sowjetischen Soldaten und 6.504 Zivilisten als „Befriedigungsaktion“ in den Pripiatümpfen;
- August 1941: Ermordung von 600 jüdischen Juden durch die SS-Division „Wiking“ als „Vergeltungsmaßnahme“;
- September 1941: Ermordung von 920 Juden bei Minsk durch die SS-Division „Das Reich“;
- September 1943: Massenerschießungen und wüste Zerstörungen durch

35 Jahre „Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG)“ in der BRD: das sind 35 Jahre Leugnung von Kriegsverbrechen, Deckung und Unterstützung etlicher Nazischlächter, Propaganda zur Rehabilitation der SS.

35 Jahre HIAG, das ist aber auch Verschwörung, „Dialog“ und Integration einer ehemaligen Partei-Eliteorganisation gegenüber einem an „fähigen Experten“ immer interessierten westdeutschen Staat.

Der folgende Artikel soll einen kleinen Einblick geben in den großen Weg von der Parteipolizei Hitlers zum begehrten Ansprechpartner einer „freiheitlichen Demokratie“.

die „Leibstandarte“ in Boves/Italien; — Juni 1944: Hinrichtung von 64 kanadischen und britischen Soldaten durch die SS-Panzerdivision „Hitlerjugend“ unter Kurt „Panzer“-Meyer; — Juni 1944: Operation „Blut und Asche“ in Frankreich, der auch das Dorf Oradour und fast alle Einwohner zum Opfer fielen; — August 1944: bestialische Niederschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstandes durch Einheiten der Waffen-SS. (4)

Zudem wurden die KZ-Lagermannschaften ständig neu besetzt durch aus der Waffen-SS abgezogene Faschisten. Selbst in den letzten Kriegstagen wüteten die Nazischeren noch mit grausamer Hand: selber auf dem Rückzug befindlich, liquidierten sie eine zahlenmäßig nicht erfaßbare Menge Soldaten der Wehrmacht wegen „Feigheit vor dem Feind“.

### 1947: Waffen-SS ist verbrecherisch

Zu Recht wurden die Einheiten der

### 1947: Waffen-SS ist verbrecherisch

Zu Recht wurden die Einheiten der Waffen-SS 1947 vom Internationalen Militärtribunal (IMT) als verbrecherische Organisationsstrukturen eingestuft. Das Tribunal kam zu dem Schluß, daß „die Erschießung von unbewaffneten Kriegsgefangenen in einigen Waffen-SS-Divisionen allgemeiner Brauch war.“ (1) Divisionen der Waffen-SS waren für viele Massaker und Gräueltaten in den besetzten Gebieten, wie z.B. für die Blutbäder in Oradour und Lidice verantwortlich. (...) Es ist unmöglich, auch nur einen Teil der SS auszunehmen, der nicht an diesen verbrecherischen Handlungen teilnahm.“

In seinem Urteil betonte das IMT abschließend: „Die SS wurde zu Zwecken gegründet, die nach dem Staat verbrecherisch sind. (...) In die SS schließt der Gerichtshof alle Personen ein, die als Mitglieder in die SS aufgenommen worden waren, einschließlich der Mitglieder der Allgemeinen SS, der Mitglieder der Waffen-SS, der Mitglieder der SS-Totenkopfverbände und der Mitglieder aller verschiedenen Politischen Einheiten, welche Mitglieder der SS waren.“ (2)

Verurteilt von den Tausenden Angehörigen der Mordkommandos wurden allerdings ganze 34 Personen. Gegen 14 von ihnen wurde die Todesstrafe verhängt, von denen nur vier vollstreckt wurden. Der Rest wurde zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, die allerdings in den wenigsten Fällen abgesessen werden mußten. (6)

### Die Waffen-SS reorganisiert sich

Ihrer ehemals bestimmten Aufgabe entbunden, organisierten die z.T. internierten Waffen-SSler bereits frühzeitig den mehr oder weniger bruchlosen Übergang in die „neue Zeit“. Noch während die Rückzugsgefechte der faschistischen Armee andauerten, kamen

etliche SS-Führer, unter ihnen etwa der belgische SS-Offizier Leon Degrelle oder der „Mussolini-Befreier“ Otto Skorzeny, zu dem Schluß, daß es wohl besser sei, sich den Amerikanern mit ihren „reichhaltigen Erfahrungen“ zur Verfügung zu stellen. „Sie träumten davon, den Amis klarzumachen, daß man das falsche Schwein geschlachtet hat.“ (7)

In der sicheren Erwartung, daß man — angesichts des sich abzeichnenden Auseinanderfallens der Anti-Hitler-Koalition — mit einer, wenn auch im Untergrund, bereits wieder zusammengeführten „Elitearmee“, die einerseits den Vorteil der entsprechenden „Kampferfahrung“ gegenüber der SU hätte, andererseits aber auch u.U. die wackeligen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland in bewährter Manier im Griff halten könnte (8), bei den Amerikanern anknüpfen dürfe, knüpften in den alberten Lagern und in den besetzten Zonen SS-Führer eifrig an einem Netz der „ehemaligen Kämpfer“.

Unter den Augen der westalliierten Geheimdienste, z.T. gar auf deren gut dotierten Gehaltslisten stehend (9) — wie etwa Klaus Altmann (Barbie) —, organisierten die Mitglieder der geheimen Zusammenschlüsse „Die Spinne“ und ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen) einerseits die Flucht gesuchter Kriegsverbrecher und faschistischer Massenmörder über Österreich und Italien nach Lateinamerika (10), dabei großzügig unterstützt vom Ruten Kreuz und Vatikan.

Weiter jedoch leisteten sie „ganz bewußt damit zugleich auch schon logistische Infrastrukturarbeit für die Zukunft, nämlich (...) für den 'Kampf um Europa' von morgen.“ (11)

Sinnfälliger Ausdruck dieser Bemühungen, bruchlos den elitären SS-Anspruch eines „Stoßtrupps für Europa“ zu übernehmen, war die Geheimorganisation „Bruderschaft“. Bereits 1945 gegründet, vereinigten sich hier unter der Führung des Generalleutnants von Mantouff, der ehemaligen Gauleiter Kaufmann und Lauterbach sowie des Rechtsanwalt und späteren FDP-Bundestagsabgeordneten Achenbach etliche Offiziere der Elite-division „Großdeutschland“ sowie der himmlischen Polizei zu einem konspirativen Netz über alle vier Besatzungszonen. Innerhalb von vier Jahren gelang es der „Bruderschaft“, eine zwei Divisionen (!) umfassende Gestirnsarmee auf die Beine zu stellen. Deren Vertreter von Mantouff offerierte im Dezember 1949 auf einem Geheimtreffen mit Adenauer — motiviert durch dessen an die Westmächte gerichtetes Angebot eines deutschen Tuppenkontingents — diese Divisionen als „Generalstab und Kern einer zukünftigen deutschen Armee“.

### Verschwörer aus der HIAG

Zwar konnte diese brutale Offerte angesichts der Adenauerschen Orientierung auf eine völlige Westintegration des westdeutschen Teilsstaates und der damit verbundenen faktischen Aner-

kennung der deutschen Teilung nicht in der gewünschten Form greifen; dies allerdings führte nur dazu, daß 1951 mit dem Austausch des ehemaligen Goebbelschen Staatssekretärs Werner Naumann die „Bruderschaft“, weiterhin unter der alten Führung, in „Naumann-Kreis“ umbenannt wurde. Ziel dieser pikanten Geheimrunde, die beste Kontakte in fast sämtliche bürgerliche und faschistische Kreise pflegte, war die Verankerung großer Teile verschiedener bürgerlicher Parteien, insbesondere der FDP, um von dort rückwärts eine faschistische „Nationale Sammlung“ zu initiieren. Mit dieser sollte der Wunschtraum eines „dörschwärmerischen Großraums Europa mit einem Großdeutschen Raum als seinem Kern“ (12) in die Realität umgesetzt werden.

„Betreut“ durch Vertreter des Naumann-Kreises, gedacht als eine legale Operationsbasis dieser Bemühungen und unter dem Deckmantel des „Suchdienstes und der Kameradschaftshilfe“ antretend, gingen als o.g. Kreise die ersten Gruppen der „Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS“, kurz HIAG, hervor. In Hamburg durch den ehemaligen Generalmajor der Waffen-SS und letzten Kommandanten der „Leibstandarte Adolf Hitler“ Otto Kumm sowie Angehörige der durch ihre bestialische Wütere in Jugoslawien berüchtigten SS-Gebirgsdivision „Prinz Eugen“ (13) bereits Ende 1949 zusammengedrungen (14), breitete sich die HIAG schon 1950 innerhalb weniger Wochen unter der Leitung des zeitweiligen Hitler-Adjutanten und ODESSA-Beauftragten (15) Richard Schulze-Knappe auf Gruppen über die Grenzen (14), breitete sich die HIAG schon 1950 innerhalb weniger Wochen unter der Leitung des zeitweiligen Hitler-Adjutanten und ODESSA-Beauftragten (15) Richard Schulze-Konsens mit Ortsgruppen über die gesamte BRD aus. Bereits zu Beginn 1951 verfügte die Organisation, zu deren Hamburger Treffen allein bis zu 1700 Mitglieder (!) erschienen, über 376 Gruppen (16).

Zunächst „lediglich“ zusammengehalten durch eine „Bundesverbindungsstelle“ sowie die Herausgabe des zentralen Organs „Wiking Ruf“, orientierte der Verband auf eine offene Rehabilitation der Waffen-SS als „europäischer Stoßtrupp“, der in edelster militärischer Absicht nur ein gewollt habe: „Land und Volk vor dem Kommunismus retten!“ (17)

Mit dem Ziel, sich die durch das IMT verurteilten politischen und sozialen „Rechte“ zu sichern, aber auch, generell eine Reinwaschung der faschistischen Elitetruppen zu bewerkstelligen, ging seitdem eine wahre Propagandawelle über die BRD hinweg, die in ihrem Kern die Waffen-SS zum „harmlosen“ regulären 4. Wehrmachtsteil stülpern sollte und soll.

Parallel zu diesem Schritt begannen die SSler zugleich die Legalisierung ihrer bis dahin im Untergrund wirkenden Flucht- und Gefangenenhilfeorganisation ODESSA. 1951 gründete sich als eingetragener Verein die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.“, die bis heute mit reichlich finanzieller und ideeller Unterstützung von Vertretern aller bürgerlichen Parteien und der Bourgeoisie für allerlei pikante Hilfen sorgt (18)

### „Integration“

Während die Naumann-Verschwörung mit ihren allzu dreisten Zielen im Januar 1953 von der britischen Besatzungsmacht hochgenommen wurde (natürlich ohne daß ihre Führer jemals verurteilt wurden), konnte sich die HIAG nun erst recht schwingvoll entwickeln: sie war bereit, trotz aller noch

auftretenden taktisch „verfehlten schrillen Töne“, die gewünschte Anpassungsleistung an die NATO-Orientierung der BRD zu erbringen und auf die unmittelbare „Heimholung der deutschen Ostgebiete“ vorläufig zu verzichten.

Wenig später folgte das Echo: Bundeskanzler Adenauer besuchte den zu diesem Zeitpunkt noch inhaftierten SS-General Kurt („Panzer“) Meyer und gab die Erklärung ab, „daß von deutscher Seite alles nur Mögliche für sie (die inhaftierten Nazi-Verbrecher) getan wird.“ (19) Und mit der Begründung „Die Männer der Waffen-SS waren Soldaten wie die anderen auch.“ (20) wurden im August 1953 die „Richtlinien des Personalbegutachtungsausschusses“ verabschiedet, nach denen in den folgenden Jahren für die ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS unter Anerkennung ihrer Dienstgrade die Tore Bundeswehr, Polizei, BOS und Ministerialbürokratie geöffnet wurden.

Ab diesem Zeitpunkt wurde die HIAG, die nach wie vor an den gewohnten Inhalten und Traditionen der SS, nur eben „europäisch“ aufgezogen, demonstriert festhielt und z.T. auch — bis heute — die verschiedensten Kontakte in neofaschistische Kreise aufrechterhielt, von Abgesandten der bürgerlichen Parteien regelrecht hoffert. Es gehörte wieder zur „Normalität“, daß Vertreter von CDU/CSU, FDP und SPD öffentlich auf den teilweise von bis zu 12.000 Alt-SSlern besuchten Treffen ihre Sympathiebekundungen für die „tapferen Soldaten“ ablegten.

Der Integrationsprozeß war so erfolgreich abgeschlossen, daß sich die Parteivertreter für die HIAG ins Zeug schmissen. SPD-Führer Kurt Schumacher „Die Waffen-SS ist als eine Art vierter Wehrmachtsteil geführt worden und als Massenorganisation für Kriegszwecke geschaffen worden.“

CSU-Strauß: „Sie (die Waffen-SS) sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten der letzten Weltkriege eingeschlossen.“ (21)

Eben jenem „Panzer“-Meyer, den Adenauer im Knaus besuchte, und der wenige Jahre später zum Bundespräsidenten der HIAG avancierte, gelang es sogar, in diesen Jahren mit der DC/8-Führung ins Geschäft zu kommen. So konnte beispielsweise das HIAG-Bundestreffen 1956 in Minden nach entsprechenden Absprachen ohne den letzten Protest über die Bühne gehen (22).

Mit der offiziellen Konsolidierung zum „Bundesverband der ehemaligen Waffen-SS (HIAG)“ 1959, dem Jahr der Freilassung aller übriggebliebenen Nazi-Verbrecher, und der Herausgabe des nun in „Der Freiwillige“ umbenannten Organs hatten die SSler schließlich den Schritt zur Integration getan. In einem Staat, der „ein verfassungsmäßig deklarierter Übergang für kommende Entwicklungen“ sein sollte, wie Kurt Meyer ironisch erklärte (23). Die de-facto-Anerkennung der eingeklagten Versorgungsansprüche ehemaliger Waffen-SSler 1961 war schließlich auch die ökonomische Rehabilitation.

### Die HIAG ist vorbildhaft ...

Von Beginn ihrer Existenz an gehörte zur HIAG die Durchsetzung und



Fortsetzung von vorheriger Seite

Beeinflussung von Soldatenverbänden und Militär zu den wichtigen Aufgaben. Als im September 1951 der „Verband Deutscher Soldaten“ gegründet wurde, sicherten sich ehemalige SSler blitzschnell Sitze im Präsidium. Trotz angeblich vorhandener Spannungen, was die Bewertung des Nationalsozialismus betraf (24) hielten sich die „alten Kämpfer“ auf dem kleinsten Nenner des militanten Antikommunismus bis heute standhaft im Milieu der kriegsverherrlichenden Kameraderie.

Nicht verwunderlich also, daß die HIAO auch innerhalb der Bundeswehr immer wieder dreist werben und sich darstellen konnte. An dieser Stelle wegen der hohen Anzahl gegenseitiger Ehrbezeugungen und Veranstaltungen nicht annähernd darstellbar, kam es immer wieder zu „Kameradschaftsabenden“, gemeinsamen Kranzniederlegungen und politischen Veranstaltungen bis in die heutigen Tage hinein, bei denen „zwischen alten Hasen“ und den jüngeren (...) Erfahrungsaustausch und Freundschaft“ (25) gepflegt und gepflegt wurden.

Allein in einem Zeitraum von knapp zwei Monaten konnten beispielsweise 1976 insgesamt 16 Treffen dieser Art gezählt werden (26). Zwar wandten sich die jeweiligen Bundesregierungen gegenüber Kritikern dieser Zusammenhänge immer wieder mit fadenscheinigen Ausreden, als etwa 1976 aufgedeckt wurde, daß sich die HIAO ungehindert regelmäßig in einer von der Bundeswehr finanzierten Tagungstätte in Koblenz treffen konnte, heraus. Zwar stellte der parlamentarische Staatssekretär des Bundesverdrugsministeriums von Bülow 1978 fest: „Es gibt keine offiziellen Verbindungen der Bundeswehr zur HIAO.“ (27) Gleichzeitig mußte allerdings ob der erdrückenden Last gegenseitiger Fakten eingeräumt werden, daß es Treffen dieser Art gäbe. Als drastisches Beispiel dieser Realität sind gleichermaßen die Vorfälle bei der Beerdigung des ehemaligen Naziführers und einstigen In der Szene von Neonazis, „Hilfsorganisationen“ und HIAO wirkenden Hans Ulrich Rudels Ende 1982 zu werten. Während der von rund 3 000 Nazis besuchten Trauerfeier erglänzten im Tiefflug passierende Düsenjäger der Bundeswehr ihrem Vorbild die „letzte Ehre“. Entsprechende kritische Reaktionen wurden vom Verteidigungsministerium schlicht als „Gespenstergeschichten“ (28) abgetan.

Aber nicht nur für die Bundeswehr, auch für die US-Army haben die ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS als „feste und tapfere Kämpfer“ Vorbildcharakter. — So beteiligten sich Mitglieder der HIAO 1976 neben hohen Offizieren der USA, der BRD, Frankreichs und Großbritanniens an einem unter der Schirmherrschaft des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Goppel (CSU) stehenden „Deutsch-Amerikanischen Freundschaftstreffen“, bei dem es um eine Debatte über die „Schaffung einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht“ ging (29). — So zeichnete eine US-Division Ende 1976 ausgerechnet den Odessa-Verbindungsleiter und HIAO-Funktionär Schulze-Kossens wegen seiner „Fairness“ mit der Ehrenmitgliedschaft aus (30). — So ehrte die 70. US Infantry Division im September 1983 anlässlich des 25jährigen Jubiläumstreffens den „Traditionsverband der 6. SS-Gebirgsdivision „Nord““ (31).

### ... verfassungskonform ...

Einigen, zweifellos berechtigten Wirbel verursachte 1983 die Streichung der HIAO aus dem Verfassungsschutzbericht durch die neue CDU/FDP-Regierung. Vorbereitet durch eine Erklärung Kurt Biedenkopfs im Juli 83, die Waffen-SS sei eine „reine Kampfereinheit“, die mit der „allgemeinen SS sehr wenig bis gar nichts zu tun hatte“ (32) und unterstützt durch Helmut Kohl, der sich dagegen wandte, „einer Gruppe von Leuten, die als 19- oder 20jährige eine Lebensende getroffen hätten, bis ans Lebensende das Kaltschma des Rechtsextremismus anzuhängen“ (33) teilte CSU-Sprenger der Öffentlichkeit mit, daß „nach eingehender Prüfung dieser Angelegenheit (...) der Bundesvorstand der HIAO bis auf weiteres im VS Bericht nicht mehr als rechtsextremistische Gruppe erwähnt werden soll.“ (34) Neu allerdings oder gar ein besonderer Qualitätssprung bei dieser Haltung aber eben gerade nicht.

Bereits unter der sozialliberalen Koalition hatte sich die HIAO damit gebrüstet, daß nach Stellungnahmen des Bundesministeriums „keine Erkennt-



NS-Propagandaminister Goebbels empfängt eine Abordnung der SS-Panzer-Grenadierdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Totenkopf“, die sich bei Charkow besonders „hervorgetan“ haben, 2. April 1943, Zweiter Weltkrieg. Der spätere HIAO-Funktionär SS-Sturmabführer Meyer (links) damals

Ein Fotodokument, das die Verbindungen zwischen SS-HIAO und Bundeswehr belegt: Bundesoffiziere in Zivil und Uniform wirken am SS-Treffen der HIAO mit. Hier im Bild der 25-Jahr-Feier der HIAO in Stuttgart (links Meyer)



nisse über eine Herabsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere des Parlamentarismus oder der Grundrechte sowie über positive Äußerungen zu den „Werten des 3. Reiches“ auf den offiziellen Treffen der Vereinstreffen“ vorliegen würden (35). Aufkommende antifaschistische Kritik wurde katechnäuzig mit der Feststellung abgekanzelt, die Bundesregierung würde sich mit dieser Frage nicht beschäftigen (36).

Während allerorten HIAO-Treffen von den Lokalmatadoren sämtlicher bürgerlicher Parteien unter Hinweis auf den Status als eingetragener, z.T. sogar als gemeinnützig anerkannter Verein (37) begrüßt wurden, lief innerhalb der SPD der Streit um die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in beiden Organisationen bis Ende 1981. Noch 1979 hatte sich der damalige Geschäftsführer Egon Bahr unter Berufung auf Kurt Schumacher dagegen gewandt, „28 Jahre später einen Unvereinbarkeitsbescheid herbeizuführen und zusätzliches Recht zu schaffen.“ (38)

Und dem HIAO-Mitglied Hans Wusebach, seinerzeit Mitglied der SS-„Totenkopf“-Division und nach 1945

wegen der Beteiligung an den Massakern in Charkow (SU) zu 25 Jahren KZ verurteilt — die er freilich schon 1954 „abgegeben“ hatte (39) —, der sich insbesondere in seiner Zeit als CDU-Bundestagsabgeordneter als pensionierter Lobbyist seines Vereins hervorgetan hatte, wurde 1979 zum 60. Geburtstag das Bundesverdienstkreuz I. Klasse vom damaligen Präsidenten Scheel verliehen (40).

### ... und honorig!

Angesichts der Integration der HIAO in die Werte bundesrepublikanischen

### ... und honorig!

Angesichts der Integration der HIAO in die Werte bundesrepublikanischen Machtstrebens, angesichts des HIAO-Zugeständnisses, die Waffen-SS sei, wie Schulze-Kossens 1983 nochmals festhielt, „die Inkarnation des selbstlosen und dienenden Soldatentums“ gewesen, die „als Bollwerk gegen einen Gegner, gegen den heute die NATO steht“, gekämpft habe (41), ist nur folgerichtig, daß sich die Vertreter von CSU bis SPD über die letzten vierzig Jahre hinweg penitent als deren Interessenvertreter andienten.

Selbst Helmut Schmidt („Ich werde deshalb auch bei meiner zukünftigen Arbeit im Bundestag versuchen, für gleichmäßige Gerechtigkeit zugunsten aller ehemaligen Soldaten zu wirken“, 1965), sei es der ehemalige Vizepräsident und SPD-Abgeordnete im hessischen Landtag Hans Otto Weber (der sich 1974 für die HIAO verwandte, „bei deren politischer Rehabilitation zu helfen“), seien es Bahr, Kohl, Spranger, Strauß, Mende usw., auf die alle lieferten die Grundlage für politische und soziale Rehabilitierung der Waffen-SS, für Polizeischutz und Rechtfertigung gegenüber demokratischen Protesten (42).

Vor diesem Hintergrund sind selbst die Auseinandersetzungen um den Besuch Reagans und Kohls anlässlich der 40-Jahr-Feierlichkeiten der Zerschlagung des Faschismus im Mai 1985 auf dem Soldaten- und Waffen-SS-Friedhof in Bitburg nicht so sehr als politischer und außerordentlicher Rehabilitierungsversuch zu verstehen, sondern vielmehr als Weiterführung der Integration einer Killer-Truppe, deren für diese Kreise immer noch aktuelle Hauptaufgabe in der Niederschlagung innerer „Unruheherde“ und der „Rettung Europas vor dem Bolschewismus“ besteht.

Pe.

### Hamburger HIAO — HIAO in Hamburg — Who ist who? —

Ein geladener zum „Fest des 35jährigen Bestehens“ unseres HIAO-Landesverbandes“ haben die beiden Landessprecher Franz Schmitt, langjähriger Funktionär dieses Vereins, und Gerhard Schröder.

Gefördert werden soll die 1950 unter Betreuung der Geheimorganisation „Bruderschaft“ durch den letzten Kommandanten der „Leibstandarte Adolf Hitler (LSSAH)“, Otto Kumm gegründete erste legale HIAO-Gruppe in der BRD.

Heute bestehen rund 120 HIAO-Ortsgruppen, zusammengefaßt im „Bundesverband der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS“.

Bis heute haben Mitglieder des Hamburger Landesverbandes ihre Finger maßgeblich in der Gesamtorganisation stecken: So wurde die „Kameradschaft LSSAH“ bis vor kurzem von dem Hamburger Albert Stenwedel und dem langjährigen NPD-Mitglied Walter Krüger geführt. Letzterer mußte wegen Presseveröffentlichungen über seine Äußerungen zur „Gaskammerlüge“ beim HIAO-Treffen in Nesselwang 1985 allerdings abdanken. Ebenso gehört der ehemalige Nazi-Offizier und Kühlen-Förderer f3 Ernst Remer aus Hamburg zum Verband.

Zum diesjährigen Treffen wird als Hauptredner der Bundessprecher Hubert Meyer (nicht zu verwechseln mit „Panzer“-Meyer) auftreten. Meyer, 1913 geboren, trat 1934 in die „Politische Bereitschaft Württemberg“ ein und verpflichtete sich ein Jahr später für die „SS-Verfügungstruppe“. Ab 1937 Offizier in der „Leibstandarte Adolf Hitler“, nahm Meyer an etlichen SS-Stoßkommandos in ganz Europa teil („Sudeteneinsatz“, Überfall auf Polen, Frankreich, Niederlande, „Balkanfeldzug“, „Sowjetunion“, Normandie, Charkow/SU, Ardennenoffensive bis zu den Rückzugsschlachten in Österreich und Ungarn), wurde hoch dekoriert und wanderte 1945 erstmalig in Nazi.

Im „Malmédy-Prozess“ als Zeuge der Verteidigung aufgetreten, gehörte Meyer von Anfang an zu den „Schützlingen“ der Nazi-Hilfsorganisationen wie der „Stillen Hilfe“, was sich u.a. in seiner Berufung in die „Bundesverbindungsstelle“ der HIAO ausdrückt (bis 1956).

Hervorgetan hat sich Meyer, der 1969 zum I. Bundessprecher avancierte, durch seine Kontakte und Unterstützung der „Kappeler-Befreiung“ Ziemann, Marloh und (bis 1972).

Hervorgetan hat sich Meyer, der 1969 zum I. Bundessprecher avancierte, durch seine Kontakte und Unterstützung der „Kappeler-Befreiung“ Ziemann, Marloh und Schulze-Kossens. Ersterem hielt er bei dessen Beerdigung eine entsprechende Laudatio: „Ihr Name wird mit den Namen von zwei Orten verbunden bleiben: mit Malmédy und Gail. Sie haben ein Beispiel für den ungebrochenen Geist der Kameradschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS gegeben.“

Einon Eklat löste 1977 Meyers Versuch aus, das von seinem Schwiegervater Patrick Hinchey herausgegebene Machwerk „Die Waffen-SS“ gemeinsam mit Schulze-Kossens in England persönlich vorzustellen. Aufgrund turbulenter Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit und im Parlament, wurden die ehemaligen Nazioffiziere von der Polizei festgenommen und des Landes verwiesen.

Meyer repräsentiert den nach einem „freien Europa“ strebenden Alt-SSler, der gerne noch an die „alte schwere Zeit der höchsten Bewährung“ (Meyer in „DF“, 11/74) zurückdenkt.

In der Vergangenheit gelang es der HIAO Hamburg immer wieder, auch städtische Räumlichkeiten für ihre Feierlichkeiten gestellt zu bekommen. 1975 feierte sie im Rahmen der „21. ordentlichen Bundesversammlung“ ihr 25jähriges Bestehen in der Festhalle von „Planten und Blumen“.

Bis heute verlegten sich Vertreter der Senats immer wieder entweder auf „mit der Verfassungskonformität“ der HIAO begründeten — Verharmlosung oder aber, wie auch jetzt, „Unkenntnis“.

### Quellen und Anmerkungen:

- (1) Zitiert in PD: Die SS — ein 4. Wehrmachtsteil? München 1979, S. 10.
- (2) G. H. Stern, Geschichte der Waffen-SS, Düsseldorf 1978, S. XV.
- (3) ebd., S. 237.
- (4) ebd., S. 243 ff.
- (5) Zitiert in VVN, Waffen-SS in der Bundesrepublik, Film 1978, S. 12 f.
- (6) AK 82 Juni 1978.
- (7) Stern, 24.5.1984.
- (8) vgl. bei Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Film 1984, S. 248.
- (9) Zu diesen übernommenen Nazis heißt es deutlich in einem CIC-Memorandum: „Sie waren bewegt von fanatischem Interesse für die zukünftigen Gefahren, die Europa unheimlich vom Osten drohten. (...) Sie waren als aufrichtig, wenn nicht fanatisch antikomunistisch“ und damit nützlich! B. Stern, a.a.O.
- (10) Pomorin, a.a.O., Geheime Kanäle, Dortmund 1981, S. 60 ff.
- (11) Opitz, 1984, a.a.O., S. 244.
- (12) ebd., S. 279.
- (13) Stern, a.a.O., S. 248.
- (14) vgl. Kumm, abwegige Darstellung, zit. in PD: 1979, S. 97 ff.
- (15) Pomorin, 1981, S. 168 f.
- (16) Duden-Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Opladen 1984, Bd. 1, S. 107 zit. dort den Weg zur Rf. 11/93.
- (17) vgl. nach Tauber, Bay und Eagle and Swastika, Middleton/GB 1988, S. 354.
- (18) vgl. Pomorin, 1981, a.a.O., S. 7 ff.
- (19) dpa, Mai 1983, zit. in AK 82.
- (20) Konrad Adenauer nach: Deutsche Soldatendarstellung, B56 zit. n. ebd.
- (21) ebd.
- (22) Tauber 1988, a.a.O., S. 350 f.
- (23) auf dem Bundestreffen 1958 in Hameln, zit. in „lat“, S. 93.
- (24) Die HIAO sticht in diesen Auseinandersetzungen hervor mit der Verurteilung jedweden Widerstandes sowie der Legitimierung des Angriffskrieges gegen Polen und die SU vgl. Duden 1984, a.a.O., S. 84.
- (25) zit. nach lat, S. 93.
- (26) vgl. AK 93, S. 1176.
- (27) FR, 23.1.78.
- (28) taz, 28.12.78.
- (29) AK 84, S. 127 ff.
- (30) AK 93, S. 1176.
- (31) DVZ, 20.1.84.
- (32) „lat“, S. 178.
- (33) vgl. in FR, 27.8.83. Interessant hier neben der Abkürzung der Kriterien als Nachgeborene die sich nicht sachkundig gemacht haben die Feststellung Kohls: „In übrigen wurde es um die „Erhaltung des inneren Friedens“ geht!“
- (34) FR, 24.8.83.
- (35) zit. in: „Der Freiwillige“, 8/78.
- (36) zit. in: 1982 Anerkennung der „Kameradschaft der Leibstandarte Adolf Hitler“ durch das Finanzamt Stuttgart, vgl. PD: „Blick nach rechts“, 15.8.83.
- (37) „lat“, S. 179.
- (38) vgl. Meyer/Bahr, E nachfolgende Belegungen von Unionspolitikern, Bornheim-Merten 1980, S. 48.
- (39) Der Freiwillige, 10/78.
- (40) in DF, 7/8, 9/83, in DVZ, 23.8.84.
- (41) Zuletzt in Nesselwang 1985, wo Antifaschisten von einem maritimen Polizeisoldat (gelb) auseinandergeknüpelt wurden. Vgl. AK 259, S. 85.

### Hinweis:

### Hintergrundmaterial

Die HIAO agiert wie eine Spinnweb im Netz des neofaschistischen und stramm konservativen Untergrunds, in dessen weitgefächter Volkswirbel bis deutschnationaler Subkultur, Gremien und Organisationen. So z.B. in der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP), einem Zentrum neofaschistischer Propaganda, so in dem „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes“, einem Zentrum völkisch-deutscher Unkultur, so innerhalb der „Jungen Koalition der diversen „Traditionen“ und Soldatenverbände, die vor allem von Frey über 100 000 Extraplatz pro Auflage markieren „Deutschen Anzeiger“ repräsentiert werden u.a.m. Das kann hier aus Platzgründen nicht weiter ausgebreitet werden, ist allerdings wichtig zu wissen, wenn es um die Beurteilung der Bedeutung der HIAO heute geht. Interessante finden eine ausführliche Analyse dieser Rolle der HIAO in AK 80, S. 33 und AK 82, S. 34, außerdem einen Nachdruck dieser Artikel in „Droht ein neuer Faschismus“, erweiterte Auflage von 1976, S. 200 und 216.



„Die militärpolitische Lage Westdeutschlands ist so ungünstig wie niemals zuvor in der Geschichte“, mußten die Generale feststellen. Es fehlten „alle Grundlagen für den Wiederaufbau einer Wehr“ (1). Jede militärische Beteiligung stand, ebenso wie jegliche Planung dafür, unter schwerer Strafandrohung — das „Gesetz zur Ausschaltung des Militarismus“ der alliierten Hohen Kommissare vom 16.12.49 hatte das nochmals bestätigt. Hinzu kam, daß es mit der Kriegsbegeisterung der Deutschen nicht so weit her war. Klinge der Generale: „Der Pazifismus des deutschen Volkes ist ernst. Es will keinen Krieg, weder in noch um Deutschland noch in irgendeinem Teil der Welt. Die Jugend ist ebenso wie die ältere Generation dem Waffendienst abgeneigt. Anstelle von Abwehrbereitschaft besteht weithin Gleichgültigkeit.“ Das Schlagwort „ohne mich“ ist zu einer Art Weltanschauung geworden. Der Neutralitätsgedanke ist in der westdeutschen Gedankenwelt noch sehr virulent.“ (2)

Adenauer hatte in aller Stille bereits Kontakte mit den Westmächten aufgenommen und den General der Panzertuppen a. D. Graf von Schwerin zu seinem Berater in militärischen und Sicherheitsfragen ernannt. „Aufgrund bestehender Gesetze“, gesteht die offizielle Militärgeschichtsschreibung ein, „mußte die Existenz der ‚Dienststelle Schwerin‘ zunächst streng vertraulich behandelt werden.“ (3) Sie erhielt die unverfängliche Bezeichnung „Zentrale für Heimdienst“ und wurde mit den Vorbereitungen für die Aufstellung einer „mobilen Bundesgendarmerie“ betraut. Es muß den Verantwortlichen wie ein Geschenk des Himmels erschienen sein, als Ende Juni 1950 der Koreakrieg ausbrach. Parallelen zum geteilten Deutschland waren schnell gezogen, und eine großangelegte Propagandakampagne zur „Umstellung der öffentlichen Meinung“ (4) lief an. Adenauer konnte es sich erlauben, öffentlich einen „deutschen Wehrbeitrag“ ins Gespräch zu bringen. Zugleich rief von Schwerin einen Ausschuß militärischer Experten zu einer Tagung im abgeschiedenen Eifelkloster Himmerod zusammen. Sie arbeiteten die Entwurfspläne zu einer Denkschrift aus, die auch von der amtlichen Militärgeschichte selbst „gewissermaßen als die ‚Magna Charta‘ der deutschen Wiederbewaffnung“ angesehen wird. (5) Die Liste der Tagungsteilnehmer ist aufschlußreich: „Unter den früheren Offizieren der ehemaligen deutschen Wehrmacht ... waren allein zehn Generale/Admirale, vier von ihnen fanden im gleichen bzw. entsprechenden Rang in der Bundeswehr wieder eine Verwendung (Heusinger, Speidel, Rüttiger, Ruge). Von den fünf Stabs-offizieren erlangten drei in den neuen Streitkräften ebenfalls Generalränge (Kielmansegg, Baudissin, Krüger).“ Sie stiegen bis zu den höchsten Dienststellungen auf, die in den Streitkräften zu besetzen waren: Generalinspekteur, Inspekteur einer Teilstreitkraft und Oberbefehlshaber in NATO-Kommandobereichen.“ (6) Zwei weitere Teilnehmer wurden hochrangige

ne Verwendung (Heusinger, Speidel, Rüttiger, Ruge). Von den fünf Stabs-offizieren erlangten drei in den neuen Streitkräften ebenfalls Generalränge (Kielmansegg, Baudissin, Krüger). Sie stiegen bis zu den höchsten Dienststellungen auf, die in den Streitkräften zu besetzen waren: Generalinspekteur, Inspekteur einer Teilstreitkraft und Oberbefehlshaber in NATO-Kommandobereichen.“ (6) Zwei weitere Teilnehmer wurden hochrangige

in der Himmeroder Denkschrift wurden viele der militärtheoretischen Grundannahmen und strategischen Überlegungen entwickelt, an denen sich der Aufbau der Bundeswehr später orientierte. Zentrale Inhalte wie militärische Integration (in eine europäische Armee, später in die NATO), Verteidigung so weit östwärts wie möglich, Vorwärtstrategie, bewegliche Kampfführung, Fähigkeit zum Blitzkrieg und Totalisierung des Krieges für alle Lebensbereiche, wurden in den Planungen des Expertenkreises niedergelegt. Die politisch-militärischen Ziele für die neue Armee verstanden sich fast von selbst: „Die Rückgabe der entlassenen Ostgebiete ist unabdingbare Notwendigkeit für die Existenz des deutschen Volkes“. Das war für Speidel ein Hauptpunkt des „klaren politischen Zielsetzung unter leitender europäischer Idee“, unter der sich der Aufbau der neuen Armee vollziehen sollte. (7)

Im folgenden sollen einige der wichtigsten Grundlinien im militärischen Denken der Bundeswehrführung nachgezeichnet werden, wie sie bereits in den angeführten Denkschriften auftauchen und wie sie in den 50er und 60er Jahren präzisiert und ausformuliert wurden.

## Integration ohne Verzicht auf eigene Handlungsfähigkeit

„Westdeutschland kann nie aus eigener Kraft seine äußere Sicherheit herstellen“, diese Erkenntnis stand am Anfang des Planungsprozesses (8)

# Die Bundeswehr und ihr «Verteidigungsauftrag»

Bereits drei Jahre nach der vernichtenden Niederlage der Naz>Wehrmacht wurden in Westdeutschland wieder detaillierte Überlegungen angestellt, wie ein Krieg gegen die Sowjetunion zu führen und zu gewinnen sei. Adenauer, damals Präsident des Parlamentarischen Rates, hatte den früheren Wehrmachtsgeneral Hans Speidel mit den — selbstverständlich streng geheimzuhaltenden — militärischen Vorplanungen beauftragt. Bis 1950 verfaßte Speidel drei Denkschriften — an der dritten waren auch die Generale Foertsch und Heusinger beteiligt —, in denen bereits zentrale Gedanken für die spätere Aufstellung und ideologische Rechtfertigung der Bundeswehr entwickelt wurden.



Erster Auftritt eines Bundeswehradmirals beim NATO-Oberbefehlshaber

Von vornherein war daher gedacht an eine Beteiligung im Rahmen einer europäischen Armee“ (9). Damals schenkte allenfalls ein „Wehrbeitrag“ Deutschlands, nicht aber ein Wiedererstehen einer selbständigen deutschen Armee durchsetzbar zu sein. Aber auch von der Sache her hatte man aus dem Fiasco des 2. Weltkrieges den Schluß gezogen, es nicht noch einmal im Alleingang zu versuchen: „Die Technisierung des Krieges führt in eine immer stärkere Abhängigkeit von einer komplizierten und leistungsstarken Verteidigungs- und Versorgungswirtschaft. Diese zu unterhalten und damit über alle Mittel zur Kampfführung in einem großen Kriege zu verfügen, übersteigt die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit von Staaten europäischer Größenordnung einschließlich Großbritannien. Für diese Länder gibt es keine Verteidigung mehr allein aus nationaler Kraft. Sie sind gezwungen, sich zu regionalen und überregionalen Bündnissen zusammenzuschließen.“ (10)

Westdeutsche Militärtheoretiker untersuchten sehr aufmerksam die Kombinationskriegsverfahren des früheren Oberkommandos der Wehrmacht, insbesondere mit Finnland und Italien. Als genereller Mangel wurde das Fehlen von einheitlichen integrierten Führungsorganen und einer einheitlichen Gesamtkonzeption festgestellt, die die Niederlagen mit herbeigeführt habe. „Es fehlte eine wohlauzgewogene Kooperationskriegsführung, es fehlte ein Wehrmachts-Generalstab mit einer Planungsabteilung.“ (11)

Innerhalb der NATO wurde die BRD daher zum überzeugten Verfechter einer möglichst engen militärischen Integration. Damit entstand etwas in der Militärgeschichte völlig Neues, was über bisherige Kriegskooperation hinausging. Von der Korporation an gemeinsame, international besetzte Stäbe und eine einheitliche Kommandogewalt. „Im Verlauf einer Spannungszeit, spätestens aber bei Ausbruch der Feindseligkeiten, übernehmen die Nato-Kommandobehörden die volle Verantwortlichkeit hinsichtlich der Operationsführung. Sie realisieren damit eine Integration verbündeter Streitkräfte, die zwar noch nicht lückenlos ist — so ist z.B. die Logistik von der Integration noch ausgeschlossen —, die aber in dieser Form bisher weder im Frieden noch in einem Kriege jemals erreicht worden ist.“ (12) 1966 stellte Speidel fest, das Prinzip der Integration habe sich „voll bewährt“. „Die praktischen Vorteile der Integration liegen in einheitlicher Planung — auch in den atomaren Fragen

— einheitlicher Führung und Ausbildung der Verbände, einheitlicher Organisation, Ausrüstung und Versorgung, gemeinsamer Forschung und Entwicklung.“ (13) Gedrängt wurde von der BRD auf die Integration auch der Logistik — ein Bereich, der in nationaler Verfügung blieb, weil hier die gegensätzlichen Interessen der einzelnen Rüstungsindustrien zu groß gegeneinander standen.

Die militärische Integration in der NATO, das angebliche „Fehlen eines nationalen deutschen Generalstabs“ (sowie die räumliche Trennung der drei deutschen Korps) — so wird von offiziellen Darstellungen der Bundeswehr behauptet — „läßt selbstständige Operationen der Bundeswehr nicht zu“ — was deren rein defensiven Charakter im Rahmen des westlichen Bündnisses beweisen soll. (14) Tatsächlich hat die Bundeswehrführung das völlige Angewiesensein auf integrierte Stäbe stets als Mangel begriffen. „Gegenwärtig sind die militärischen Überlegungen der Bundesrepublik ... noch zu sehr — teilweise sogar in einem unzumutbaren Maße — von Erwägungen einiger Verbündeter abhängig.“ (15) Deshalb hat sie schon früh versucht, die Fähigkeit zu begrenzten eigenständigen Operationen zu erlangen und auszubauen. Mitte der 60er Jahre wurde bereits offen über die Möglichkeit von Aktionen außerhalb der NATO diskutiert. „Es sind ... Konfliktssituationen denkbar, die nicht oder nicht sofort als NATO-Bündnisfall gewertet werden, trotzdem aber militärische Aktionen fordern. In diesem nationalen Verteidigungsfall würde die NATO Teile des deutschen Kontingents freistellen.“ (16) Ministerialrat Klaus Seemann aus der militä-

rischen Abteilung im Bundeskanzleramt sah das Ziel von Aktionen solcher Art

wie folgt: „Die Bundeswehrverbände sind, wenn sie in einem solchen Überwachungs-schlag gewonnenen ‚Faustpfander‘ eine möglichst gute Ausgangsposition für Verhandlungen“ herbeiführen würden. (17) Gedacht war dabei ganz offensichtlich an das Ausnutzen von günstigen Gelegenheiten zur Wiederbesetzung (von Teilen) der DDR. Hatte doch Außenminister Schröder seine Ostpolitik so erklärt: „Was wir brauchen, ist eine Politik des langen Atems, verbunden mit der Fähigkeit, auch plötzlich eintretende Veränderungen der weltpolitischen Lage im Interesse der Einheit unseres Vaterlandes zu nutzen.“ (18)

Inzwischen werden die Teilstreitkräfte von Inspektoren befehligt, die mit ihren Stäben das Oberkommando bilden. Neben dem formellen Befehlshaber, dem Verteidigungsminister, nimmt der Generalinspekteur als Chef des Stabes der Gesamtsreitkräfte die zentrale Stellung ein. Der Führungsstab der Streitkräfte unter den Unterstabschef der Teilstreitkräfte soll gewährleisten, „daß die Bundesregierung jederzeit über die notwendigen Informationen verfügt, um verantwortliche Entscheidungen treffen zu können“, und die BRD „zu angemessener Verteidigungsvorbereitung auch schon in solchen Krisenphasen befähigt ist, in denen die NATO noch nicht in Aktion tritt.“ (19) Vorbild ist für den ehemaligen Herausgeber der Wehrkunde, Ex-Bundeswehrgeneral Meyer-Döring, Israel. Er schrieb nach Israels Überfall auf Ägypten 1967: „Wirklichen Einfluß in den Krisentagen selbst hatte nur das zur Tat entschlossene Israel, das die naturbedingte Schwerfälligkeit supranationaler Organisationen richtig einschätzte. Seine Folgerung aus dieser Erkenntnis war der ‚Sinai-Blitz‘. Ein ‚pre-emptive blow‘ konventioneller Art, ein dem unmittelbar bevorstehenden Angriff zuvorkommender Schlag, war die einzige Möglichkeit.“ Für die „Krisenbeherrschung“ durch die BRD und das Gwappnetzein auf die „Abwehr des begrenzten lokalen Krieges“ sei es notwendig, daß die Bundeswehrverbände „schnell zu schlagen können“, bis die NATO als supranationale Großorganisation „Staatschwächen“ behoben habe. „Die nationale politische und militärische Führung sollte neben Bündnismodellen und automatischer Integration auch solche Möglichkeiten durchdenken: Präsenz, Organisation, Ausrüstung und Ausbildung müssen auch darauf abgestimmt sein.“ (20) Bei dieser nationalen Landesverteidigung sei der „Zeitfaktor von einer viel größeren Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-

hrung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-

hrung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-

hrung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-

hrung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-

hrung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-

hrung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-

hrung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-

hrung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegfüh-

hrung gerüstet und vorbereitet zu sein.

Bedeutung als früher.“ (21)

chen Abteilung im Bundeskanzleramt sah das Ziel von Aktionen solcher Art wie folgt: „Die Bundeswehrverbände sind, wenn sie in einem solchen Überwachungs-schlag gewonnenen ‚Faustpfander‘ eine möglichst gute Ausgangsposition für Verhandlungen“ herbeiführen würden. (17) Gedacht war dabei ganz offensichtlich an das Ausnutzen von günstigen Gelegenheiten zur Wiederbesetzung (von Teilen) der DDR. Hatte doch Außenminister Schröder seine Ostpolitik so erklärt: „Was wir brauchen, ist eine Politik des langen Atems, verbunden mit der Fähigkeit, auch plötzlich eintretende Veränderungen der weltpolitischen Lage im Interesse der Einheit unseres Vaterlandes zu nutzen.“ (18)

Inzwischen werden die Teilstreitkräfte von Inspektoren befehligt, die mit ihren Stäben das Oberkommando bilden. Neben dem formellen Befehlshaber, dem Verteidigungsminister, nimmt der Generalinspekteur als Chef des Stabes der Gesamtsreitkräfte die zentrale Stellung ein. Der Führungsstab der Streitkräfte unter den Unterstabschef der Teilstreitkräfte soll gewährleisten, „daß die Bundesregierung jederzeit über die notwendigen Informationen verfügt, um verantwortliche Entscheidungen treffen zu können“, und die BRD „zu angemessener Verteidigungsvorbereitung auch schon in solchen Krisenphasen befähigt ist, in denen die NATO noch nicht in Aktion tritt.“ (19) Vorbild ist für den ehemaligen Herausgeber der Wehrkunde, Ex-Bundeswehrgeneral Meyer-Döring, Israel. Er schrieb nach Israels Überfall auf Ägypten 1967: „Wirklichen Einfluß in den Krisentagen selbst hatte nur das zur Tat entschlossene Israel, das die naturbedingte Schwerfälligkeit supranationaler Organisationen richtig einschätzte. Seine Folgerung aus dieser Erkenntnis war der ‚Sinai-Blitz‘. Ein ‚pre-emptive blow‘ konventioneller Art, ein dem unmittelbar bevorstehenden Angriff zuvorkommender Schlag, war die einzige Möglichkeit.“ Für die „Krisenbeherrschung“ durch die BRD und das Gwappnetzein auf die „Abwehr des begrenzten lokalen Krieges“ sei es notwendig, daß die Bundeswehrverbände „schnell zu schlagen können“, bis die NATO als supranationale Großorganisation „Staatschwächen“ behoben habe. „Die nationale politische und militärische Führung sollte neben Bündnismodellen und automatischer Integration auch solche Möglichkeiten durchdenken: Präsenz, Organisation, Ausrüstung und Ausbildung müssen auch darauf abgestimmt sein.“ (20) Bei dieser nationalen Landesverteidigung sei der „Zeitfaktor von einer viel größeren Bedeutung als früher.“ (21)

Die Kräfteverhältnisse in Europa und die Gefahr einer nicht mehr beherrschbaren atomaren Eskalation haben bis heute und für absehbare Zukunft einen nationalen militärischen Alleingang der BRD in den Bereich des Unmöglichen verbannt. Um so auffälliger ist es, welches Gewicht die Bundeswehrführung und die verschiedenen Bundesregierungen darauf legen, auch für eine solche Option der Kriegführung gerüstet und vorbereitet zu sein.

## Aufstieg zur NATO-Hauptmacht in Europa

Mit dem Aufstieg der Bundeswehr zur stärksten Militärmacht Westeuropas rückten Bundeswehrverbände in wichtige Stäbe- und Kommandostellen der NATO ein. Meilensteine waren die Ernennung Speidels zum Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte am 1.4.57 und die Wahl Heusingers zum Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses am 13.12.60. „Insgesamt verließen im Jahre 1961 bereits 22 Generale und 253 Generalstabsaffiziere sowie 925 Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr in NATO-Stäben ihren



Der Generalinspekteur der Bundeswehr am 12. November 1955

Dienst.“ (22) Aber nicht etwa, daß sich die BRD damit zufrieden gegeben hätte: Nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration und dem Freiwerden entsprechender Kommandoposten sah Speidel „folgende Probleme für eine Reorganisation der NATO Verhandlungsfreie: Wie auf dem politischen Sektor im Sinne des NATO-Generalsekretariats muß eine größere Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland in den entscheidenden militärischen Kommandostellen erfolgen.“ (23) Auch wenn die von Speidel geforderte „Neuverteilung der Oberbefehlshaberstellen in Mitteleuropa nach den tatsächlichen Stärkeverhältnissen und Aufgaben“ sich nicht durchsetzen ließ, fiel doch für die BRD einiges ab. Nach wie vor fühlen sich die bundesdeutschen Vertreter jedoch benachteiligt, v.a. gegenüber Großbritannien (24), so daß immer wieder Vorstöße auf neue Kommandostellen folgten.

Über die Zahl der jeweils gehaltenen Kommandoposten hinaus bestimmt heute schon das militärische Gewicht der Bundeswehr innerhalb der NATO jegliche militärische Planung der Allianz unausweichlich an vorderster Stelle mit. Die BRD stellt — fast 60% der Mannschafstärke aller Heereseinheiten, — mehr als 60% aller mittleren Kampfpanzer, — ungefähr 55% aller Artillerierohre, — mehr als 70% aller taktischen Nuklearwaffenträger — etwa 25% aller Kampfflugzeuge, und — fast 80% aller Marineeinheiten, die dem Brüsseler NATO-Stab unterstehen. (26)

Angesichts dieser bestimmenden Anteile an der „gemeinsamen Verteidigung“ sowie ihrer wirtschaftlichen und politischen Stärke hat die BRD es geschafft, ihre operativen Maximen in der NATO durchzusetzen und ihr Prinzip der Vorwärts- bzw. Vorverweidung zur Grundlage jeder militärischen Planung des Bündnisses zu machen.

## Das Prinzip der Offensive

Im operativen Teil der Himmeroder Denkschrift wird zu allererst die grundlegende These aufgestellt: „Die auch heute noch für die NATO-Strategie bestimmend ist: ‚Der ununterbrochene Raum muß sowohl ostwärts wie möglich verteidigt werden.‘“ (27) Gegenüber der Planung der Alliierten, von einer Verteidigungslinie am Rhein auszugehen, wurde kategorisch festgestellt, angesichts der geringen Tiefe des Bundesgebiets sei die Aufgabe von Terrain nicht zu verantworten. Aber dies war nur die halbe Wahrheit. Mit „so weit ostwärts wie möglich“ war keineswegs eine Verteidigung an der Grenze gemeint: „Die Verteidigung muß, wo immer möglich, offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß, wo es durchführbar ist.“

Es wird also darauf ankommen, mit einer Gruppe zwischen Main und Lahnburger Heide das Vorgehen frontal aufzuhalten und je einer Gruppe aus dem Süddeutschen und Schleswig-Holstein'schen Raum so bald und so stark wie möglich den Angreifer anzu-

fallen. Daß diese Kampfhandlungen möglichst bald auf ostdeutschen Gebieten vorgetragen werden, muß mit allen Mitteln angestrebt werden.“ (28)

Das heißt: Gedacht war an eine großangelegte Zangenbewegung (man erinnere sich wohl wehmütig an die gewonnenen Kesselschlachten zu Beginn des Radlandfeldzuges), mit der die sowjetischen Kräfte von Norden und Süden umfaßt werden sollten, während ihnen ein Durchstoßen in die BRD durch einen Sperrriegel von Fulda bis zur Norddeutschen Tiefebene unmöglich gemacht würde. Die Luftstreitkräfte der USA und Großbritannien wurden für dieses Konzept mit eingepplant. Ihnen sollte die Heeresunterstützung und die weitrreichende Unterbrechung („long-range interdiction“) der sowjetischen Versorgungslinie zufallen. „Zugleich sollten die ersten Einsätze der anglo-amerikanischen Luftwaffe mit Schwerpunkten der Unterbrechung des Erdkampfes dienen durch Zerschlagung der über die Weichsel laufenden Verbindungen, Niederkampf der feindlichen Luftwaffe und Angriffe auf die angreifenden sowjetischen Divisionen selbst. Dagegen werden großangelegte Angriffe nach Rußland mit Ausnahme vom Einsatz der Atom-Waffe und Vernichtung des Ölgebietes in Baku voraussichtlich erst erfolgen können, wenn das russische Vorgehen zu Lande zum Stehen gebracht worden ist. ... Auch U-Boote, Schnellboote und Landungsverbände



Fortsetzung von vorheriger Seite

zollten von vornherein im Bereich des nördlichen Eismeer, vor allem aber auch in der Ostsee und im Schwarzen Meer auftreten, um auch ihrerseits den offensiven Charakter zu betonen." (29)

Das Offensivprinzip, der Grundsatz, den Krieg outwärts der BRD-Grenzen zu führen, war eine zentrale Forderung aller bürgerlichen Parteien in der BRD. Für die SPD hatte Ernst Schumacher am 17. 9. 1950 in Stuttgart erklärt: „Die deutsche militärische Leistung hat dann einen Sinn, wenn die Weidemo-kratie Deutschland offen nach dem Osten verteidigt, das heißt, Deutsch-land vor den schwersten Zerstörungen bewahren und als Antwort auf einen russischen Angriff östlich von Deutschland die Kriegsentcheidung suchen will. Das ist die erste und einzige Voraussetzung für das Ja und Nein zur deutschen Aufrüstung.“ (30) Schumacher kann die zweifelhafte Ehre für sich in Anspruch nehmen, in scharfer Polemik gegen Adenauer als erster öffentlich und massiv die vorrangigen Kriegsziele des wiederformierten deutschen Imperialismus umrissen und als Bedingung für jede Remilitarisierung gefaßt zu haben: „Alle die kleinen Schieber mit der ‚partiellen Aufrüstung‘ und mit der ‚Verteidigung der Eifelmaße‘, das sind doch die Abschreiber von Ostdeutschland und Berlin. Das Nichtabschreiben ist nur möglich in der Form der Defensive, die zur Offensive übergeht und die die Entscheidung zwischen der Weichsel und dem Njemen sucht.“ (31)

Das 1951 geschaffene „Amt Blank“ (erst 1955 wurde Theodor Blank offiziell zum Verteidigungsminister ernannt) richtete die Streikkräfteplanungen entsprechend den zitierten Zielsetzungen aus. Zur Durchführung der Offensivstrategie war in der Himmeroder Denkschrift die Aufstellung von 12 (Panzer-)Divisionen gefordert worden — ein „Planungsvolltreffer“, wie einer der Beteiligten im Rückblick stolz feststellt: „Diese Zahl 12 erschien als das Höchstmaß des Zumutbaren gegenüber den Alliierten — sowohl psychologisch als auch hinsichtlich der erwarteten Materiallieferungen.“ (32) Militärische Alternativplanungen zur Offensivkonzeption, wie die des (im übrigen atomar nachdenklichen) Leiters der Planungsabteilung im Amt Blank, des Obersten i.G. a.D. Boguslaw von Bonin, wurden rasch abgewürgt. Von Bonin „hatte vorgeschlagen, mit der Aufstellung einer Freiwilligentruppe von 120.000 bis 150.000 Mann zu beginnen und diese so zu gliedern und zu bewaffnen, daß sie entlang der Grenze zur DDR einen festen Panzerabwehrriegel bilden könnten.“ (33) Sein „militärtechnisch bis auf die ... zu kurz ange-setzte Aufstellungsdauer in allen wesentlichen Punkten einwandfrei durchgearbeiteter Vorschlag.“ (34) wurde „sowohl aus politischen wie auch aus militärischen Gründen abgelehnt.“ (35) Von Bonin wurde entlassen — womit die Verhältnisse ein für allemal ge-klärt waren.

mit die Verhältnisse ein für allemal ge-klärt waren.

#### „... höchst beweglich operieren ...“

Ein Dogma, das mit der Offensivstrategie engstens zusammenhängt (und in der Anfangsphase der Bundeswehrplanung direkt als Synonym verwendet wurde), ist das der beweglichen Verteidigung. „Entfernung zwischen den Alpen und der Nordsee beträgt etwa 700 Kilometer. Der Westen“ — so der spätere erste Generalinspekteur Heusinger 1953, und so bis heute die offizielle Bundeswehrgeneration — „wird nicht in der Lage sein, genügend Kräfte zu sammeln, eine starke Verteidigungslinie solcher Länge aufzubauen und zu halten.“ (36) Heute ist die „bewegliche Kampfführung“ einer der Begriffe, hinter der sich die offensive Kriegsführungskonzeption der Bundeswehr versteckt. Man muß deshalb wissen, wie Heusinger (in demselben Artikel) als einer der Väter dieses Begriffs ihn definierte, indem er fest-  
setzte: „Deshalb besteht nur ein Mittel gegen einen russischen Angriff: die bewegliche Verteidigung. Der Verteidiger muß seinerseits den Angreifer angreifen, wo immer sich eine Chance dafür bietet. Mit dieser Kampfmethode sollte der Westen dem Osten gegenüberreten. Man muß versuchen, so schnell wie möglich den russischen Operationsplan zu durchkreuzen. Mit anderen Worten, es gilt so schnell wie möglich die Initiative zu erringen. Aus diesem Grunde sollten in Westdeutschland Kräfte bereitgestellt werden, die Gegenangriffe durchführen können. ... Eine solche bewegliche Verteidigung darf nicht auf die Operationen der Landstreitkräfte beschränkt werden. Sie gilt in besonderem Maße für die

See- und Luftstreitkräfte.“ (37) Diese bewegliche Art der Kriegsführung, die keine statische Frontführung, die keine statische Frontlinie mehr kennt und deshalb schon aus ihrer immanenten Logik heraus jede Begrenzung etwa auf bundesdeutsches Staatsgebiet völlig unlogisch macht, sollte, so schrieb Speidel schon 1949, „auch deshalb dem Sowjetgegner aufzuerzwingen werden, weil nach den jüngsten Kriegserfahrungen die rote Führung einer solchen Kampfesweise nicht voll gewachsen war.“ (38)

Mit dem Aufbau der Bundeswehr wurde die Beweglichkeit zunehmend absolut gesetzt. Wurde in der Himmeroder Denkschrift noch die (unterstützende) „Anlage von Befestigungen und Sperrungen aller Art“ für wirkungsvoll und notwendig gehalten (39), so wurden solche „starren“ Elemente später praktisch ganz aufgegeben. In den vier Jahren wurden Sperrgürtel durch Atomminen (Treitner-Vorschlag) diskreditiert, später flexibler zu handhabende „Pakete“ von sonstigen Nuklearwaffen in Erwägung gezogen. Alles in allem aber zog die Bundeswehrführung aus der, wie sie es formuliert, „gewaltigen Steigerung der Feuerkraft durch die Atomwaffen“ den Schluß, „der erhöhten Wirkung des Feuers müsse durch erhöhte Beweglichkeit begegnet werden. Alle Überlegungen seien darauf zu richten, wie die Beweglichkeit verbessert werden könnte.“ (40) Auf die Konsequenzen aus dieser Forderung für Bewaffnung, Ausrüstung und Struktur der Bundeswehr wird weiter unten noch einzugehen sein.

#### Von der „Vorwärts-“ zur „Vorne-Verteidigung“

„Wichtigstes, vor allen Dingen deut-schen Interessen entsprechendes Prinzip der NATO-Verteidigungsplanung ist die Vorneverteidigung. Vorneverteidigung bedeutet grenznahe, zusammenhängende Verteidigung mit dem Ziel, keine Gebiete preiszugeben und Schäden zu begrenzen.“ (41) Diese Sätze aus dem Weißbuch 1983 hören sich gut an — wohl abgewogen und keineswegs aggressiv. Richtig ver-steht man den Inhalt des Begriffs „Vorneverteidigung“ jedoch nur, wer seine Genese und die seiner Verkündung vorausgegangene Diskussion um „forward strategy“ und der Vorwärtsverteidigung kennt.

Die „forward strategy“ war von den USA 1950/51 proklamiert worden (42), ohne daß sie zunächst über die militärischen Mittel — vor allem die notwendige Menge an konventionellen Landstreitkräften — zu ihrer Verwirklichung verfügt hatten. Mit dem Aufbau der Bundeswehr wurde der „Beginn der Verteidigung unmittelbar am Eisernen Vorhang“ — so die offizielle Begriffserklärung — möglich und zum wichtigsten Blaupapier der bundesdeutschen NATO-Politik. (43) Das war eine bewußt gewählte Formel, um zu verdeutlichen, worum es der NATO wirklich ging: „Westdeutschlands Ver-teidigung“ war eine bewußt gewählte Formel, um zu verdeutlichen, worum es der NATO wirklich ging: „Westdeutschlands Ver-teidigungsminister und seine Generäle wissen, daß der Abwehrraum in einem Ernstfall nicht diesseits, sondern jenseits des Eisernen Vorhangs liegen soll.“ (44) Dieser Sachverhalt — „militärisch eine glatte Selbstverständlichkeit“ — sei dann eben mit dem Begriff „Vorwärtsverteidigung“ belegt worden. „Diese oft angegriffene Formulierung ist weniger eine Ungenauigkeit als vielmehr ein sehr genauer Ausdruck des Zwischenfalls zwischen dem militärisch Wünschenswerten und dem politisch Sagbaren.“ (45) Heute ist der Begriff tabu — in der amtlichen Ge-schichte der Bundeswehr etwa wird er nicht einmal erwähnt. 1963 aber war

die Erklärung der Vorwärtsverteidigung zur verbindlichen Strategie für die NATO Landstreitkräfte Europa-Mitte und das Kommando Ostseezu-gänge Anlaß für lautes Triumphgeschrei militärischer und ziviler Stellen in der BRD. „Seit ihrem Eintritt in die atlantische Gemeinschaft“, so „Ver-teidigungs“minister v. Hassel, habe die Bundesrepublik die Vorwärtsverteidigung verteidigt. „Heute ist dieser Gedanke Allgemeingut der NATO gewor-den. Kräfte und Mittel, strategisches Konzept und Verteidigungspolitik der NATO werden in zunehmender Um-fang hernach bemessen und ausgerich-tet.“ (46) Daß es nicht bei Proklama-tionen blieb, sondern man zügig an die Verwirklichung der materiellen Vor-aussetzungen des Konzepts ging, verdeutlicht der damalige Heeres- (und spätere General-)Inspekteur der Bun-deswehr, die Maßziele als er über die Konsequenzen der „Vorverlegung des Abwehrkurses“ spricht: „Die ver-längerten Aufmarschwege erfordern un-terstützende Maßnahmen der Landes-verteidigung. Zusätzliche Bauten im Bereich der Infrastruktur, Pioniermaß-nahmen aller Art, eine weitere Ver-mischung der Fernmeldeverbindungen, die Erweiterung der Verkehrsnetze mit ihren Kustbauten, logistische Vorsor-ge, eine ergänzende Planung für den Bereich des zivilen Bevölkerungsschutzes und der Polizei sowie die Sicherung neu hinzukommender schutzbedürftiger Objekte und Anlagen müssen be-dacht und vorbereitet werden.“ (47) Minister v. Hassel kündigte „erhebliche Investitionen für infrastrukturelle Maßnahmen“ an. „Wichtig ist zum Beispiel die Vorverlegung von Depots, die Verlagerung von Ölleitungen und die Einrichtung von zusätzlichen Fluch-übergängen.“ (48)

Noch 1966 nahmen die NATO-Verteidigungsminister „von den für den Zeitraum bis 1970 ins Auge gefaßten Verbesserungen Kenntnis und lie-ßen ... einen Streikkräfteplan der NATO für diesen Zeitraum innerhalb des in allgemeiner Übereinstimmung ge-faßten Konzepts der Vorwärtsverteidi-gung gut.“ (49) Damit war es der BRD gelungen, trotz verschiedener Beden-ken und Differenzen anderer NATO-Staaten, die in der Strategiediskussion seit 1963/64 geäußert worden waren, trotz des Ausscheidens Frankreichs aus der militärischen Integration, welches teils auch in dem Wunsch begründet lag, nicht direkt in mögliche westdeut-sche Abenteuer gekoppelt zu sein, ihre Position im Bündnis durchzusetzen.

Dazu kam, daß die „Vorwärtsstrategie“ selbstredend auf massiven Protest in allen RGW-Staaten stieß und die Stellung der Sowjetunion als Schutz-macht für diese Länder stärkte. Dem westlichen Interesse an Spaltung und ideologischer Division des RGW konnte das nur schaden. Die BRD konnte sich den Kritikern in der NATO gegenüber der Tatsache kaum ver-schließen, daß mit der vollmundigen Verkündung der „Vorwärtsverteidi-gung“ noch lange kein realisierbares Konzept für eine siegreiche Kriegfüh-rung gegen den Warschauer Pakt ge-

verkündung der „Vorwärtsverteidi-gung“ noch lange kein realisierbares Konzept für eine siegreiche Kriegfüh-rung gegen den Warschauer Pakt ge-funden war. „Den Abwehrraum im Kriegsfall von Westdeutschland hin-weg über den Eisernen Vorhang zu schieben, dem stehen nicht nur politi-sche Formulierungsschwierigkeiten entgegen, sondern die östliche Militär-macht ... Ein Teil der Bundesrepublik würde unvermeidlich Kampfraum und Operationsfeld, trotz der bestehenden Maxime der Vorwärtsverteidigung.“ (51) Das mußten auch westdeutsche Militärhelfer erkennen.

Der Ausdruck „Vorwärtsverteidi-gung“ entsprach der propagandisti-schen Absicht, unter Soldaten und Be-völkerung eine ideologische Kriegsbe-reitschaft herzustellen — vorzuspie-

geln, daß der Krieg erstens zu gewin-nen sei, und zweitens, daß die Schäden im eigenen Land begrenzt werden könnten. Als allgemein erkannt wurde, daß diese Propagandalüge nur politi-sche Nachteile ohne konkreten und ak-tuellen Nutzen mit sich brachte, wurde sie sang- und klanglos fallen gelassen. Der Begriff der „Vorneverteidigung“ wurde kreiert, verkündet von Gerhard Schröder, der Ende 1966 in der Großen Koalition das Verteidigungsministerium übernahm. „Schröders Formel entsprang einer diplomatischen Über-legung“, meint Baumann trocken, an den Zielen der BRD und der NATO habe sich dadurch jedoch nichts geän-dert. „Von einer Verwässerung der ur-sprünglichen Direktive durch den Aus-tausch der Begriffe kann demnach nicht die Rede sein.“ (52)

Die Hoffnung und die Anstrengun-gen, ein Kräfteverhältnis zu erreichen, in dem es wieder möglich und sinnvoll sein würde, über eine Vorwärtsstrategie zu reden, wurden von westdeut-schen Militärstrategen und der Bundes-wehrführung nicht aufgegeben. Aber erst ab Ende der 70er Jahre, im Zusam-menhang mit der Einführung neuer konventioneller Waffentechnologien und der darauf aufbauenden Entwick-lung von Strategien wie Airland-Battle, wurde wieder offen der „Verteidi-gungsraum“ bis weit nach Osteuropa ausgedehnt: „Das gegnerische An-griffsdispositiv muß dann durchkreuzt werden, wenn es am verteiltesten ist, beim Ansetzen zum Angriff, bevor der Angriff Schwung gewinnt.“ (53) Die Vorneverteidigung wurde wieder ausdrücklich im Sinne der Vorwärts-strategie definiert: „Zwingt die So-wjetunion die Bundesrepublik Deutschland also zu langwieriger nuklear-taktischer Kriegsführung, ist es völlig legitim, daß das Bündnis ver-sucht, die Kampfhandlungen auf das gegnerische Territorium zu verlagern. Die Konzeption der Vorneverteidigung sieht auch Operationen auf gegen-lichem Gebiet vor, das ist quasi eine Wiederholung der 1967 geführten Diskussion um die Vorwärtsverteidi-gung. Sie deutet an, daß man in der Defensive offensiv sein kann.“ (54) Airland Battle läßt die Vorwärtsstrategie wieder realisierbar erscheinen, auch wenn man sich in der BRD noch scheut, das allzu offen auszusprechen. Die offizielle Definition der „Vorne-verteidigung“ im Weißbuch 1983 macht immerhin deutlich, daß die bis dahin gebrauchte Formel: Vorneverteidigung = Abwehr an den Grenzen, er-heblich ausgeweitet wurde: „Vorne-verteidigung umfaßt neben der grenzna-hen Abwehr von Angriffen auch Ope-rationen, um besetztes Gebiet zurück-zugewinnen, Verteidigung im eigenen rückwärtigen Gebiet, Sicherung des Luftraums im NATO-Vertragsgebiet, die Kontrolle entscheidender Seegebie-te zur Sicherstellung der Verstärkungs- und Versorgungstransporte nach Euro-pa und die Bekämpfung des gegneri-schen Potentials in der Tiefe.“ (55)

#### Angriff als wichtigste Gelechtsart

#### Angriff als wichtigste Gelechtsart

Nach dem verlorenen Krieg widmeten sich die bundesdeutschen Militärtheo-retiker mit besonderer Energie der Auswertung des Rußlandfeldzuges. Während die britischen und die US-Erfahrungen im Krieg für relativ be-langlos gehalten wurden, waren die Osterfahrungen der Nazi-Wehrmacht im Amt Blank für eine künftige impe-rialistische Militärkoalition „für un-entbehrlich erkannt worden.“ (56) Die Fragestellungen dieser Untersuchungs-arbeiten waren nicht abstrakt-militä-ristisch, sondern stets — mit Blick auf künftige praktische Verwertbarkeit

— recht konkret gewählt. Die Ergeb-nisse waren wenig überraschend. In der „Wehrkunde“ wurde etwa der Schluß gezogen, daß „sich unsere Führungs- und Gefechtsgrundsätze“ (die HDv 300/1 der NS-Wehrmacht), „bis zum letzten Tage des Krieges bewährt ha-ben“. (57) Nicht nur für strategische und operative Grundsätze, sondern auch für die Taktik im Gefecht, konn-te man also auf „Bewährtes“ zurück-greifen: „Auch in Zukunft wird der Angriff die wirkungsvollere Kampf-form bleiben. Psychologische und praktische Überlegungen machen ihn zum Schwerpunkt für Führung und Ausbildung. Eine Armee ohne An-griffsgeist gleicht dem ‚Ritter ohne Schwert‘. Eine angriffsfreudige Trup-pe, die diese Kampfort beherrscht, wird auch, entsprechend ausgebildet, in der Verteidigung ihren Mann stehen.“ (58) So die zentrale Schluß-folgerung von E. Middeldorf in seinem 1957 schon in zweiter Auflage erschie-nenen Buch „Taktik im Rußlandfeld-zug“. Auch die Verteidigung, heißt es an anderer Stelle, müsse so geführt werden, daß man baldmöglichst zum Gegenangriff übergehen könne. „Der Gegenschlag schließt normalerweise an die Verteidigung an. Diese Kampf-form ist aber auch selbständig oder noch vorhergehendem Verzögerungsgefecht denkbar. ... Eine solche Abwehr-kampfführung stellt aber an das Kön-nen von Truppen und Führern und an die technischen Kampfmittel so hohe Anforderungen, daß sie vorläufig noch nicht zum Grundsatz erhoben werden kann. Sie ist jedoch das Ziel, welches es zu erreichen gilt. Ihre Beherrschung wird im Atomkrieg das Unterpfand des Sieges sein.“ (59) Der Verfasser, übrige-nis Mit-Autor der Himmeroder Denkschrift, unterweist seine Leser an-hand von detaillierten Kampfbispiel-en aus dem Rußlandfeldzug in diver-sen taktischen Raffinessen.

In der entsprechenden Bundeswehr-Dienstverordnung findet man dann die folgenden Sätze: „Nur durch Angriff kann dem Gegner das Gesetz des Han-dels vorgeschrieben werden, nur durch Angriff kann eine Entscheidung herbeigeführt werden. Daher ist der Angriff bei allen anderen Gefechts-arten möglichst oft anzuwenden. Das Be-wußtsein, der Angreifer zu sein, stei-gert das Gefühl der Überlegenheit.“ (60) Entsprechend werden die Bundes-wehrverbände bevorzugt im Angriff ausgebildet, was im Sinne des Offen-sivprinzips und der „beweglichen Ver-teidigung“, auch nur konsequent ist. Vor allem auch unter der Bedingung des Atomkrieges sollten sie in der Lage sein, die „Initiative“ an sich zu reißen, tief vorzustoßen und „die Entschei-dung herbeizuführen“. Heeresinspek-teur Moll empfiehlt „Jedem Offizier als Leitfaden und Anhalt bei der Be-wältigung taktischer Aufgaben“ (61) ein Werk des (inzwischen zum Bundes-wehrgeneral aufgestiegenen) Ostfeld-zugspezialisten Middeldorf: „Füh-rung und Gefecht. Grundriss der Tak-tik“. In dem noch immer maßgebli-chen Handbuch sind 71 Seiten der Ge-fechtsart Angriff gewidmet, ebensoviel Platz, wie die beiden anderen Kampf-arten, die die Bundeswehr kennt, zu-sammen Handbuch und 71 Seiten der Ge-fechtsart Angriff gewidmet, ebensoviel Platz, wie die beiden anderen Kampf-arten, die die Bundeswehr kennt, zu-sammen einnehmen (49 Seiten über „Abwehr“, 23 Seiten über „Verzöge-rung“).

So ist es kein Wunder, wenn die US-Army-Militärs heute, angesichts der Umstellung ihrer Truppen auf die Stra-tegie der Airland-Battle, feststellen müssen: „Von der Ausrüstung und Be-waffnung ist das Heer der Bundeswehr heute schon besser für den offensiven Kampf geeignet, als es die US-Army vielleicht jemals sein wird.“ (62)

#### Das Schlagwort von der Gesamtverteidigung: Vorbereitung auf den totalen Krieg

Bei Aufstellung der Bundeswehr stand zunächst — bis etwa 1962 — der Auf-bau der NATO-unterstellten Verbände im Vordergrund. Damit war aber nach Ansicht der Bundeswehr nur ein Teil dessen abgedeckt, was für eine erfolg-reiche Kriegsführung notwendig schien. Dem zweiten Bein der „Ge-samtverteidigung“, der „Landesvertei-digung“, wandte sich nun die Auf-merksamkeit zu. Nach dem späteren Generalinspekteur der Bundeswehr de Maizière, fallen der Landesvertei-digung „folgende gleichzeitige Aufgaben zu:

- Aufrechterhaltung der Grundord-nung des Staates sowie der innerstaatli-chen Ordnung und Sicherheit
- Herstellen der Verteidigungsbereit-schaft und Erhalten der Verteidigungs-fähigkeit der Bundesrepublik; Aus-schöpfung nationaler Kräftequellen für die Führung der Verteidigung

Fortsetzung nächste Seite





Fortsetzung von vorheriger Seite

— Gewährleisten der Operationsfähigkeit der NATO-Streitkräfte auf dem nationalen Territorium

— Schutz der Bevölkerung der Bundesrepublik und Gewährleisten wesentlicher Voraussetzungen für das Überleben

— Festigen der inneren und äußeren Widerstandskraft des Volkes. (63)

Die grundlegenden Gedanken des Konzepts der Gesamtverteidigung wurden Anfang der 60er Jahre entwickelt. Es entstand eine lebhaft diskutierte und das zu erwartende „Kriegsbild“ und die Konsequenzen, die daraus für den militärischen, vor allem aber auch für den zivilen Bereich zu ziehen sind. Das neue Kriegsbild, führte General Bandmann in einem Grundsatzartikel aus, werde durch die Faktoren Technik, Weltanschaulichkeit, Weltweite und Totalität bestimmt. (64)

Um den letzten Begriff rankten sich eine Reihe weiterer Stellungnahmen. Für die BRD werde der Krieg „mit allen Mitteln, bis zur letzten Konsequenz für Volk und Soldaten total geführt“ es „dürfte der Kriegspartei keinerlei Gewinnchancen mehr einräumen, deren Streitkräfte plus gesamtes Volk nicht in jeder Hinsicht und in jeder Ebene auf alle Arten und Methoden künftiger Kriege frühzeitig vorbereitet sind“. (65) Der „totale Krieg“, den Goebbels 1943 im Berliner Sportpalast ausgerufen hatte, wurde explizit als nachrichtenswertes und noch zu überlieferndes Beispiel für die Gesamtverteidigung ins Feld geführt: „Schon im zweiten Weltkrieg sollte unter dem Begriff „Totaler Krieg“ eine Gesamtverteidigung geschaffen werden, wozu man versuchte, alle Kräfte des Volkes auf wirtschaftlichem und psychischem Gebiet mobilzumachen. Der späte Zeitpunkt, zu dem diese Maßnahmen ausgesetzt wurden, ließ das Ziel nicht mehr erreichen.“ (66)

Klaus Seemann forderte in der „Wehrkunde“ schließlich von einer „verständigen“ Staatsführung, alle militärischen Maßnahmen müßten „unter dem Gesichtspunkt des Ausrüstungskrieges neu durchdacht werden“ (67) „Man kann nicht in der Theorie die totale Bedrohung und das Kriegsbild des totalen Krieges vertreten, ohne die hieraus notwendigen Konsequenzen zu ziehen.“ Da in einem totalen Krieg keine Seite und kein Zweig der Kriegsvorbereitung vernachlässigt werden dürfte, sei „die Einheit zwischen dem Bündnis zu Land, zu See und in der Luft mit den nationalen militärischen Anstrengungen der zivilen Verteidigung, der psychologischen Kampfführung, dem Wirtschaftskrieg unter Ausnutzung aller Kräftequellen der Nation sicherzustellen.“ (68)

Nur durch diktatorische Zwangsmaßnahmen — das lag auf der Hand — war ein solches „ausschöpfen aller nationalen Hilfsquellen“, sicherzustellen. Es müßte insbesondere möglich sein, jeden Widerstand ohne viel Federlesens niederzumachen. Schon 1930 hatten Spödel und Konior für alle „notwendig erscheinenden“ Maßnahmen verlangt, „eine Notstandsge-



nur möglich der Vorrang eingeräumt werden sollte, und daß dort, wo Zusammenarbeit und Koordination nicht mehr ausreichen, es auf klare, rasche, entschlossene, der jeweiligen Situation angepaßte Führung ankommen wird.“ (71)

Der Gehalt von Begriffen wie etwa „Gesamtverteidigung“ oder „Vorwärtverteidigung“ wird erst sichtbar, wenn man sich ins Detail geht, sich anschaut, was Bundeswehrstrategen und „Verteidigungspolitiker“ auf ihrem gedruckten Notizen wirklich konkret meinten. Im Laufe ihrer Geschichte hat die Bundeswehr eine ganze Terminologie mit ihrer eigenen inneren Logik entwickelt. Ihr Begriff von „Verteidigung“ unterscheidet sich von klassischen Offensivkonzeptionen nur durch eines: Er postuliert einen vorangegangenen sowie einen Angriff. Daß diese Voraussetzung in Rahmen der Entwicklung einer Krise und des NATO-„crisis management“ manipulierbar ist — zumal wenn ein „dem feindlichen Angriff unmittelbar zuvorkommender Schlag“ in Erwägung gezogen wird — versteht sich eigentlich von selbst. Um für einen solchen Fall „100%ig zuverlässige Informationen“ über sowjetische Angriffsvorbereitungen zu liefern, ist der BND ja allemal gut.

Die „bewegliche Verteidigung“, auf die operative Planung und taktische Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr ausgerichtet sind, erlaubt es, alle Vorbereitungen für einen Angriffskrieg zu treffen, ihn bis ins Letzte zu üben und im Ernstfall alle seine militärischen Vorteile auszunutzen. Und sie verneint all das mit einer geschickten Verkaufstrategie: Sie soll Öffentlichkeit und Soldaten bis zuletzt in dem Glauben lassen, die Bundeswehr „erfülle nur ihren Verteidigungsauftrag“. Wenn das gelingt, hat der Zweck erreicht.

Quellen und Anmerkungen

Quellen und Anmerkungen

1. Denkschrift der Generale Foertsch, Heusinger und Spödel vom 14.8.50, zit. in: Klaus von Schubert (Hg.) „Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland“, Dokumentationsheft 1985, 977 Teil 2, Köln 1979, im folgenden: Schubert, S. 71, 73.
2. ebd. S. 72 f.
3. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): „Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950-1972“, München 1975, S. 30 f.
4. Denkschrift des militärischen Experten Ausschusses über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas vom 9.10.1950 (Himmeroder Denkschrift), zit. in: Schubert, S. 83.
5. Verteidigung im Bündnis, S. 22.
6. Hans-Jürgen Rautenberg/Horbert Wiggerhausen: „Die Himmeroder Denkschrift vom Oktober 1950 in der militärischen Historie“, H. 177, S. 150 f.
7. Hans Spödel: Denkschrift vom 5.4.1949, zit. in: Schubert, S. 70.
8. Spödel/Foertsch/Heusinger: Denkschrift vom 14.8.50, zit. in: Schubert, S. 73.
9. Hans Spödel: Denkschrift vom 15.12.1948, zit. in: Schubert, S. 67.
10. Ulrich de Maizière: „Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung. Untersuchung und Schlußfolgerungen“, Hamburg/Berlin 1964 (im folgenden: Maizière), S. 11.
11. Albert Kasselring: „Gedanken zum Zweiten Weltkrieg“, Bonn 1955, zit. in: Bundeswehr — „Armee für den Krieg“, Aufbau und Rolle der Bundeswehr als Aggressionsinstrument des westdeutschen Imperialismus, 2. völlig überarb. Aufl. Berlin (DDR) 1968 (im folgenden: AIDK), S. 97. Siehe auch W. Hubatsch: „Kontingentsführung in neuerer Zeit“, Historisch-politischer Betrachtung, in: „Schicksal und Fragen der Gegenwart“, Handbuch politisch-historischer Bildung, Hg. v. Bundesministerium für Verteidigung, 1. Bd., Tübingen 1967.
12. Maizière, S. 19.
13. Hans Spödel: „Die Verteidigung mit bewaffneter Hand“, in: „Wehrkunde“, Hg. v. Bundeswehr — „Armee gegen den Krieg“, 1. Aufl. Deggendorf 1966, in: folgenden: Rautenberg, S. 215 f. Eine große Addition der nationalen Streitkräfte der einzelnen Bundesländer, die die Parzellierung von nationalen Armeen in

Sinne der historischen Konzeptionen“ bei dem Gegenüber, so Strauß in „Die Welt“ vom 26.11.1980, völlig unzutreffend.

14. Peter Barth/Günter Pray/Karl Streit: „Sicherheitspolitik und Bundeswehr“, Frankfurt 1981, S. 311.

15. Studie über die Reorganisation des Bundesministeriums der Verteidigung, zit. in: AIDK, S. 403.

16. Brigadegeneral d.R. von der Maydt, im Rheinischen Merkur 23.4.1965, zit. in: AIDK, S. 365.

17. Klaus Seemann: „Probleme der Bündnispolitik der BRD“, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau (WWR), H. 287, S. 71.

18. Rautenberg/Wiggerhausen: „Sicherheitspolitik der Bundesrepublik“, 1. Aufl., 1982, S. 28.

19. So die Forderung im Weisbuch 1970, S. 38.

20. Wilhelm Meyer-Diering: „Nahostkonflikt und Verteidigung Europas“, in: Wehrkunde, H. 78, S. 336 f.

21. Johann Adolf Graf Kleemannegg (Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte): „Gesellschaft zu Maizière“, S. 22.

22. AIDK, S. 272.

23. Spödel, in: Rautenberg, S. 222.

24. Barth/Pray/Streit, S. 316 f.) betonen das „Interesse der Bundesrepublik daran, ihre Abhängigkeit vom Bündnis durch einen erhöhten Einfluß zu kompensieren... Dem militärischen und wirtschaftlichen Beitrag zum Nordatlantikpakt entspricht allerdings nicht die Besetzung von Kommandopositionen durch die Bundesrepublik. Auf den militärischen Führungspositionen herrscht ein Führungsdruck, der über das hinausgeht, was der Bundesrepublik selbst zu leisten ist, und der Chef des Stabes und nur in diesem engen Zirkel fallen die Entscheidungen, die letztlich politische Entscheidungen vorbereiten und beeinflussen, da z.B. bei der Bedrohungsanalyse die Punkte weitgehend auf den Sachverstand der Militärs angewiesen sind. In diesen wichtigsten Kommandoebenen haben sich die Amerikaner und die Engländer die Führung gesichert. Ob in diesem amerikanisch-britischen Club allerdings tatsächlich die Forderungen der Bundesrepublik so wenig Gewicht haben, wie die geringe Anzahl der deutschen Soldaten, ist zu bezweifeln.“

25. ebd. S. 316 f.

26. nach Barth/Pray/Streit, S. 316.

27. zit. in: Schubert, S. 96.

28. ebd. S. 98. Aus der Stellungnahme des Grafen von Schwerin zur Himmeroder Denkschrift II. Die ausführlich und überzeugend behandelten operativen Überlegungen erscheinen mir besonders beachtenswert. Sie geben die deutsche strategische Auffassung wieder.

29. Himmeroder Denkschrift, zit. in: Schubert, S. 83.

30. Ernst Schürmann: Rede vor SPD-Körperschaften in Stuttgart am 17.8.1950 vom SPD-Vorstand als Broschüre herausgegeben, zit. in: Schubert, S. 87.

31. ebd. S. 88 — Strauß, S. 87, hatte denselben Gedanken 1952 deutlich zurückhaltender ausgesprochen: „Wir wollen und müssen annehmen, daß die Allierten das Risiko einer Verteidigung Europas ostwärts der deutschen Grenzen vorbereiten und auf sich nehmen.“ (Franz Josef Strauß in der Bundes-Legatschaft am 22.52, zit. in: AIDK, S. 132 f.)

32. „Aufgeschossener“ der damaligen SPD-Führer in der ersten der M. als — während zur selben Zeit M. gegen die Remilitarisierung Deutschlands protestierten — wird auch von Generalmajor a.D. Kurt Ferber bestätigt, damals Ob. der deutschen Delegation (Organisations-Ausbildungs-Planung Landstreitkräfte bei den EVG-Verhandlungen in Paris. Ich erinnere mich sehr gut an einen Besuch von Herr v. Eitel in Paris, es muß Ende 1953 Anfang 1954 gewesen sein. Ich war beeindruckt, als damals ein Sozialdemokrat kam, der für uns mehr Verständnis hatte als der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der CDU. Bei denen sprach man gegen Mauern, während man bei Herrn Eitel vor Verständnis stand. Das war für uns überraschend. Aspekte der deutschen Wehrberufung bis 1955, Boppard a.Rh. 1975, S. 108 f.)

33. Kurt Falt: „Die Grundlagen der militärischen Planung“, ebd. S. 173 u. 172.

34. Johannes Fischer: „Militärpolitische Lage und militärische Planung der Bundeswehr“, in: „Die Bundeswehr“, 1. Aufl., Tübingen 1967, S. 41.

35. Falt, S. 183.

36. Falt, S. 471.

37. A. Falt: „Die Bundeswehr“, 1. Aufl., Tübingen 1967, S. 170.

38. ebd. Der spätere Bundeswehrgenerale E. M. Weidert kommt in seinem Buch „Taktik im Rußlandfeldzug zu ähnlichen Schlußfolgerungen.“

„Moderne Kriegführung bedeutet bewegliche Kriegführung. Sieger im neuzeitlichen Kampf sind die Armeen, die sich schneller und leichter als ihr Gegner bewegt.“ Das gilt für die Führung, die Waffen, die Truppeneinrichtung und taktische Überlegenheit, die überlegene Wendigkeit auf dem Gefechtsfeld und die Schärfe für blitzschnelle Angriffe und Gegenangriffe kombiniert. Panzer und Grenadierverbände am entscheidenden Punkt. Es ist eine Kampfführung, die weniger ein Gelände erobern als den Feind vernichten will. (Darmstadt 2. Aufl. 1957, S. 245).

39. Spödel: Denkschrift vom 5.4.49, zit. in: Schubert, S. 69.

40. Himmeroder Denkschrift, nach Schubert, S. 97.

41. Ulrich de Maizière: „Heer im Atomzeitalter“, in: Rautenberg, S. 228.

42. Ich glaube, General Eisenhower sprach zuerst von Vorkriegsstrategie. Man wird damals darunter das linke Rheinufer zu halten. Sogar 1951 war das ein politisches Ziel unannehmbar, aber es war das Beste, was wir zu tun hoffen konnten. Erwa 1954/55 glaubten wir es besser machen zu können, und wir gingen über den Rhein hinaus. So sind wir schrittweise vorkriegsgegangen. Ich glaube, daß wir uns nunmehr dem Stadium nähern, an dem wir zu einer wahren Vorwärtstrategie übergehen können.“ (General Norstad im Dezember 1981 vor der WEU-Versammlung in Paris, zit. in: Ernst Obermann: „H. Verteidigung der Freiheit“, Wiesbaden 1982, S. 206).

43. Die vordere Begrenzung der Verteidigung bezieht Spödel, lag bei meiner Übernahme des Oberbefehls über die verbündeten Landstreitkräfte Europa-Mitte am 2. April 1957 am Rhein. Am 8. Oktober 1958 trug ich auf Grund der zunehmenden Verwirklichung des deutschen Verteidigungsbeitrages General Norstad den Plan einer Vorwärtverteidigung so weit ostwärts wie möglich vor. General Norstad betonte daraufhin die Führung der Verteidigung am Eisernen Vorhang. Bei einem überraschenden, unprovokierten Angriff der Sowjets sollten die NATO-Streitkräfte die Operationsfreiheit gewinnen, dem Gegner das Gesetz des Handels aufzuerlegen, um ihn unter Anwendung aller Kampfmittel und aller modernen Kampfmittel zu schlagen.“ (Hans Spödel: „Zeitberichterstattungen“, ausgewählte Reden, Mainz 1969, S. 57).

44. Dieter Göbel: „Ist Westdeutschland zu verteidigen?“, Düsseldorf/Wien 1966, S. 42.

45. ebd. S. 42 f.

46. Kai-Jew von Hassel: „Deutsche Sicherheitspolitik und Atlantische Allianz“, in: Wk 7/83, S. 348 ff., zit. in: Schubert, S. 146.

47. Noch einige Kostproben aus diesem Enthusiasmus: „Mit dem Durchsetzen der Vorwärtverteidigung hat die Bundesregierung einen entscheidenden Erfolg errungen.“ (Maizière, S. 30). „Die Wichtigkeit dieses Vorgangs kann nicht genug unterstrichen werden, denn darin erfüllt sich erst der Sinn unserer Verteidigungspolitik.“ (Dr. Georg Kille, in: „Wehrkunde“, 1. Aufl. der CDU, auf dem Verteidigungspolitischen Kongress der CDU in Kassel am 10.10.84, zit. in: Obermann, S. 309). Natürlich stand auch die SPD nicht abseits. Europa so Fritz Eitel im Dezember 1983 im „Vorwärt“, „muß an seinen gegenwärtig bestehenden Grenzen, an den Grenzen der Freiheit verteidigt werden. Das ist die Bedeutung der Vorwärtstrategie der NATO.“ (Ulrich de Maizière, in: „Die Bundeswehr“, 1. Aufl., Tübingen 1967, S. 107).

48. Maizière, S. 30.

49. Kai-Jew von Hassel: „Die Bundeswehr von morgen“, in: Rautenberg, S. 42.

50. „Schlußkommunikation der Tagung, nach Neue Zürcher Zeitung, 27.7.85, zit. in: AIDK, S. 375.

51. Der führende französische Strategiebeauftragte — nämlich im Ton, aber klar in der Sache, die Befürchten seines Landes, daß in dem Maße, in dem sich die nukleare Abschreckung gegenseitig aufhebt, könnten die konventionellen Streitkräfte der V.a. zu einem unüberlegten, einzugreifen, wenn es zu schwerwiegenden politischen Ereignissen kommt. Ein neuer Ungleichgewicht in Ostdeutschland, der anderswo zu sich sowjetische Streitkräfte betonen wurden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, wurde zu einer außerordentlich ernsthaften Krise führen, deren Auswirkungen sowohl in politischer als in militärischer Hinsicht schwerwiegend sein könnten.“ Beauftragte damit die Gefahr bundesdeutscher Interventionen im Abhängen an die für andere NATO-Partner vollendete Tatsachen schaffen. Es sei „nicht mehr möglich“, läßt er fort, „den ständigen Druck eines Teils der öffentlichen Meinung zur Wiedervereinigung Deutschlands, je sogar Forderungen auf die 1937 zu Deutschland gehörenden Ostgebiete, zu vertuschen.“ Eine Wiedervereinigung

Deutschlands unter „Anwendung militärischer Mittel“ bezeichnete er als „nicht vorstellbar“ (André Beaufre, Vorfeld und Hinterland Verteidigung für Deutschland und Frankreich — Gemeinsamkeiten und Gegensätze, in: Rautenberg, S. 160, 183 u. 184. Man war in Frankreich nicht bereit — unter der Gefahr atomarer Eskalation, sollte sich eine bundesdeutsche „Polizeilaktion“ als doch nicht so einfach herausstellen — für die West-Deutschen die Kartoffeln aus dem Feuer zu holen).

Auch der ehemalige Außenminister Grottel erinnerte P.G. Walker an die Zeit vor Wiedervereinigung. „Obwohl Phantasie, auch von den anderen Verbündeten gebilligt wurde, dies nie zu übernehmen. Er führte das in die Festhalten der westdeutschen Regierung an der Vorwärtverteidigung auf ihren Allmähren zurück, was ein Versuch für Gesamtdeutschland zurück. Vor dem Hintergrund des ruhlos eingezeichneten Erfolgs, der kriegsbindenden britischen Kolonialinteressen in Asien, die ein übermäßiges Engagement in Europa nicht zuließen, endete seine Rolle in die NATO-Strategie musste sehr raschen Veränderungen im Gleichgewicht der Macht und den wesentlichen Verschiebungen auf der weltpolitischen Szene angepasst werden können.“ (Patrick Gordon Walker: „Das Ziel heißt Entspannung“, in: Rautenberg, S. 165).

51. Göbel, S. 43.

52. Baumann, S. 93.

53. Adalbert Weimann: „Der Raum ist für die NATO keine Wüste“, Interview mit dem Oberbefehlshaber Europa-Mitte, Franz Joseph Schürmann, in: FAZ, 20.7.77, zit. in: Karl-Peter Graf: „Der Einfluß der Technologie auf die NATO-Strategie“, in: M. 1979, S. 320.

54. Graf ebd. S. 392. Graf verweist dabei auf Alexander Haig: „NATO-Strategie“, in: Verteidigung auf dem Gebiet des Auswärtigen, nicht aus, Interview, Die Welt, 18.8.77.

55. Weisbuch 1965, S. 78.

56. Hans Dietrich: „Über den Wert und Unwert von Kriegsführung“, in: WWR, H. 85/4, S. 397 u. 398, zit. in: AIDK, S. 99.

57. ebd.

58. Eike Middendorf: „Taktik im Rußlandfeldzug“, Darmstadt 1967, S. 115.

59. F. M. von Sanger und Eitel, in: Der Gegenangriff, Kampfbilder und Führungsgeschehnisse der beweglichen Abwehr, Neckarsulm 1959, S. 142 f.

60. zit. in: Wolfgang Roschke: „Grundzüge der strategischen Entwicklung der BRD Landstreitkräfte in den letzten 30 Jahren“, in: Militärgeschichte, H. 4/83, S. 406.

61. Vorwort zu Eike Middendorf: „Führen und Gefecht“, Grundriss der Taktik, 2. völlig neu bearb. Aufl. Frankfurt 1968, S. 3.

62. Ein Dozent des Army War College in Carlisle/Pennsylvania gegenüber dem Spiegler, H. 2/85.

63. Maizière, S. 19.

64. Wolf Graf von Baudissin: „Das Kriegsbild“, in: WWR, H. 7/82, S. 363-375.

65. Hubert Wallischek: Oberleutnant i.G. an der Akademie der Bundeswehr für Wehrverwaltung und Wehrtechnik, Probleme der modernen Kriegsbildung, in: WWR, H. 4/84, S. 202.

66. Oberst Emil Schuler: „Die Landesverteidigung“, in: „Bundesrepublik, Nachkriegsland“, 1983, S. 30, zit. in: AIDK, S. 381.

67. Klaus Seemann: „Die Landesverteidigung der Bundesrepublik Deutschland als organisatorisches Problem“, in: Wk 5/80, S. 225.

68. Klaus Seemann: „Vorschläge zu einer neuen Organisation der Landesverteidigung“, in: WWR, H. 1985, S. 553 u. 555.

69. Spödel/Foertsch/Heusinger: Denkschrift vom 14.8.1950, zit. in: Schubert, S. 70.

70. Kai-Jew von Hassel: „In der Notstandsdebatte des Bundestages nach Beilegen des Presse- und Informationsstaats der Bundesregierung“, 22.8.85, zit. in: AIDK, S. 539.

71. General Johann Adolf Graf Kleemannegg: „Gesellschaft zu Maizière“, S. 5.

**Anzeige**

**30 Jahre Bundeswehr: Ohne uns**

Eine Gegen-Zeitung zu den Bundeswehr-Jubiläen in die-  
sem

(4 Seiten, Zeitungsförmig, 2  
Farben, professionelles Lay-  
out) Ideal zum Verteilen, für  
Briefkastenaktionen u.ä.

Inhalt: Bundeswehr-Rüstung  
der 90er Jahre/Bundeswehr  
und 3. Welt/  
BuWe und „Krieg nach  
innen“

Herausgeber: Bundeskongress  
Unabhängiger Friedensgrup-  
pen

Kein Friede mit der NATO-  
Kontaktstelle gewaltfreie Ak-  
tion.

Preise: 10 Stück Z. DM (+  
1,40)/100 Stück 15,- DM (+ 4  
DM)/1000 Stück 130,- DM (+ 14  
DM)/höhere Stückzahlen n.V.

Bestellungen an: Kontaktstelle  
Gewaltfreie Aktion, Eugensir, 9,  
7 Stuttgart 1. Tel. 0711/23 43 91

Beleg beilegen!



## Alter Geist und alte Kameraden

September 1950: Auf einer NATO-Ratstagung fällt die grundsätzliche Entscheidung für einen „deutschen Wehrbeitrag“.

Bild darauf versammelten sich, von Adenauers „Zentrale für Heimatdienst“ beauftragt, ehemalige Nazi-Offiziere bei einer geheimen Tagung im kufelkliner Hammerod. Über erste Forderungen von bundesdeutscher Seite ist man sich in der Militärtafelrunde schneidend: „Einstellung jeder Differenzierung der deutschen Soldaten“ (entschiedlich der Waffen SS) die „Freilassung der als „Kriegsverbrecher“ verurteilten Deutschen“, sowie eine ausdrückliche Freipraxis der Wehrmacht für die ehemaligen Angehörigen der faschistischen Wehrmacht. (1)

Ab 1955 die ersten westdeutschen Kommandos über einen provisorischen Passierplatz marschieren, waren die Feldgrauen Corps aus dem großdeutschen Generalstab bereits wieder auf dem Weg nach oben. Der überwiegenden Mehrheit der Bundeswehrkorpora war eins gemein: Ihre Karrieren hatten sie in den letzten Jahren, teilweise auch in den letzten Tagen des zweiten Weltkriegs gemacht. Sie hatten sich so als die treuesten unter Hitlers Befehlshängern erwiesen. Unter den „Teufeln Generalen“ in Amt und Würden bei der Bundeswehr waren Figuren wie General Heusinger, der das Attentat vom 20. Juli 1944 in Tübingen mit seinem Führer erlebte, General Försch, der eindeutig als Kriegsverbrecher überführt wurde oder auch der „hundertfünfzigprozentige Nationalsozialist“ General Schnez. (2) In dem 1968 in Berlin (DDR) erschienenen Buch „Bundeswehr — Armee für den Krieg“ heißt es: „Sämtliche über 100 Generale und Admirale, die heute — 1959 — die Bundeswehr kommandieren, sind ehemalige hohe und höchste Hitleroffiziere. Es gibt nicht einen einzigen Bundes General oder Admiral, der unter Hitler nicht zumindest den Dienstgrad eines Obersten hatte. 71 Bundes Generale dienen den verbrecherischen Führern des Dritten Reiches als Generalstabsoffiziere bzw. leitende Mitarbeiter des Oberkommandos der Wehrmacht, 43 standen bereits unter Hitler im Generalstab. Mindestens 7 Generale oder Admirale sind abgeurteilte Kriegsverbrecher oder stehen auf alliierter Kriegsverbrecherlisten.“

Darüberhinaus fanden in den Gründungsjahren der Bundeswehr über 2 000 ehemalige Offiziere der Waffen-SS bis zum Dienstgrad Obersturmbannführer den Weg in westdeutsche Kasernen. (3) Die Bundeswehr rekrutierte sich — vom Kommandeur bis zum Kanonieroffizier — ausschließlich aus den Resten der geschlagenen Wehrmacht.

Als „demokratisches Zugeständnis“ wurde 1955 dem Antrag der SPD auf Beseitigung eines Personalgutachterauschusses (PGA) stattgegeben. Der Ausschuss sollte alle „Soldaten, die für die Einstellung mit dem Dienstgrad vom Obersten an aufwärts vorgesehen“ waren „auf ihre persönliche Eignung“ überprüfen. (4) In der „Welt“ vom 1. 2. 1958 wurde ein Resümee der Arbeit des PGA gezogen: „In verhältnismäßig vielen Fällen waren ferner durch die Prüfungsstellen ehemalige Mitglieder der Waffen-SS zugelassen worden, ohne daß sie einer besonderen Prüfung unterzogen worden wären.“ Entschlußfreudiger war der Ausschuss offenbar im Hinblick auf die andere Seite im politischen Spektrum der Bewerber: „Eine Mitgliedschaft in der „Hitler“ oder in den Offiziersbünden während der russischen Gefangenschaft führte normalerweise zur Ablehnung des Bewerbers.“

Um jedoch nicht den Eindruck entstehen zu lassen, der PGA werde jedem Ex-Nazi einen Freibrief für Amt und Wehr in der Bundeswehr erteilen, erklärten die Prüfer in der „Welt“: „Jede gegen den Kommunismus, das allein genügt nicht zur Erkennung unserer politischen Gemütsituation.“ In 486 von 553 Fällen gab der Ausschuss seine Zustimmung zu den Bewerbern (5). 1973 wurde der Personalgutachterauschuss aufgelöst.

Die Übernahme von alten Geist und alten Idealen war nie ein Problem für die Truppe. Der aus der Nazi-Wehrmacht übernommene Bundeswehr-General Speidel äußerte 1964 auf einer Veteranenversammlung in Stuttgart: „Wenn wir die Bundeswehr bitten, es den alten Soldaten gleichzutun, zu ich nun Mahrung und Bitte an euch, meine lieben Kameraden, bewährte Kämpfer in zwei Weltkriegen, nehmt auch unserer jungen Burschen an.“ In den „Ausflugshemerkungen 3/65“ der Bundeswehrzeitung heißt es: „Es bestehen keine Bedenken, Bilder — mein Foto — hervorzuheben.“

# BRAUNE IN OLIV

## Die Bundeswehr — Exerzierplatz für Neofaschisten

Wenn in diesem Herbst 30 Jahre Bundeswehr im Fackelschein und unter klingendem Spiel abgefeiert werden, wird sich die bundesdeutsche Truppe in demokratische Ausgarnung kleiden. Von braunen Flecken auf weißen Generalhandschuhen wird da ebenso wenig die Rede sein, wie vom symbolischen „Judenverbrennungen“ in bieseliger Rekruten-Kunde. PR-Offiziere, angetrieben zum Manöver „großangelegte Publikumsanstaltung“, haben den Auftrag zu verschleiern, daß die Bundeswehr nicht nur Instrument zur militaristischen und rechten Formierung der Gesellschaft ist, sondern darüberhinaus ein Tummelplatz für allerlei braunes Gesindel darstellt.



Der Heeresinspektor der Bundeswehr, General Hildebrandt, 1975 als Teilnehmer der letzten „Siegesparade“ des faschistischen Franco-Spaniens.

Der Heeresinspektor der Bundeswehr, General Hildebrandt, 1975 als Teilnehmer der letzten „Siegesparade“ des faschistischen Franco-Spaniens.

der Heerführer, Truppenführer oder Soldaten des 2. Weltkrieges im Original aufzuheben, auch wenn auf diesen Bildern zwangsläufig Hoheitszeichen oder Orden des dritten Reiches in ihrer ursprünglichen Form sichtbar sind.“

Daß die Bundeswehr kein gebrochenes Verhältnis zur faschistischen Wehrmachtstradition hat, demonstrierte sie mit den Jahren immer offener. Nicht nur das 47 Bundeswehr-Kasernen die Namen von Nazi-Heroen und Weltkrieg I-Helden tragen; 1967 wurden die drei kampfstärksten Schiffe der Bundesmarine nach Rommel, Mölders und Lützens, hochrangige Militärs der Nazi-Wehrmacht, benannt. Rommel meißelte für das „Dritte Reich“ in Frankreich und Nordafrika, Mölders war Hitlers oberster Jagdflieger und der Durchhalte-Admiral Lütjens hatte 1941 sein schwer angeschlagenes Schlachtschiff mit 1 977 Mann selbst versenkt. Der damalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium — ein gewisser Karl Carstens — sagte über den Suizid Admiral Die „hingegebene Pflichterfüllung“ des Selbstversenkens solle auch „kommenden Generationen der Marine als Vorbild“ dienen.

Der personelle Aufbau der Bundeswehr mit NS-Generalstäben sowie die Übernahme der alten Wehrmachtstraditionen und -ideologien haben den Nährboden für das faschistische Potential in der Truppe bereitet.

### Wir rechts ist die Truppe?

Die politische Haltung der Bundeswehr ist in ruhigen Zeiten schwer erkennbar. Zudem sind die Soldaten nach dem Soldatengesetz zur parteipolitischen Zurückhaltung verpflichtet. Die in der Geschichte der Bundeswehr immer wieder durchgeführten politischen Studien geben einen kleinen Einblick in die rechtsradikalen Neigungen der Streitkräfte.

In einer aufsehenerregenden Studie ermittelten 1965 die Politologen Wuldenmann und Schatz neofaschistisches

Gedankengut in der Bundeswehr. Noch vor der eigentlichen Hochphase der NPD in den Jahren 1967-69 stellten die Demoskopien ein potentiell NPD-Wählerreservoir von fast 25% unter den Soldaten fest. Der Kern dieses Potentials lag bei den älteren Unteroffizieren und jüngeren Offizieren (6). Vom Bundeskanzleramt wurde die peinliche Studie unter Verschuß genommen und nie in der Originalfassung veröffentlicht. 1969 ließ sie eine verarmte und „überarbeitete“ Fassung erscheinen (7).

Der NPD-Abgeordnete und Bundeswehrhauptmann Wolfgang Ross sprach 1967 von „20% Prozent aller Soldaten in den bayerischen Garnisonen“, die bei den letzten Landtagswahlen „für die Nazi-Partei gestimmt hätten. Der „Spiegel“ ergänzte im selben Jahr: „Tatsächlich wurden in Bayern in einzelnen Wahllokalen der Bundeswehrgettos besonders viele NPD-Stimmen gezählt — in Sonthofen fast 60%.“ (8)

Gemäß dem allgemeinen Trend im rechtsradikalen Lager war die NPD laut Infas-Umfrage vom Herbst 1974 in der Gunst der Soldaten unter 2% gesunken. Dies bedeutet weder gesellschaftlich noch für die Bundeswehr, daß etwa der rechtsradikale Einfluß oder Aktivitäten zurückgegangen wären. Im Gegenteil: Eine politische Studie, die im selben Zeitraum unter Offiziersstudenten durchgeführt wurde, setzte die Bundeswehr wieder ins „rechte Licht“. Anhand „politisch brisanter Fragen“ stellten Hamburger Sozialwissenschaftler bei 543 Offiziersstudenten der Jahrgänge 1973 bis 75 einen Anteil von 10,6% mit „starker Ausprägung“ zum Rechtsradikalismus fest. Der CDU/CSU-Wehrexperte Würzbach nannte gereizt den gesamten Vorgang „dilettantisch“. Die Interpretationen würden „hinten und vorne“ nicht stimmen. Der Wehrbeauftragte Berkhan (SPD) beschwichtigte: „Alle Armeen der Welt, auch im Ostblock, ziehen konservative Menschen an, daher allerdings gleich auf Rechtsradikalismus zu schließen heißt ich für fraglich.“ (Morgenpost, 13. 10. 78)

### Die Soldatenpartei

Die Anfänge des organisatorischen Kontaktes zwischen neofaschistischen Jugendbünden oder auch alten Militärsverbänden und der Bundeswehr gehen weit in die Geschichte der westdeutschen Armee zurück.

1960 meldete die „Hannoversche Presse“, daß der „erste Bundesleiter des Jugendkorps „Scharnhorst“ ein „Hauptmann der Bundeswehr“ sei, „der bis vor wenigen Monaten noch an der Heeresoffizierschule I in Hannover Dienst tat.“ (9) Mit Fahrzeugen ihrer Einheiten gingen Angehörige der Bundeswehr zusammen mit Mitgliedern des rechtsradikalen „Jugendbund Adler“ auf Fahrt. Ziel waren Jugendherbergen, in denen wehrpolitische Lehrgänge abgehalten wurden. 1965 meldete der „Stern“, daß der neonazistische Jugendbund „Steuern“ beim Raketenartilleriebataillon 150 eingeladen war. Die Bundeswehrausbilder unterwiesen die Jungen im „Knacken sowjetischer Panzer“.

Recht spektakulär verlief die Wiedergründungsversammlung des durch die verschiedensten Zeitläufe der deutschen Geschichte geschleppten militärischen Fackelschahelms — Bund der Frontsoldaten im Jahre 1966. Bei der Versammlung in Bergraben stellten Soldaten und Unteroffiziere des Fernmeldebataillons 768 einen Groß-

Kriegsverbrecherprozeß forderte, bei der Bundeswehr mehr und mehr politischen Geländegewinn verzeichnen. In Glinzburg bei Lim waren im Januar 1967 von den etwa 35 Mitgliedern des NPD Stadtkreisverbandes 10 Angehörige der Streitkräfte. Der Kommandore des dortigen Leichten Kampfgeschwaders 44 erklärte gar: „Zu 75% sind unsere Leute mit den Zielen der NPD einverstanden.“ (10) NPD-Chef von Thadden brümete sich im gleichen Jahr: „Wir haben mindestens 1 200 Bundeswehr-Männer die Mitglieder unserer Partei sind.“ (11) Die Propaganda-Leiterin der Schleswig-holsteinischen NPD, Waltraud Schnoor, sah die Bundeswehresoldaten gleich „schwerwiegend zu uns“ kommen, wo sie dann von der braunen Partei forderten: „Gebt uns echte Aufgaben.“ (Glaubach)

Die NPD-Infiltration der bundesdeutschen Armee alarmierte bald auch Politiker und Journalisten in den verbündeten NATO-Staaten. General de Mazière sah sich zur Beschwichtigung genötigt. In einem Interview erklärte der Bundeswehr-Chef, daß weniger als 1,5% der braunen Kader Soldaten seiner Truppe seien. Der Bundesvorsitzende der Rechtspartei kam bei seiner Zählung auf den dreifachen Anteil.

Verharmlosungen des NPD-Marsches in die Armee waren in der Regel eher Ermütigungen für die Rechtsradikalen: Der „nationale“ Oberleutnant Wilt provozierte Ende 1973 recht ungeniert seine obersten Dienstherren. In einem Leserbrief verlaunbarste der stramine Rechte: „Wir wollen nicht vergessen, daß auch heute noch die Sozialdemokraten entfernte Verwandte der Kommunisten sind.“ Und dann in klassischem Neo-Nazi-Stil: „Dem Bundeskanzler Brandt-Frahn-Martin-Flamme (oder wie er sonst noch heißen mag) wird der Friedensnobelpreis verliehen, während eine Persönlichkeit wie der neunundsechzigjährige Rudolf Heß „seit über 30 Jahren in Spandau hinter Gittern schmachtet.“ (12) Oberleutnant Wilt wurde für keinen seiner rechtsradikalen Ergüsse zur Verantwortung gezogen.

### Juden verbrennen

Ein „schändlicher jüdischer Abstammung“ bekam in den frühen 60er Jahren das Traditionsverständnis der Bundeswehr zu spüren. Sein Vorgesetzter im Pionierbataillon München Freimann, Hauptmann Niemann, beschimpfte den Soldaten: „Du schmiegiger Judenummel bist nicht wert, mit Karzendreck erschossen zu werden.“ — Junge Leutnants riefen sich beim Manöververbund zu: „Gib mal ein paar Juden rummer bist nicht wert, mit Karzendreck erschossen zu werden.“ — Junge Leutnants riefen sich beim Manöververbund zu: „Gib mal ein paar Juden rummer bist nicht wert, mit Karzendreck erschossen zu werden.“ — Auch ein anderer Leutnant nimmt den Mund voll: „Wenn ich es zu tun gehabt hätte, dann hätte ich so viele Juden die Straße lang aufgehängt, daß ich vom Heuberg bis Tel Aviv im Schatten laufen könnte.“ — In der Ausbildungskompanie 2/12 in Wildflecken/Rhön erzählte Unteroffizier Lohmann den „Witz“: „Kennen Sie die Wiedergutmachungsmaschine? Man steckt oben ein Stück Seife hinein, und unten kommt ein Jude heraus.“ (13) — Leutnant Helmut Weis machte klar, wo die Truppe steht: „Hier herrscht Ruhe! Wir sind nicht in der Knabenschule in Tel Aviv, sondern in der Bundeswehr.“ (Stern, 22. 1. 1967) Und wozu diese da ist, verdeutlicht ein Ausbilder in der Pionier-Panzerkaserne von Brannenburg/Südbayern: „Das ist die Kombizange, die wir brauchen, um den toten Russen die Gurtzähne auszuhacken.“ (Stern 44/78)

Das Gespenst der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ existiert noch immer in stahlhelmbewehrten Kommandoköpfen der Bundeswehr. Daß aggressive Bedrohungsphantasien nicht das Privileg der unteren Ränge sein müssen, bewies der Kommandeur des Panzerartillerie-Lehrbataillons in Idar-Oberstein, Oberleutnant Loggawie bereits 1964 bei einer Rekrutenverleihung. Der stramine Kommandeur orakelte, es gehe in Europa darum, „dem Erbe rungsturm aus dem Osten, der vor Jahrhunderten von Hunnen, Ungarn oder Türken vorgetragen wurde“, mutig entgegenzutreten. Die Soldaten mußten zum „heiligen Krieg“ bereit sein. (14) Ein Oberleutnant der Panzerkaserne von Darmstadt bei Lim stete seine Soldaten für den „heiligen Krieg“ mit dem entsprechenden Lied gut aus. Dort schmeterte er: „Panzergranaden, vorwärts, wir greifen an! Wie einst in Polen und Flandern.“ (Stern 44/78) — Im selben Jahr stand Flottenadmiral Horst Wenzig



Fortsetzung von vorhergehender Seite

stellvertretender Chef des Marine-Armes Wilhelmshaven, im Rampenlicht eines historischen Bundeswehr-Skandals. Nach Aussagen eines Zeugen hatte Wenig über den österreichischen Bundeskanzler Kreisky gesagt: „Auch so ein Sozi-Schwein, dazu noch ein Jude! Schade, den hätte Hitler mit vergasen müssen. Der hat ja noch viel zu wenig Juden vergast.“ Der ins Schußfeld der öffentlichen Kritik geratene Flottenadmiral ging in Deckung und wies die Vorwürfe zurück (13).

Allen strafrechtlichen Ermittlungen waren auch die Matten der Schul-schiffen „Deutschland“ entgegen, die 1973 auf einer Auslands-Ausbildungsreise im Braunschweig den Führer-Geburtstag gefeiert hatten. Bei der rechten Festlichkeit hatten Angehörige der Bundesmarine Nazilieder gependelt und ihren Freizeidreiß mit Hakenkreuzarmbändern verziert. Ein Obermaat hatte es originell gefunden, vorbeikommende Soldaten mit „Heil Hitler“ zu grüßen und stellte den Obergefreiten Ludwig Stieling zur Rede, weil die von den „Deutschen Gruß“ nicht erwidert wurde. Die bundesdeutsche Staatsanwaltschaft hielt dies lediglich für eine „geschmacklose Entgleisung“, „Entgleisung“ war auch Prägenkapitän Friedl, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr, als er auf intellektuelle in Zivil zu sprechen kam. 1968 erklärte der schneidige Marinepikaresker in einem Schulungsheft der OTV: „Junge Politologen sind halb gebildet, weil ihnen das Wehrwesen fehlt. Dafür sammeln und stinken sie.“ (FR, 20.8.1969).

Offiziersstudien der Bundeswehrhochschule München führten im Februar 1977 eine „symbolische Judenverbrennung“ durch. Während sie das Horst-Wessel-Lied sangen, beschmerten sie Papierfetzen mit dem Wort „Jude“ und verbrannten diese. Erst als einige andere empörte Offiziere handgreiflich wurden, ließen die rechtsradikalen Bundeswehr-Studien von ihrem Treiben ab. In einer schülerinternen Besprechung beschlossen die Beteiligten ein Schweigeabkommen mit ihrem Vorgesetzten. Es beinhaltet neben der Geheimhaltung der Vorfälle eine „pädagogische Aufarbeitung“ der symbolischen Judenverbrennung.

Doch bereits wenige Wochen danach kam es in der Bundeswehrhochschule zu einem weiteren Zwischenfall: Ein Offizier beschmerte eine Seminarliste mit Hakenkreuzen. Erst ein halbes Jahr später wurden die braunen Umtriebe der Militärstudien durch die Veröffentlichung von Recherchen eines Journalisten der „Frankfurter Rundschau“ bekannt (16).

„Der Skandal kommt nicht aus heiterem Himmel“, wußte die „Süddeutsche Zeitung“ über die antisemitischen Vorfälle zu berichten: „Neben den bekannt gewordenen Vorfällen soll es an der Bundeswehrhochschule noch weitere rechtsextreme Ungereimtheiten gegeben haben. Faschistische Krafte verbüßten Art sowie das offene Auslegen der National- und Offiziersmatten der Bundeswehrhochschule noch weitere rechtsextreme Ungereimtheiten gegeben haben: Faschistische Krafte verbüßten Art sowie das offene Auslegen der National- und Offiziersmatten der Bundeswehrhochschule noch weitere rechtsextreme Ungereimtheiten gegeben haben.“ (Süddeutsche Zeitung, 10.8.77) Daß es sich beim letztgenannten Fall nicht nur um Gemeindefälle handelte, bezeugte der „Stern“ (44/78): Die Bundeswehrhochschüler hatten in der Judengasse in Wien begrüßt: „Juden raustreten zum Erschießen“.

Mit den üblichen Beschuldigungsversuchen konnte es das Bundesministerium für Verteidigung nach diesen Vorfällen und den bestürzten Reaktionen vor allem im Ausland nicht bewenden lassen. Per Befehl wurde die „pädagogische Aufarbeitung“ des Themas Antisemitismus angeordnet. Zunächst wurde als Reaktion auf die Münchner „Judenverbrenner“ eine antisemitische Ausstellung auf dem Hochschulgelände durchgeführt. Von 2.500 Bundeswehr-Studenten erschienen 30.

Wen sich die Bundeswehr als Gastreferent zum verordneten Thema: „Antisemitismus und Antizionismus: Geschichte — Probleme — Perspektiven“ auserkor, warf weiterhin ein bezeichnendes Licht auf die Truppe. Auf den Flüchtlingsveranstaltungen der Bundeswehr-Hochschulen München und Hamburg sprach Professor Joachim Schoeps, einer der letzten Historiker und Mitbegründer des Vorparlamentarismus als neonazistisch eingestuftem Gruppe. „Außerparlamentarismus“ war sein Zitat. Schoeps zählte während der Nazidiktatur zu jenen deutschen Bürgern jüdischen Glaubens, die sich um eine Zusammenarbeit mit den Nazis bemühten. Zu diesem Zweck hatte er 1933 einen „Deutschen Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden“ gegründet (17).



Ein letzter Gruß am Grab des Hitler-Nachfolgers Donitz  
Reserveleutnant der Bundeswehr Ingo Lohmüller

Nachdem einer der Hamburger Bundeswehrhochschule bekannt wurde, daß dort Offiziere braune Sprüche oder Lieder hinausposaunt, interessierte sich die Öffentlichkeit mehr und mehr auch für die Gesinnungslage der hantelnden Bundeswehr-Schützlinge. Der Pressesprecher der Bundeswehr-Hochschule Hamburg, Dr. Schulz-Gerstner, baute vor. Im Falle einer rechtsextremen Provokation „wurden wir dafür sorgen, daß es nicht an die Öffentlichkeit kommt, weil wir es nicht für symptomatisch halten.“ (spontan 11/78).

Ein Bürger in Hannover stellte zwei Männer zur Rede, die Hetzparolen wie: „Kauft nicht bei Juden“ oder „Rotfront verreckt“ an die Wände schmierten. Beide bedrohten daraufhin den Bürger mit durchgeladenen Pistolen. Einer drückte ihm die Waffe an die Schläfe. Bei einer Gegenüberstellung im Gerichtssaal identifizierte der Bedrohte einen 23 Jahre alten Mann der Bundesmarine als einen der Täter (Tal, 3.11.78).

## Der Fall Rudel

## Der Fall Rudel

Mit dem Fall Rudel hatten Bundeswehr und Bundesregierung alle beschwichtigenden Hände voll zu tun.

Rudel, einst Offizier der berüchtigten „Legion Condor“, von Hitler als einziger deutscher Offizier mit dem „Goldenen Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz“ ausgezeichnet, war auch nach 1945 unermüdlich in nazistischem Sinne aktiv. Wie andere Naziverbrecher mußte Rudel zunächst nach Lateinamerika fliehen. Bereits 1951 versuchte er mit dem späteren NSD-Führer von Thadden und mit dem ehemaligen NS-Staatssekretär Naumann eine „Nationale Rechte“ zu gründen. 1953 kandidierte Rudel für die (später verbotene) Nazi-Sekte „Deutsche Rechts-Partei“ und erhielt in Bayern Redeverbote. In der Folgezeit erscheint Rudel immer wieder als Buchautor, Kandidat oder Versammlungsredner auf der rechtsradikalen Bühne.

Seinen spektakulärsten Auftritt jedoch verschaffte ihm die Bundeswehr. Ende Oktober 1976 fand in der Bundeswehr Kaserne Bremgarten ein Traditionsfest der dort stationierten Adflügelgeschwaders S 1 „Immelmann“ mit dem Traditionsverband des Sturzkampfgeschwaders „Immelmann“ der Nazi-Wehrmacht statt. Als besonderen Gast hatten die Kameraden den „Adler der Ostfront“ Oberst a.D. Rudel eingeladen. Die Teilnahme der alten und neuen Faschisten Rudel erregte in der Öffentlichkeit einiges Aufsehen. Die Bundeswehr-Generäle Krupinski und Franke — getreu der militärischen Devise: „Angriff ist die beste Verteidigung“ — ließen die Presse auf den SPD-Abgeordneten Herbert Wehner ausfindig, wissen: „So-

lange noch Linksextremisten und ehemalige Kommunisten, die früher in Moskau waren, im Bundeslager sitzen, können sie doch die Teilnahme Rudels nicht tadeln.“ Nicht etwa ihr Einsatz für den hochdekorierten Faschisten Rudel, sondern diese Beleidigung Wehners führte daraufhin zum Rausschmeißen aus der Bundeswehr.

Im „Stern“ (47/76) berichteten Offiziere des „Geschwaders „Immelmann“, daß ein geübter Offizier ihrer Einheit bereits lange vor dem skandalumwitterten Traditionsfest Kontakte zum Nazi-Heroen Rudel unterhalten hatten. Interessant für die heutigen Leser: Besonders vehement für die Teilnahme des braunen Fliegers am Kameradschaftsfest in der Bundeswehr-Kaserne hatte sich ein CDU-Abgeordneter namens Manfred Wörner eingesetzt. In einem Brief an den Inspektor der Luftwaffe, Generalleutnant Limberg, sprach der ehemalige CDU-Wehrexperte für Rudel in die Bresche: „30 Jahre nach Kriegsende sollen wir endlich die innere Freiheit, die Unbefangenheit und den Mut aufbringen, soldatischen Leistungen der deutschen Kriegsteilnehmer den schuldigen Respekt zu zollen.“ Auf sozialdemokratischer Seite rechnete der ehemalige „Kriegsteilnehmer und Offizier“, der soldatischen Leistungen der deutschen Kriegsteilnehmer den schuldigen Respekt zu zollen. „Auf sozialdemokratischer Seite rechnete der ehemalige „Kriegsteilnehmer und Offizier“, der soldatischen Leistungen der deutschen Kriegsteilnehmer den schuldigen Respekt zu zollen.“

Auch nach der Affäre von 1976 rudelten die Militärs weiter. Im Mai 1977 traf sich der Traditionsverband des Wehrmachtgeschwaders „Immelmann“ in Oßers auf der Stauffenberg. Wieder dabei: Hitlers hochdekoriertes Soldat und Offizier des Bundeswehrgeschwaders „Immelmann“. In der „National-Zeitung“ vom 27.3.77 wird Nazi-Rudels herzliche Begrüßung für die Bundeswehr-Offiziere zitiert: „Ich freue mich ... über die vielen neuen „Immelmann“, die bei uns sind, wenn auch in Zivil“.

1979 rotteten sich Bundeswehrangehörige und Rechtsradikale wieder um das Stauffenburger Stuhl-Denkmal zusammen. Braunes Glanzlicht der Versammlung: Oberst Rudel, der den verlorengegangenen Weltkrieg bedauerte. Als das Deutschland-Lied (erste Strophe natürlich) ertönte, grüßte ein Obergefreiter der Bundeswehr zackig-militärisch das Immelmann-Mahnmal (19).

Im Dezember 1982, bei den Beisetzungsfestlichkeiten für den „Adler der Ostfront“ im fränkischen Dornhausen durften auch die etwa 3.000 anwesenden Trauer-Nazis über eine besondere Ehrerweisung der Bundeswehr freuen. Im Tiefflug donnernten Bundeswehr-Düsenjäger über den Friedhof, flogen nach Augenzeugenberichten in der Formation eines Kreuzes über die letzte Ruhestätte des Fliegerkammeraden. Für Verteidigungsminister Wörner, eine veritabile Figur im Fall Rudel, waren vorherige Zeugnisaussagen (s. vorherige Seite) beschuldigend. Die Grabbegehung der Bundeswehr-Offiziere im Januar 1983 den Bundesstern — Konse-

quenzen wurden keine gezogen. (20). 1976 erschien eine Dokumentation der VVN, die die engen Beziehungen der HIAO, dem Verband der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen und den „Bürgern in Uniform“ nachwies. Bundeswehr Ehrenwachen für Feiern der Ex-SSler, Gedenkfeiern von Bundeswehr-Offizieren gemeinsam mit den uniformierten Mördern von gestern. Suchdiensttreffen und Kameradschaftsschießen. Als im April 1975 die HIAO den 80. Geburtstag des SS-Generals Quastav Lombard feierte, war unter den Festrednern auch der ehemalige Viersternegeneral des Bundeswehr, Graf von Kurlmannwegg sowie eine Abordnung von Bundeswehr-Offizieren in Uniform. Mitlen in der Braunzone wieder dabei, Major der Reserve Dr. Manfred Wörner. Seite an Seite mit den Männern der SS-HIAO sprach der damalige verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU auf einer Veranstaltung der „Arbeitsgemeinschaft der Soldatenverbände“ im März 1975 in Stuttgart. Das Wörner-Thema: „Wie sicher ist die Bundesrepublik?“

## Auslandskontakte

Alle Untersuchungen über die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und den Armeen oder militärischen Institutionen faschistischer Staaten haben mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß nur selten genaueres über diese Kontakte an die Öffentlichkeit kommt. Von der Ausbildung des Oberleutnants Kraushaar aus dem faschistischen Chile bei der Bundeswehr im Jahr 1973 erfuhr die Öffentlichkeit erst, nachdem dieser vor der örtlichen Prominenz in Hildesheim einen Vortragsabend mit dem Thema: „Chile — mein Heimatland“ abhielt. (ED, 19.9.75) Im Stab der 1. Panzer-Grenadier-Brigade in Hildesheim nahm der chilenische Militär im Sommer 1975 an einem Vorbereitungslager für einen nachfolgenden Generalstabs-Lerngang für ausländische Offiziere in der Hamburger Führungs-Akademie in Blankenese teil.

Die ersten Proteste gegen die Ausbildung eines Mannes, der aus einer Armee stammte, die in Chile Tausende in ferneerte folterte und umbrachte, wurden laut. Vorgang: „Ich wußte von nichts“. Anders dagegen Oberst Kommer, Sprecher des Kriegsministeriums: „Es handelt sich um ein übliches Verfahren, wie es zwischen Ländern, die nicht der NATO angehören, aber diplomatische Beziehungen mit Bonn unterhalten, seit zehn Jahren praktiziert wird.“ Und: „Die Bundeswehr wird die Ausbildung chilenischer Offiziere fortsetzen.“ (21) Wenige Tage danach versuchte sich Leber nochmals im Rechtfertigen: Er sei „dankbar“ für jeden Offizier aus einem undemokratisch regierten Land. Nur so könnten diese die demokratischen Verhältnisse im Rechtsstaat BRD kennenlernen. Die Proteste gegen die Ausbildung des Junta-Offiziers wuchsen jedoch an. Die SPD beschloß eine „Verurteilung“ der Vorgänge, die ohne Folgen blieb. Ende 1975 trat Kraushaar unbehelligt den Generalstabslehrgang für ausländische Offiziere in Hamburg an.

Der Bundeswehr-Gast aus der Folter-Diktatur befand sich in nobler Gesellschaft. Mit ihm wurden Offiziere aus dem Iran des Schah, Argentinern, Brasilien, Indonesien und Südkorea ausgebildet. Für fast ein Jahr wurde es ruhig um den Kraushaar-Skandal. Doch mit seiner von der Bundeswehr bekräftigten Abschiedsrede, einem Loblied auf Pinochet, nach Abschluß des Lehrgangs vor fast 200 hohen Bundeswehr-Offizieren gelangte der chilenische Offizier wieder in die Me-

dien. Dazu schrieb die Süddeutsche Zeitung vom 13.7.76: „Mit (der Rede) werden die engen Beziehungen an derer sogar noch übertrifft, die den Ost-Offizier aus grundsätzlichen Erwägungen nicht an der Elite der Bundeswehr ehren wollten.“ Beyerle hingegen war der neofaschistische Verleger Frey (DVU). Er veröffentlichte die Kraushaar Rede in seiner „National-Zeitung“ (30.7.76).

In Mitarbeiter des NDR erhielt einen Mitschnitt der Kraushaar-Rede. Lohbeshymne auf die Diktatur und sorgte für einen Bericht über den Bundeswehr-Skandal. Nicht gegen den Werbe-Offizier von Pinochets Gnaden oder etwa gegen seine beifallkatschende Bundeswehr-Zuhörerschaft, sondern gegen den NDR Mitarbeiter ermittelte der Staatsanwalt (die tat, 1.4.77). Für den mit Bundeswehr Kenntnissen ausgestatteten Kraushaar ließ sich, zurück in Chile, schnell eine angemessene Verwendung finden. Er wurde Kommandant in einem Konzentrations-Lager des Regimes. (Nach einem Bericht der UN-Arbeitsgruppe über geheime KZ in Chile).

In anderer chilenischer Bundeswehr-Schützling, Christian Ackerknecht, wurde noch vor dem Militärputsch in Chile 1970/71 beim Generalstabs-Lerngang in Hamburg ausgebildet. Seine eigene Karriere machte jedoch — zurück im Andenstaat — nach der Errichtung von Pinochets Terror-Regime, Ackerknecht war verantwortlich für die willkürliche Verhaftung von 3.000 Antifaschisten, sowie (nach Berichten ehemaliger chilenischer Häftlinge) selbst an Folterungen und Mißhandlungen beteiligt. 1977 wurde der ehemalige Standort-Kommandant als Militärattaché der chilenischen Terror-Junta nach Bonn geschickt. Nach massiven Protesten wurde Ackerknecht im Spätsommer 1977 vom chilenischen Regime wieder abberufen.

## „Teutonisches Blut“

Selbstverständlich waren nicht nur chilenische Militärs in der BRD zu Gast, auch umgekehrt machten Vertreter des Bundeswehr dem Henkerregime ihre Aufwartung.

Bisher hat ihnen muß dabel beschnitten. 1977 erhielt der aus Sanilago abberufenen Militärattaché Oberleutnant Gerd Mathes einen Verdienstorden aus der Hand des stellvertretenden Oberbefehlshabers des faschistischen Heeres in Chile. Über das Folterregime von Santiago sagte der scheidende bundesdeutsche Militärattaché: „In einer nach links abgleitenden Welt scheint eine militärische Regierung, die nicht nach dieser Seite neigt, auch wenn ihr die Vernunft beisteht, auch wenn sie genügend Fähigkeiten besitzt, einfach unbegreiflich.“ Der Junta-General beschwor die vielfältigen Bindungen zwischen Chiles faschistischer Armee und der deutschen Bundeswehr: „Viele unserer Söhne (in der Armee) haben teutonisches Blut.“ (ED, 11.11.77).

In der Bundesdeutschen Heimat indes fand die teutonische Militärbrüderschaft ihren inoffiziellen Weg. Im „Deutsch-Chilenischen Freundeskreis“ versammelten sich Bundeswehr-Größen wie General a.D. Albert Schmeitz, der ehemalige Brigade-General und spätere SPD-MdB Friedrich Beermann und der Inspekteur der Bundesmarine Heinz Köhler — neben Kurt Adloff, chilenischer Konsul für Aachen, oder auch der chilenische Konsul für Bayern und Baden-Württemberg, Fritz Bohmüller. Die politischen Sympathien für das chilenische Militärregime hatten in der Bundeswehr ein solides Fundament.



Oktober 1976 Eine Ehrenstaffel des Geschwaders 51 der Bundesluftwaffe ist für Hitlers Lieblingsoffizier, den NS Propagandisten Rudel angetreten





Der Major der Reserve, Manfred Wörner, spricht auf Einladung der „Arbeitsgemeinschaft der Soldatenverbände“, zu der auch die SS-MIAG gehört, im März 1975 in Stuttgart

Die Auslandskontakte der bundesdeutschen Truppe beschränkten sich jedoch nicht auf die chilenischen Faschisten. Unter zahlreichen Landsleuten nahm auch der argentinische Oberst-Leutnant Mansueto-Swendsen am Hamburger Generalstabslehrgang teil. Seine westdeutschen Kontakte nutzte der argentinische Krieger, um in der faschistischen „National-Zeitung“ des DVU-Bosses Gerhard Frey für die Militär Diktatur seines Heimatlandes zu werben („Konkret“ 9/77).

Im September 1976 kamen ein indonesischer Oberstleutnant und ein südkoreanischer Generalmajor in die Mütenwalder Bundeswehrkaserne, um eine Rekrutenbesichtigung vorzunehmen. Ein Jahr zuvor hatte ein Oberleutnant der Reserve in der „Frankfurter Rundschau“ berichtet: „Ich habe selbst gesehen, wie südkoreanische Folteroffiziere westdeutschen Gednungsgegnossen beibrachten, wie man das jeweilige Folterobjekt zum Reden oder zum Schweigen bringt“ (27.9.75).

Im Oktober desselben Jahres besuchte ein Offizier des rhodesischen Rassenregimes die Panzerbrigade 32 in Bremen, wo er die Übung „Weiße Birke“ beobachtete („AVZ“, Oktober 1975).

In einem Fall jedoch war dem Verteidigungsministerium der Kontakt zu den Rassen im südlichen Afrika zugeteilt: Luftwaffen-General Rall warnte dem Atomforschungszentrum „privat“ einen Besuch ab. Nachdem der Fall publik wurde, zog man den „Südafrikaexperten“ aus dem aktiven Dienst zurück. 1975 belegte der Berliner „Extra Dienst“ die Vermittlung eines ehemaligen Bundeswehrangehörigen an die Luftwaffe des Rassenregimes am Kap (19.12.75).

Die italienische Faschisten-Szene besuchte die Bundeswehrkaserne in „Südafrikaexperten“ aus dem aktiven Dienst zurück. 1975 belegte der Berliner „Extra Dienst“ die Vermittlung eines ehemaligen Bundeswehrangehörigen an die Luftwaffe des Rassenregimes am Kap (19.12.75).

Die italienische Faschisten-Szene hatte bereits ein Jahr vorher die Armee der nördlichen NATO-Partner entdeckt. Über die auffällig häufigen Besuche italienischer Rechtsradikaler bei der Bundeswehr berichteten am 2.11.74 der sozialdemokratische „Vorwärts“ und die antifaschistische Wochenzeitung „die tat“. Die Namen dreier Besucher wurden genannt: Cino Ragno, Abgeordneter der neofaschistischen MSI in Italien und Vorsitzender der „Gesellschaft für Deutsch-Italienische Freundschaft“, deren prominentestes Mitglied ein Herr Franz-Josef Simon sein dürfte; Guido Giannini und Pino Rauti, beide 1974 wegen faschistischer Bombenattentate, Mordversuche und einer Reihe ähnlicher Verbrechen verurteilt. „Auch bei geheimen NATO-Treffen tauchte Giannini im trauten Verein mit hohen und höchsten NATO-Offizieren auf“. Diese dubiosen Gestalten wurden bei Bundeswehreinheiten in Koblenz und in der Bundeswehrschule für psychologische Kriegsführung in Euskirchen gesehen.

Bevor Faschisten-General Franco seinen Marsch unter die Erde antret, machte ihn nochmals ein Bundeswehr-Angehöriger seine Aufwartung. Der Heeresinspekteur Horst Hildebrandt nahm im Mai 1979 an der faschistischen Biegeparade des Franco-Regimes in Madrid teil, ein Besuch des höchsten Offiziers des Bundesheers beim spanischen Pöbel-General höchstpersönlich inbegriffen. In DGB und SPD wurde Protest laut. Doch SPD-Verteidigungsminister Leber nannte Hildebrandts Ehrbezeugung für die spanische Diktatur lediglich eine „Unbedachtsamkeit“ („FR“, 4.6.75 30/5.75).

Nazi Banden und Bundeswehrwaffen

Nicht nur am Beispiel des ehemaligen Bundeswehrleutnants Michael Köhnen wird deutlich, daß sich aus dem rechts-

radikalen Truppenpotential auch Nazi-Terroristen im kriminellen Untergrund rekrutieren.

Nach Informationen des Arbeitskreises Demokratischer Soldaten (ADS) hatte sich 1976 in der Panzerbrigade 16 in Hamburg eine Nazi-Gruppe festgesetzt, die ihre Stuben mit faschistischen Emblemen, NS-Dolchen und einer Hakenkreuzflagge „schmückte“. Im braunen Kreis mit dabei: Stabsunteroffizier Lothar Schulte. Ende 1977 wurde ein Telefonposten des Jagdbataillons 162 während einer Übung überfallen, zusammengeknallt und es wird ihm dabei sein G 3-Gewehr entwendet. Dabei mußten die Täter über intime Orts- und Sachkenntnisse verfügen. Nach einem Tip eines Eingeweihten führten die Ermittlungen auf die richtige Spur: Stabsunteroffizier Schulte, zwischenzeitlich wegen Mißhandlung Untergebener beurlaubt, gesteht die Teilnahme („die tat“, 24.11.78).

1976 verfaßten Lüneburger Antifaschisten einen „Steckbrief“, mit dem sie die Öffentlichkeit auf das Treiben des Nazi-Povokateurs Heinz Lembke aufmerksam machten. Im September 1980 explodierte beim Münchner Oktoberfest eine Bombe. Für das blutige Attentat wurde vermutlich auch ein Spezialsprengstoff aus Beständen der Bundeswehr verwendet. Kurz nach dem technischen Terrorakt wurde das Haus des „Nazi-Aktivisten“ Lembke durchsucht. Nach der Verhaftung des Führers der „Deutschen Aktionsgruppen“, Manfred Roeder, wurde Lembke im April 1981 für ein halbes Jahr in Beugehaft genommen. Nach seiner Entlassung beobachteten Waldarbeiter, wie der braune Waidmann Waffendepots in der Lüneburger Heide inspierte. Erneut in Haft genommen, erklärte sich Lembke bereit, den Behörden weitere Verstecke zu zeigen. An insgesamt 31 Stellen hatte der flüchtige Forstmann 88 Behälter mit einem imponierenden Arsenal an Waffen und militärischem Gerät vergraben und mit deutscher Gründlichkeit eine Liste seines explosiven Vorrats angelegt. Darunter waren 156 kg Sprengstoff, 230 Sprengkörper, eine Maschinenpistole, ein G 3-Gewehr, 13.520 Schuß Munition, 50 Panzerfauste, 70 Panzerfaustladungen sowie Arsen, Strychnin, Zyankali und vieles mehr. Darüber hinaus enthielten die Kisten diverse Bundeswehrschriften und Unterlagen über das Sprengen und Minenlegen sowie entsprechende polizeiliche Schriften.

Brisant für die bundesdeutsche Truppe war eine Bemerkung der

„FAZ“ vom 3.11.81, wonach bei Lembkes Materialsammlung zwar 50 Panzerfauste gefunden wurden, die Bundeswehr selbst jedoch zuletzt 1978 17 solcher Waffen als „offenbar gestohlen“ meldete. Wie „Einzelblätter“ Lembke das beeindruckende Waffenpotential alleine über die Zäune der Munitionsdepots von Bundeswehr und NATO geschleppt haben sollte, blieb weiterhin unklar. Bedenklich stimmte dabei die Äußerung eines mit diesem Fall befaßten Kriminalbeamten: „Solche Mengen kann man nicht sehen, da muß geliefert worden sein“ („Hamburger Abendblatt“, 3.11.81). Nazi-Waffensammler Lembke hatte sich einige interessante Fragen beantworten können. Doch gerade an diesem brennenden Wendepunkt in den Ermittlungen „Bundeswehrwaffen für die Nazi-Armee?“ — wurde Lembke am 1.11.81 erhängt in seiner Zelle aufgefunden. — Selbstmord, selbstverständlich.

Schnell waren die zuständigen Stellen mit der Behauptung bei der Hand, die Waffen des rechten Waldarbeiters seien gar nicht aus Bundeswehrbeständen. Ein einziger Bundeswehrangehöriger, ein Feldwebel, war in der Sache verhört und gleich darauf wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Eigenartigerweise wurde jedoch nach Presseberichten ein Großteil der entdeckten Kisten ungeöffnet an die Bundeswehr übergeben, die demzufolge auch Kenntnis vom genauen Inhalt der Behälter hatte (AK 212).

Die Bundeswehr, vom Traditionsverständnis wie auch von der aktuellen Ideologie begünstigt, ist ein Ort, an dem sich Alt- und Neofaschisten angelagert als in jeder anderen Organisation der BRD sammeln und entfalten können.

Die Bundeswehr, vom Traditionsverständnis wie auch von der aktuellen Ideologie begünstigt, ist ein Ort, an dem sich Alt- und Neofaschisten angelagert als in jeder anderen Organisation der BRD sammeln und entfalten können.

In der „Information für die Truppe“ 11/76 erklärte das Verteidigungsministerium: „Für die Bundeswehr ist der Militarismus kein Problem“. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) meldete zu den Branden in Oliva: „Die Rechtsradikale meist soldatenfreundlich eingestellt sind, gibt es zur Zeit kaum Angriffe von dieser Seite“ (22).

Wer dann noch Fragen zum Thema hat, hat sich an Brigadegeneral Friedrich. Der stramme Truppenchef erklärte in der „Frankfurter Rundschau“: „Die Armee ist naturgemäß nicht demokratisch“ (23). Die Bundeswehr hat dies in 30 Jahren eindrucksvoll belegt.

Ru./Freiburg



... Was vor vier Jahren mit der Einladung Rudels zu uns begann, können wir mit der Einweihung dieses Denk- mais heute glücklich zu Ende bringen!“

— 30 Jahre Bundeswehr —  
Friedensbündnis mit Schwierigkeiten

Am 30. Oktober findet in Stuttgart die „zentrale Festveranstaltung“ der Bundeswehr in Baden-Württemberg statt. Bei diesem kleinen Zapfenstreich in der Stadtmittte wird auch mit Prominenz, eventuell sogar mit Kriegsminister Wörner gerechnet.

Auf Einladung der DFO/VK, der „kontaktuelle für gewaltfreie Aktion“ und des Landesverbandes der Grünen gab es Anfang September ein erstes Bündnistreffen. Überraschenderweise waren neben anderen linken Organisationen auch Gruppen aus der DKP-nahen „Landesberatung“ anwesend, die — seit der Spaltung der Friedensbewegung in Deutsch-Südwest (Baden-Württemberg) Anfang 1984 — mit dem grün-„unabhängigen“ Flügel („Friedensforum“) kein Bündnis mehr zustande gebracht hatten. Der in zwei Sitzungen erarbeitete Aufruf bezeichnet die Bundeswehr als „Panzerarmee des Angriffs“ seit ihrer Gründung und erwähnt ihre Rolle für die Interventionspolitik der USA, für die Kriegspolitik nach innen und für den Abbau des „Sozialen Netzes“ (Kostensfaktor). Gegen den Widerstand des DKP-

Spektrums geht der Aufruf von einer gleichgewichtigen und arbeitsteiligen Rolle von BRD und USA bei der Einführung neuer Kriegsführungsmethoden aus, und achtet von einer Unterordnung der Bundeswehr unter US-Interessen („Vasallentheorie“).

Magenschmerzen muß allerdings der letzte Satz des Aufrufs bereiten. Ursprünglich hatte es dort geheißen: „Die Bundeswehr (muß) wie jede Armee als Institution der Gewalt abgeschafft werden“. Dieser Satz enthielt gleich zwei bittere Pillen für die DKP: Einerseits der Hinweis auf die „Abschaffung“ der Bundeswehr (statt des von der DKP favorisierten „Umbaus“ auf alternative Verteidigung), andererseits die Gleichsetzung aller Armeen auf der Welt (also z.B. auch der nicaraguanischen) mit der Bundeswehr — ein Punkt, der auch uns und anderen Linken mißfiel. In einer Kompromißformel wurde jetzt in obigen Satz noch die Passage „im Rahmen weltweiter Abrüstung“ eingeschoben, was im Grunde überhaupt nichts bringt. Die entscheidende Frage nämlich, ob diese „weltweite Abrüstung“ nicht bei der aggressiven BRD-Armee beginnen müßte, wurde nirgends im Aufruf thematisiert.

Trotzdem ist der Aufruf ein für Linke tragbarer Kompromiß, da er nirgends auf Beibehaltung der Bundeswehr („Defensivierung“, „Umrüstung“, „Alternative - Verteidigung“) orientiert. Auch die Grünen, die das bei Vorgesprächen im Juli noch ultimativ gefordert hatten, ließen unplotzlich von diesem Punkt ab. Dennoch gab es „Verluste“: „Ohne Rüstung leben“ und Volksfront BKK werden mit Hinweis auf den oben erwähnten letzten Satz des Aufrufs das Bündnis. Ersteren war die Kompromißformel zu DKP-nah, letztere hielten dadurch die Kritik an der Bundeswehr über das zusätzliche Maß hinaus abgeschwächt. Beiden Gruppen muß man bescheinigen, daß sie mit dieser Rigorität als Meistbietende natürlich einen Aufruf der Friedensbewegung hätten unterzeichnen können.

Während über die Demonstrationsform Einigkeit bestand (hier soll in Form eines „parodistischen Zuges“ die Bundeswehr vorgeführt werden), gab es heftige Kontroversen über den Naturform der Demonstration. Die Friedensbewegung hätten unterzeichnen können.

Während über die Demonstrationsform Einigkeit bestand (hier soll in Form eines „parodistischen Zuges“ die Bundeswehr vorgeführt werden), gab es heftige Kontroversen über den Charakter der Abschlussskundgebung. War ursprünglich ganz klar die Störung der Bundeswehrgelieblichkeit Konsens gewesen, so rückte das DKP-nahes Spektrum schließlich immer mehr von dieser Zielsetzung ab.

Zum Eklat kam es auf der Bündnissitzung nach dem Tod von Günter Sare: Mit Blick auf die „Gewalteskalkulation“ in Frankfurt und bei der Solidaritätsdemo in Stuttgart schlug das DKP-Spektrum vor, die Abschlussskundgebung vom Ort der BuWe-Feierlichkeit wegzuverlegen. Die Ereignisse zeigten, so der Sprecher, daß durch Provokationen von rechts verurteilt werde, die Linke in die Ecke von Terroristen zu drängen. Als Beweis für diese „Provokationen von rechts“ las er anschließend einige Sätze aus einem Flugblatt Stuttgarter Autonome (!) vor, das zur Sare-Demo erschienen war. Mit vereinten Kräften konnte dieser Vorstoß zurückgedrängt, die ursprüngliche Zielsetzung und der ursprüngliche Kundgebungsort erneut beschlossen werden. Im Gegenzug wurde im Flugblatt-Text unser Vorhaben als „gewaltfreie Aktion“ festgelegt, was einerseits ein im Grunde völlig unsinniger Kontrast zum etatistischen Disziplinierungsdruck ist, andererseits durch die verwässerte Begriffsbildung auch viele Dinge offen läßt. Klar ist auf jeden Fall, daß man durch ein massives Pfeifkonzert (Trillerpfeifen) der Bundeswehr den Serenaden-Gesang verunmöglichen will. Das Motto der Aktion („30 Jahre Bundeswehr — wir pfeifen drauf“) hat also nicht nur eine übertragene Bedeutung.

Erfreulicherweise sind im Bündnis neben radikal-antimilitaristischen Gruppen (Gewaltfrei, Kein Frieden mit der NATO, KJB) und dem DKP-Spektrum (DFU, DKP, SDAJ, SFA) auch die Grünen, die AWO, die DFG/VK und sogar die Jusos vertreten. Ob die Breite des Bündnisses sich auch in Mobilisierungsfähigkeit ausdrückt, dies wird sich allerdings noch erweisen müssen.

KM/Stuttgart



Wolfgang Hien

# Chemische Produktion und gesundheitliche Belastung am Arbeitsplatz

Der Autor ist Mitglied der „Mittelscher“ Initiative für eine sozialistische Betriebsgruppe in der BASF/Ludwigshafen. Bei dem Artikel handelt es sich um eine Fortsetzung des Artikels „Die chemische Industrie“ aus der Ausgabe vom 1. und 2. Juni 1985. Zwischenüberschriften und Anmerkungen hat die Redaktion eingefügt.

Thema ist nur die Spitze des Eisbergs. Es gibt eine Vielzahl von Stoffklassen, die eine ähnliche oder doch in diese Richtung gehende Gefährlichkeit haben, vor allem durch ihre chronische Einwirkung. Insgesamt hat die chemische Industrie in den letzten zwanzig Jahren eine Unzahl neuer Stoffe synthetisiert. Vor zwanzig Jahren gab es ca. 200 000 synthetische Stoffe, heute gibt es über 5 Millionen. Eine sehr kleine Zahl, ein Bruchteil dieser 5 Millionen Stoffe wurde (toxikologisch) untersucht. Die Mehrheit dieser Stoffe sind in ihren chronischen gesundheitlichen Auswirkungen und in ihren Auswirkungen auf die Umwelt wenig oder gar nicht untersucht. Es geht aber nicht nur um die Produkte, die auf den Markt kommen und den Verbraucher treffen, sondern es geht um die Einwirkungen innerhalb der Produktion. Die Beschäftigten, die unmittelbaren Produzenten, kommen am ehesten, am direktesten in Kontakt mit diesen schädlichen Stoffen.

## Dichlordimethyläther und Lungenkrebs

Ich möchte beginnen mit einem wenig bekannten Beispiel, dem Arbeitsstoff Dichlordimethyläther.

Dies ist ein Stoff, der 1948 synthetisiert wurde und seit 1952 in verschiedenen chemischen Fabriken der Welt als Monomer eingesetzt worden ist; d.h. als Ausgangsstoff für einen Kunststoff. Dieser Kunststoff wurde vornehmlich, das ist das Pikante dabei, in der Atomindustrie als Ionenaustauschharz zur Anreicherung hochradioaktiver Stoffe eingesetzt. Dichlordimethyläther wurde als erstes entdeckt und produziert in der Fabrik Rohm und Haas. Das ist ein großer Konzern, der in Amerika viele Zweigbetriebe hat. In Philadelphia arbeiteten dort in den fünfziger Jahren 2.000 Leute. 1962 wurde dort eine außergewöhnliche Häufung von Krebserkrankungen festgestellt. 14 Arbeiter waren bereits an Lungenkrebs oder Bronchialkrebs gestorben. Das Durchschnittsalter der Gestorbenen war 50 Jahre. Die Werksleitung schob aber diese unglaublich hohe Lungenkrebsrate auf das Rauchen, auf Tuberkulose, die vielleicht nicht entdeckt worden war und sich dann bösartig entwickelt hat, und — noch etwas Pikantes — auf den radioaktiven Fallout der Atomwaffenversuche, die damals gemacht worden sind.

1966 gab es Ergebnisse der werksinternen radioaktiven Fallout der Atomwaffenversuche, die damals gemacht worden sind.

1966 gab es Ergebnisse der werksinternen und industriellen Tierversuche. Dichlordimethyläther wurde als hochtoxisch und karzinogen, d.h. krebszeugend betrachtet. Rohm und Haas hat diese Information nicht verbreitet und hat ihr Bekanntwerden verhindert. Dennoch wurden zwischen 1967 und 1969 an Universitäten eine Reihe weiterer Untersuchungen gemacht, die das gleiche Ergebnis hatten. Mehr als die Hälfte der eingesetzten Mäuse und Ratten starb an Krebs, an verschiedenen Krebsformen, und zwar innerhalb der ersten Hälfte ihrer normalen Lebenserwartung.

Spätestens das hätte ein Alarmzeichen sein müssen, aber es wurde weiter produziert. Zwischen 1962 und 1968 kamen bei Rohm und Haas weitere 54 Lungenkrebsfälle hinzu. Mit Hilfe eines Arztes rekonstruierte ein kranker Arbeiter die Krankheitsgeschichte seiner Kollegen und fand so heraus, daß von 44 unmittelbar mit Dichlordimethyläther Beschäftigten weitere 4 an Lungenkrebs gestorben waren. Diese Daten wurden veröffentlicht. Die Regierung hat dann veranlaßt, daß die Produktion eingestellt wurde.

Die BASF hat diesen Stoff in einem Versuchstechnikum ebenfalls seit 1952 produziert. Was ist die werksärztliche Abteilung? Die BASF-Werksmedizin besteht aus 17 Arbeitsmedizinern und insgesamt 170 Fachkräften. Die Abteilung Toxikologie hat eine ähnliche Größenordnung. Die BASF Arbeitsmedizin und Toxikologie wird weltweit als die bestausgestattete und die bestinformierte betrachtet. Man hätte annehmen können, daß unter diesen Umständen die folgenden Vorfälle nicht hätten passieren dürfen.

In dem Versuchstechnikum U II waren 18 Leute beschäftigt, mit Dichlordimethyläther direkt waren zwölf in



Kontakt. Davon sind bis 1971 sechs an Lungenkrebs gestorben, bis 1980 waren es bereits neun, d.h. 75% der Abteilung. Dieser Stoff wurde dann in den sechziger Jahren in die Produktion gegeben. In den Produktionsgebäuden M 400 und D 404 arbeiteten insgesamt 88 Menschen damit, und es ist zu befürchten, daß manche von ihnen nach dieser langen Latenzzeit ebenfalls an Lungenkrebs erkranken werden. In einer BASF-eigenen Veröffentlichung über „Arbeitsmedizin und Gesundheitsschutz in der BASF“ war unlängst zu lesen: „1971, sofort beim Auftreten des ersten Verdachtes, daß Dichlordimethyläther kanzerogen (?) wirken könnte, wurde die Produktion eingestellt.“ So viele, meist aus der Produktion heraus gestorbene Arbeiter — das ist ein Verbrechen, daß Dichlordimethyläther kanzerogen (?) wirken könnte, wurde die Produktion eingestellt.“ So viele, meist aus der Produktion heraus gestorbene Arbeiter —

Es gehört an dieser Stelle dazu zu sagen, daß Dichlordimethyläther nicht nur als reiner Stoff die Beschäftigten in dieser schrecklichen Weise trifft, sondern es kann auch dort überall entstehen, wo Formaldehyddämpfe und Salzsäuredämpfe zusammenstoßen. Das ist eine Untersuchung, die von der amerikanischen Umwelt- und Krebsbehörde gemacht worden ist, d.h. es ist nicht auszuschließen, daß tausende weiterer Arbeiter, die mit beiden Dämpfen zu tun hatten in ihrem Arbeitsleben, ebenfalls einem hohen Risiko unterworfen sind.

## BASF: Gegen Tierversuche für Menschenversuche

1978 wurde in der BASF eine große wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Sicherheit in der Chemie“ veranstaltet. Der Toxikologe Hans-Joachim, Vorsitzender der Senatskommission „Gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat zwischen den Zeilen damals die BASF kritisiert. Nicht nur wegen anderer Stoffe, wie dem bekannten Vinylchlorid (VC), sondern auch wegen diesem Vorfall mit Dichlordimethyläther. Er sagte, daß das Unheil zu verhindern gewesen wäre, wenn Tierversuche gemacht worden wären, bevor diese Stoffe auf Menschen losgelassen wurden. Er argumentierte, daß 90% aller krebs-

zeugenden Stoffe im Tierversuch als solche erkannt werden können, ohne daß diese schrecklichen Beweise mit Menschen stattfinden müssen.

Die BASF sieht das anscheinend anders. Prof. Dr. Thies, bis vor ein paar Monaten leitender Werksarzt der BASF, hat in den letzten Jahren eine Flut von epidemiologischen (3) Untersuchungen produziert, bei denen meistens herauskam, daß eine Gefährlichkeit der jeweiligen Stoffe (über 40) nicht bestünde. Er hat auch sog. Morbiditätsstudien (4) durchgeführt, d.h. er hat noch in der Produktion befindliche Arbeiter untersucht und hat dann festgestellt, daß sie gar nicht krank sind, jedenfalls nicht so krank, daß man es auf einen bestimmten Stoff zurückführen könnte. Die, die krank waren, erkrankten an etwas und das ist festzustellen, daß sie gar nicht krank sind, jedenfalls nicht so krank, daß man es auf einen bestimmten Stoff zurückführen könnte. Die, die krank waren, waren entweder nicht mehr in der Produktion oder waren schon gestorben. So kann man leicht die Unschädlichkeit bestimmter Stoffe nachweisen. Es gab mindestens 13 solcher Studien, die veröffentlicht wurden. Thies hat dann in einem Interview mit dem „Mannheimer Morgen“ im November 1978, im gleichen Monat, in dem dieses Symposium stattfand, folgendes geäußert: „Einen ähnlichen Fall wie Dichlordimethyläther kann es auch in der Gegenwart oder in der Zukunft geben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß auch in der laufenden Produktion kanzerogene Stoffe, die bisher noch nicht als solche erkannt worden waren, vorkommen.“ In dem erwähnten Buch über Arbeitsmedizin und Gesundheitsschutz in der BASF schlußfolgert Thies folgendes: „Es können nur Beobachtungen am Menschen darüber Aufschluß geben, ob ein Stoff gefährlich ist oder nicht.“ D.h., es wird der Nachweis am Menschen gefordert! Tierversuche oder andere Studien über Mutagenität (5) oder Kanzerogenität werden so lang als — jedenfalls für die chemische Industrie — nicht relevant angesehen, wie nicht der Nachweis am Menschen erbracht ist. Dies ist eine durch und durch menschenfeindliche Forderung!

mer so schön heißt, daß Formaldehyd beim Menschen Krebs macht. Die Tierversuche, die Nasenkrebs bei Ratten, die interessieren uns nicht. Das Verdrücken an dieser Geschichte ist, daß Formaldehyd durch die andere Atemphysiologie des Menschen wahrscheinlich ganz normale Bronchial-Lungenkrebs macht, die durch viele andere Stoffe in der Produktion, in der Umwelt und in unserer verunreinigten Luft ebenfalls und in der gleichen Form entstehen können. Es ist also sehr unspezifisch, was Formaldehyd macht. Rein methodisch ist diese Forderung der Toxikologen der BASF gar nicht realisierbar, es sei denn, es wäre ein so gravierender Fall wie Dichlordimethyläther. Außerdem sind diese Schäden dann schon eingetreten, d.h. man wartet, es sei denn, es wäre ein so gravierender Fall wie Dichlordimethyläther. Außerdem sind diese Schäden dann schon eingetreten, d.h. man wartet, wenn statistisch überhaupt etwas zu sehen ist, solange, bis diese Signifikanz eintritt, d.h. genügend Menschen gestorben sind. Ein Beispiel für diese Signifikanz: In der BASF wird Acrylnitril produziert, das ist ein Rohstoff, ein Comonomer (6) für Acrylnitril und für Acryl-Kunststoffe und -Kunstharze. Es sind in der BASF 27 Krebsfälle aufgetreten, von Beschäftigten oder ehemals Beschäftigten. Der Erwartungswert gegenüber der Gesamtbevölkerung in der BRD beträgt 20. D.h. man rechnet die Todesursachenverteilung, die es in der Gesamtbevölkerung gibt, um auf die Anzahl der Beschäftigten. Danach hätten es 20 sein dürfen, es waren 27. Dieses Ergebnis ist nicht signifikant. D.h. Thies kann sagen, es gibt keine signifikante Erhöhung der Krebshäufigkeit bei Acrylnitril-Arbeitern. Dies ist zumindest fragwürdig, aber allemal menschenfeindlich.

Mit Forderungen nach dem Nachweis am Menschen will die Industrie Zeit gewinnen, d.h. sie will noch 20 Jahre weiterproduzieren und weiter Profit machen.

## Chemie nicht nur in der Chemieindustrie

Es gibt noch eine große Anzahl weiterer Stoffe, die hier nur sehr kurz angerissen werden können, die eine ähnliche Popularität verdienen worden wie das Dioxin. Ich meine z.B. alle aromatischen Amine und Azofarbstoffe. Es gibt eine Untersuchung bei der Hoechst AG in Frankfurt, die sogar offiziell von dem dortigen Arbeitsmediziner Lokant gemacht worden ist.

Darin wird konstatiert, angemerkt, daß 96 Blasenkrebs aufgetreten sind, bei Arbeitern, die mit aromatischen Aminen zu tun hatten. Der Erwartungswert wäre 44,8 gewesen, d.h. es kommt als doppelt soviel Blasenkrebs bei Arbeitern aufgetreten als in der Allgemeinbevölkerung.

Weiteres Beispiel: VC, der Grundbaustein für PVC. Es gab eine Untersuchung der arbeitsmedizinisch zuständigen Gewerkschaften, in die 14.000 Beschäftigte einbezogen wurden. Es sind 12 sehr seltene Leberkrebs aufgetreten, der Erwartungswert wäre 0,9 gewesen — 13 mal so viele wie zu erwarten waren. Thies kann dies nicht verstehen. In dem Buch über Arbeitsmedizin und Umwelttoxikologie sagt er sinngemäß, daß die Untersuchungen anderer Institute, nach denen VC eine erhöhte Rate an Leberkrebs verursacht, nicht bestätigt werden können.

Acrylnitril oder Vinylcyanid, eine Verbindung, die die gleiche Doppelbindung enthält wie das VC, auch Styrol, Butadien usw.; das sind alles Stoffe, die heute in der Toxikologie als ähnlich gefährlich angesehen werden wie VC, weil sie einen ähnlichen Stoffwechsel haben, weil sie sich im Körper ähnlich verhalten, und weil sie im Körper ganz ähnliche Schäden hervorrufen. Aber nichts passiert. Styrol hat einen MAK Wert (?) von 100 ppm (8). Die Erkenntnis, daß Styrol möglicherweise krebszeugend ist, steht auf dem Papier, hat aber keine praktischen Konsequenzen. Es wird drauf los produziert und wieder darauf gewartet, bis es zu spät ist. Dies ist genau die Strategie des Gesundheitsschutzes, die die chemische Industrie verfolgt.

Der Fortschritt in der Chemie, jedenfalls so, wie er bis heute betrieben wurde, hat Auswirkungen auf sämtliche Industriezweige. Einige Beispiele aus der Metallindustrie: Chrom-Nickel-Schweißer haben ein bis zu sieben Mal höheres Lungenkrebsrisiko als die Normalbevölkerung. Metallarbeiter können, wenn sie mit Lösungsmitteln, vor allem mit benzolhaltigen Lösungsmitteln beschäftigt waren oder sind an Blutkrebsen erkranken. Sie sind durch die synthetischen Kühlschmierstoffe, in denen bis zu 3% hochkanzerogene Nitrosamine gefunden worden sind, einem hohen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt. Als letztes Beispiel: die große Anzahl der Kunststoffe, Kunstharze und Lacke, die in der weiterverarbeitenden Industrie benutzt werden, und mit denen zehntausende von Arbeitern in der BRD täglich in Berührung kommen. Das sind dann genau wieder PVC-, Acrylnitril-Lacke usw. Es ist nicht nur eine Frage der krebszeugenden Wirkung der Stoffe. Meistens gibt es vor Ausbruch einer solchen schlimmen Krankheit Anzeichen dafür, daß der Körper diese Stoffe nicht verträgt. Als erstes sind hier die Allergien zu nennen. Allergien sind das Resultat einer Schädigung des Immunsystems, aber das ist nur ein Teil immunotoxischer Schädigungen. Für viele andere Stoffe, die sich nicht allergisch äußern, ist ebenfalls anzugehen, daß sie das Immunsystem schädigen.

Immunsystem, aber das ist nur ein Teil immunotoxischer Schädigungen. Hier viele andere Stoffe, die sich nicht allergisch äußern, ist ebenfalls anzugehen, daß sie das Immunsystem schädigen. Z.B. VC unterdrückt auch bestimmte Funktionen des Abwehrsystems. Die Menschen werden anfälliger gegen andere Stoffe, gegen Bakterien und gegen Viren.

Das Zusammenwirken sehr vieler Stoffe, die gleichzeitig oder in zeitlicher Abfolge auf den Menschen einwirken, ist ein weiterer Punkt. Das wichtigste Beispiel sind die sog. Tumorpromotoren, Stoffe, die nicht selber als krebsgefährdend eingestuft werden, die aber ebenfalls Krebs machen. Sie regen degenerierte Zellen, die vereinzelt bis zu einer Zahl von einer Million in jedem Körper vorkommen, zu verstärktem Wachstum an. Normalerweise sind diese Zellen aufgrund unseres Immunsystems nicht gefährlich, sie werden abgefangen und ausgeschieden. Viele Stoffe in der chemischen Produktion wirken als solche Tumorpromotoren, z.B. Chlorkohlenwasserstoffe, viele Aromate, Weichmacher in Kunststoffen, die Phthalateester. Es gibt Kunststoffe, die bis zu 60% Weichmacher enthalten, die über Jahre hinweg ausdiffundieren, in unsere Lebensmittel gehen und damit in unseren Körper.

Viele Medikamente gehören zu diesen Stoffen. Die Menschen bekommen, so krank sie durch Produktion und Umwelt werden, oftmals Medikamente, die die schädlichen Auswirkungen der ursprünglichen Belastung lang (trotz) noch vermindern.

## Schichtarbeit und Gesundheitsschutz

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der leider oft vergessen wird: es sind

## Statistisch signifikante Krebserkrankungen ...

Wir haben gerade das Beispiel mit Formaldehyd erlebt, wo genau die großen Toxikologen und Arbeitsmediziner der BASF sagen, zuerst muß ihr nachweisen, statistisch signifikant, wie es im



nicht nur die chemischen Stoffe, es ist die Situation im Betrieb, in dieser Produktion im allgemeinen, die krankmachend ist. Dies ist der Rahmen, in dem diese krankmachenden Faktoren wirken.

Diese Behauptung sei am Beispiel Schichtarbeit erläutert. In der BASF sind von über 30.000 Beschäftigten 12.000 Schichtarbeiter. Sie arbeiten 12-Stunden-Schicht, die sog. Flieger-Schicht. Sie arbeiten also von morgens 6 bis abends 6 Uhr und am nächsten Tag von abends 6 bis morgens 6 Uhr, es ist jeden Tag Schichtwechsel. Das machen sie durchgehend über Wochenende, Feiertage, über die ganzen Jahre. Es ist schon vom Augenchein her leicht einsehbar, daß ein Körper, der diesen Bedingungen unterworfen ist, nicht so widerstandsfähig sein kann, wie ein gesunder, unter relativ normalen Umständen lebender Körper. Es ist aber auch die gesamte Existenz, die Lohnarbeiter Existenz, die einen so fertig macht, daß einen empfindlich macht für Unwohlsein, für Infekte und für schwere Krankheiten. Wir müssen alle arbeiten, damit wir Geld haben, damit wir leben können. Wir werden nicht gefragt nach unserer Persönlichkeit, nach unserer Kreativität, nach dem was wir vielleicht Selbstverwirklichung nennen könnten, wenn wir im Betrieb arbeiten. Wir müssen das tun, was uns dort gesagt wird. Wir müssen uns der Hierarchie unterwerfen. Das ist der normale Alltag in jedem Betrieb, ob es die BASF ist, Daimler-Benz oder ein anderer.

In uns existieren sozusagen zwei Welten, die die ich draußen lebe, und die Persönlichkeit, wie auch immer, und die drinnen, wo ich die sozusagen ein bißchen abblende muß, und wo ich diese Funktion erfüllen muß, die von mir gefordert wird. Die Konsequenz daraus ist, daß sehr viele Dinge, wie Heißfunktionsstörungen sich z.B. nicht fühlen und richtige Krankheiten, verlegt werden. Es gibt eine innere Zensur, die sagt, daß du nicht krank werden darfst, also wird die Krankheit verweigert.

Ein weiteres Problem ist das Herrschaftswissen. Es ist ein Problem, aber man kann es verstärken, wie es in den chemischen Großbetrieben gemacht wird, oder man kann versuchen erste Brücken zu bauen. Wenn nur in lateinischen Fremdwörtern geredet wird, won't nur medizinische und chemische Fachausdrücke benutzt werden, dann kann erst mal kein Arbeiter etwas damit anfangen. Die Chemiker, Mediziner und Toxikologen in der BASF beabsichtigen das. Das, was die Arbeiter nicht wissen sollen, wird so formuliert, daß sie es nicht verstehen können. Das was man an verhängnisvollen Dingen sagen kann, das wird dann sehr verständlich ausgedrückt. Dies ist eine ganz schlimme politische Verhaltensweise Verantwortlicher innerhalb der chemischen Großbetriebe, und nicht nur dort, sondern das ist ein allgemeines gesellschaftliches Problem. Dieses Herrschaftswissen fängt im Laboratorium, in der Forschung, in der Anwendungstechnik an. Da reinigt oder analysiert man einen Stoff, synthetisiert er irgendwas, eine neue Methylgruppe, dann bringt man einen Stoff, synthetisiert er irgendwas noch eine Methyl-Gruppe dran, kriegt aber nicht gesagt, und darf auch nicht fragen, wozu dieser Stoff dient. Es gibt eine ganze Reihe Chemiker — sogar Chemiker! — die nicht wissen, was mit den Stoffen gemacht wird, die sie synthetisieren.

Viel schlimmer stellt sich das Problem für die Leute, die noch nicht mal ein chemisches Fachwissen haben, denen es vorenthalten worden ist, und denen es weiter vorenthalten wird. Die Frage, wie der Mensch seine Fähigkeiten wiedererlangt, über seine Belange, seine Gesundheit, und seine Zukunft zu diskutieren und zu entscheiden hängt damit zusammen, in welcher Richtung Wissenschaft und Forschung betrieben wird. Wir können nicht Chemiepolitik an den Beschäftigten vorbei betreiben. Wir müssen diskutieren wie wir die Fragen, wie und was produziert wird, in den Bereich der unmittelbaren Produktion hineinbringen. Dies ist bis heute nur in Ansätzen zu erkennen, z.B. durch unsere Betriebszeitschriften oder durch Flugblätter und Informationsmaterial, das an den Toren verteilt wird — das ist ein ganz kleiner Anfang.

#### Die Grenzwerte-Problematik

Die chemische Industrie behauptet in ihrer Öffentlichkeitsarbeit andauernd, sie würde alles tun, um die Produktion dem Menschen anzupassen. Das Gegenteil ist der Fall. Das hängt bei der Forschung an und das hört bei der Arbeitsmedizin auf. Es ist nicht so, daß Befindlichkeitsstörungen oder sich krank fühlen von den Werkmedizineren ernstgenommen würde, dort wirst

du durch die Mangel einer ausgetüftelten Laboratoriums-Diagnostik geblendet, dort wirst du bis hin zu Gewebeerkrankungen gequält, damit festgelegt werden kann, ob du krank bist oder nicht. Was du selbst fühlst, denkst, welche Beobachtungen du gemacht hast, daß ist denen egal. Der Mensch wird entäußert. Er wird nicht nur entäußert, in dem Sinne, daß er getrennt ist von dem, was und wofür er produziert, von den Produktionsmitteln mit denen er produziert, die ihm ja nicht gehören, sondern er wird auch getrennt von seinem Leben, von seinem Körper, von seiner Gesundheit, auch das wird ihm abgenommen.

Dazu einige Beispiele aus der BASF, die das verdeutlichen. Man kann der BASF im großen und ganzen nicht vorwerfen, sie würde Grenzwerte nicht einhalten. Sie tut es sehr wahrscheinlich. Sie hat jüngst das Ergebnis einer Untersuchung veröffentlicht, die an 12.000 Produktions-Arbeitsplätzen durchgeführt wurde. Der Beschäftigte trug jeweils ein Sammelröhrchen, das danach gaschromatografisch auf ungünstig über dreihundert Stoffe hin ausgewertet worden ist. Nur die wenigsten Arbeitsplätze seien wirklich kritisch gewesen, im großen und ganzen würden die Bedingungen weit unterhalb zulässiger Grenzwerte liegen. Was sind das denn für Grenzwerte, gerade für krebserzeugende Stoffe? Es sind keine medizinisch begründeten Grenzwerte, sondern sog. technische Richtkonzentrationen.

Am Beispiel Benzol will ich das verdeutlichen: Benzol hat eine technische Richtkonzentration von 1 ppm, das sind 1 Volumeneinheit auf 1.000.000 Volumeneinheiten. Wenn man das mittels der Gasgesetze umrechnet, dann entspricht das in der flüssigen Phase, also in den ganzen Lösungsmitteln, mit denen der Chemiewarbeiter zu tun hat, etwa der Konzentration von einem Gewichtsprozent. Das ist genau die Konzentration, die anfallt in den Lösungsmitteln, die gerade noch gesetzlich erlaubt ist und die dann auch in den Produkten drin ist. Hier sind vor allem die Maler und Lackierer betroffen, bei denen ja schwere Schädigungen aufgetreten sind. Benzol ist nachweislich blutkrebserzeugend, und dennoch hat es einen sehr hohen Grenzwert, nämlich 1 ppm — das ist ein Skandal. Dies ist nur ein Beispiel, es gibt sehr viele solcher Stoffe, und die Absicht der zuständigen Gremien und Kommissionen, in denen ja die BASF-Vertreter mitarbeiten, ist für möglichst viele Stoffe solche Werte aufzustellen, die sich nicht nur nach medizinischen Gesichtspunkten richten, das sagen sie selber, sondern auch nach technischen Gegebenheiten, d.h. nach wirtschaftlichen und nach machtpolitischen Gegebenheiten.

Die BASF sagt: Was wollt ihr denn? Wir untersuchen doch unsere Beschäftigten regelmäßig arbeitsmedizinisch. In der BASF werden sehr viele arbeitsmedizinische Vorsorge-Untersuchungen durchgeführt, dafür gibt es Richtlinien der Chemie-Berufsgenossenschaft. Sogenannte „Grundsätze“ zur Vorsorge-Untersuchung. Da sind mittlerweile auch über 40 krebserzeugende

Stoffe mit einbezogen worden. Da wird wiederum Laboragnostik betrieben, um zu sehen, wieweit der Mensch schon geschädigt ist, wie die Leberwerte hochgehen, wo man anfangen muß, den Menschen zu versetzen, ihn von diesem Arbeitsplatz wegzunehmen. Oder aber es wird eine Ursache gesucht, die im persönlichen Verschieden liegt, weil er keine Maske getragen hat. Es wird offiziell von vielen Arbeitern in der chemischen Produktion verlangt, daß sie länger als eine Stunde eine Maske tragen — die trägt dann natürlich keiner, das geht nicht. Sieh länger als eine Stunde dieser Qual zu unterziehen, das ist Wahnsinn. Sogar die Quellen zu verschließen, statt diese Produkte rauszunehmen aus der Produktion, werden die Arbeiter unmöglichen Bedingungen unterworfen, die sie doch nicht einhalten können, um ihnen später sagen zu können: Ihr seid ja selber schuld an eurer Krankheit.

#### Aussonderung der „Nicht-Chemie-Fasten“

Das Konzept dieser Vorsorge-Untersuchungen ist sehr fragwürdig und in der Tendenz wiederum menschenfeindlich. Es werden z.B. Lungen-, Leber- und Nieren-Funktionen gemacht. Der Mensch wird als ganzes überhaupt nicht beachtet. Diese Tests sind daraufhin ausgerichtet, Risiko-Gruppen zu charakterisieren, festzustellen und zu isolieren. Das beginnt schon bei der Einstellung. Überhöhte Leberwerte werden erstmal dem Alkoholkonsum zugeschrieben, das ist der normale Fall. Ob da medikamentöse Schädigungen vorliegen, oder Schädigungen von früheren Betrieben, fragen die nicht, oder es interessiert die wenig. Dafür fragen die nach Familien-Anamnese (9). Familien-Anamnese heißt: Aufnahmen der Krankheitsbilder in der Familie, die irgendwann schon einmal aufgetreten sind. Das ist ein Punkt, der gegen die Beschäftigten gewandt wird. Das steht jetzt neuerdings auch in den berufsgenossenschaftlichen Richtlinien zu diesen Vorsorge-Untersuchungen drin. Da wird dem Werkarzt gesagt, er soll nach Krebserkrankungen in der Familie fragen. Sind da augenscheinlich erhöhte Krebsfälle zu verzeichnen, ist dieser Mensch von der Familie her vorbelastet und möglicherweise einem höheren Risiko ausgesetzt. Dieser Mensch soll dann nicht in diesen Produktionsbereichen beschäftigt werden. Das bedeutet für viele heute Arbeitslosigkeit. Nicht die Produktion wird verändert, sondern die Menschen werden rausgerollt. Das ist die neue Linie in der Arbeitsmedizin, und auch in der Umweltmedizin. Man versucht Leuten zu sagen, das hat der Albrecht ja schon gesagt, sie sollen aufs Land ziehen, wenn sie die Luft in der Stadt nicht vertragen. Man versucht Leute zu isolieren und ihnen zu sagen: „Ihr seid halt nicht chemie-fest“ — und bei uns muß man eben chemie-fest sein.

In den neuen Richtlinien der Berufsgenossenschaften ist vorgesehen, daß für jeden Beschäftigten, der mit krebserzeugenden Stoffen zu tun hat, eine

Gesundheitsakte geführt wird — in der BASF wird sie übrigens für alle geführt, die diesen Vorsorge-Untersuchungen unterliegen — und eine Kopie davon wird bei der Berufsgenossenschaft geführt. Gleichzeitig wird eine laufende epidemiologische Abfrage gemacht, d.h. bestimmte Entwicklungen hinsichtlich von Risiko-Gruppen oder Risiko-Populationen, wie das genannt wird, sollen dann entdeckt werden, wenn sie bereits da sind, und bestimmte Maßnahmen der Ausgrenzung und der Selektion sollen durchgeführt werden, bevor das alles publik wird. Wieder steht der Nachweis am Menschen dahinter. Es wird gefordert, wenn Toxikologen sagen, dieser oder jener Stoff ist gefährlich, dann muß sich das auch an den statistischen Erhebungen der Berufsgenossenschaften zeigen. Es muß aus dem Belastungs-Kataster herausgehen werden, daß dieser Stoff krebserzeugend ist. Der arbeitsmedizinische Sprecher der Bayer AG Kornelius sagte, es sollte ein lückenloses Belastungskataster aufgestellt werden, welches zeigen soll, „daß es durchaus tolerable Grenzwerte für krebserzeugende Stoffe gibt, wie es der allgemeinen arbeitsmedizinischen Erfahrung auch entspricht.“ Es ist falsch, als Betroffene Gesundheitsakte zu fordern, denn diese gibt es bereits, aber sie werden gegen uns verwendet. Die entscheidende Frage ist, wer die Kontrolle über alle diese Maßnahmen hat. Und das sind nicht wir. Die großen Konzerne kontrollieren die Gremien, die dafür verantwortlich wären, und sie kontrollieren auch die Berufsgenossenschaften.

#### Arbeitsmedizin als Hilfestellung für menschenfeindliche Produktion

Dafür sprechen entscheidende Indizien und Tendenzen. Ich möchte dazu noch ein Beispiel bringen. Es geht nicht nur um Grenzwerte am Arbeitsplatz, sondern auch um „biologischen Material“, wie es so schön heißt. Im Klartext: es wird festgelegt, wieviel Gift einer in seinem Körper mit sich herumtragen darf. Die Medizin erfindet Toleranzbereiche, innerhalb derer uns chronische Vergiftungen zugemutet werden. Konkret: Die MAK-Werte-Liste enthält neuerdings für eine steigende Zahl von Stoffen „Biologische Arbeitsstoff-Toleranzwerte“ — die BAT-Werte. Das macht selbst vor eindeutig krebserzeugenden Stoffen nicht halt: auch für Benzol gibt es jetzt eine sogenannte Korrelations-tabelle, die für den Durchschnittsmenschen, unter durchschnittlichen Stoffwechsel- und Fremdstoffverteilungsbedingungen im Körper, die der äußeren Belastung entsprechenden Blut- und Urinwerte ausweist.

Zur arbeitsmedizinischen Vorsorge gehört nicht zuletzt die Überwachung der BAT-Werte, beziehungsweise der Giftkonzentrationen oder ihrer Metaboliten im Körper. Wer dauerhaft bis zu 20 mg Phenol im Blut hat — was dem Benzoleinwirkungsgrenzwert von 4 ppm entspricht — ist im juristischen Sinn keiner Einwirkung ausgesetzt.

Es ist nicht nur so, daß der Mensch als billiger Meßwertempfänger aus-

Es ist nicht nur so, daß der Mensch als billiger Meßwertempfänger mißbraucht wird — die Kontrolle des Menschen statt die des Arbeitsplatzes — er wird auch noch einer naturwissenschaftlichen Definitionsgewalt unterworfen: soundsoviel haben dir gefälligst nichts auszumachen, zumindest nicht akut, alles andere ist eben dein Pech!

Die herrschende Arbeitsmedizin betreibt eine Individualisierung des Risikos, eine Ausgrenzung von gesundheitlich Gefährdeten als unwerte Menschen. Letztendlich wird hier eine Rassenpolitik betrieben. Dies ist z.B. anhand dreier Techniken zu belegen, welche bei der BASF schon angelaufen sind bzw. erprobt werden.

Erstens: Chromosomenuntersuchungen. Die BASF macht seit 1970 Chromosomenuntersuchungen, d.h. die Erbsubstanz von Mitarbeitern, die mit krebserzeugenden Stoffen arbeiten, wird von Zell zu Zell auf mikroskopisch sichtbare Schäden untersucht. Werden hierbei erhöhte Raten an Erbsubstanzschäden festgestellt, so werden diese Arbeiter versetzt. In den VC- und Ethylenoxid-Betrieben wurde dies festgestellt. Die Werkmedizin argumentierte hier, es habe bei vielen Mitarbeitern eine Mischemposition vorgelegen, und man könne nicht genau sagen, woher die Chromosomen-schäden kommen. Also ist nicht bewiesen, daß Ethylenoxid die Chromosomen schädigt. Dies wird von hochangesehenen Toxikologen und Arbeitsmedizinern der BASF nach wie vor aufrechterhalten.

Zweitens: Bluttests. Bei Bluttests werden vorwiegend giftende und entgiftende Enzyme auf ihre Aktivität untersucht. In der Arbeitsgruppe Oesch in Mainz werden diese Bluttests weiter-

entwickelt, und die BASF wendet diese zum Teil schon an, bzw. schickt Mitarbeiter nach Mainz zur Untersuchung.

Drittens: Urintests. An der Uni Esch wurde ein Verfahren entwickelt, das es gestattet, den Urin auf Stoffwechsel-Produkte der Aromatisierung zu untersuchen. Hier wird geprüft, ob z.B. Verbindungen zwischen der Erbsubstanz und bestimmten Stoffen wie VC vorliegen. Hiermit wird die innere Belastung der Arbeiter bestimmt. Sie werden als lebende Meßstationen mißbraucht. Blinkt das rote Licht werden sie versetzt oder ganz herausgenommen.

Dies sind menschenfeindliche Hilfestellungen der medizinischen Wissenschaften für eine menschenfeindliche Chemieproduktion: Nicht die Gifte werden abgeschafft, sondern die Arbeiter, die diese Gifte nicht verkräften.

#### Für eine alternative Arbeitermedizin

Ich möchte zum Schluß die Frage aufwerfen, in welche Richtung müssen wir diskutieren? Die Ziele sind klar: Wir müssen die Produktion verändern, d.h. den gesamten Komplex chemischer Forschung und Produktion. Das ist kein chemisches Problem. Wir müssen überhaupt die gesamte Industrie und industrielle Produktion verändern. Wir müssen andere Stoffe entwickeln, nämlich Stoffe, die mit der menschlichen Gesundheit und der Natur verträglich sind. Wir müssen zu neuen Inhalten in der Produktion kommen. Wir sollten nicht auf eine verstärkte Abfall- und Entsorgungstechnologie setzen, sondern wir müssen versuchen, ganz neue Inhalte zu entwickeln. Davon sind wir sehr weit entfernt, auch wenn die Grünen heute anfangen, das Entsorgungsprogramm zu diskutieren. Die wirtschaftliche und politische Macht der Großkonzerne ist nach wie vor ungebrochen! Sie können ihre Produkte noch immer, auch dann wenn es Alternativen gibt, als vorwiegende Produkte durchsetzen. Die Voraussetzungen, um zu einer Änderung zu kommen, sind Aufklärung und Information der unmittelbaren Betroffenen, sind Demokratisierung des Wissens, Wegkommen von diesem Herrschaftswissen, gegen das Expertengedanke, Wecken von Interessen für Inhalte der Produktion, für die Forschung, für die Entwicklung, für die Anwendung von Produkten, in den Betrieben selbst. Vor allem auch: Wecken von Interesse am eigenen Körper, an der eigenen Gesundheit, Dinge wahrzunehmen, die man bisher sich verweigert hat. Dies wurde in Italien unter dem Stichwort Arbeitermedizin diskutiert. Die Arbeitermedizin geht davon aus, daß man seine Gesundheit nicht an Gremien delegieren kann, auch nicht an Ärzte und Experten, sondern, daß der erste große Fachmann der Betroffene selbst ist. Deshalb muß die eigene Fähigkeit, die Kompetenz, erste Störungen zu erkennen, wieder entwickelt werden. Dazu müssen Experten, die von ihrem Expertenstempel herunter wollen, die den Betroffenen helfen wollen, etwas zu tun. Mehr tun als nur in Parlamenten zu diskutieren, sondern versuchen in Kontakt mit den

nur in Parlamenten zu diskutieren, sondern versuchen, in Kontakt mit den Betroffenen selbst oder mit Gruppen, die mit Betroffenen zu tun haben, zu kommen. Diese Fragen müssen dort ernsthafter diskutiert werden als dies bisher passiert ist.

Zu den Mitteln, in eine neue Richtung etwas zu entwickeln, es muß diskutiert werden über die Kontrolle, aber die Kontrolle schlechthin, was, wie und wofür produziert wird. Es muß die gesellschaftliche Trennung zwischen Produzenten und Konsumenten aufgehoben werden. Es sind alles dieselben Menschen, die produzieren und konsumieren. Das muß in das Bewußtsein! Es muß diskutiert werden über die Herrschaftsverhältnisse in der Produktion, im Betrieb und in der ganzen Gesellschaft. Es muß diskutiert werden, wie der politische Wille der unterdrückten gehaltenen Massen, seien es die arbeitenden oder die arbeitslosen Massen, zur Änderung ihrer gesellschaftlichen Lage entwickelt werden kann.

#### Anmerkungen:

- 1) Toxikologie: Lehre von den Giften und Vergiftungen
- 2) krebserzeugend: wie karzinogen = krebsverursachend
- 3) Epidemiologie: die Lehre von den Epidemien
- 4) Mortalitätsstudien: Untersuchungen über die Häufigkeit von Erkrankungen in der Bevölkerung
- 5) Mutagenität: die Erzeugung von Veränderungen
- 6) Comonomer: Bausteine hochmolekularer Stoffe
- 7) MAK-Wert: Zulässige maximale Arbeitsplatzkonzentration
- 8) ppm: parts per million, Tausend auf eine Million
- 9) Anamnese: Vorgeschichte einer Krankheit



Formaldehyd-Anlage in Ludwigshafen; Die BASF ist der mit Abstand größte Produzent dieser Chemikalie in der Bundesrepublik



# Für das 'Recht' auf ein behindertes Kind

In der letzten Zeit wird — auch innerhalb der Frauenbewegung — immer häufiger die Frage „Behindertes Kind — Ja oder Nein?“ erörtert. Zum einen sicherlich dadurch, daß durch die Genforschung immer mehr dieses Thema hervorgerufen und diskutiert wird. Zum anderen wohl aber auch, weil immer mehr Frauen berechnigte Angst vor umweltbedingten Behinderungen haben.

Die Gantchnologen forschen jedoch in der Regel nicht nach umweltbedingten Behinderungen und deren Vorbeugung, bzw. Beseitigung der schädlichen Umwelteinflüsse, sondern versuchen, die Schäden des „Erbguts“ festzustellen. Einige Behinderungen sind mittlerweile auch schon vor der Geburt feststellbar.

Am häufigsten empfohlen wird Frauen über 35 eine Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung) machen zu lassen, da bei ihnen eine erhöhte Gefahr an Behinderungen für das Embryo/Fötus vorliegen soll (wir haben uns bewußt für die Bezeichnung „das“ Embryo/Fötus entschieden). Im besonderen handelt es sich hierbei um das Down-Syndrom (früher „mongolische Idioten“; auch Mongolismus genannt, russisch nachlehnend an das Aussehen der Menschen, die in der Mongolei leben). Genau hier setzen sie bei der Angst vieler Menschen an.

Aufgrund der Diskussion von Forschern und einer allgemeinen Stimmung gegen Behinderte, haben Frauen Angst, ein behindertes Fötus (wenn dies während der Schwangerschaft festgestellt wurde) abtreiben zu müssen, da die Forderung vieler Wissenschaftler dahin geht, die Gesellschaft nicht mit diesen Menschen zu belasten. Deshalb haben einige Frauen die Forderung aufgestellt „Für das ‚Recht‘ auf ein behindertes Kind“.

Bringt Frau diese Forderung aber in die Diskussion, wird gar nicht darauf eingegangen. Die Frauen (häufig auch Frauen, die gar keine Kinder wollen) können sofort und fordern ihr „Recht“ auf ein nicht behindertes Kind“, ohne auf die andere Forderung einzugehen. Teilweise geht die Angst vor Behinderungen so weit, daß Frau meint, wenn eine schwangere Frau es psychisch nicht verkraftet, daß das Kind mit einer Hasenscharte auf die Welt kommen würde, die Frau das Recht haben muß, sich aus diesem Grund, wenn es sich feststellen ließe, das Embryo abzutreiben. Ebenso bei Zuckerkrankheit etc.

bei auch unsere Unsicherheiten — die wir in verschiedenen Punkten haben — wegzuwischen. Es geht um eine kritische Auseinandersetzung, der hoffentlich eine weitere Diskussion folgt!

## Gängige Vorsorgeuntersuchungen

Wie in allen anderen Bereichen sind verschiedene Vorsorgeuntersuchungen für uns selbstverständlich geworden. Wird eine Frau schwanger und möchte (oder muß?) das Kind austragen, bekommt sie vom Arzt ihren „Mutterpaß“ für Blut- und Urinuntersuchun-

sich gibt. Es kann vorkommen, daß das Fötus in der Gebärmutter abstirbt, was auch zum Tod der Frau führen kann, wenn dies nicht rechtzeitig bemerkt wird.

**Ultraschall:** Mit Hilfe von Ultraschall (= Hochfrequenzwellen, d.h. Wellen, deren Frequenz über 20 kHz liegt = 20 000 Schwingungen pro Sekunde) wird das Fötus sichtbar gemacht. Je nachdem wie das Fötus gerade liegt, sind von Arzt/innen das Vorhandensein der Gliedmaßen, starke anatomische Störungen, evtl. zu erwartende Mehrlingsgeburten und das Geschlecht zu erkennen.

**Amniozentese:** Eine kleine Menge des Fruchtwassers, das das Fötus umgibt, wird mit einer Punktionsnadel durch die Bauchdecke entnommen. Mit den in der 16. bis 20. Schwangerschaftswoche im Fruchtwasser schwimmenden Zellen des Fötus wird eine Kultur angelegt, die eine Zelluntersuchung möglich macht. Eine Reihe von genetisch bedingten Behinderungen können diagnostiziert werden, wie z.B. Down-Syndrom, Spina bifida (einige Wirbel sind unvollständig ausgebildet, kann in relativ schwachen Behinderungen vorkommen bis hin zu offenem Rücken, Wasserkopf etc.), Tay-Sachs-Syndrom (das Kind stirbt daran in den ersten Jahren). Ebenso ist ein Nebenprodukt dieser Untersuchung die Feststellung des Geschlechts. In Indien wird die Amniozentese nur zur Geschlechtsfeststellung angewandt, daß damit auch bestimmte Behinderungen festgestellt werden können, ist den meisten Frauen in Indien nicht bekannt.

**Chorionbiopsie:** Die Chorionbiopsie wird ebenfalls bei ständiger Ultraschallkontrolle vorgenommen. Hierbei wird ein Katheter in die Vagina eingeschoben und durch den Muttermund bis zu der Membran geführt, die das Fötus umgibt. Dann werden einige Zellen entnommen, die innerhalb von Stunden auf ihre Struktur hin untersucht werden. Im Gegensatz zur Amniozentese kann dies bereits in der 7. Schwangerschaftswoche vorgenommen werden. Es ist für die Frau schmerzhaft und für den Arzt schwieriger als eine Amniozentese. Das Embryo ist sehr viel kleiner und das Ultraschallbild dadurch unsicherer. Die Gefahr der Verletzung des Embryos ist hierbei gegeben.

Da zu diesem Zeitpunkt noch zu viele mütterliche Zellen in der Probe enthalten sein können, muß dieser Vorgang teilweise mehrmals wiederholt werden. Das Fehlgeburtsrisiko dieser Untersuchung wird zur Zeit auf ca. 3% geschätzt. Die Ärzte haben für diese Untersuchung im Gegensatz zur Amniozentese kann dies bereits in der 7. Schwangerschaftswoche vorgenommen werden. Es ist für die Frau schmerzhaft und für den Arzt schwieriger als eine Amniozentese. Das Embryo ist sehr viel kleiner und das Ultraschallbild dadurch unsicherer. Die Gefahr der Verletzung des Embryos ist hierbei gegeben.

Da zu diesem Zeitpunkt noch zu viele mütterliche Zellen in der Probe enthalten sein können, muß dieser Vorgang teilweise mehrmals wiederholt werden. Das Fehlgeburtsrisiko dieser Untersuchung wird zur Zeit auf ca. 3% geschätzt. Die Ärzte haben für diese Untersuchungsmethode noch nicht genug Erfahrung und über noch an Abortmaterial. In der Stoerckens-Beratungsstelle ist man jedoch schon lange in das „Stadium der diagnostischen Anwendung“ eingetreten (1).

Diese Aufzählung von Vorsorgeuntersuchungen ist nicht vollständig, sondern nur beispielhaft für die am häufigsten angewandten Methoden. Die aufgezählten Untersuchungen haben sich weitläufig als „normal“ und „ungefährlich“ durchgesetzt. Einschränkungen müssen hier bei der Amniozentese gemacht werden, da diese besonders „Älteren“ Gebärenden (über 35 Jahren) dringend empfohlen wird, wie auch Frauen mit festgestellten bzw. vermuteten „genetischen Risiken“ in der Familie.

Wir halten in dieser Aufzählung die Blutuntersuchung und das Kontrollieren der Herzklappen für wichtig (und ungefährlich), da bei beiden Methoden eine Lebensgefahr für die schwangere Frau und auch ein Absterben des Fötus erkannt bzw. verhindert werden kann.

Der Ultraschall hingegen wird zu Unrecht als „normale“, ungefährliche Methode dargestellt. Diese Untersuchung wird erst seit ca. 10 Jahren als „Regeluntersuchung“ durchgeführt, mögliche Spätfolgen wurden noch nicht nachhaltig erforscht. Es melden sich jedoch in den letzten Jahren erste Stimmen mit ernsthaften Bedenken an der allgemein angenommenen Harmlosigkeit. So wandten sich Mediziner in den USA dagegen, „Untersuchungen von Schwangeren mit Ultraschall zur Routine werden zu lassen. Obwohl bislang keine auf Ultraschall zurückzuführenden Schäden bei Embryos beobachtet worden seien, sollte diese Methode auf Fälle beschränkt werden, wo

sie aus medizinischen Gründen angezeigt sei“, betonte ein vom US-Ministerium einberufenes Gremium. Grund zur Warnung sehen die Wissenschaftler „weil Tests mit Tieren und Zellkulturen gezeigt hätten, daß hohe Dosierungen von Ultraschall das Wachstum von Embryos beeinflussen und Zellen schädigen können“ (2).

Es sei hierbei daran zu denken, daß auch das Röntgen früher als ungefährlich galt. Erst nach vielen Jahren konnten die Schäden der Röntgenstrahlen klar nachgewiesen werden.

Mittlerweile hat es sich durchgesetzt, Ultraschall in der Regel mindestens zweimal anzuwenden, teilweise sogar noch öfter (bei Amniozentese und Chorionbiopsie besonders), was das Risiko erhöht. Wir schätzen das Risiko der Zellschädigung je größer ein, desto jünger das Embryo ist und je länger die Untersuchung dauert. Ein geringeres Risiko vermuten wir bei Ultraschalluntersuchungen kurz vor der Geburt, wenn auch das Gehirn schon weit entwickelt ist. Die Amniozentese beinhaltet die Überlegung, ein Fötus mit Behinderung bzw. anderen unerwünschten Merkmalen wie z.B. dem „verkehrten Geschlecht“ (in der Regel ist das weibliche Geschlecht verkehrt — zur Zeit in Indien und China praktiziert) abzutreiben. In der BRD besteht diese Möglichkeit „bis zum Ende der 22. Woche nach der Empfängnis“ ..., „wenn dringende Gründe für die An-

der Schwangerschaft, in der die Amniozentese gemacht werden kann (3 o.), bewegt sich das Fötus bereits, was die Verletzungsgefahr erhöht (hierzu konnten wir leider keine Zahlen entdecken). Um die Ultraschalluntersuchung durchzuführen, wird ein Kontaktgel benötigt, das auf dem Bauch der Schwangeren aufgetragen werden muß. Dieses Gel kann je nach Herstellungsart 35%iges Formaldehyd enthalten, was ca. 0,8% des Kontaktgels ausmacht. Die Auswirkungen hiervon sind uns nicht bekannt. Auf jeden Fall ist Formaldehyd schädlich und hat auch in einer kleinen Menge nichts auf unserem Bauch zu suchen.

## Wie hoch ist die Gefahr einer Behinderung bei „Älteren“ Frauen?

Die Gefahr einer Behinderung hängt nicht nur von dem Alter der Frau ab, sondern auch von dem des Mannes. „Wenn beide Eltern über 41 Jahre alt sind, beträgt das Risiko für einen Mongolismus beim Kind über fünf Prozent. Wenn ein Elternteil über 41 Jahre und der andere Elternteil zwischen 35 und 41 Jahre ist, liegt das Risiko noch über zwei Prozent. Es beträgt ein bis zwei Prozent. Es beträgt ein bis zwei Prozent, wenn ein Elternteil über 41, der andere dagegen unter 35 ist, und eben-



Das Recht, ein behindertes Kind abzutreiben ist jedoch nicht beschränkt und die Herrschenden sind dankbar für jedes abgetriebene behinderte Embryo/Fötus (ganz im Gegensatz zur sozialen Indikation). Deshalb geht es uns in diesem Artikel auch nicht darum, sondern um die Auseinandersetzung über die Forderung, ein behindertes Kind austragen zu können. Es geht uns nicht darum, den Frauen die Abtreibung, aus welchen Gründen auch immer, auszureden oder gar zu verbieten. Wir wollen aber einige Argumentationen hinterfragen und versuchen aufzudecken, welche Ängste uns derzeit eingeblößt werden und wie wir gerade dabei sind, sie voll aufzusaugen. Wir wollen im Folgenden versuchen, unsere Position darzustellen, ohne da-

gen, zweimal Ultraschall und in bestimmten Fällen eine Amniozentese (= Fruchtwasseruntersuchung). **Blutuntersuchung:** Bestimmt wird die Blutgruppe, dabei insbesondere das Vorhandensein des Rhesus-Faktors der Schwangeren. Hat die Schwangere keinen Rhesus-Faktor, ist also Rh negativ, kann sie gegen das Blut des Fötus, wenn dieser Rh positiv ist, Antikörper entwickeln, die in der Lage sind, die roten Blutkörperchen des Fötus zu zerstören (Rhesusfaktorsensibilisierung). Bei rechtzeitiger Feststellung können medizinische Gegenmaßnahmen getroffen werden. **Abhorchen oder Aufzeichnen der Herztöne:** Hier geht es im wesentlichen darum festzustellen, ob das Embryo/Fötus regelmäßige Herztöne von



nahme sprechen, daß ein Kind, wenn es zur Welt käme, wegen einer Erbkrankheit oder wegen schädlicher Einflüsse während der Schwangerschaft an einer nicht beherrschbaren Gesundheitsschädigung leiden würde, die so schwer wiegt, daß von der Frau die Fortsetzung ihrer Schwangerschaft nicht verlangt werden kann.“ (3) In den meisten Ländern besteht eine ähnliche Regelung.

## Gefahr der Behinderung durch „Vorsorgeuntersuchungen“

Bei der Amniozentese ist ein mögliches Risiko eine sofortige Fehlgeburt. Die Höhe des Risikos wird mit 1-1,5% angegeben (4). Da bei ca. 95% aller durchgeführten Amniozentesen keine „Abnormalitäten“ festgestellt werden, ist dies unseres Erachtens nach ein recht hohes Risiko. Weiterhin besteht „ein etwas vergrößertes Risiko von vorgeburtlichen Blutungen, von Abnormalitäten wie Klumpfuß und ausgeprägter Hüfte, von Atembeschwerden bei der Geburt und von Rhesus-Sensibilisierung bei der Mutter. Zudem erhöht sich die Möglichkeit einer Fehlgeburt bei zukünftigen Schwangerschaften“ (4). Das einzige Risiko, auf das offen hingewiesen wird, ist die Gefahr einer sofortigen Fehlgeburt. Um den Rest herauszufinden, muß Frau bohren. Die meisten Ärzte wissen bzw. erzählen dies nicht.

Ein weiteres Problem ist, daß die Amniozentese in Zusammenhang mit Ultraschall durchgeführt wird, um die Gefahr einer Verletzung des Fötus mit der Nadel zu vermindern. In der Zeit

falls zwischen ein und zwei Prozent liegt das Risiko dann, wenn beide Eltern zwischen 35 und 40 Jahre alt sind“ (5). Lohnt sich das Risiko einer Amniozentese mit Ultraschalluntersuchung bei einer Fehlgeburtsrate von 1-1,5%, einer möglichen Fehldiagnose und den diversen anderen Gefahren, die wir schon aufgezählt haben?

## Das perfekte Baby?

Was ist nun Ziel und Inhalt von Ultraschall, Amniozentese und anderen Methoden der vorgeburtlichen Früherkennung von Behinderungen? Man empfiehlt und bietet uns Möglichkeiten, nicht in die Lage kommen zu müssen, Fötus mit bestimmten Behinderungen auszufragen. Was jedoch bei diesen Untersuchungen festgestellt wird, sind nur ganz bestimmte Arten von Behinderungen. So kann es sein, daß eine Frau all diese Untersuchungen über sich ergehen läßt und ein Kind bekommt mit einer anderen Behinderung, die nicht untersucht bzw. festgestellt werden konnte. Was dann? Nach all dem unsicheren Warten während der Auswertung der Zellkulturen, der anschließenden Beruhigung durch das ärztliche Ergebnis hat sie jetzt trotzdem ein behindertes Kind. Was passiert mit diesem Kind, was ist mit einem eventuellen Regreßanspruch gegen den Arzt? Wird es deshalb in Zukunft lieber sagen, das Kind wird behindert, als einmal verkehrt die Diagnose einer Nichtbehinderung zu melden?



Fortsetzung von vorheriger Seite

Wie bei anderen Untersuchungen auch, kann die Amniozentese mal ein verkehrtes Ergebnis bringen. Zudem kann bei den festgestellten Behinderungen nicht vorhergesagt werden, wie stark sie sind. Es kann durchaus eine sehr leichte Behinderung sein. So gibt es z.B. Fälle von Down-Syndrom, wo die Kinder in ihrer Entwicklung ca. um zwei Jahre zurückgeblieben sind bzw. wo sich im Laufe der Zeit der Entwicklungsstand angleicht.

Nach und niemand kann eine wirkliche Gewähr dafür geben, daß ein Kind nicht behindert wird. Dies zu erwägen, hätte für sehr wichtig, da viele Menschen meinen, durch die „Vorsorgeuntersuchung“ würden jegliche Risiken ausgeschlossen. Selbst wenn es bis zur Geburt ein „perfekter“ Fötus ist, kann durch unterschiedliche Möglichkeiten wie z.B. durch terminale gepunktete Geburten (d.h. künstlich eingeleitet, damit das Kind z.B. nicht an einem Sonntag geboren wird), Fehler bei einer Zangen Geburt etc. während des Geburtsvorganges eine Behinderung auftreten.

Selbst wenn das Kind „perfekt“ geboren wird, kann es eine Krankheit mit bleibenden Schäden bekommen, einen Unfall erleiden usw.

Durch diese „Vorsorgeuntersuchungsmöglichkeiten“ wird (uns) suggeriert, daß wir kein behindertes Kind zu bekommen brauchen. Doch behindert werden kann jede/r von uns in jedem Alter, schon durch einen Autounfall.

von Menschen. Unsere Beschränkungen sind vielleicht noch außen deutlicher sichtbar, wir sind vielleicht offensichtlich auf Hilfe angewiesen, aber gilt für uns nicht genauso wie für alle anderen, daß wir vor allem darunter leiden, daß wir nicht genug menschliche Wärme erfahren, daß wir nicht genügend akzeptiert werden, daß man uns mit zu wenig Respekt begegnet“ (6).

Innerhalb dieser ganzen Debatte müssen wir unser Denken gegenüber Behinderten endlich einmal überprüfen. Wir haben in vielen Fragen eine Mittelebene drauf, durch die es uns erschwert wird, sich mit behinderten Menschen ernsthaft auseinanderzusetzen, und wir haben teilweise Vorstellungen von „lebensunwertem“ Leben.

Es ist auch interessant, welche Arten von Behinderung soweit wie möglich ausgeschlossen werden sollen. Mit Rollstuhlfahrer kann man umgehen, immerhin noch „etwas besser“ umgehen als mit Behinderungen, die „unseren klaren Verstand“ einschränken.

### Beseitigung der Umwelteinflüsse, die Behinderungen hervorrufen!

Da viele Krankheiten aufgrund der fortlaufenden Umweltverschmutzung zunehmen, wie Pseudo-Krupp, Leukämie, Allergien, Krebsarten und auch Spina bifida, können die tatsächlichen Gefahren für Behinderungen unserer Gesundheit und körperlicher Funktio-

nenverbrennungsanlagen liegt. Stadtteil Bergedorf ebenfalls im Osten Hamburgs und in Windrichtung gelegen, weist eine weitere Besonderheit auf: Viermal höher als nach der Statistik erklärbar, liegt hier die Rate an Kindern mit Spina bifida (7).

Zudem ist Hamburg eine Stadt, die offiziell „die höchste Mißbildungsrate der Bundesrepublik hat und die höchste Rate an schweren Mißbildungen“ hat (7).

Für verseuchten Umwelt kommen dann noch Behinderungen, die Medikamente, v.a. das Akute Heilmittel Acetamin, hervorrufen können (8). Diese Liste könnten wir beliebig fortsetzen.

Aufgrund dieser Tatsachen schlußfolgern wir nicht mehr Vorsorgeuntersuchungen brauchen wir, sondern eine Umwelt, die weniger schadstoffbelastet ist.

In Form der „Vorsorgeuntersuchungen“, so kann man uns jetzt vorstellen, haben wir doch eine Möglichkeit, uns zumindest in dem von uns beeinflussbaren Bereich gegen ein behindertes Kind zu entscheiden, was für uns aber nur zu einer Verschiebung führt. Die „Vorsorgeuntersuchungen“ dienen einer Beruhigung der schwangeren Frauen und beheben keine der Ursachen, die man mit einer besseren Umweltpolitik beseitigen könnte.

### Das Private ist nicht vom Politischen zu trennen!

Sicher haben wir die Möglichkeit der individuellen Entscheidung, wenn wir eine Amniozentese haben durchführen lassen, trotz aller Risiken (s.o.). Das „Recht“ auf ein nicht-behindertes

Kind (d.h. Abtreibung bei Behinderung ein anderes Recht haben wir bisher nicht) macht uns auch niemand streitig — im Gegenteil: nicht nur auf nationaler Ebene haben wir die Möglichkeit, auch bei überschrittener Drei-Monats-Frist bei drohender Behinderung abzutreiben.

So wurde z.B. auch in Spanien bei Gefahr für das Leben der Mutter, bei drohender Behinderung sowie Vergewaltigung das generelle Abtreibungsverbot gelockert.

Es gibt auch noch andere, die ein Interesse am „gesunden“ Kind haben. Denn der gesunde Mensch ist billiger und produktiver. Bei einer Zunahme Behinderter könnte ein noch stärkerer nicht gedeckter Bedarf entstehen an entsprechenden Kindergärten, Schulen, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Und das alles kostet den Staat Geld, bis hin zu Sozialhilfe und Unterstützungen über das Arbeitsförderungsgesetz.

Weiter müssen wir uns mit den möglichen gesellschaftlich-politischen Konsequenzen auseinandersetzen, wenn in einer behindertenfeindlichen Gesellschaft plötzlich die Möglichkeit besteht, Behinderter schon vor ihrer Geburt abzutreiben. Wie leicht wird dann das gesellschaftliche Problem, behindertengerechte Einrichtungen zu fördern, zu einem privaten Problem, nach dem Motto „die Frauen haben ja selbst Schuld, heute braucht niemand mehr ein behindertes Kind zu bekommen“.

Daß die Tendenz in diese Richtung geht, belegen Äußerungen wie die von Bentley Glass, ehemaliger Präsident der Amerikanischen Gesellschaft für den Fortschritt der Wissenschaft. „In einer Welt, in der jedes Paar sich im

Durchschnitt auf höchstens zwei Kinder beschränken muß, muß an erster Stelle das Recht jedes Kindes stehen, körperlich und geistig gesund geboren zu werden, basierend auf einem gesunden Genotyp. Kein Elternpaar wird dann das Recht haben, die Gesellschaft mit einem mißgebildeten oder geistig unzulänglichen Kind zu belasten.“ (9).

Oder: „Wenn eine schwangere Frau ihr Recht auf Abtreibung aufgegeben und sich entschlossen hat, den Fötus auszutragen, nimmt sie eine „bedingte zukünftige Haftung“ für nachlässiges Handeln gegenüber dem Fötus auf sich, falls er lebend geboren wird... Wenn die notwendige pränatale Vorsorge verweigert wird, wenn die Ernährung unangemessen ist, wenn der Fötus Mutagenen oder Teratogenen ausgesetzt wird oder aber auch wenn er der schädlichen mütterlichen intrauterinen Umgebung ausgesetzt wird, hervorgehoben durch ihren Genotyp... könnte als ein geschädigtes Kind zur Folge haben, das argumentieren könnte, sein Recht, körperlich und geistig gesund geboren zu werden, sei verletzt worden.“ (10).

Solcherlei Äußerungen könnten wir noch eine ganze Menge bringen. Sie sind von bekannten Wissenschaftlern, Nobelpreisträgern, Ärzten etc. Ihre Tendenz geht in der Regel dahin, die Gesellschaft nicht mit behinderten Menschen zu belasten. Sie würden gerne Gesetze erlassen, die die Frauen zu einer Abtreibung zwingen können.

Auch folgende Feststellung von Hans Nachshelm spricht für sich: „Wenn Kinder mit Erbkranken wie

Fortsetzung nächste Seite



### Warum „Angst“, ein behindertes Kind zu bekommen?

Die Angst vieler Frauen, ein behindertes Kind zu bekommen, hat verschiedene Gründe. Zum Teil verständliche.

Wir leben in einer behindertenfeindlichen Gesellschaft, in deren Gesellschaft „unwertes Leben“ vergast/ermordet wurde, in der ein Behindertener schwer gemacht wird, „normal“ zu leben, in der auch heute noch/wieder Behinderte reihenweise sterilisiert werden und wo neue humangenetische Beratungsstellen in der Planung sind. Eltern mit behinderten Kindern stehen in der Regel alleine da. Sie bekommen in ihrem Umfeld kaum Unterstützung und sind so schnell überfordert.

Kindergarten/Schulklassen, in denen sowohl Behinderte als auch Nicht-behinderte zusammen sein können, sind nach wie vor eine Seltenheit. Die Heime sind meist in katastrophalem Zustand, der aufgrund verschärfter Sparmaßnahmen noch verschlimmert wird. Behinderten Menschen wird größtenteils nur mit Mitleid begegnet, was den Gedanken hervorruft „ich möchte ein Kind nicht auf diesen Lebensweg schicken“. Hierzu schreibt eine selbst betroffene Frau, die mit Spina bifida geboren wurde und selbst ein Kind haben will: „Es gibt zweifellos behinderte Menschen, die unter ihrem körperlichen Zustand leiden“. Es gibt sogar solche, die sich vielleicht lieber dafür entscheiden würden, ihr Leben zu beenden, als mit Schmerzen oder schweren Einschränkungen weiterzuleben — aber gilt das nicht genauso für nicht-behinderte Menschen, die unter emotionalen Schmerzen und beschränkten Ressourcen leiden? Als Gruppe gesehen „leiden“ behinderte Menschen auch nicht mehr als irgendeine andere Gruppe oder Kategorie

nen nicht durch eine vorgeburtliche Untersuchung gelöst, sondern höchstens verschleiert werden.

Besonders interessant ist es hierbei, Spina bifida nachzugehen. Diese Behinderung gibt es schon länger, weshalb sie als vererbbar durch Schäden am „Erbgut“ gilt (auch bei der Amniozentese feststellbar).

In einem Saigoner Kinderspital wurden nach den Giftsprühaktionen der USA im Vietnam-Krieg Untersuchungen angestellt, die ergaben: „Insbesondere fanden die amerikanischen Ärzte einen Anstieg der „spina bifida“ (offener Rücken) genannten Mißbildung. Hatte die Rate in den Jahren 1959/63, also vor den Sprühaktionen noch bei 0,7 Prozent gelegen, so stieg sie 1967/68 auf 2,1 Prozent, also auf das Dreifache an.“ Weiter wurden Mißbildungen wie Gaumenspalte, Zyklopie (7) usw. festgestellt.

Im Osten von Hamburg wurden acht Kinder geboren, die alle „auffällende und eindrucksvolle Ähnlichkeiten mit Mißbildungen in Vietnam“ aufwiesen. „Besonders auffallend für die untersuchende Ärztin Dr. Burck: Keins der Kinder besitzt irgendwelche Chromosomenschäden (genetische Ursachen scheiden aus). Bei der schwersten Form der sogenannten Zyklopie hat sich das Gehirn nicht geteilt, es besteht lediglich aus einer mit Wasser gefüllten Blase. Bei der Erscheinungsform der Zyklopie fehlen dem Kind außerdem die Augen, auf der Stirn trägt es einen pentagonalen, den Rest der Nase und der Augen bildenden Fortsatz.“ (7). Bei den leichteren Formen dieser Mißbildung fehlt dem Kind das Rückenmark, sowie ein Teil der Nervenbahnen, die Augen sind viel zu nahe aneinandergerückt.

Die acht Kinder wurden in einem Teil von Hamburg geboren, der in der drohenden Windrichtung der Hamburger Chemiewerke und

## Anmerkungen zum Artikel «Für das 'Recht' auf ein behindertes Kind»

Greift der Artikel einerseits die Individualisierung des Problems, behinderte Kinder zu bekommen, an (Vorsorgeuntersuchungen beschränken sich auf wenige, in der Person begründete feststellbare Behinderungen, Umweltgefahren werden nicht berücksichtigt, Eltern mit behinderten Kindern werden von der Gesellschaft alleingelassen usw.), so wird andererseits auch von den Autorinnen das Problem an die einzelnen Individuen/Frauen zurück gegeben.

Frau muß ein schlechtes Gewissen bekommen, kein behindertes Kind zu wollen, weil es nach Ansicht von A1 und C. nur „zum Teil“ verständliche Gründe für die Angst, ein behindertes Kind zu bekommen, gibt. Anmerkungen möchte ich hier nur, daß viele Frauen die (gesellschaftlichen) Voraussetzungen für sich nicht einmal als gegeben sehen, überhaupt ein Kind zu bekommen, obwohl sie gern eines hätten. Frauen, die kein behindertes Kind wollen, zu unterstützen, behindertes Leben quasi als „unwertes Leben“ zu betrachten, wenn sie für sich entscheiden, diesen Belastungen nicht gewachsen zu sein, baut m.E. falsche Fronten auf.

Mein Ziel bei der Diskussion dieser Frage der Vorsorgeuntersuchungen und negativen Eugenik wäre auch nicht, daß „die Zahl der gemachten Amniozentesen und Chorionbiopsien stark zurückgehen“. Mein Ziel ist vielmehr, daß insgesamt die Aufmerksamkeit verstärkt darauf gelenkt wird, daß die berechtigten Ängste von Frauen (und Männern), behinderte Kinder in die Welt zu setzen, genutzt werden, um mit Hilfe gentechnologischer verfeinerter Vorsorgeuntersuchungen, mit verstärktem Ausbau humangenetischer Beratungsstellen und gleichzeitigem Fortsetzen eines Zwangssterilisationsgesetzes eine Ideologie zu verbreiten, behindertes Leben habe in der Volksgemeinschaft nichts zu suchen, weil es nur Kosten und keine Leistungen bringe und die Volksgemeinschaft dadurch in unerhörter Weise belastet, eine Ideologie, die vor allem spürbare Konsequenzen für die Leben der Behinderten hat. Zum anderen drängt dies eine neue Blüte der Theorien mit sich, daß viele Krankheiten, ja sogar Charakter, Kriminalität und dergleichen mehr, vererbbar seien und z.B. Schizophrenie eine Erbkrankheit sei (die in der NS-Zeit zu Zwangssterilisation führte).

Wenn man sich vor Augen führt, was in der NS-Zeit und auch heute z.B. in der Humangenetischen Beratungsstelle in Hamburg Barmbek (unter Leitung der berühmten Frau Stockenius) und auch in pseudo-wissenschaftli-

chen öffentlichen Vorträgen über Psycho-Physiognomik („natürliche Rangordnung der Menschen“, „Raz“-Bericht vom 30.9.83) usw. als „Behinderung“ definiert wird, muß sich auch für uns als Betroffene schon Wessen Mutter ist nicht sehr einfach, wessen Eltern sind nicht geschieden, wo gibt es nicht Verwandte, die ihre Lehre nicht beenden haben und ständig Stellen wechseln (aus den Unterlagen von Frau Stockenius); es ist die Rede vom „moralischen Schwachsinn“, unter dem jedes unangepaßte Verhalten, jedes „fanatische Weltverbesserertum“ usw. gepackt werden.

Angesichts der in der NS-Zeit vorgenommenen Zwangssterilisation aufgrund von Daten aller möglichen Erbberatungsstellen, psychiatrischen Krankenhäuser, Gesundheitsämtern usw., nach der z.B. fast die Hälfte der Frankfurter Bevölkerung („FR“, 20.9.83) und auch der Hamburger Bevölkerung („HA“, 21.1.83) „archiviert“ waren, ist nichts Gutes zu erwarten angesichts der heute von Humangenetischen Beratungsstellen gewünschten Datenverbindungen zu diversen medizinischen Erfassungsstellen und auch bereits praktizierten Datensammlung z.B. von Gesundheitsbehörden.

Zurück zur Vorsorgeuntersuchung: Auch der im Artikel erwähnte „Wunsch“ des Bundesgesundheitsministeriums, daß für jedes Ehepaar eine humangenetische Beratung anzustreben sei, erinnert an die Euthanasiezeugnisse der NS-Gesundheitsämter.

Meines Erachtens liegt die Gefahr der Vorsorgeuntersuchungen nicht darin, daß sie von Frauen freiwillig wahrgenommen werden, die kein behindertes Kind möchten, sondern daß sie aukarieren in eine Zwangsberatung bei Abtreibungen und möglicherweise nicht nur die schwangeren Frauen betreffen, sondern auch die potentiell schwangeren Frauen.

Eine weitere Gefahr sehe ich darin, daß der Fötus als Patient entdeckt worden ist und in diesem Zusammenhang von der schwangeren Frau als „Umfeld“ des Fötus, das in Ordnung gehalten gebracht werden muß, die Rede ist.

Der Frau wird die Verpflichtung für das Recht des Fötus auf gesunde Geburt auferlegt; diese Rechtsauffassung setzt sich nur für eine Kontrahierung der Frauen, nicht für eine Änderung ihrer Lebensbedingungen ein. Die Frau soll den Konsum von Tabak und Alkohol einschränken, soll sich gut ernäh-

ren usw., wie die diese optimalen Bedingungen schafft, ist ihr persönliches Problem.

Es wurde z.B. eine hohe Früh- und Fehlgeburtsrate bei Arbeiterinnen in der Lederindustrie festgestellt gefordert wird, daß diese Frauen auch in die Vorsorgeuntersuchungen regelmäßig wahrnehmen, nicht aber, daß ihre Arbeitsbedingungen verändert werden müssen. Ähnliches gilt für die bestrahlte Gefährlichkeit der Strahlungen an Bildschirmarbeitern (Dieningen, die das Recht des Fötus auf eine gesunde Geburt fordern, fordern allerdings nicht, daß schwangere Frauen möglichst nicht an diesen Arbeitsplätzen arbeiten sollen. Sie zählen auch nicht zu denjenigen, die Pseudo-Krupp-Initiativen unterstützen oder sich in anderer Weise in Umweltfragen engagieren.

Eine wesentliche Aufgabe der Schwangerschaftsvorsorgebetreuung ist, evtl. auftretende Komplikationen zu verhindern, die Säuglings- und Müttersterblichkeit zu verringern. „Frauen, die während der Schwangerschaft nur unzureichend ärztlich überwacht werden, haben dreimal häufiger eine Frühgeburt als Frauen, die sich regelmäßig — am besten alle vier Wochen — untersuchen lassen.“ Bei Frauen aus niedrigem sozialen Milieu, z.B. bei Sozialhilfeempfängern oder in Familien von ungelerten Arbeitern liegen die Frühgeburtsraten deutlich über denen der geborenen und der höchsten Sozialstufe („FR“, 25.7.1983). Wo sind aber die Beschützer des Fötus auch als Kämpfer gegen die Armut, gegen Arbeitslosigkeit und Gift Arbeitsplätze zu finden? Das macht doch ihre ganze Heuchelei, im Interesse eines medizinischen Beitrags zur modernen Eugenik, deutlich!

Diese Punkte finden sich zwar auch alle im Artikel wieder, doch kommen sie meines Erachtens zu kurz angesichts der Auseinandersetzung mit den „ängstlichen, z.T. selbst behindertenfeindlichen“ Frauen.

Noch eines zum Schluß: Die Autorinnen schreiben, die Herrschenden seien „dankbar für jeden abgetriebenen Embryo/Fötus“. Da wäre ich mir nicht so sicher, angesichts der Tatsache, daß die Kirche auch zu den Herrschenden gehört. Diese Macht der Kirche spiegelt sich in einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs wider, in der gesagt wird: „ein Mensch (müsse) grundsätzlich sein Leben so hinnehmen, wie es von der Natur gestaltet sei, und (habe) keinen Anspruch auf seine Verhütung oder Vernichtung durch andere.“ („LAZ“, 30.3.83).

Z., Frauenzeitschrift Hamburg-Frischbutter



Fortsetzung von vorheriger Seite

Zuckerkrankheit, Retinoblastom, Buphthalmus dank der Fortschritte der ärztlichen Kunst geheilt werden können, so leiten wir damit dem Kranken zwar einen großen Dienst, hemmen aber nicht die Ausbreitung und Vermehrung des Erbleidens, was auch Aufgabe des Arztes ist, sondern fordern sie noch ... Die früher unterbliebene Fortpflanzung des Erkrankten muß naturgemäß zu deren Zunahme von Generation zu Generation führen. Die einzige Möglichkeit, die verlorengegangene natürliche Auslese bei dem Erbkranken auszugleichen, ist der freiwillige Verzicht auf Nachkommenchaft" (10).

Wenn Frau sich dann noch die Praxis anguckt, wie in den Krankenhäusern mit behinderten Neugeborenen umgegangen wird, läßt sich ganz klar erkennen, daß ein Fetus, wenn es behindert ist und dies vorher erkannt werden kann, nicht mehr ausgetragen werden soll/darf. „In den USA werden lebensfähige Aborte und mißgestaltete Kinder in Kliniken getötet, indem man sie entweder liegen läßt (obwohl sie oft noch stundenlang schreien) oder indem man ihnen Gift-Spritzen verabreicht.“ (11).

Es wurde auch in England mit Spina-bilda-Geboeren so gehandhabt. Ein Beispiel aus der BRD ist der Arzt Appel, der in einer Klinik ein behindertes Neugeborenes tötete und im Prozeß erklärte, „das haben wir in Ulm immer so gemacht“, an der Uni-Klinik wurde auch „schon mehrfach aus Kollegenkreisen“ vom „Liegenslassen“ gesprochen (11).

Dazu kommt dann noch der „Wunsch“ des Bundesgesundheitsministeriums, „daß für jedes Ehepaar eine humangenetische Beratung anzubieten sei“ (12). Ob es bei diesem Wunsch und nur einer Beratung bleibt, wird von uns in Frage gestellt.

Zwar haben wir noch die Möglichkeit, einen Fetus mit festgestellter bzw. vermuteter Behinderung auszutragen, doch schon jetzt wird erfahrungsgemäß Druck auf diese Schwangeren ausgeübt, doch abtreiben zu lassen. Weiterhin ist fraglich, ob die behinderten Neugeborenen mit Wissen der Mutter/Eltern getötet wurden.

Unser eigener Entscheidungsbereich wird mehr und mehr eingeschränkt. „Daher dürfen wir nicht warten, bis uns noch mehr Schweinereien zu Ohren kommen, sondern müssen schon bzw. endlich jetzt fordern, daß wir uns für ein behindertes Kind entscheiden können.“ Diese Forderung kann und muß

endlich jetzt fordern, daß wir uns für ein behindertes Kind entscheiden können. Diese Forderung kann und muß auch von Frauen getragen werden, die sich nicht vorstellen können, Föten mit bestimmten Behinderungen auszutragen.

Gegen den § 218 gingen auch Frauen mit Kindern, mit Kinderwunsch und Schwangerschaft auf die Straße und kämpften weiterhin dagegen. Da stellt sich auch keine Frau hin und sagt, „aber ich will ein ‚Recht‘ auf ein Kind“. Ebenso wie in dieser Frage können die möglichen Konsequenzen und alle treffen. Außerdem sind wir nicht bereit, uns den Humangenetikern und Gynäkologen als Versuchskaninchen zur Verfügung zu stellen.

Wir hoffen, daß nach Lesen des Artikels die Zahl der gemachten Amniozentesen und Chorionbiopsien, zumindest in unserem Leserinnenkreis, stark zurückgehen werden!

At. und C.  
Frauenzeile HH-Einsubittel

#### Quellen, Zitate

1. „Ist“ 17.4.85
2. „FR“ 11.2.84
3. Jede werdende Mutter hat ein Recht auf Hilfen: Aktion Familienplanung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Bonn
4. Retortenmütter (Retorten)
5. „FR“ 23.85
6. Retortenmütter
7. „Ist“ 30.4.84
8. „Ist“ 4.1.85
9. Retortenmütter
10. Retortenmütter
11. Or. med. Marcuse, Nr. 27
12. M. Marcuse gegen die Bevölkerungsplanung
13. „Ist“ 17.11.84

# Linke und Gentechnologie

## Anmerkungen zum Artikel in AK 262

In dem AK-Artikel „Gegen die Dämonisierung der Gentechnologie“ werden die Thesen aufgestellt:

— Die Gentechnik wird maßlos überschätzt

— Die Kritik an ihr ist entweder naturmythologisiert (Oränge) oder die vorgebrachten Bedenken hätten mit der Technologie selbst nichts zu tun (Linke).

— Hier würden die Produktivkräfte für die Produktionsverhältnisse verantwortlich gemacht, also Ursache und Wirkung verwechselt.

— Eine rationale linke Kritik, die die Forderung nach Stop oder Einschränkung der Gen-Forschung begründen könnte, gäbe es nicht.

Dazu im folgenden einige Anmerkungen. Fangen wir mit letzterem an. Es gibt seit dem Gesundheitstag 1984 eine Debatte um dieses Thema, einige der linken Kritiker haben sich jetzt in dem von Friedrich Hansen und Regine Kollek herausgegebenen Band „Gentechnologie, die neue soziale Waffe“ (konkrete-Verlag) geäußert. Das sollte gelesen und diskutiert werden. Meine Informationen beziehen sich auf diesen Band.

Zum ersten Punkt: Wenn gesagt wird, daß im Bereich der Gentechnik aus kommerziellen Gründen geblüht werde, so muß man wohl dazu sagen, daß erstens der wissenschaftliche Fortschritt gerade auf diesem Gebiet in den letzten 20 Jahren ganz enorm gewesen ist und weiter intensiv auf diesem Sektor geforscht wird, und daß zweitens damit noch nichts über die grundsätzliche Problematik ausgesagt ist. Die angestrebte Beherrschung erscheint so — milde formuliert — unbegründet.

Wer sich mit Gentechnologie befaßt, kommt nicht umhin, sich mit einigen Vorgängen und Begrifflichkeiten vertraut zu machen, z.B. mit:

— Genomanalyse: Erkennung der Verantwortlichkeit der spezifischen Gene für traditionelle Erbkrankheiten, Veranlagungen und Dispositionen (z.B. Empfindlichkeiten gegenüber bestimmten Umweltbelastungen), angestrebt wird die vollständige genetische Kartierung des Menschen, also die Zuordnung von menschlichen Eigenschaften zu Chromosomenbereichen.

Kartierung des Menschen, also die Zuordnung von menschlichen Eigenschaften zu Chromosomenbereichen.

— Technik der monoklonalen Antikörper: Behaltet eine stammbesondere Ausweisung der bisherigen Diagnostik. Es können ganz neue Krankheiten erkannt werden, für die es noch keine Therapie gibt, bzw. wird der Krankheitsbegriff selbst aufgeweitet (in Richtung „Abweichung vom Normalen“).

— Klonen von Genen, künstliche Herstellung und Vermehrung von identischen Genen.

— Ein- und Ausschalten von Genen. Aktivierung von „summen“ krankheitsverursachenden Genen, Problematik der richtigen Positionierung der „eingeschalteten“ Gene im Körper, langfristige Auswirkungen unbekannt, Mensch als Experimentierfeld.

— Genetische Mutation, Veränderungen des Erbmateri als, Problem der Positionierung der eingeschalteten „Ersatzgene“. Grundsätzlich aber kann das Transferproblem als lösbar angesehen werden. Es wird unterschieden zwischen somatischer Gentherapie (nur das einzelne Individuum betreffend) und Keimbahntheorie (in die Vererbungsgeschichte eingreifend und nachfolgende Generationen berührend).

Von überragender Bedeutung ist hier die Teratomechnik, d.h. Vermischung von Fremdgewebe und jungen Embryonen im Reagenzglas zu „Mosaiklebewesen“. Die heute mögliche Reagenzglasbefruchtung ist Grundlage, Voraussetzung und Hilfstechne für genetische Eingriffe an Embryonen und somit in die menschliche Keimbahn (Vererbungsgeschichte). Die Herausgeber des erwähnten Buches schreiben in diesem Zusammenhang: „Die Gefährlichkeit der Gen-Technik begreift in ihren Kombinationsmöglichkeiten sowohl mit der Zell- und Entwicklungsbiologie als auch der neuen Fortpflanzungsmedizin. Die bei der Retortenbefruchtung unweigerlich anfallenden überzähligen Embryonen sind derzeit das begehrteste Forschungsobjekt der Gentechniker“ (S. 7).

### Linke Befürchtungen

Nun in kurzen Stichworten einige der Befürchtungen der Kritiker der Gentechnologie:

— Wiederaufleben der Eugenik! „Das wissenschaftlich weitgehend akzeptierte Methodenrepertoire der molekularen Genetik trägt zur Rehabilitation der durch den Nationalsozialismus in Verfall geratenen Erfassung und Klassifizierung der menschlichen Erbanlagen bei und ersetzt deren wissenschaftlich fragwürdige Rassenkundliche Meßverfahren“ (ebd.).

— Das vielschichtige Phänomen „Gesundheit“ wird zunehmend reduziert auf die „richtigen“ oder „faulen“ Gene, für die jeder selbst die „Verantwortung“ trägt, und nicht die gesellschaftlichen Umstände.

— Das Individuum wird reduziert auf seine individuelle Gen-Charakteristik (die als Gen-Ausweis bereits mit in die Wege gelegt wird). Krankengeschichte, Biographie, Lebensumstände und Umwelteinflüsse treten in den Hintergrund. Neue molekular-genetische Forschungen in der Sowjetunion an 7000 Familien haben (wieder einmal) den Nachweis erbracht, daß Schizophrenie genetisch (!) verursacht ist.

— Der Begriff der Erbkrankheiten wird radikal ausgeweitet. Vorgeburtliche genetische Diagnostik kann eine Vielzahl von Abweichungen definieren, die bislang als halbwegs normal galten. Eugenischen Kriterien (Erbgesundheit) bestimmen dann verstärkte Entscheidungen über „lebensunwertes Leben“ Behinderungen, die „vermeidbar“ werden noch weniger gesellschaftlich toleriert.

— Die Ökogenetik erlaubt die Auswahl der genetisch geeigneten (d.h. weniger empfindlichen) Arbeitskräfte für die jeweiligen versuchten Arbeitsplätze. In Großbetrieben der USA werden bereits genetische Reihenuntersuchungen (Screening) durchgeführt, ähnliche Experimente laufen in der DDR. Molitsky, prominenter US-Genetiker, „haben Individuen, die wissen, daß sie abweichende Gene besitzen, das Recht, ihrem Arbeitgeber dies zu verschweigen“ (ebd.).

— Der medizinische Wissenschaftsbetrieb entwickelt eine molekular-genetische Eindimensionalität, mit deren Hilfe hochkomplexe Lebenszusammenhänge auf einfache Ursache-Wirkungs-Relationen reduziert und so wohl eugenische wie auch biologisch-sozialdarwinistische Vorstellungen in den Köpfen verankert werden.

— Alle Keimzellexperimente sind in ihrer Vielschichtigkeit und langfristigen Auswirkung auf die genetische Integrität nachfolgender Generationen nicht abschätzbar.

— Fazit: „Die biologische Utopie einer Gesellschaft ohne Behinderter, dafür mit asexuell erzeugten, vollkommen an die chemieverseuchte Umwelt angepaßter Nachkommenschaft zeichnet sich am Horizont ab“ (ebd.).

### Ursache und Wirkung

Für M., den Autor des erwähnten Artikels in AK 262, hat das mit der Gentechnologie in den meisten Fällen nichts zu tun Ursache — er getraut es sich kaum zu sagen — sei die kapitalistische Produktion und Aneignung einer in gewisser Hinsicht beneidenswerten Welt, die mit einem Satz so in Ordnung zu bringen ist:

Jahrzehntelange Diskussionen über instrumentelle Vernunft, technologischen Scherz, kapitalistische Rationalität, abstraktes Denken und Warengesellschaft gleiten von diesem ideologischen Fels ab wie von einem Ölfilm. Zum Vorschein kommt ... der Realist. So hätte es auch in der „ur“ stehen können.

Eigentlich kann an dieser Stelle nicht mehr getan werden als auf die Existenz einer Diskussion unter Marxisten (s. Literaturhinweise am Ende) hinzuweisen, die darüber nachgedacht haben, wie Denken (und in gewissem Sinn auch Technologie) durch die kapitalistischen Grundstrukturen geprägt werden, ausgehend von einem Zitat von Marx aus den „Grundrissen“, das in diesem Zusammenhang oft genannt wird: „Die Logik — das Geld des Geldes, der spekulativen, der Gedankenwert des Menschen und der Natur ... — das entäußerte und daher von der Natur und dem wirklichen Menschen abstrahierende Denken, das aber nicht denken.“

In der erwähnten Diskussion also geht es um den inneren Zusammenhang von Denkformen mit der sich entwickelnden Warengesellschaft; formale Logik und die abstrakte Form der Identität im Denkprozeß entsprechen der Entstehungsgeschichte und Funktion des Geldes im Warenaustauschprozeß. Die Logik — nicht anders als das Geld und das Kapital — bleibt grundsätzlich „formal“ gleichgültig gegenüber dem konkreten gesellschaftlichen Prozeß. Sie erscheint als scheinbar selbstlos: Für Sozialismus wie für Kapitalismus gleich gültig. Es käme m.E. darauf an, in diesen neuen Technologien die sie bestimmende abstrakte Rationalität aufzuspüren und Herrschaftsinhalte aufzuspüren und Herrschaftsinteressen in diesem scheinbar neutralen Bereich aufzudecken. Statt indirekt mehr (kapitalistische) Forschung zu fordern (AK 262).

Es scheint so, als würden bestimmte Gedanken marxistischer Theoretiker erst heute von der Realität eingeholt und in einem praktischen Sinn „aktuell“, so fand ich z.B. die Positionen von K.H. Roth zu dieser Thematik, aus einer anderen „Ecke“ kommend, bedenkenswert: Er schreibt über die makabren Visionen einer neuen schönen Gen-Welt des „linken“ Gen-

Forschens und Nobelpreisträgers Muller: „Muller war ein klassischer Exponent der Reduktion des Lebendigen auf immer kleinere, mit Hilfe von Logik und Versuchsanordnung faßbar zu machende Elemente. Die schrankenlose Reduktion des Lebendigen durch die Forscher, die dabei ja weiter komplexe menschliche Wesen liebten, bringt eine gefährliche Kluft zwischen ihnen und ihrem Objekt hervor.“

Der Fall Muller zeigt, was passieren kann, wenn ein persönlich durchaus integrierter Forscher dabei aus der Balance gerät. Auf der einen Seite reduziert er den Menschen auf immer kleinere Partikel, er abstrahiert in endloser Steigerung bei seiner Jagd nach der Erkenntnis über das Lebendige, andererseits setzen sich die ja immer unvollständig bleibenden Erkenntnisfragmente tendenziell in Selbstverachtung und in Haß gegen alles real Lebendige um. Anders gesagt: Je abstrakter die Erforschung des Lebendigen für eine neue Erkenntnis werden müssen, desto stärker geraten sie in Gefahr, ihren Realitätsverlust gegenüber komplexem Lebendigen in ein totalitäres Menschenbild zurückzuübersetzen, um es zumindest gedanklich von seinen unerträglich werdenden Geheimnissen zu reinigen.

Nur so kann der aberwitzige Versuch erklärt werden, die unglaubliche Komplexität von Mensch, menschlicher Sozialisation und Gesellschaft mit Hilfe kompensatorischer Entwicklungstheorien auf Gen- und später DNS-Baukastenstücke zurückzuführen. ... Falls der Fall Muller beispielhaft sein sollte — wofür einiges spricht — dann kommen wir nicht umhin, das ganze Problem der Forschungsmethodik neu aufzurollen!“ (ebd., S. 146). Für Hamburger AK-Leser/innen: Am Mittwoch, den 6. November 1985, 19.00 Uhr, findet in der Hochschule für Wirtschaft und Politik (Universität, Von-Melle-Park) eine Podiumsdiskussion mit den Autoren des erwähnten Buches statt. Veranstalter ist der Buchladen Gegenwind.

St. St.

St. St.

Literaturhinweise:  
A. Sohn-Reithel: Geistige und körperliche Arbeit

A. Sohn-Reithel: Warenform und Denkform  
A. Sohn-Reithel: Materialistische Erkenntnistheorie  
Adorno/Morheimer: Dialektik der Aufklärung  
M. Morheimer: Kritik der instrumentellen Vernunft  
W. Müller: Geld und Geist  
K. Marx: Grundrisse der Ethik der politischen Ökonomie  
A. Schmidt: Begriff der Natur in der Lehre von Marx  
M. Marcuse: Der eindimensionale Mensch  
St. Breuer: Krise der Revolutionstheorie

### Leserbrief zu:

## «Gegen die Dämonisierung der Gentechnologie»

M. behauptet im obigen Artikel: Computer in ihrer heutigen Form ohne militärische Förderung nicht denkbar wären ...“. Gedacht wurden solche Maschinen schon erheblich früher, als sich M. dies wahrscheinlich träumen läßt. Schon Babbage (engl. Mathematiker, 1792-1871) entwickelte eine Rechenmaschine die als Vorläufer der heutigen Computer betrachtet wird. A.M. Turing (engl. Mathematiker, 1912-1954) entwickelte in den dreißiger Jahren die sog. Turingmaschine. In mathematisches Maschinenmodell, daß allen heute konkret vorhandenen Rechnersystemen gleichwertig ist. Konrad Zuse, Konstrukteur der ersten programmgesteuerten Rechenmaschinen in Deutschland mußte in den vierziger Jahren ohne die Unterstützung und Hilfe der deutschen Militärs auskommen, obwohl er sich mehrfach darum bemühte, und beurnt die Kosten der ersten Maschine aus privaten Mitteln.

Die Behauptung, daß Computer in der heutigen Form ohne die Unterstützung der Militärs nicht denkbar seien, bricht unter der Last der Tatsachen zusammen (von denen die obigen nur eine kleine Auswahl sind).

„Die Forderung nach einem Verbot (Hervorhebung M.) nicht nur der industriellen Anwendung sondern sogar der Forschung auf dem Gebiet der Gentechnologie hat aber keine rationale

Grundlage“. Dies ist falsch. Eine rationale Grundlage die sich ein Verbot begründet, sind die Interessen der Arbeiterklasse. Schon K. Marx stellte fest, daß die geringen Potenzen der Arbeit (also die Wissenschaft) der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß als feindliche Macht gegenüberstehen (in Form der Mechanisierung).

M. versucht eine Trennung von Forschung und der Anwendung der Ergebnisse dieser Forschung vorzunehmen. Diese Trennung ist jedoch im Kapitalismus nicht zu entdecken, falls es je soch eine Trennung in dem von M. gemeinten Sinne gab. Die Novellierung des HRG zeigt doch deutlich wie Wissenschaft begriffen wird: noch bessere Anpassung der Forschung an die Erfordernisse der kapitalistischen Produktionsweise. Nicht zu vergessen die Bindung der Wissenschaft an Glaubenswerte durch das GG (insb. Art 5).

Daß die Ergebnisse der Genforschung und deren industrielle Anwendung heute nicht die Schreckenrufe rechtfertigen mögen, die zu hören sind sagt doch aber nicht viel Entscheidend sind doch die potentiellen Möglichkeiten, die den Kapitalisten durch derartige Forschungen erschlossen werden. Und da scheinen doch erhebliche Befürchtungen durchaus gerechtfertigt. Ich unterstütze daher die Forderung nach einem Verbot der Genforschung zumindest solange die Klasse der Kapi-

talisten die Macht in dieser Gesellschaft innehat. Und auch bei Diktatur der Proletariats wird man sich ziemlich genau über die Bedingungen der Zulassung solcher Forschungen unterhalten müssen.

Auch die Ablehnung jeglicher Wissenschaft unter den heutigen Bedingungen schreckt mich nicht besonders. Das Proletariat würde wohl keinen großen Schaden erleiden. Die bürgerliche Wissenschaft produziert doch im wesentlichen Mittel und Methoden um Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats zu verbessern. Auch vermag M., daß die Wissenschaft, welche in der Lage ist die Widersprüche in dieser Gesellschaft aufzuklären und aufzuheben (bzw. die Methoden zur Aufhebung der Widersprüche weist) verboten ist. Die Kapitalistenklasse läßt unter ihrer Herrschaft nur Wissen zu, welche ihre Herrschaft ideologisch untermauert und stützt, andererseits die Produktion aufrechterhält und neue Methoden und Technologien der kapitalistischen Produktion entwickelt.

Ein Ziel der proletarischen Revolution ist die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Das heißt aber nichts anderes als Befreiung der bürgerlichen Wissenschaft, welche sich gerade auf diese Trennung stützt.

Jm.



**ARBEITERKAMPF:** Die Oregon-Kommune hat sich gespalten. Sheela nennt Bhagwan einen prunksuchtigen und machiagierten Despoten, der nicht vor einem Mord an ihr zurückzuschrecken würde. Bhagwan wirft Sheela die Veruntreuung von Millionenvermögen, versuchte Mordanschläge auf sich und andere vor und nennt sie eine Fälschung. Was stimmt?

**B:** Es stimmt vieles in der Presse, erstaunlicherweise. Aber es stimmt nicht alles, was über die Konsequenzen hier in Europa geschrieben wird. **M:** Um mit dem Faschismus anzufangen. Es ist eine wesentliche Sache, erst einmal zu sehen, daß solche Dinge, wie sie da nun mal vorgekommen sind, eigentlich überall gang und gäbe sind in der ganzen Gesellschaft. Wenn du irgendwo bist und hältst dich nicht an die Regeln, wirst du rausgeschmissen. Das kommt in jedem Betrieb vor. Wir haben gedacht, das kommt bei uns nicht vor. Und der Schock für uns war eben: das kommt bei uns auch vor.

Auf der anderen Seite muß man sehen, daß das schon auf einem ganz anderen Level passiert, wo das, was als Faschismus angesehen wird, irgendwie feiner angestrichelt wird als in der normalen Gesellschaft. Wir reagieren auf subtile faschistische Strukturen irgendwie schon viel empfindlicher. Es werden viel, viel feinere Machtsachen schon als Faschismus bemerkt. Wir hatten schon ne unheimlich freie Art zu leben. Aber jetzt wird es noch freier durch noch tiefere Machtstruktur-Aufhebung.

**B:** Durch Sheela ist in den letzten drei Jahren sehr viel Struktur reingekommen. Sie war sehr oft in Deutschland, in Europa und hat vorgegeben, wie wir strukturiert werden sollen. Dadurch, daß das jetzt wegfiel, wird hier unheimlich viel Freiheit kommen. Das wird so empfunden von allen. Das ist irgendwie so wie ein ganz neuer Anfang.

**AK:** Wie kann das sein, daß die Entwicklung von zwei sich gegenseitig ausschließenden Positionen wie die Bhagwan und Sheela nicht bemerkt worden ist? Von denen in Oregon?

**M:** Es ist nicht so. Unheimlich viele Sachen sind bemerkt worden. Immer in so kleinen Herchen. Das Problem ist dabei, daß Sheela in der Position des Vermittlers zwischen Bhagwan und den Gestandenen hat, und daß die Beziehung der Sanyasins nicht ne politische Beziehung, sondern ne Herzenbeziehung ist.

**AK:** Es bleibt aber meine Frage...

**B:** Es ist nicht nur deine Frage. Wir haben sie auch. Wir versuchen uns die Fakten irgendwie zusammenzuschleiben. Wir wissen inzwischen, daß viele was gemerkt haben. Wir selbst haben auch irgendwas bemerkt. Aber es hat sich nicht in einen großen Rahmen zusammenführen lassen.

**AK:** Und Bhagwan? Bei dem Anspruch an Erleuchtung, den er nun sich hat, hat er doch erkennen müssen, was sich da abspielt. Warum hat er das laufen lassen?

**B:** Ich bin nicht so ein Mensch, wie sich da abspielt. Warum hat er das laufen lassen?

**B:** Erleuchtet sein ist nicht dasselbe wie informiert sein, auch nicht allwissend Erleuchtet sein heißt, über sich selbst bescheid wissen. Das darf man nicht verwechseln.

**AK:** Die Frage stellt sich aber auch an die Kommunen, speziell die in Oregon. Warum haben sie nicht eingegriffen? Wo ist das Selbstbewußtsein derer, die das beobachteten?

**M:** Das ist unheimlich schwierig. Es hat schon Versuche gegeben, aber wenn du zu anderen Leuten im Organisationsapparat gegangen bist, z.B. zum Bürgermeister oder zu deinem Tempelkoordinator, dann waren das letztlich eben alles von Sheela eingesetzte Leute, die in dieser Konspiration irgendwie zusammen waren. Niemand wollte das. Aber wenn du zu jemand hingegangen bist und sagst, mir fällt das und das auf, dann hast du Probleme gekriegt. Dann bist du mit Zitaten von Bhagwan abgewürgt worden. Man hat zu dir gesagt, guck mal, wie es mit dir ist. Das Apolitische an den Leuten ist ausgenutzt worden, ohne daß die Leute es gemerkt haben aufgrund des Vertrauens, das sie zu Bhagwan hatten. Bhagwan hat davon nichts gewußt. Er hat sich dreieinhalb Jahre nicht darum gekümmert. Sheela hat unheimlich darauf geachtet, daß nur sie es war, die ihm Informationen bringen konnte. In dieser Konspiration konnten wir uns nicht an den engen Kontakt zu Bhagwan halten, die Abhöranlagen installieren und die Mordpläne machen.

**AK:** Woher schneit ihr eigentlich eure Sicherheit, daß Sheela schuldig ist? Was befähigt euch, das zu beurteilen?

**B:** Weißt du, da kann man letztlich gar nicht so klar sagen, das oder das. Wir



## «Das kommt in jedem Betrieb vor ...»

Interview mit Vertretern des Hamburger Bhagwan-Centers

Die Mutterkommune der Bhagwan-Gemeinde in Oregon, zugleich Sitz des Meisters, hat sich mit Schimpf und Schande gespalten. Die bisherige Vertraute Bhagwans in Lehr- und Glaubensfragen, sowie gleichzeitig Hauptorganisatorin der Bhagwan-Bewegung und ihrer ausgedehnten Geschäfte, Sheela, verließ mit einer beträchtlichen Zahl weiterer Sanyasins aus leitenden Positionen, vornehmlich Frauen, die Kommune und setzte sich nach Europa ab.

Bhagwan ließ ihr sofort alle Kontovollmachten sperren und ersetzte sie durch eine neue Crew seines Vertrauens, die sog. Hollywood Gang, die die angeschlagenen Millionen Geschäfte der Kommune aufrechterhalten sollen. Er erklärte, es sei ein Fehler von ihm gewesen, drei Jahre zu schweigen und die Geschäfte und Außenkontakte Sheela zu überlassen. In Zukunft werde er wieder den direkten Kontakt zu seinen Laienanhängern aufnehmen. Ob sich das vornehmlich auf seine Lehrtätigkeit oder auf die Supervision der Kommune-Unternehmungen bezieht, ließ er offen.

In einer öffentlichen Kampagne, die sie sich beiderseits PR-trächtig auch von der westdeutschen Sensationspresse bezahlen lassen, bewarfen sich die beiden Parteien seitdem gegenseitig mit Schmutz und Schund. Sheela wirft Bhagwan im „Stern“ unstillbare Prunksucht, Machgier und Verlogenheit vor und erklärt, daß sie Grund habe, sich vor seinen gedungenen Mördern in Acht nehmen zu müssen. Bhagwan bezichtigt sie - in der „Quick“-der dogmatisierenden Verfälschung

kriegen nur Bruchstücke mit. Auf der Ranch können sie selbst nicht sagen: das und das und das. Aber was für

kriegen nur Bruchstücke mit. Auf der Ranch können sie selbst nicht sagen: das und das und das. Aber was für mich, seit ich Sanyasin bin, wichtig ist, ist meine Beziehung zu Bhagwan. Und die ist auch weiterhin genauso stark. Sheela war irgendwie dazwischen wie so ein Sprachrohr. Ich hab zwischen durch auch gemerkt, das und das fühlt sich nicht richtig an. Ich hab irgendwie immer gedacht, naja, wenn sie die Vermittlerin von Bhagwan ist, dann wird das schon stimmen, ich versieh es nur im Moment nicht. Und so habe ich ihr vertraut. Ich habe durch die Ereignisse jetzt total gelernt, daß ich keinem mehr blind vertraue. Das ist eigentlich auch das, was Bhagwan immer gesagt hat. Vertraut euch selbst und euren eigenen Erfahrungen.

**AK:** Wenn ich richtig verstehe, dann ist Bhagwans Autorität also nicht in Frage gestellt durch die Ereignisse?

**B:** Paß auf, Autorität von Bhagwan kannst du so nicht sagen. Für mich ist Bhagwan jemand, der Anstöße gibt. Und das ist er weiterhin. Aber wichtig geworden ist jetzt für mich, daß ich ihn wirklich nur als Anstoß nehme und seine Aussagen nicht als Leitsätze verstehe, wie ich das manchmal vielleicht getan hab. Das ist für mich durch alles, was jetzt passiert ist, noch einmal unheimlich klar geworden, daß nämlich das letztlich Entscheidende für mich mein Gefühl ist.

Es ist auch nicht so, wie du sagst, daß Bhagwan dabei unbeschadet davon kommt. Es gibt auch jetzt viele Punkte, wo ich mit ihm nicht übereinstimme. Damit kann ich leben. Bhagwan hat immer gesagt „I am an ordinary man“ auch „ordinary mad man“. Das verstehe ich jetzt auch nicht.

**B:** Er hat auch immer gesagt „you are

seiner Lehre zur Religion, des Missetatendiebstahls aus der Kasse der Kommune, des Mordversuchs an ihm sowie anderen und nennt sie eine Faschistin, die aus der Oregon-Kommune einen Polizeistaat gemacht und eine entsprechende Herrschaft über die übrigen Kommunen der Bewegung angestrebt habe.

Das FBI ist eingeschaltet. Die bürgerliche Presse hat weltweit ihre Sensation vor internationalen Fernsehkameras inszeniert. Bhagwan im Kreis singender und lachender Oregoner Sanyasins die Verbrennung des von Sheela herausgegebenen Lehrbuches über den Rajneeshismus. Ihre Kleider wurden zur Sicherheit gleich mit verbrannt. Damit soll seine angeblich von Sheela zum „ismus“ verfälschte reine Lehre in ihrer Ursprünglichkeit demonstriert wiederhergestellt werden.

Der Kampf um die geistige Führung und damit das Millionenvermögen der Sekte hat erst begonnen. Ob die Masse der Sektenglieder und Sympathisanten den neuesten Schwenk ihres Gurus mitmacht oder ob das bisherige blinde Vertrauen in ihn durch die Ereignisse erschüttert wurde, bleibt abzuwarten. Ebenso offen ist, ob es Sheela und ihrer Crew gelingen wird, eine neue Gruppe zu bilden.

Der Kampf scheint nicht zuletzt um den westdeutschen Teil der Rajneesh-Gemeinde geführt zu werden. Das gilt für Oregon, wo rund 30% der dortigen Sanyasins Westdeutsche sind und das gilt offenbar auch für gezielte Aktivitäten in Westdeutschland. Bhagwan, der sich z.Zt. immer noch als illegal Eingereister in den USA aufhält, hat für den

not my followers“, „trust only yourself“, „trust your doubt“. Aber wir haben es auch nicht so ganz hören will.

not my followers“, „trust only yourself“, „trust your doubt“. Aber wir haben es auch nicht so ganz hören will. jemanden herangehängt

**AK:** Bhagwan wird also von einem Gott auf menschliches Maß reduziert?

**B:** Bhagwan war nie Gott für uns

**AK:** Das stimmt doch nicht. Bei unserem letzten Interview war ich derjenige, der sagte, Bhagwan könne doch nur ein Anstoß sein. Von einem Leuten kam ständig Bhagwan vor, Bhagwan hinter. Und was ist mit den Rajneesh-Bäumen?

**B:** O.K. — Rajneeshismus war für kurze Zeit eine Religion. Zwei Jahre. Ich weiß nicht genau, wann das angefangen hat. Der Gott, das Göttliche ist in uns. Für mich hat sich an Bhagwan nichts verändert.

**M:** Bhagwan war für mich immer nur jemand, der ne Situation geschaffen hat.

**B:** Von dem wir lernen können. **M:** Der unheimlich intensiv war. Das Problem während der Zeit, in der Bhagwan geschwiegen und Sheela die ganze Power gehabt hat, bestand darin, daß die Bereitschaft der Leute, Dinge auszuprobieren, für bestimmte machipolitische Ziele ausgenutzt worden ist. Da sehe ich nicht nur Sheela, sondern auch die Tatsache, daß ich da irgendwie mitgemacht habe. Aber ich bin unheimlich dankbar für die Erfahrung. Ich war immer gegen Faschismus. Ich war auch lange politisch. Aber jetzt habe ich Faschismus am eigenen Leibe erlebt. In einer Intensität, wie ich das vorher nie erlebt habe. Faschismus ist ja nicht nur nachher die Auswirkung, indem du dann Menschen umbringst, irgendwelche Leute zu irgendwelchen Sachen zwingst. Fa-

ll einer Ausweisungungsverfügung, die derweil von US-Gerichten gegen ihn angestrebt wird, seinen Umzug in die BRD angekündigt. Sheela reist mit ihren ca. zwanzig Führungskräften auf Kosten des „Stern“ in der BRD herum, um hier ein neues Domizil aufzuschlagen. Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, daß auf diese Weise der Kommune-Traum westdeutscher Alternativ-Spiritualer wie z.B. Bahro-angeregt durch die Konkurrenz des Sektismus zwischen Bhagwan und Sheela - auf westdeutschem Boden einen unerhofften Boom erfährt.

Zur Zeit sieht es so aus, als ob die westdeutsche Gemeinde trotz schwerer Erschütterung weiter zu Bhagwan hält. Statt blindem Vertrauen soll zukünftig bloßes Vertrauen die Beziehung zu Bhagwan bestimmen. Er will schließlich nicht mehr als Gott, sondern nur noch als Mensch verehrt werden.

Wer glaubt, daß die westdeutsche Bhagwan-Szene nach diesem Einbruch der Realität in das Idyll des von ihrem Guru propagierten „neuen Menschen“ auseinanderfallen könnte, dürfte sich täuschen. Es sieht eher so aus, als ob sie es als Chance für einen neuen Anfang begreifen.

Der Linken kann das nicht gleichgültig sein, begreift sich der Alternativ-Spiritualismus der Sanyasins schließlich doch u.a. als Erbe enttäuschter Linker Hoffnungen.

Das folgende Interview mit Veechi Mali (B) und Jayadip (M) vermittelt einen Eindruck davon, worauf Mensch sich einzustellen hat

F.

schismus hat seine Wurzeln tief drin im Verhalten. An diese Wurzeln fühle ich mich nahe herangeführt. Das meine

schismus hat seine Wurzeln tief drin im Verhalten. An diese Wurzeln fühle ich mich nahe herangeführt. Das meine ich. Letztlich, was auch immer Menschen machen, kommt es aus uns selbst heraus. Das ist ein Potential, was in uns drin ist. Sei es nun aus dem Unbewußten oder aus dem kollektiven Unbewußten. Es sind Strukturen, die sich über Jahrtausende aufgebaut haben. An diese Wurzeln ranzukommen, war ne Erfahrung, die mir jetzt total klar wird. Das empfinde ich als unheimlich wertvoll.

**AK:** Ich habe ein etwas anderes Verständnis von Faschismus.

**M:** Da widerspreche ich dir. Ich glaube nicht, daß du ein anderes Verständnis hast. Du sprichst nur mehr von den äußeren Sachen. Ich kenne das ein bißchen, wie ihr das Thema behandelt

**AK:** In eurem Konflikt kommt die normale bürgerliche Gesellschaft zum Ausdruck, die ihr durch einfachen Entschluß glaubt aus der Welt schaffen zu können.

**B:** Nicht durch einfachen Entschluß. durch ein entsprechendes Leben. Viel davon ist auch wirklich gelaufen hier in der Kommune bei uns. Durch das, was jetzt passiert ist, haben wir noch einmal begriffen, worum es wirklich geht, sodaß wir jetzt den Anfängen wirklich entgegen treten können.

**AK:** Bedeutet der Einbruch der gesellschaftlichen Realität in eure Kommune-Experimente nicht deren Scheitern?

**M:** Du mußt das in Oregon von dem, was hier passiert ist, trennen. Das sind zwei verschiedene Sachen

**AK:** Es war immerhin eure Mutterkommune und der Sitz eures Meisters.

**B:** Das stimmt. Trotzdem ist es hier anders gelaufen. In unseren Kommunen gab es wirklich das System, daß sich ständig die Jobs veränderten, daß die Koordinatoren sich veränderten, und daß hier keiner lange Zeit in einer Position war. Niemand ist in einer wirklichen Machtposition.

Hi hier gab es auch so Strukturen. Die sind aber nach ein bis zwei Jahren immer gebrochen worden.

**AK:** Wenn ich euch richtig verstanden habe, dann meint ihr, daß auch die aktuellen Auseinandersetzungen zu größerer Selbstbestimmtheit und Selbstüberheblichkeit führen?

**M:** Ja, wir haben unsere Organisation sofort in dieser Richtung verändert. Z.B. gab es früher das, was wir Mamas nannten. Unter Sheela hatten sie bestimmte Koordinationsfunktionen und waren zugleich das Herz der Kommune. Nehmen wir mal die Funktion des Center-Koordinators, der/Center-Mama sein sollte. Sie konnte nicht nur als letzte Instanz bestimmen, wer was macht, wo was läuft usw., sondern sie wußte auch viel über das Persönliche des einzelnen, weil man zu ihr gegangen ist, wenn es einem dreckig ging oder auch wenn es einem gut ging, weil man bei ihr sein Herz ausgeschüttet hat, wo es um tiefe persönliche Gefühle ging. Das kann ausgenutzt werden. Wir haben das sofort gestoppt. Diese Doppelfunktion gibt es nicht mehr. Wenn jetzt jemand persönliche Probleme hat, dann geht er wieder zu unseren Therapeuten, wie jeder andere auch, oder zu Freunden, aber nicht mehr zu den Mamas. So ist ein wesentlicher Punkt geknackt.

**B:** Ein weiteres Beispiel ist der Job-change. Es war schon immer sehr abwechslungsreich mit den Jobs bei uns. Du hast nie deinen Job ein Leben lang gemacht. Wenn du keine Lust mehr hattest, konntest du wechseln. Aber jetzt ist das völlig anders. Du kannst jede Woche sagen, ob du deinen Job weitermachen willst. Jeder kann sich ständig aussuchen, was er machen will. Du reichst deinen Wunsch ein, dann wird geguckt, wer kann den ersetzen. Jeder kann kommen und sich was aussuchen. Es ist wie ein Arbeitsamt. So kannst du dir deine Kommunen aussuchen, ob du in Köln, Hamburg oder München sein willst.

**AK:** Das habt ihr bei unserem ersten Interview auch schon gesagt. Was hat sich denn da überhaupt verändert?

**M:** Während vorher die Verantwortung auf einigen wenigen Personen gelegen hat, ist jetzt die ganze Kommune dafür verantwortlich. Da kann nicht irgendeine Mama ankommen und baut das ganze Ding ohne Verbindung zu den Leuten um. Der spezielle Unterschied zu früher ist die Abschaffung der Mamas, d.h. der Vereinigung von Koordination und Emotionale-Stütze-Geben.

**AK:** Ist der Konflikt Bhagwan - Sheela auch der Konflikt zwischen Männern und Frauen in eurer Organisation? Mit der Super-Mama Sheela sind ja auch eine ganze Reihe weiterer starker Frauen gegangen. Was heißt die Abschaffung der Mamas für die Frauen in euren Kommunen?

**B:** Bhagwan hat den Frauen mal eine Chance gegeben rauszukommen, weil die immer irgendwie unterdrückt waren, nie die Stellung hatten, die die Männer haben. Er hat einfach mal den Spieß umgedreht. Bhagwan hat den Frauen die Möglichkeit gegeben, dieselben Erfahrungen zu machen wie die Männer. Die Frauen hatten ja nie die Gelegenheit gehabt, diese Erfahrung zu machen, wie man mit Macht umgeht. Diese Möglichkeit haben sie jetzt gehabt und sie haben die Macht genauso mißbraucht wie die Männer in diesen Funktionen mißbrauchen. So sehe ich das. Im Grunde ist da kein Unterschied. Ich bin enttäuscht. Wir haben alle dieselben Strukturen in uns. Und wenn die Frauen so viel Macht in die Hände kriegen, dann ist auch die Gefahr genauso da wie bei den Männern. Jetzt ist klar geworden, daß es nicht nur ein chauvinistisches-männliches Verhalten gibt, sondern daß so ein Verhalten bei Frauen auch möglich ist. Das ist eine Lehre für viele.

**AK:** Welche Konsequenzen zieht du daraus?

**B:** Für auch ist das eine tolle und erleichternde Erfahrung, dieses Verständnis von Frau, daß da solche Unterschiede nicht sind. Auf einer gewissen Ebene gibt es Unterschiede zwischen Mann und Frau. Aber je tiefer du kommst, umso mehr vereinigen sich alle Sachen, führen zu einem gleichen Punkt. Letztendlich ist der Unterschied nur ein äußerlicher, je weiter du nach innen kommst

**AK:** Welche Konsequenzen zieht du daraus?

**B:** Für auch ist das eine tolle und erleichternde Erfahrung, dieses Verständnis von Frau, daß da solche Unterschiede nicht sind. Auf einer gewissen Ebene gibt es Unterschiede zwischen Mann und Frau. Aber je tiefer du kommst, umso mehr vereinigen sich alle Sachen, führen zu einem gleichen Punkt. Letztendlich ist der Unterschied nur ein äußerlicher, je weiter du nach innen kommst



# Faschisierung oder «präventiver Sicherheitsstaat»?

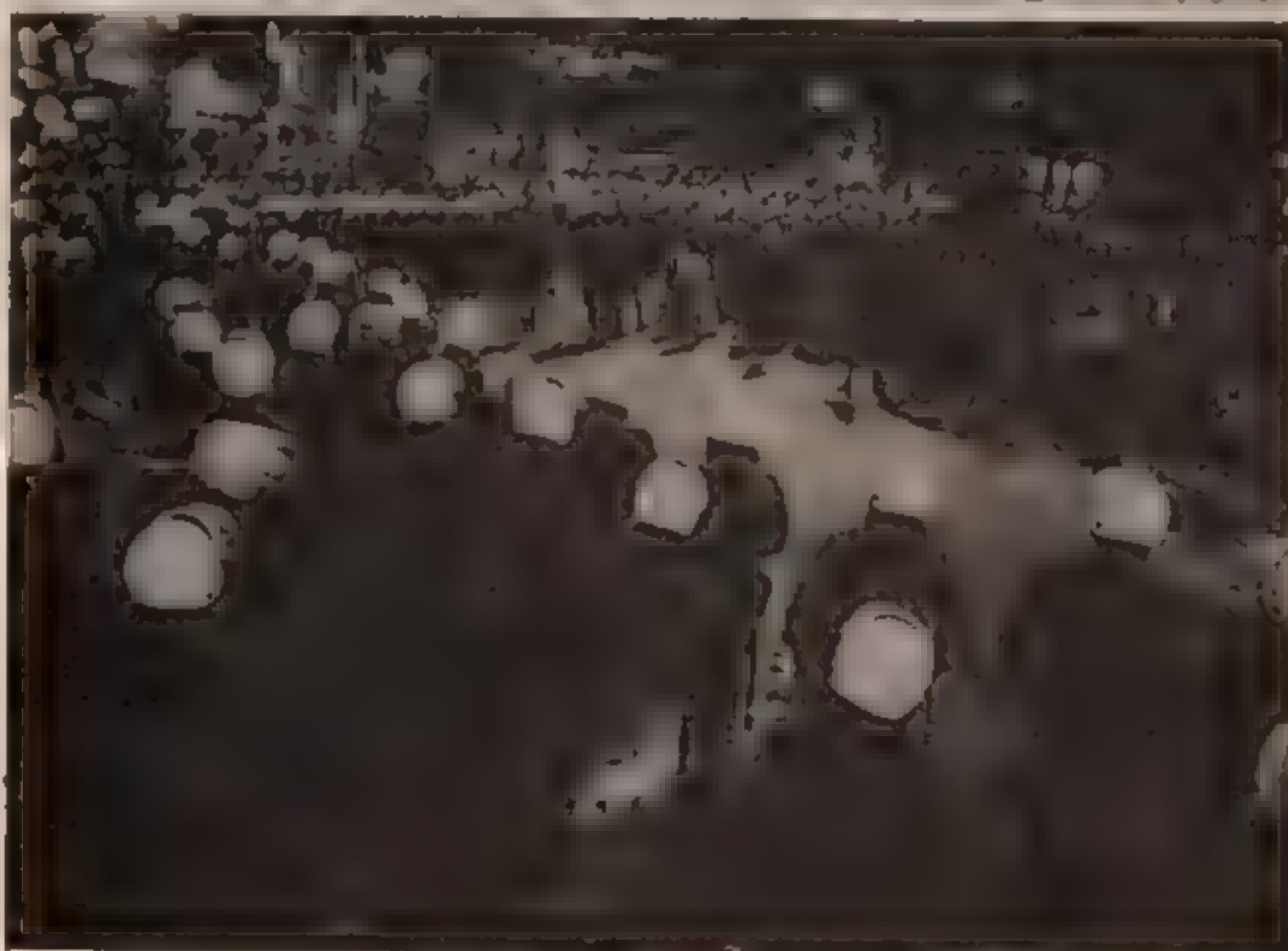
Ein Beitrag zur Diskussion um die Thesen von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft

Wenn ich mich im folgenden mit der Artikelserie von F. (siehe AK 256-259: „Was ist los mit der Faschisierung?“) auseinandersetze, tue ich dies mit durchaus gemischten Gefühlen. Dies rührt daher, daß ich mich derzeit überhaupt erst dem KB näherte, an der Entwicklung der Faschisierungsthese also weder teilgenommen noch in einem engen Bezug zum KB über einen längeren Zeitraum hinweg gearbeitet habe. Weiterhin befinde ich mich selbst in einem Theoriebildungsprozess, den ich als noch nicht abgeschlossen und unfertig einschätze, der in dieser Unabgeschlossenheit aber Eingang in diese Auseinandersetzung findet. Zusätzlich habe ich mich nicht primär mit der Faschismusproblematik selbst beschäftigt, so daß meine empirischen Kenntnisse durchaus ihre Grenzen haben. Andererseits wird die Teilnahme an dieser Diskussion vielleicht auch von anderen als notwendig empfunden, die sich dem KB nähern wollen oder sich ein Stück weit, möglicherweise aber nicht unwiderlich, von ihm entfernt haben.

Mein Beitrag wird sich nahezu ausschließlich auf der Ebene der Begriffsbildung bewegen. Dies ist der Bereich, in dem ich selbst arbeite und der mir in der Auseinandersetzung um wichtigsten erscheint. Dies nicht so sehr, weil die abstrakte Auseinandersetzung um Begriffsbildungen so wichtig wäre, sondern weil mit der Begriffsbildung unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Handlungen bzw. Handlungsperspektiven und Optionen verbunden sind. Der Genosse W.R. hat dies in seinem Leserbrief (AK 260, S. 25) exemplarisch deutlich gemacht, als er auf die handlungspraktischen Konsequenzen eines „Begriffens“ der Situation in Chile in der Kategorie der Militärdiktatur oder derjenigen des Faschismus aufmerksam gemacht hat. Wenn die MIR die Junta als Militärdiktatur begriffen hat und hieraus die politische Zielvorstellung einer Einheit der Linkskräfte entwickelte, ist dies unterschieden von der Auffassung der KP, die Junta als faschistisch zu verstehen und hieraus die Perspektive einer antifaschistischen Einheit unter Einbezug von Teilen der Bourgeoisie abzuleiten.

Der Punkt, an dem sich die Geister scheiden bzw. meiner Ansicht nach scheiden sollten, ist die von F. vorgenommene begriffliche Gegenüberstellung von „Faschisierung“ und „präventivem Sicherheitsstaat“ in dem Sinn, daß nur eines von beiden scheiden sollten, ist die von F. vorgenommene begriffliche Gegenüberstellung von „Faschisierung“ und „präventivem Sicherheitsstaat“ in dem Sinn, daß nur eines von beiden die Wirklichkeit treffend beschreiben kann.

Eine solche Gegenüberstellung ergibt sich aus den Schlussbemerkungen von F., wenn er formuliert: „Ich ziehe es vor, bis zum Beweis des Gegenteils dieses heutige imperialistische Staatsgebilde als „präventiven Sicherheitsstaat“ zu bezeichnen“ (AK 259, S. 46, Hervorhebung im Original). F. gibt zwar eine Seite vorher durchaus zu datierende und in A. nach in bestimmten Punkten notwendige Weiterentwicklungen von möglichen Bestimmungen des Faschismusbegriffes an, verfolgt diesen Gedanken aber nicht weiter, sondern propagiert den Begriff des „präventiven Sicherheitsstaates“. In diesen Begriff fließen zwei unterschiedliche Ebenen der Analyse ein. Die eine Ebene untersucht die aktuellen Handlungen und Strategien der Staatsmacht gegenüber sozialem und politischem Protest, die man beispielsweise gegenüber der Friedensbewegung eingeschlagen hat, was von F. eingehend analysiert worden ist. Die andere Analyse-Ebene hat die Strukturen innerhalb dieses Staatswesens zum Gegenstand und ihre Entwicklung seit ca. 20 Jahren. Zu verdeutlichen ist diese Unterscheidung beispielsweise daran, daß F. im Teil 3 (AK 258) unter dem „Schlüsselwort: präventive Aufrüstung des Staatsapparates“ von den Strukturen (des Apparates) spricht und hierfür den Begriff des „Sicherheitsverbunds“ verwendet, während er in AK 259 unter der Überschrift „Fazit: präventiver Sicherheitsstaat“ offenbar die aktuelle Strategie des BRD-Imperialismus beleuchtet. Zur Begründung seiner Begriffsbildung des „präventiven Sicherheitsstaates“ führt F. aus, daß er für



Vor dem Frankfurter Hauptbahnhof, 20.9.85. Moderne Sicherheitstechnik, 255 Festnahmen

Foto: H. Frick

den von ihm angeführten „Zustand von imperialistischem Verstaatlichungsprozess“ keinen wirklich zureichenden Begriff habe; alle von ihm bis zu diesem Fazit verwandten Begriffe wie „konservative Stabilisierung, repressiver Integrationsstaat präventiver Normierungs- bzw. Befriedungsstaat“ würden die Wirklichkeit nur annähernd treffen wie auch der von Poulantzas verwendete Begriff des „autoritären Etatismus“. Diese Begriffsbestimmungen beziehen sich offensichtlich auf aktuelle Strategien von Teilen der Staatsgewalt, wovon die Strukturen im Sinne von Rahmenbedingungen und politischen Optionen innerhalb des Staatsapparates zu unterscheiden sind.

Die Kritik an dieser Gegenüberstellung beinhaltet drei Aspekte:

Die Kritik an dieser Gegenüberstellung beinhaltet drei Aspekte:

## 1. Des einen Sicherheit ist des anderen Unsicherheit

Der Begriff des „präventiven Sicherheitsstaates“ beinhaltet die „Sicherheit“ dieses Staates aber auch keinen Deut mehr. Mit dieser Bezeichnung des „Sicherheitsstaates“ wird noch nicht einmal der von F. angeführte „imperialistische Verstaatlichungsprozess“ inhaltlich getroffen, was auch durch die Zusatzbezeichnung „präventiv“ nicht besser wird. Das Attribut der Prävention verweist zwar vielleicht irgendwie auf diesen „Verstaatlichungsprozess“, der Begriff des „Sicherheitsstaates“ als allgemeine Kennzeichnung dieses imperialistischen Staates ist dennoch vollkommen fehlte. Wenn F. formuliert, daß „imperialistische Politik ... aktuell darauf (orientiert), sich durch präventive Sicherheitspolitik innerhalb seiner eigenen Grenzen zumindest ein möglichst ruhiges Hinterland zu schaffen, um so größtmögliche Manövrierfähigkeit für globale Auseinandersetzungen zu haben“, so kennzeichnet dies einen Teilbereich der aktuellen Politik, der sowohl geographisch wie im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel (ruhiges Hinterland für globale Auseinandersetzungen) begrenzt ist. Hier stellt sich doch die Frage: Sicherheit für wen oder was? Diese „Sicherheitspolitik“ ist nach F.'s eigener Einschätzung instrumentelles Mittel einer Politik höchster Unsicherheit, der Vorbereitung auf globale Auseinandersetzungen, der Führung von Kriegen. F. selbst formuliert: „Das Gewaltmonopol des Staates und seine „Sicherheitsapparate“ sowie deren „Sicherheitsideologie“ werden von der großen Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich

großer Teile der Linken anerkannt und als gesellschaftlich notwendig empfunden.“ Genau dies ist der Punkt. Bei der Verwendung des Sicherheitsbegriffes handelt es sich um Ideologie! Mit der Zuordnung von verschiedenen staatlichen und sonstigen politischen Strategien, Aktivitäten und scheinbaren Notwendigkeiten zum Begriff der Sicherheit wird ideologisch verschleiert, daß es sich ganz im Gegenteil um die Schaffung von extremer Unsicherheit handelt. „Verteidigung“ der „Sicherheit des Westens“ an den Ölfeldern des Persischen Golfs, „nationale Sicherheit“ durch Kriegsvorbereitung, „wirtschaftliche Sicherheit“ durch Rüstungsexport, „Stabilisierung“ der Währungen und Volkswirtschaften des „freien Westens“ durch weltweiten Hunger und Unterdrückung — all diese scheinbare Sicherheits- oder auch Stabilitätspolitik, die die Währungen und Volkswirtschaften des „freien Westens“ durch weltweiten Hunger und Unterdrückung — all diese scheinbare Sicherheits- oder auch Stabilitätspolitik mag für und in bestimmten Teilbereichen kapitalistischer Gesellschaften und Staaten Sicherheit bedeuten, sie beinhaltet allerdings nichts weniger als extreme Unsicherheit in anderen Teilbereichen einer Gesellschaft oder für die Menschen in anderen Gesellschaften. Die Verwendung des Begriffes „Sicherheitsstaat“ halte ich ganz einfach für absurd, wenn wir den Begriff des Imperialismus nur halbwegs mit Inhalt füllen und uns die umfassende Wirklichkeit dieses Staatsgebildes vor Augen führen. Dies wird von F. selbst indirekt eingestanden, indem er seinen Begriff nie ohne Anführungszeichen beizugeben mag.

Aus der Analyse staatlicher Strategien in bestimmten Teilbereichen der gesellschaftlichen Totalität — z.B. Strategien gegenüber der Friedensbewegung — auf den Oberbegriff eines „Sicherheitsstaates“ schließen, bedeutet, andere Teilbereiche dieser Staatsstätigkeit extrem zu verharmlosen. Die inhaltliche Unbestimmtheit dieses Begriffes auf der einen Seite und der gleichzeitig transportierte positive Wert Sicherheit auf der anderen Seite machen diesen Begriff zu einem vorzüglichen Objekt der ideologischen Legitimation von Inhalten, die dem Wert der Sicherheit vollkommen entgegengesetzt sind.

Darüber hinaus hat der Begriff „Sicherheit“ einen zumindest tendenziell faschistischen Inhalt. Dies macht sich nicht nur fest an Begriffen wie demjenigen des „Reichs-Sicherheits-Hauptamts“, in welches niemand anderes als GeStaPo und SD im Faschismus integriert gewesen sind. Dieser Kontext des Sicherheitsbegriffes mit Elementen faschistischer Ideologie ergibt sich in A. nach nachweisbar, wenn sich etwa die

„Doktrin der nationalen Sicherheit“ in den USA und in Italien verknüpfen lassen mit dem faschistischen Diktator Benito Mussolini, dessen Politik oder die Ludendorff-Schrift „Der totale Krieg“ (1935) bezieht.

Dieser Kontext ergibt sich dann, wenn wir den Begriff der Sicherheit in seiner möglichen Verabsolutierung betrachten, in der Loslösung des Sicherheitsbegriffes von jeglichen konkreten Inhalten. Eine „totale“ Sicherheit ist nichts anderes als der „totale“ Krieg. In diesem Verständnis der totalen Sicherheit hat die Konzeption des faschistischen totalen Krieges Eingang in die Doktrin der Nationalen Sicherheit in verschiedensten lateinamerikanischen Diktaturen gefunden.

Ein letzter Punkt zu dieser Form der Begriffsbildung. Selbst wenn wir mit F. davon ausgehen, daß die aktuelle politische Strategie der Herrschenden in der BRD eine Strategie der „präventiven“ oder aktuellen „Befriedung“ von sozialem Protest und Widerstand ist, fällt in den Ausführungen von F. auf, daß er häufig den Begriff des Imperialismus im Zusammenhang mit demjenigen der „Normalität“ verwendet. Auch wenn dies zum Zweck geschieht, den faschistischen Staat im Gegensatz zum formal demokratischen Staatswesen als „Ausnahmestadt“ zu kennzeichnen (um diesen Poulantzas-Begriff zur Verdeutlichung heranzuziehen), ist daran zu erinnern, daß es keine Normalität des imperialistischen Staates geben kann. Die Aufgabe stellt sich gerade umgekehrt, nachzuweisen, daß die Normalität in einem formal demokratischen imperialistischen Staatswesen im wertenden Verständnis höchst „unnormale“ ist.

Ein letzter Punkt zu dieser Form der Begriffsbildung. Selbst wenn wir mit F. davon ausgehen, daß die aktuelle politische Strategie der Herrschenden in der BRD eine Strategie der „präventiven“ oder aktuellen „Befriedung“ von sozialem Protest und Widerstand ist, fällt in den Ausführungen von F. auf, daß er häufig den Begriff des Imperialismus im Zusammenhang mit demjenigen der „Normalität“ verwendet. Auch wenn dies zum Zweck geschieht, den faschistischen Staat im Gegensatz zum formal demokratischen Staatswesen als „Ausnahmestadt“ zu kennzeichnen (um diesen Poulantzas-Begriff zur Verdeutlichung heranzuziehen), ist daran zu erinnern, daß es keine Normalität des imperialistischen Staates geben kann. Die Aufgabe stellt sich gerade umgekehrt, nachzuweisen, daß die Normalität in einem formal demokratischen imperialistischen Staatswesen im wertenden Verständnis höchst „unnormale“ ist.

## 2. Nicht zwangsläufig bedeutet nicht: Unmöglich!

Der Beitrag von F. ist meiner Wahrnehmung nach von einer sozusagen klassischen Schwarz-Weiß-Malerei gekennzeichnet. F. ordnet alle seine Ausführungen in den Gegensatz von Faschisierung oder präventivem Sicherheitsstaat ein. Wenn F. in seinem dritten Teil formuliert: „Die präventive Aufrüstung des Staatsapparates zur Eindämmung, gegebenenfalls auch unmittelbar terroristischer Unterdrückung aktueller, vor allem aber potentieller Unruhen hat stattgefunden“, dies empirisch belegt und resümiert: „Hier sind Elemente faschistischer Strukturen im Sinne der gewaltsamen Aufhebung von Organisations- und Meinungsfreiheit für die Mehrheit der

arbeitenden Bevölkerung), die gegebenenfalls für die Installation einer faschistischen Herrschaft nutzbar sind, deutlich erkennbar“, dann argumentiert er im Grunde für eine, wenn auch modifizierte Faschisierungsthese. F. begründet seine Auffassung, diese Entwicklung nicht als faschistisch zu bezeichnen, damit, daß es sich hierbei um Elemente solcher Strukturen handelt, „die unter Umständen für eine faschistische Herrschaftsausübung genutzt werden können, keineswegs aber müssen.“ Darüber hinaus sei eine solche Entwicklung nicht absehbar und könne auch die Entwicklung des Staatsapparates „seit der Krise Mitte der 60er Jahre nicht als Faschisierung bezeichnet werden — wenn Faschisierung das unmittelbare Vorbereiten der terroristischen Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung bedeuten soll“ (alle Zitate zu diesem Punkt AK 258, S. 44).

Die entscheidende Differenz gegenüber der Faschisierungsthese reduziert sich hier auf die Problematik von „können“ oder „müssen“, also die Problematik der gesetzmäßigen Abfolge auf der einen Seite und die Kritik an einer falschen Totalisierung der These auf der anderen Seite. Wenn wir mit F. davon ausgehen, daß die „präventive Aufrüstung des Staatsapparates zur Eindämmung, ggfs. auch unmittelbar terroristischer Unterdrückung aktueller, vor allem aber potentieller Unruhen“ stattgefunden hat und hier Elemente faschistischer Strukturen zu erkennen sind, dann ergibt sich die logische Konsequenz, daß es sich hierbei zwar nicht um einen Faschismus „in Aktion“ handelt, wohl aber um den Vorwuchs der Entwicklung einer faschistischen „Opposition“. Wenn ich von einer möglichen falschen Totalisierung der Faschisierungsthese spreche, meine ich damit den begrifflichen Unterschied einer Faschisierung von Staat und Gesellschaft und der Faschisierung in Teilen von Staat und Gesellschaft. Wenn wir den Ausdruck Faschisierung von Staat und Gesellschaft verwenden, ist hiermit verbunden die Vorstellung, daß die Faschisierung ein finaler Prozess ist, der ab einem gewissen Zeitpunkt mit gesetzmäßiger Logik in einen faschistischen Herrschaftsapparat münden wird — es sei denn, diese Logik wird durch revolutionäre Entwicklungen durchbrochen. Wenn wir dagegen von Faschisierung in Teilen von Staat und Gesellschaft sprechen, verstehe ich darunter die systematische Schaffung von Voraussetzungen und Möglichkeiten einer faschistischen Krise, „Lösung“. Diese systematische Herstellung einer Option zur faschistischen Krise, „Lösung“ ist am weitesten fortgeschritten ausgerechnet in den Strukturen und Handlungsmöglichkeiten, die F. als „präventiven Sicherheitsstaat“ bezeichnet. Nur indem F. Faschisierung als Begriff versteht, der eine ganz bestimmte und einengrenzende Totalität bezeichnet, kann er auf der einen Seite sagen, daß die „von uns prognostizierte Faschisierung nicht stattgefunden hat und z.Zt. nicht stattfindet“ (AK 256, S. 37) und auf der anderen Seite von Elementen „faschistischer Strukturen“ sprechen, die zu dem „deutlich erkennbar“ seien (AK 258, S. 44). An dieser Stelle ist daran zu erinnern, daß F. in diesem Punkt argumentiert, daß diese Strukturen für eine faschistische Herrschaftsausübung genutzt werden „können“, aber „keineswegs ... müssen“ (AK 258, S. 44). Auf der gleichen Seite stellt F. selbst, wohlgerneht F. selbst, die Überlegung an, daß es „durchaus reizvoll (sei), darüber nachzudenken, welchen Einfluß die Linke auf diese Entwicklung hatte — gerade auch durch ihre antifaschistisch orientierte Mobilisierung“. Gemeint ist die historische Entwicklung, daß „die Kräfte des BRD-Imperialismus, die Mitte der 60er und später für eine Konfrontationlinie in der Außen- und Innenpolitik, vielleicht gar für eine Faschisierung eintraten“, sich nicht durchgesetzt haben. Eine der meiner Auffassung nach unbestreitbaren Leistungen der Fasch-



Fortsetzung von vorheriger Seite

sierungsthese besteht (unabhängig von der theoretischen Diskussion) in ihrer Konsequenz für das politische Handeln, eben jene von F. angesprochene „antifaschistische orientierte Mobilisierung“. Wenn F. nun von sich aus die Überlegung anstellt, daß es „durchaus reizvoll“ sei, über die Frage nachzudenken, welchen Anteil die Linke daran habe, daß sich die faschistisch orientierten Kräfte nicht durchsetzen konnten, dürfte diese Überlegung eigentlich das stärkste Argument für die Befestigung der Faschisierungsthese sein. Die „Kräfte des BRD-Imperialismus“, die für eine „Konfrontationslinie in der Außen- und Innenpolitik, vielleicht gar für eine Faschisierung“ eintraten, haben sich zwar bisher nicht durchgesetzt — dies bedeutet aber nicht, daß sie nun für alle Zeit das Zeitliche gesegnet hätten, F. ist zuzustimmen, wenn er zu Beginn seiner Serie konstatiert, daß die „... prognostizierte Faschisierung nicht stattgefunden hat und z. Zt. auch nicht stattfindet“ (AK 256, S. 37, Hervorhebung d. Aut.). Dies heißt allerdings noch keineswegs, daß in bestimmten Teilbereichen von Staat und Gesellschaft nicht sehr wohl eine Faschisierung stattgefunden hat. F. benennt ja selbst die Schaffung von Elementen faschistischer Strukturen in Bezug auf die Entwicklung der Staatsgewalt. Die Problematik besteht darin, daß zwar auf der einen Seite die erwartete Faschisierung nicht stattgefunden hat und der Staat auch nicht als faschistischer zu begreifen ist (ein solches Verständnis würde jeden historischen Unterschied aufheben und dem historischen Faschismus nicht gerecht werden). Auf der anderen Seite ist aber festzuhalten, daß im Rahmen eines „bürgerlichen, parlamentarisch-demokratischen Staates in Form von Gesetzen, der Polizei, Bundesgrenzschutz, der Schaffung von „Lagezentren“ usw. die notwendigen Strukturen für eine zumindest tendenzielle faschistische Krisen-, „Lösung“ geschaffen wurden. Der Staat in der BRD ist kein faschistischer Staat, aber innerhalb des Staatsapparates existieren die Strukturen für eine faschistische Krisenlösung und sind in den letzten 20 Jahren systematisch geschaffen worden. F. schätzt die „Maßnahmen staatlicher Aufrüstung und seine Präventionspolitik“ (des Staates) zwar als Prozeß des Abbaus von Einschränkungen ein, denen die BRD durch die historische Niederlage des deutschen Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg unterworfen gewesen ist. Dies ist wiederum in Teilbereichen durchaus richtig; dagegen steht allerdings die von F. vorgenommene Kennzeichnung dieses „Sicherheitsverbunds“ sowie die führende Rolle der BRD in der Etablierung von solchen Strukturen in ganz Europa.

Wenn F. nun erstens formuliert, daß „tendenziell bzw. unter anderen politischen Umständen als denen der gegenwärtigen und absehbaren relativen innerpolitischen Stabilität (...) die Strukturen dieses Apparats jedoch die der parlamentarischen Demokratie ohne neue Anstrengungen wesentlich einschränken bzw. Grundlage faschistischer Herrschaftsausübung werden“ (ebd.), können, und wenn F. zweitens die Besonderheit der Entwicklung in den letzten Jahren in der Fähigkeit des BRD-Imperialismus sieht, „seinen Herrschaftsapparat nach der Krise 66/67 zu stabilisieren, ohne auf die NS-Gesetze zurückgreifen zu müssen“ (gemeint sind die Notstandsgesetze; AK 258, S. 44), so besteht diese Besonderheit darin, daß sich der gleiche Imperialismus im selben Zeitraum die organisatorischen usw. Voraussetzungen für eine faschistische Option geschaffen hat und zwar innerhalb des bürgerlichen Staates selbst.

Ob wir mit F. von einer „gegenwärtigen und absehbaren relativen innerpolitischen Stabilität“ ausgehen können, ist vielleicht gesondert zu diskutieren. F. selbst bindet die „Entwicklung der Präventionslinie der SPD/FDP-Regierung zu der konkreten Form der heutigen „Konfliktlöschungspolitik der CDU/CSU/FDP-Regierung“ ein in die Bedingung eines expandierenden BRD-Imperialismus, „der trotz Krisenmanagement zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung noch immer in der Lage ist, den Sozialstaats-Konsens aufrechtzuerhalten“ (AK 258, S. 44). Wenn F. formuliert, daß offen sei, was geschieht, wenn dies in Frage gestellt wird — offen nicht nur für die Linke, „sondern ebenso für die Herren bürgerlichen Strategen der Präventionspolitik“ (ebd.) — und damit diese Frage auch für ihn offen ist, während er gleichzeitig so vehement gegen die Faschisierungsthese argumentiert, habe ich dies für politisch abenteuer-

lich. Dies vor allem deswegen, weil die von F. genannten Bedingungen an die Aufrechterhaltung der „Präventionslinie“ in absehbarer Zeit durch die Entwicklung der Weltwirtschaft in Frage gestellt werden. Gegen eine falsche Totalisierung der Faschisierungsthese spricht einiges, mindestens genauso viel gegen ihre völlige Ersetzung.

Diese bloße Gegenüberstellung von Faschisierungsthese gegenüber derjenigen des präventiven Sicherheitsstaates folgt offenbar aus einer Verkürzung des Faschismusbegriffes bzw. desjenigen der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. F. gibt zwar eine ganze Palette von Essentials an, die in die Faschisierungsthese des KB eingebracht sind, diskutiert auch verschiedene Varianten der Erklärung des Faschismus, an mehreren Stellen seiner Ausführung verkürzt er den Faschismusbegriff allerdings ganz unmissverständlich. Diese Verkürzung erscheint bezeichnenderweise genau an dem Punkt, an dem er die Faschisierungsthese pauschal und vollständig zurückweist. So stellt F. zu Beginn seiner Ausführungen die schon zitierte Behauptung auf, daß die prognostizierte Faschisierung nicht stattgefunden hat, „wenn wir von dem Begriff der Faschisierung ausgehen“, den er bezeichnet als „akute Offensive zur unmittelbaren Einrichtung faschistischer Herrschaftsverhältnisse“ und das hieße „der terroristischen Niederhaltung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten“ (AK 256, S. 37). Über diesen Punkt kann man bestimmt geteilter Meinung sein, nur ist die reine terroristische Niederhaltung der Arbeiterklasse nicht unbedingt alleiniges Kennzeichen von Faschismus, sondern nahezu jeder Militärdiktatur; zudem erschöpfte sich die Faschisierungsthese eben nicht diesem Punkt.

Noch deutlicher wird diese Verkürzung an einer anderen Stelle. So argumentiert F. nach Darstellung der präventiven Aufrüstung des Staatsapparates, daß die „Entwicklung des Staatsapparats seit der Krise Mitte der 60er Jahre nicht als Faschisierung bezeichnet werden (kann) — wenn Faschisierung das unmittelbare Vorbereiten der terroristischen Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung bedeutet soll“ (AK 258, S. 44). In der Antifaschistischen „Russel-Reihe“, Bd. 5 (Nach Schleyer: „Sonderkommandos“ in der BRD - Zögiger Ausbau der neuen GeStaPo) heißt es dagegen: „Nach der Stahmsheim-Mogadishu-Offensive der westdeutschen Bourgeoisie sind in der Hülle des „demokratischen Rechtsstaates“ deutlicher als je zuvor die Konturen eines faschistischen Staatsapparates erkennbar, wie ihn die Nazis mit dem „Reichs-Sicherheits-Hauptamt“ (RSHA) und der ihm eingegliederten GeStaPo und SD hatten. Nicht anders als heute entwickelte sich auch der faschistische Staatsapparat im demokratischen Gewande und durch eine schrittweise Beseitigung demokratischer Strukturen. Nicht anders als heute fand sich der „Gesetzgeber“ immer bereit, schon vollzogene Schritte abzusegnen“ (ebd. S. 214, Hervorh. im Original). F. muß in gewisser Hinsicht seinen Faschismusbegriff auf den Aspekt des „unmittelbaren Vorbereitens der terroristischen Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung“ reduzieren, weil er in der Überprüfung der von ihm aufgeführten Essentials ansonsten eine deutliche Bestätigung zumindest eines dieser Essentials feststellen müßte, nämlich des von ihm so formulierten Punktes: „Erwartung einer präventiven Aufrüstung des Staatsapparates und seiner repressiven Organe wie Polizei, Geheimdienst, Militär, u.s. Im Zusammenhang damit Einschränkung demokratischer Freiheiten in dem Bemühen, die Bevölkerung an die Repression als Alltag zu gewöhnen“ (AK 258, S. 41).

Meiner Wahrnehmung nach diskutiert F. die von ihm aufgeführten Essentials der Faschisierungsthese des KB nicht exakt in den einzelnen Aussagen, sondern ausschließlich von der in der letzten These angegebenen „Definition des Faschismus“. Wenn F. u.s. angibt: „Erwartung einer schnellen Zuspitzung der globalen Widersprüche des Imperialismus bis hin zu seinem nicht allzufernen Zusammenbruch“ (AK 258, S. 41), so wäre über diese Aussage gesondert zu diskutieren. Eine gesonderte Behandlung dieses Aspektes würde ergeben, daß wiederum die Erwartungen an die „schnelle Zuspitzung der globalen Widersprüche des Imperialismus“ sich nicht unbedingt erfüllt haben, daß andererseits diese damals prognostizierte Zuspitzung in Form der internationalen Schulden- und Währungsrisiken mit „Verspätung“ eintreffen scheint. Ich will damit nicht sagen, daß alle damaligen Prognosen nun heute „endlich“ doch noch Wirklichkeit werden würden, sondern vielmehr, daß eine gesonderte Untersuchung aller einzelnen „Essentials“ zu einer differenzierteren Betrachtung der

Alternative Faschisierung oder „präventiver Sicherheitsstaat“ beitragen würde. Indem F. diese Alternative stellt, gerät er in die Gefahr einer vollständigen Verharmlosung der realen kapitalistischen Entwicklung. So heißt es bei F.: „Die langfristige Perspektive des Imperialismus ist heute entgegen unserer Thesen viel besser als in den 50er Jahren“ und auf der gleichen Seite: „Ihre aktuelle relative Stabilität gibt dem imperialistischen Ländern, allen voran den USA, der BRD (im Rahmen der EG) und Japan gegenüber den 70er Jahren größeren Handlungsspielraum. Dies verringert einerseits die Wahrscheinlichkeit aktueller Zuspitzungen innerimperialistischer Widersprüche (enge Märkte, Arbeitslosigkeit u.s.) und die Zwangsläufigkeit krisenhafter Zuspitzung im imperialistischen Gesamtsystem (Verschuldung der „3. Welt“ u.s.).“

Auffällig an diesen sehr pauschalen und kategorischen Aussagen ist nicht nur, daß sie in keiner Weise belegt sind und eine Überprüfung der Essentials in diesem Bereich im Sinne einer detaillierten Auseinandersetzung nicht stattgefunden hat (F. argumentiert hier anscheinend mit „Augenmaß“ oder

den“ können, dagegen aber argumentiert (um Mißverständnisse zu vermeiden, wie er sagt), zu seinen Elementen solcher Strukturen, die unter Umständen für eine faschistische Herrschaftsausübung genutzt werden können, keineswegs aber müssen, wollen wir diese Feststellung umdrehen: Müssen nicht, aber können. Daß dieses „Können“ eine reale Möglichkeit der Krisen-„Lösung“ beinhaltet, wird durch nichts deutlicher als durch die in der Tat weitgehend erfolgte Realisierung der Voraussetzungen einer solchen Option auf der Ebene des „präventiven Sicherheitsstaates“ (Zitate AK 258, S.44).

### 3. Reduzierter Faschismusbegriff

In einem dritten Teil wollen wir auf die Begriffsbildung in Bezug auf den Faschismus bzw. die Faschisierung eingehen, wie sie F. vornimmt.

A. Die vollständige Entgegensetzung des Begriffes des „präventiven Sicherheitsstaates“ gegenüber der Faschisierungsthese und vor allem die völlige Zurückweisung der Faschisierungsthese ergibt sich im Wesentlichen aus der



Aut.: Adolf Heiders Mein Kampf von Kurt Meibritter

dem „äußeren Anschein“. Auffällig ist vor allem auch, daß diese eindeutig erscheinenden Aussagen zur wirtschaftlichen Perspektive des Kapitalismus sofort wieder relativiert werden, wenn F. im Anschluß an diese Aussagen formuliert: „Wann, wie, welche Destabilisierungsfaktoren zu Brüchen führen, ob Zuspitzungen und wenn, dann unter welchen Bedingungen von führenden imperialistischen Staaten forciert oder umgekehrt aufgefangen werden, ob sie ggf. überhaupt auffangbar sind — dies alles ist nicht nur für die Bevölkerung der imperialistischen Staaten, sondern auch für die Linken, sondern auch für die imperialistischen Strategen nicht mit Sicherheit kalkulierbar“ (AK 259, S.46). Wenn es denn für die Linken nicht kalkulierbar ist und somit auch für F., dann sollte man dies auch so sagen und nicht zur Widerlegung eines der Essentials der Faschisierungsthese behaupten, daß die langfristige Perspektive des Imperialismus heute entgegen früheren Annahmen „viel besser ist als in den 50er Jahren“ (ebd.). (Eine ähnliche Problematik ergibt sich m.A. nach in der Einschätzung der Kriegsgefahr, was ich unter einem anderen Aspekt noch behandeln werde).

Wenn F. in Bezug auf die „Elemente faschistischer Strukturen“ feststellt, daß diese unter anderen Bedingungen „zu einem Instrument der Selektion und Liquidation politischer und anderer Minderheiten im großen Stil wer-

Definition von Faschismus, die F. vornimmt. Diese Definition ist im letzten der von F. so genannten Essentials enthalten: „Die Ableitung der empirischen Einschätzungen aus der Definition des Faschismus als „extremster Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gestelgerten Reaktion“ in der Form der „offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ und aus der Definition der „Faschisierung“ als „akuter Angriff, der über eine Reihe von Vorbereitungsetappen, unmittelbar vor dem Machtantritt des Faschismus fördert“ (AK 258; S.41). Die Problematik des methodischen Ansatzes von F. liegt ganz offensichtlich darin, daß er auf der einen Seite diese Definition von Faschismus und Teile der anderen Essentials zur Grundlage seiner Überprüfung verwendet, aber auf der anderen Seite einen wesentlich anderen oder zumindest veränderten Faschismusbegriff für notwendig hält. Von der oben angegebenen Definition von Faschismus verbleibt nicht mehr allzuviel übrig, wenn „die Definitionen Dimittieren und damit der „offiziellen“ Faschismusdefinition der III. Internationale ... aus heutiger Sicht zu differenzieren und zu erweitern, vielleicht auch zu korrigieren“ sind. (AK 259, S.45) Diese Punkte sind nach F.: Einschätzung des Faschismus als Endprodukt der Fäulnis des Kapitalismus, Defini-

tion des Faschismus als Diktatur des Finanzkapitals, Definition des Faschismus als offene terroristische Diktatur (des Finanzkapitals).

Um die methodische Problematik zu verdeutlichen: F. stellt die Faschisierungsthese und die Essentials dieser These in ihrer inhaltlichen Aussage vor, verfolgt die Entwicklung dieser Thesen und versucht sie anhand der von ihm dargestellten historischen Entwicklung vor allem der BRD zu überprüfen. Eine solche Überprüfung mit dem Ziel der Widerlegung dieser Thesen kann zu zwei unterschiedlichen Konsequenzen führen: Die eine Konsequenz ist möglicherweise diejenige, daß die prognostizierte Faschisierung, wie sie bestimmt worden ist in den Thesen und Essentials, nicht stattgefunden hat, die Entwicklung der BRD also nicht mit dem Begriff der Faschisierung zu erfassen und beschreiben ist.

Die andere Konsequenz aus dem gleichen Überprüfungsergebnis wäre diejenige, daß die Faschisierungsthese und die Essentials einer Korrektur und Überprüfung bedürfen. Eine Entscheidung für oder gegen eine der beiden angeführten Schlußfolgerungen ist methodisch gesehen aus der rein empirischen Überprüfung der Faschisierungsthese nicht möglich. Die Alternative aus dem gleichen Überprüfungsergebnis der Faschisierungsthese kann entweder heißen: Umformulierung/Korrektur der Thesen selbst oder aber die Bezeichnung dieses imperialistischen Staatsgebildes mit einem anderen Begriff. Bevor wir diesen zweiten Schritt gehen, müßte zumindest die Frage gestellt werden, inwieweit die Faschisierungsthese modifiziert, korrigiert und konkretisiert werden kann, um die empirische Wirklichkeit zu erfassen, um erst im Falle einer Verneinung auch dieser Fragestellung eine der Wirklichkeit angemessene Begriffsbildung zu suchen. Ein solcher methodischer Schritt könnte nur dann außer acht gelassen werden, wenn die begriffliche Bestimmung der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ so eindeutig wäre, daß mit der Überprüfung der von F. angegebenen Essentials eine Faschisierungsthese grundsätzlich ausgeschlossen werden könnte, diese Essentials somit den begrifflichen Inhalt von „Faschismus“ bzw. „Faschisierung“ so genau wiedergäben, daß eine Weiterentwicklung nicht mehr möglich erschiene. Dies ist in der Argumentation von F. besonders deutlich ins Gewicht, weil er selbst eine solche Weiterentwicklung des Faschismusbegriffes, und das bin ich mit ihm einverstanden, für notwendig hält.

B) F. überprüft die Faschisierungsthese, verwirft diese These in ihrer Gesamtheit und ersetzt sie durch den Begriff des präventiven Sicherheitsstaates, obwohl er gleichzeitig von einem in bestimmten Punkten verschiedenen Faschismusbegriff ausgeht. Indem F. diesen Zwischenschritt der Auseinandersetzung mit einer Modifizierung der Faschisierungsthese übergeht, gerät er in die Gefahr eines „plattten“ Empirismus, der außer acht läßt, daß die Auseinandersetzung um begriffliche Bestimmung von komplexen sozialen Prozessen wie derjenigen, den wir unter dem Begriff des Faschismus zusammenfassen, vor allem auch eine theoretische Komponente enthält. Die Art und Weise der „empirischen“ Überprüfung von Thesen und theoretischen Ansätzen ist nicht zuletzt wesentlich von der Fragestellung selbst abhängig. Um dies in der Argumentation von F. zu verdeutlichen: F. ist der Auffassung, daß der Entwicklungsprozeß der BRD seit der Krise 66/67 mit dem Begriff Faschisierung nicht zu erklären sei, und argumentiert: „Nach bisherigem Verständnis bezeichnet der Faschismus — besondere Herrschaftsform des Kapitalismus, mit der sich die herrschenden Kräfte der Bourgeoisie unter besonderen Umständen oder für besondere Umstände die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft sichern“. Er schlußfolgert: „Die Faschisierung bezeichnet den Prozeß des zwar länger dauernden oder kürzeren, aber doch unmittelbaren Herankommens an diese besondere Situation“ und dann: „Nach inzwischen schon nahezu zwanzig Jahren erwies sich der seit Ende der 60er Jahre in der BRD stattfindende Gesamtprozeß keineswegs mehr als Heranführung an eine solche besondere politische Krisensituation...“ (alle Zitate AK 259, S.46, Hervorhebungen im Original). Lediglich eine Seite vor diesen Ausführungen argumentiert F., allerdings gerade für eine Modifizierung der Kriterien, anhand derer er überprüft: „Entscheidungen für die Einführung faschistischer Herrschaftsmethoden kommen trotz relativer Hochorganisiertheit von Kapital und Staat im Kampf der unterschiedlichen Inter-

Fortsetzung nächste Seite



Zunächst einmal halte ich es für zweifelhaft, inwieweit es gelingen kann, eine „gründliche aufschissische Aufklärung und Mobilisierung“ gegen einen Staat zu entwickeln, der begrifflich in seiner Totalität als „präventiver Sicherheitstaumel“ im Verständnis von F. zu begreifen wäre. Eine solche Propaganda und Mobilisierung halte ich für prinzipiell richtig und notwendig, nur erscheint mir diese Forderung etwas hohl und in der Gefahr, zur verbalen Phrase zu werden, wenn sie neben das exakte Gegenteil

hauptsächlich, daß dies nur „die halbe Miete“ ist (Zitat AK 239, S. 43). Zur Verdeutlichung will ich auf eine Aussage im Schulungsinfo des KB über den Staat eingehen. Nachdem der ungezeichnete Autor(in?) betont, daß es eine Prognose über die Gefahr eines neuen Faschismus „hier und/oder global“ nicht für möglich halte, differenzieren er: „Nota bene: Hiermit ist nichts von der Gefahr drohender globaler Kriege ausgesagt, sondern über die gesellschaftliche Organisation, in deren Rahmen diese Kriege gegebenenfalls

**Rudolf, Frankfurt**

**AK:** Bedenket all das, was wir jetzt sprechen haben, daß die soziale u. politische Realität, die sich im In- und Stil der gegenwärtigen Ausri-

**B:** Aber die Liebe zu Bhagwan ist  
mer noch da.

AK: Danke euch für das Gespräch



Lernfähigkeit und veränderte Bündnispolitik der Partei propagierten dynamische DKPler heutzutage alleinhalten, Fehler haben und drüber werden schon mal jovial eingestanden. Daß es damit in der Realität der Partei nicht weit her ist, belegt jüngst wieder die DKP-Zeitung UZ. Am 16.10.85 veröffentlichte sie einen Bericht vom Treffen der Schiedskommissionen der DKP aus Kreisen, Bezirken sowie der Bundeszentrale (siehe untenstehendes Dokument).

Da wird in bekannter DKP-typischer Manier in die Klamottenkiste gegriffen und jede Abweichung von der eigenen Linie zum Werk „der Herrschenden, Regierenden, ihren Geheimdienstzentralen und den bürgerlichen Medien gegen die DKP“ erklärt. Fast nichts wird ausgelassen, ob „selbsternannte, kritische Kommunisten“ aus der Gründerzeit der Partei für die Zulassung von Fraktionen warben oder eine kritische Diskussion der Ereignisse in der CSSR unter „konterrevolutionärer Entwicklung“ abgehandelt wird. „Maoistische und trotzkistische Gruppen“ der siebziger Jahre, von denen Genosse „gesagt haben soll“, er wolle auf sie „nicht verzichten“, gehören ebenso in diese Giftküche wie Kritiker der Behandlung Biermanns und Rudolf Bahros in der DDR und die Eurokommunisten. Kritiker der aktuellen Politik der DKP waren nicht ernstzunehmende, nachdenkende Menschen, sondern „Träger falscher Anschauungen“, die der „politische Gegner fand“. Die Schiedskommissionen hatten darüber zu befinden, ob diese Mitglieder „prinzipiell ehrlich“, aber „irregeleitet“ seien „oder aber prinzipiell parteifeindliche Positionen“ bezogen usw.

So offen die Partei sich nach außen hin zu geben bemüht ist, so wenig scheint in der Partei eine kontroverse Debatte für fruchtbar angesehen zu werden, wenn — wie zu sehen — jede Abweichung ins Lager des Klassenfeindes verbannt wird. So sehr es das Recht einer Partei ist, sich von Leuten zu trennen, die mit der politischen Linie nicht mehr im Einklang stehen, so wenig darf akzeptiert werden, daß bei solchen Auseinandersetzungen Kritiker der DKP — innerhalb wie außerhalb — zu Werkzeugen der Herrschenden erklärt werden. Das ist leider seit Gründung der DKP bis heute zur Erhaltung der „inneren Sicherheit“ bekannt geblieben; es ist DKP-typisch, aber unkommunistisch, nicht abzu-

## Innere Sicherheit in der DKP — alles beim Alten

Erfahrungs- und Meinungsaustausch der Schiedskommission der DKP

### Im Zentrum der Angriffe steht die Ideologie der Partei

Zu einer Beratung ideologischer Fragen und Probleme im Zusammenhang mit ihren spezifischen Aufgaben trafen sich am vergangenen Wochenende über 80 Mitglieder von Bezirks- und Kreisschiedskommissionen der DKP. Zu diesem Erfahrungs- und Meinungsaustausch hatte die Zentrale Schiedskommission der DKP eingeladen.

Gerade in der großen Parteidiskussion um den Entwurf der Thesen zum 8. Parteitag wird versucht, Antworten auf wichtige neue Erscheinungen, Probleme und Fragen in der Entwicklung des Klassenkampfes zu geben. Aus diesen Antworten sagte die stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Schiedskommission, Lilo Schneider, in ihrem Referat, ergeben sich auch die neuen politisch-ideologischen Maßstäbe für die Arbeit der Schiedskommissionen.

Parteiordnungsverfahren und Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte von Mitgliedern und Parteiorganisationen haben nahezu immer ideologische Ursachen, sind ihrem Inhalt nach Ausdruck des sich verschärfenden ideologischen Klassenkampfes. Das wurde in der im Referat gezogenen Bilanz aus der 17-jährigen Erfahrung der Schiedskommission der DKP deutlich.

#### Geschlechter Spaltungsversuche

Deutlich zu erkennen sind die verschiedenen Inhalte der Angriffe, die von den Herrschenden und Regierenden, ihren Geheimdienstzentralen und den bürgerlichen Medien gegen die DKP, ihre Politik, ihre Einheit und Gewerkschaft geführt werden. Das beginnt mit der

Neukonstituierung der DKP, als selbsternannte „kritische Kommunisten“ ebenso wie „wohlmeinende Gönner“ mit der Empfehlung hervortraten, in einer kommunistischen Partei Fraktionen zuzulassen als angeblich notwendige Schlussfolgerung aus geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung.

Die Partei entschied sich jedoch für die Leninischen Prinzipien der Einheit und Geschlossenheit als wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen das hochorganisierte Monopolkapital.

In diese Phase fiel auch das Scheitern des Versuchs, in der CSSR eine konterrevolutionäre Entwicklung durchzusetzen. Das führte zu einer beispiellosen Hetze gegen die sozialistische Staatengemeinschaft, vor allem gegen die Sowjetunion und die DDR. Die DKP hat

diesem Druck standgehalten und sich in harten Auseinandersetzungen auf konsequent internationalistische Positionen neukonstituiert.

In der Diskussion um die ersten programmatischen Aussagen der DKP — um die Thesen des Düsseldorf-Parteitages — hatte es die DKP mit dem Versuch zu tun, über maoistische und trotzkistische Gruppen de-

ren Ideologien in die DKP zu transportieren. Gruppen, über die der damalige Innenminister Geneser in trauter Runde gesagt haben soll, daß er auf sie in der innenpolitischen Landschaft der Bundesrepublik nicht verzichten wolle.

Einen erneuten Versuch, die sich festigende DKP auf „kritische Distanz“ zum realen Sozialismus, zum Protest gegen „Unterdrückung“ einer angeblichen sozialistischen Opposition in der DDR zu bringen, gab es in der Zeit, da das Programm der DKP, das auf dem Mannheimer Parteitag 1978 zu beschließen war, in der Partei diskutiert wurde. Da wurden ein Wolf Biermann und ein Rudolf Bahro als Kronzeugen gegen das angeblich „verknöchernte“ System in der DDR aufgeführt.

Gleichlaufend war das Bemühen, der DKP sogenannte kommunistische Positionen aufzuzwingen. Auch dieser Versuch scheiterte, weil jene Lücken im prinzipiellen Verhältnis der DKP zu den sozialistischen Ländern, in welche eurokommunistische, und das heißt revisionistische Anschauungen hineingepaßt hätten, nicht geschlossen werden konnten. In all diesen Auseinandersetzungen fand der politische Gegner einzelne Mitglieder der DKP, die er als Träger solcher falschen Anschauungen gewinnen konnte. Hier hatten die Schiedskommissionen in enger Zusammenarbeit mit den Vorständen auf allen Ebenen die Verantwortung, genau zu prüfen

und zu unterscheiden, wo es um prinzipiell ehrliche, aber irregeleitete Mitglieder der DKP oder aber um prinzipiell parteifeindliche Personen ging. In all diesen politisch-ideologischen Auseinandersetzungen konnte die Partei verhindern, daß der politische Gegner Einfluß gewann.

#### Einschüchterung und Denunziation

Gerade aus diesem Grund wurden die Versuche verstärkt, mit administrativen Maßnahmen, mit Berufsverböten und Anwerbungsverboten durch die Geheimdienste „Verfassungsschutz“ und MAD, mit Einschüchterungsversuchen und Denunziationen auf die Partei einzuwirken und sie zu verunsichern.

„Wir überschätzen die Geheimdienste nicht“, sagte Lilo Schneider, „sind sie doch letzten Endes ein Beweis für die Labilität und Defensivhaltung des politischen Gegners. Wir unterschätzen sie aber auch nicht — stehen ihnen doch große materielle und personelle Mittel zur Verfügung für den Kampf gegen unsere Partei, gegen die mit uns freundschaftlich verbundenen Organisationen, gegen alle anderen konsequenten Demokraten, gegen die Friedensbewegung, gegen Sozialdemokraten, gegen Gewerkschafter.“ In der umfangreichen Diskussion wurde sichtbar, mit welchen Mitteln und Methoden versucht wird, auf die Partei einzuwirken.

#### Mit allen Mitteln

Da wurde berichtet, daß auf einer Parteiveranstaltung zufällig von Genossen eine Plastiktüte entdeckt wurde, ihr Inhalt: Angelegte Flugblätter der RAF. Das Ziel dieser Provokation wurde klar, als nach der Veranstaltung der Wagen der Partei, der übergroßes Parteimaterial transportierte, von der Polizei angehalten und durchsucht wurde, die DKP sollte in die terroristische Ecke gestellt werden.

Zunehmend werden auch bei Demonstrationen politische Provokationen gestartet, wie zum Beispiel die sogenannten Krefelder Kravalle, wo der Verfassungsschutzagent Tröber als Aufwiegler für Gewalttaten auftrat. Besonders im Zusammenhang mit den Frankfurter Ereignissen um den Tod von Günter Sare, so wurde in der Diskussion hervorgehoben, ist mit dem Auftreten von Provokateuren zu rechnen. Um von den brutalen Ausschreitungen von Politisten gegen Demonstranten abzuweichen und den demokratischen und antifaschistischen Kräften die Schuld an den gewaltsamen Auseinandersetzungen in die Schuhe zu schieben.

Auch über besonders skandalöse Spitzelwerbungen wurde berichtet, so darüber, daß einem Drogenabhängigen Straffreiheit versprochen wurde, wenn er in die DKP einträte und über sie und ihre Aktivitäten berichtete.

Aus solchen und ähnlichen Erfahrungen, Schiedskommissionen für die eigene politi-

sche Tätigkeit zu ziehen, die im Programm und Statut beschlossenen Organisationsprinzipien, die Prinzipien der Beschlußverbindlichkeit und der politischen Wachsamkeit zu beachten, ist Aufgabe nicht nur der Schiedskommission, sondern der ganzen Partei. „Das hat“, so der Vorsitzende der Zentralen Schiedskommission, Otto Hans, in seinem Schlußwort, „nichts mit Angst oder Panikmache und nichts mit der Verbreitung von Mißtrauen zu tun. Aber es wäre schlimm, für jeden einzelnen und die ganze Partei, wenn nicht verhindert würde, daß gerade auch jüngere, unerfahrene Genossinnen und Genossen den undemokratischen Praktiken des politischen Gegners ausgeliefert wären.“

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, so wurde unterstrichen, müßte in der Partei über die Fragen der politischen Wachsamkeit informiert und diskutiert werden. Die Bilanz der Tätigkeit der Schiedskommission ist gut. Bewährt hat sich die kameradschaftliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit von jüngeren und älteren Mitgliedern der Schiedskommission, bewährt hat sich die enge Zusammenarbeit zwischen den Schiedskommissionen und den Vorständen der Partei auf allen Ebenen. Die Partei weiter zu stärken, hierin waren sich die Teilnehmer der Beratung einig, daran arbeiten auch die Mitglieder der Schiedskommission im Thalmermann-Bericht, in Vorbereitung auf den 8. Parteitag.

## DS bleiben Partei

Die DS bleiben Partei, so beschloß — mit großer Mehrheit, wie die „linke zeitung“ vom 11.10. schreibt — der außerordentliche Parteitag am 28. und 29.9. in Frankfurt. Zurückgewiesen wurde damit ein Antrag des DS-Bundesvorstandsmitglieds Herwart Achterberg, der die Aufhebung des Parteistatus und die Reduzierung der DS auf einen gemeinsamen politischen Interessenzirkel vorsah (vgl. AK 262). Gegen Achterbergs Vorschlag hatten verschiedene DS-Gruppen heftig protestiert. Sie sahen die Gefahr der Auflösung der verbliebenen Parteistrukturen, sprachen von „linker Kurzatmigkeit“ angesichts der derzeitigen Krise, befürchteten, daß damit ein Projekt sozialistischer Partei in der BRD auf immer gestorben sei.

„Auch wenn sich die Bedingungen

für die Entwicklung der DS seit der Parteigründung kontinuierlich verschlechtert haben ..., ist die objektive Notwendigkeit der Herausbildung einer sozialistischen Alternative links von der SPD genauso aktuell wie 1982“, resümiert die „linke zeitung“, die dem Parteitagsschluß zugrundeliegende Mehrheitseinschätzung. Manfred Coppik, 1982 Promotor und neben Karl Heinz Hansen als ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter einstmalige Gallionsfigur der DS, hatte bereits am 9. August die DS verlassen, da er in ihnen keine Perspektive mehr sah (siehe nebenstehendes Dokument).

Der DS-Bundesvorstand soll eine neue und straffere Organisationsstruktur erarbeiten und die Finanzen sollen zugunsten der Bundesebene umverteilt werden. Die derzeit mit monatlich

2.000,- bis 3.000,- DM bezuschußte „linke zeitung“, die bisher zweimonatlich erschien, soll ab 1986 monatlich als Magazin mit Schwerpunktsetzung auf Hintergrundberichte und Analysen herauskommen.

Die Parteitagsschlußbeschlüsse, die am 28. September an der Frankfurter Demonstration gegen die NPD teilnahmen, verabschiedeten am Sonntag eine Erklärung zum Tod Günter Sares, in der es u.a. heißt: „Aufgrund eigener Beobachtungen können wir nichts anderes als feststellen, daß dieser Unfall fahrlässig, wenn nicht vorsätzlich von der Polizei verursacht wurde. Wir verlangen, daß die für diesen Polizeieinsatz Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.“

hr.

## Dokumentation: Austrittserklärung von M. Coppik

Mit Schreiben vom 9. August 1985 an den Parteivorstand erklärte Manfred Coppik seinen Austritt aus den Demokratischen Sozialisten. Wir dokumentieren diesen Brief im Wortlaut.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Ich erkläre meinen Austritt aus der Partei Demokratische Sozialisten.

Nach meiner Überzeugung ist die Partei DS unter den gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Bedingungen in der Bundesrepublik weder programmatisch noch organisatorisch in der Lage, relevant in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einzugreifen oder gar die mit ihrer Gründung verbundene Hoffnung auf die Entwicklung einer unabhängigen sozialistischen Partei in der Bundesrepublik zu erfüllen. Andererseits haben sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sowohl global wie auch in der Bun-

desrepublik so verschärft, daß ein Sozialist nach meiner Überzeugung es sich nicht leisten kann, dabei abseits zu stehen, auf bessere Zeiten zu warten und sich vorerst nur mit der künstlichen Beamtung der DS zu befassen.

Meine Skepsis hinsichtlich des Weges, den die DS eingeschlagen hat, ist seit meinem vor zwei Jahren erschienenen 12-Artikel „DS am Ende?“ bekannt. Ich habe in diesen zwei Jahren nach Wegen gesucht, auch durch Bündnispolitik, die DS aus der Sackgasse zu führen. Das ist zwar in gewissem Umfang finanziell, aber nicht politisch gelungen, so daß ich vor der Frage stand, ob ich nun für eine DS-Umgestaltung, andere Sinngabe, Statusveränderung oder Auflösung auf dem September-Parteitag kämpfen oder einfach dem Weg anderer folgen und austreten soll. Ich habe mich für das letzte entschieden, weil ich den DS-Genossen, die meine Auffassung nicht

teilen, nicht mehr Schaden zufügen will, als sich das unvermeidbar aus meinem Ausscheiden ergibt. Viele DS-Genossen, die ich persönlich und politisch schätze und achte, teilen meine negative Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der DS nicht. Sie wollen weitermachen und ich habe nicht die Legitimation, meine Entscheidung ihnen aufzuzwingen, diese Entscheidung auf dem September-Parteitag massiv durchzusetzen zu versuchen und damit letztlich mein Ausscheiden mit dem Ende der DS zu verbinden. Wer meine Auffassung nicht teilt, soll weitermachen. Sollte er Erfolg haben, und damit dem Zeugungsakt des Jahres 1982 doch noch eine historische Bedeutung verleihen, würde mich das freuen. Nur: Ich glaube nicht daran und werde deshalb nach anderen Wegen suchen, um für eine demokratische sozialistische Politik zu kämpfen. (...)

#### Leserbrief:

### «Demokratische Sozialisten — gibt's die noch?» (AK 262)

Liebe Genoss/inn/en! Zunächst möchte ich Euch danken für Eure faire Darstellung unserer innerparteilichen Diskussion; viele Blätter hätten sich eher versucht gefühlt, eine Art politischer Leichenschändung anzusetzen. Auch benennt ihr die Schwachstelle der Argumentation richtig. Der Parteitag hat hier organisatorische und inhaltliche Beschlüsse gefaßt, die uns ein Stück weiterbringen; konsequent votierte der Parteitag mit überraschend großer Mehrheit für die Beibehaltung des Parteistatus.

Die Demokratischen Sozialisten waren der erste Versuch seit langem, eine unabhängige sozialistische Partei in der BRD aufzubauen. Die politisch größte Schwierigkeit war die unterschiedliche Vergangenheit ihrer Mitglieder und Aktiven. Die bei uns sichtbaren unterschiedlichen Politikvorstellungen ließen sich oft nur schwer vereinbaren; am Beispiel der Heusenwahlteilnahme 1983 verdeutlicht, endete das meist in für alle Beteiligten böse ausgehenden Kampfabstimmungen.

Zweitgrößtes Hindernis war der Glaube, durch das Fehlen klarer Strukturen ließe sich Basisdemokratie erreichen. Wir haben erfahren, daß gerade die fehlenden Strukturen und die daraus resultierende mangelhafte Verbindlichkeit bis in die politische „Führung“ hinein erst bewirkte, daß sich eine relativ kleine Gruppe Apparat, Presse und Finanzen sichern konnte, wie Herwart Achterberg dies treffend beschreibt. Dies schadet uns bis heute: erst am Ende dieses Jahres werden wir die letzte Verbindlichkeit los, die einige unserer Mit-Gründer uns mit unüberlegten und verschwundenen Verträgen aufgedrückt haben.

Die Euphorie, mit der viele in die DS gegangen sind, hat uns ebenfalls geschadet. Sei es aus alten sozialdemokratischen Politikvorstellungen, sei es aus Blauäugigkeit und Wunschenken, nur wenigen war klar, daß ein Organisationsaufbau Knochenarbeit ist. Als dieser Realitätsschock sich langsam

durchsetzte, verkräfteten viele Mitglieder diesen nicht und stiegen aus.

Unabhängig davon, ob die DS eine Zukunft hat, lassen sich aus der bisherigen Geschichte einige Lehren ziehen: 1. Wir sind nicht die sozialistische Partei der Zukunft, sondern ein möglicher Kern einer solchen. Das bedeutet, daß die Lernprozesse, die unsere Mitglieder durchlaufen haben, von denen, die ausstiegen sind, erst noch nachgeholt werden müssen. Ansonsten dürfte klar sein, daß sich in zukünftigen Organisationen die Fehler unserer Anfänge wiederholen werden.

2. In zukünftigen Zusammenhängen muß die Vergangenheit der Mitglieder besser aufgearbeitet werden, als dies uns gelungen ist. Personen wie der mittlerweile ausgestiegene Manfred Coppik verdeutlichen nur, daß viele mit den DS nur eine bessere Sozialdemokratie wollten, aber nicht wirklich bereit waren, sich auf Lernprozesse einzulassen. Dieses Phänomen gibt es ebenso auf der anderen Seite der K-Gruppen-Tradition.

3. Zukünftige Organisationsversuche müssen von vornherein klare Strukturen und Verbindlichkeiten festklopfen, damit ein finanzieller und organisatorischer Mißbrauch des „Apparates“ unmöglich wird. Dies widerspricht Vorstellungen von Basisdemokratie in keiner Weise; Struktur bedeutet ja nicht die Vorgabe von Inhalten.

4. Die unterschiedlichen Kräfte, die in eine zukünftige sozialistische Partei einfließen, müssen ihren Organisationsegoismus aufgeben. Weder dürfen sie den „Apparat“ einkassieren, noch sich heraushalten. Auch dürfen Fehlentscheidungen der Organisation nicht gleich zu Massenausritten führen, sondern müssen in offener und solidarischer Debatte verarbeitet werden.

Ohne diese Vorgaben wird eine zukünftige sozialistische Partei auf westdeutschem Boden unmöglich sein.

Ralf Fischer  
Mitglied im Bundesvorstand der DS



„Es wird empfohlen, daß:

1. die Deutsche Bank liquidiert wird,
2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden,
3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.“

Office of Military Interrogation (in Germany, United States)  
Finance Division — Financial Investigations Section

# OMGUS

Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland  
Herausgeber: — Sektion für finanzielle Nachforschungen



## Ermittlungen gegen die DEUTSCHE BANK

Herausgeber: der deutsche Bildnachrichtendienst  
Herausgegeben von Hans-Werner Knechtges  
Verlag: bei Franz Greno, Nördlingen

Um die Jahreswende 1945/46 nahm das „Deutsche Bank Team“ seine „Ermittlungen gegen die Deutsche Bank“ auf. Dieses Team kam aus dem von Henry Morgenthau geleiteten US-Finanzministerium, in dem seit Anfang der 40er Jahre verschiedene Gegner des Faschismus versammelt waren, aus Deutschland emigrierte Juden, Linksintellektuelle, Anhänger des New Deal. Nach der Kapitulation Deutschlands arbeitete es in der Finanzabteilung (Sektion für finanzielle Nachforschungen) der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland (O.M.G.U.S.).

In der Zusammenfassung seines Ende 1946 fertiggestellten Berichts konstatiert das „Deutsche Bank Team“:

„(...) Die Deutsche Bank war die größte aller deutschen Geschäftsbanken und schwang sich während des Krieges zur größten Bank des europäischen Kontinents auf. (...) Die Anwendung der verschiedenen Mittel, die der Bank für die Kontrolle der Industrie zur Verfügung standen, zeigte sich darin, daß einige Industrieunternehmen de facto von ihr beherrscht wurden. (...) Sie versorgte das Reich mit riesigen Fonds für Wiederaufbauzwecke. (...) Die Deutsche Bank spielte eine führende Rolle unter den Geschäftsbanken bei der Ausbeutung der wirtschaftlichen Reserven der annektierten, okkupierten und zu Satelliten gemachten Länder Europas. (...) Auch diente die Deutsche Bank der deutschen Regierung mehr als einmal als institutionelle Speerspitze bei der wirtschaftlichen Durchdringung der annektierten, okkupierten und völlig abhängig gemachten Länder Europas. (...) Die Deutsche Bank nahm an zahlreichen „Anleihegeschäften“ in Deutschland sowie in den annektierten, okkupierten und zu Satelliten gemachten Ländern Europas teil und profitierte davon erheblich. (...) Das große Expansionsprogramm der Deutschen Bank wurde während der zwölf Jahre des Naziregimes in erheblichem Umfang durch die Gestaltung enger Beziehungen zu den Ministerien der Regierung und zur Partei sowie zu den angeschlossenen Organisationen verwirklicht. (...) In den Aufsichtsrat der Deutschen Bank kamen immer mehr überzeugte Parteigenossen und gleichgesinnte Mitläufer. (...) Die Deutsche Bank steuerte während des Naziregimes auch große Summen für eine Vielzahl von politischen Fonds bei. (...) Die Deutsche Bank benutzte ihre gewaltige Macht in der deutschen Wirtschaft, um bei der Durchführung der verbrecherischen Politik des Naziregimes auf wirtschaftlichem Gebiet mitzuwirken.“

Die Betonung direkter Verbindungen mit dem faschistischen Regime legt die Annahme nahe, die Deutsche Bank habe dem Faschismus besonders nahegestanden. Dies jedoch gilt in viel größerem Umfang für die Dresdner Bank (im Volksmund: „SS-Bank“), die dennoch weniger erfolgreich war als die

Deutsche Bank. Nicht der Faschismus war es, der die Deutsche Bank zu der in der oben zitierten Zusammenfassung dargestellten Geschäftspolitik veranlaßte, sondern der „Horror vor Abwesenheit von Profit“ (Marx). „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn, zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, und es wird lebhaft; 30 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Geseize unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ (Das Kapital, Bd. I, MEW Bd. 23, S. 788)

Im März 1947 gab das „Deutsche Bank Team“ einen Zusatzbericht heraus, der nach Sicherstellung von Auslandsaktiven der Bank möglich geworden war: „Die hierdurch gewonnenen Informationen weisen auf einige höchst ungewöhnliche Transaktionen hin, die die Bank zusätzlich belasten dürften, an Ausplünderungs- und Anleihegeschäften beteiligt gewesen zu sein.“ Diese Transaktionen waren in der Tat so „ungewöhnlich“, daß sogar ein hochrangiger Faschist, SS-Obergruppenführer Wilhelm Keppler, seinerzeitiger Reichskommissar in Wien, nach Berlin, meldete: „DB (Deutsche Bank) will rauben, ist mit 20 Mann nach Wien gekommen, um die CA (Creditanstalt-Bankverein) zu übernehmen.“ Leiter der Abordnung war übrigens Hermann Josef Abs.

H.J. Abs war es auch, der 1970 vor Gericht erfolgreich gegen Eberhard Czichon, autor des Buches „Der Bankier und die Macht“, und dessen Kolner Pahl-Rugenstein Verlag protestierte. Weitere Versuche, die Rolle der Deutschen Bank im „Dritten Reich“ kritisch darzustellen, wurden ebenfalls, z.T. schon vor der Veröffentlichung, mithilfe der Gerichte abgeblockt. Gestützt auf eine riesige bankgener Historiker wie auf diese juristischen Erfolge konnte die Deutsche Bank ihre im Zusammenhang der Flick-Affäre bekannt gewordenen Spenden (seit 1957 DM 114 Mio.) „als Beitrag zur friedlichen und freizeiti-

Flick-Affäre bekannt gewordenen Spenden (seit 1957 DM 114 Mio.) „als Beitrag zur friedlichen und freizeiti-

Fortentwicklung unseres Landes“ in eine historische Kontinuität stellen: „Diese Grundhaltung hat während des nunmehr 115jährigen Bestehens die Stellung der Deutschen Bank gegenüber Staat und Gesellschaft bestimmt. Sie hat zu bereitwilliger Hilfe ebenso motiviert wie, in der Zeit nach 1933, zu versagender Zurückhaltung.“ („Handelsblatt“, 15.11.84)

Diese Selbstdarstellung aufrechtzuerhalten und ggf. gerichtlich durchzusetzen, dürfte der Deutschen Bank in Zukunft kaum mehr möglich sein. Von einem spezialisierten Anwaltsbüro zuvor penibel überprüft erschienen Anfang September die „Ermittlungen gegen die Deutsche Bank“ in der Reihe „Die Andere Bibliothek“ als Sonderband (DM 25,-). Übersetzt und — so sorgfältig wie hilfreich — kommentiert wurden die Arbeit von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg. Karl-Heinz Roth hat dem Band ein (vorher zu lesendes!) Nachwort beigegeben, in dem er über den historischen Kontext der „Ermittlungen“ informiert, eine Lesehilfe gibt und die Mängel der Untersuchung diskutiert.

Dicke Bücher (sofern sie nicht „Im Namen des unendlichen Nebels von Avalon“ o.ä. heißen) sind heutzutage ungeliebt. Und dies ist, mit seinen über 500 Seiten, ein „dickes Buch“. Wer sich aber in eine wirklich „fantastische“ Geschichte vertiefen will, in der es von Schurken nur so wimmelt; wer erfahren will, wie und warum die BRD geworden, was sie ist; wer sein Wissen vom Imperialismus (Abteilung Finanzkapital) schon längst über Lenins entsprechende Arbeiten hinaus erweitern wollte, der lese, lese, lese diese „Ermittlungen gegen die Deutsche Bank“.

N., Hamburg

Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland, Finanzabteilung — Sektion für finanzielle Nachforschungen. Ermittlungen gegen die Deutsche Bank. Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg mit einem Nachwort von Karl-Heinz Roth. Die Andere Bibliothek — Sonderband, Nördlingen: Franz Greno, 1985. 544 S., fester Pappband, DM 25,-.

## Inhalt

### aktuell

Auf dem Pflaster fließt das Blut Zum Tode von Günter Saxe .....	S. 1
Die Polizeistadt Zeugen berichten über die Frankfurter Ereignisse .....	S. 4
„Das Aufrechnen kaputter Scheiben ist pervers“ Interview mit Michael Wilk, Mitglied der BI gegen die Flughafenerweiterung .....	S. 6
Vom Feuerwehrschräuch zur Hochdruckkanone .....	S. 7
Offensive? Neue Bewegung? Die Linke nach den Frankfurter Ereignissen .....	S. 7
<b>Betrieb und Gewerkschaft</b> Erfolgreiche DGB-Aktionswoche Und nun weiter wie gehabt? .....	S. 9
Chemische Produktion und gesundheitliche Belastung am Arbeitsplatz .....	S. 38
<b>Kampf dem Faschismus</b> SS-Nachfolgeorganisation HIAO — Bestandteil der „FDGO“ .....	S. 30
HIAO will Jubiläum feiern Verhinderungsaktion in Vorbereitung .....	S. 30
<b>Kampf den Atomkraftwerken</b> Auch in Bayern keine Ruhe für die WAA- Betreiber .....	S. 8
<b>Antimilitarismus</b> Bülow's Milizstruktur: Defensiver, effektiver oder gar alternativ? .....	S. 18
Im Schatten von SDI: Die Vorschläge der SU zur Abrüstung .....	S. 19
Dokumentation: Für eine Neuorientierung der Friedens- und Sicherheitspolitik .....	S. 20
SDI-Appeal im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung umstritten .....	S. 21
<b>Grüne und Alternative</b> Grüner Alltag .....	S. 14
Kommentar: Hessen „rot-grün“ — Eine Koalition um jeden Preis .....	S. 14
<b>Klassenjustiz</b> Prozeß wg. WWG-Demo 3000 Mark und ein Jahr auf Bewährung .....	S. 27
<b>Staat</b> Neues Verfassungsschutzgesetz geplant .....	S. 27
Die Polizei der 90er Jahre .....	S. 28
<b>Militarismus</b> Die Bundeswehr und ihr „Verteidigungsauftrag“ .....	S. 32
Die Bundeswehr — ein Exerzierplatz für Neofaschisten .....	S. 35
— 30 Jahre Bundeswehr — Friedensbündnis mit Schwierigkeiten .....	S. 37
<b>Afrika</b> Handel, Investition, Profit Die Südafrikapolitik der BRD .....	S. 23

<b>Afrika</b> Handel, Investition, Profit Die Südafrikapolitik der BRD .....	S. 23
<b>Lateinamerika</b> „Auf der Flucht erschossen ...“ 6 Tote im Gefängnis von Santiago de Chile .....	S. 2
Chile zwischen Protesttagen und Verhandlungen .....	S. 25
Interview mit Commandante aus El Salvador .....	S. 26
<b>Imperialismus</b> Zur aktuellen Lage der Weltwirtschaft Kurswechsel der USA .....	S. 22
<b>Frauen</b> Für das Recht auf ein behindertes Kind .....	S. 40
Anmerkungen zum Artikel „Für das Recht auf ein behindertes Kind“ .....	S. 41
<b>Parteien</b> Ein Überblick über die SPD-Programme und Erneuerungsdebatte .....	S. 15
Die Europa-Vision der SPD .....	S. 16
<b>Westdeutsche Linke</b> Leserbrief: „Demokratische Sozialisten — gibt's die noch?“ (AK 262) .....	S. 47
Demokratische Sozialisten (DS) bleiben Partei Dokumentation: Austrittserklärung von Manfred Coppik .....	S. 47
1985: Innere Sicherheit in der DKP — alles beim Alten .....	S. 47
<b>Diskussion</b> Leserbrief: Betr.: „Gegen die Dämonisierung der Gentechnologie“ .....	S. 42
Linke und Gentechnologie Anmerkungen zum Artikel in AK 262 .....	S. 42
Faschisierung oder „präventiver Sicherheitsstaat“? Beitrag zur Diskussion um die These von der Faschisierung .....	S. 44
<b>Ohne Rubrik</b> Und das alles mit 60 Mark Startkapital Werden und Wirken des Springer-Konzerns .....	S. 10
Springer: „Im Zweifel immer für Israel“ .....	S. 12
Interview mit Vertretern des Hamburger Bhagwan-Centers .....	S. 43

# Arbeiterkampf

Absender:

An die  
Hamburger Satz-  
und Verlagskooperative  
Lindenallee 4  
Postfach 7685  
2000 Hamburg 19

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—  
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—  
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der  
Hamburger Satz- und Verlagskooperative  
Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203  
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsere(r) Girokontos.

\*Nichtzustellende bitte streichen

Kto. Nr.  
Kto.-Inhaber  
bei der  
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)